



Landtag von Baden-Württemberg

37. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 23. Mai 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 12:27 bis 13:32 Uhr

Schluss: 17:59 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1971	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 15/1726.	1999
Gedenken an die verstorbene ehemalige Abgeordnete Ursula Haußmann	1971	Abg. Volker Schebesta CDU	1999
1. Aktuelle Debatte – Bildungsaufbruch ohne Unterrichtsversorgung – beantragt von der Fraktion der CDU	1972	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	2000
Abg. Georg Wacker CDU	1972, 1984	Abg. Andreas Stoch SPD	2000
Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	1973, 1985	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	2001
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	1975, 1986	Beschluss	2001
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	1976, 1988		
Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer	1978, 1989	5. Regierungsbefragung	
2. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Situation der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) – Drucksache 15/1430.	1990	5.1 Frühkindliche Sprachförderung aus einem Guss – Konsequente, ganzheitliche Sprachförderung von Anfang an – „Singen – Bewegen – Sprechen“: Integraler Bestandteil der frühkindlichen Sprachförderung	2001
Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE	1990, 1998	Staatssekretär Dr. Frank Mentrup	2002, 2003, 2004, 2005
Abg. Andreas Deuschle CDU	1991	Abg. Tobias Wald CDU	2003
Abg. Gabi Rolland SPD	1992	Abg. Sandra Boser GRÜNE	2004
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	1993	Abg. Georg Wacker CDU	2005
Ministerin Theresia Bauer	1994	5.2 Filderdialog	2006
Beschluss	1998	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP.	2006, 2010, 2011
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts – Drucksache 15/1465		Minister Winfried Hermann	2006, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Drucksache 15/1659.	1998	Abg. Nicole Razavi CDU	2008, 2011
Beschluss	1998	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	2009
		Abg. Hans-Martin Haller SPD	2010
		Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE.	2011
		6. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Notengebung und Wiederholung von Klassen – Drucksache 15/344 (geänderte Fassung)	2012

Abg. Sabine Kurtz CDU	2012	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	2029
Abg. Sandra Boser GRÜNE	2013	Minister Reinhold Gall.	2030
Abg. Gerhard Kleinböck SPD	2015	Beschluss	2031
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	2016		
Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer	2017, 2020	9. a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Polizeireform: Auswirkungen der angekündigten Polizeireform auf die Bediensteten der Polizei – Drucksache 15/1408 (geänderte Fassung)	
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	2020	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Positionspapier der baden-württembergischen CDU zur Polizeireform – Drucksache 15/1452	
Beschluss	2021	c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Polizeireform: Kosten der Umsetzung und Belastung des Landeshaushalts – Drucksache 15/1547	2031
7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Verlust der Vergabe des Internationalen Eckart Witzigmann Preises – Drucksache 15/985 (geänderte Fassung)	2021	Abg. Thomas Blenke CDU	2032, 2046
Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU	2021	Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	2033, 2048
Abg. Reinhold Pix GRÜNE	2022	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	2035, 2050
Abg. Hans-Peter Storz SPD	2023	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	2037, 2051
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	2024	Minister Reinhold Gall.	2039
Minister Alexander Bonde	2024	Beschluss	2052
Beschluss	2026	Nächste Sitzung	2052
8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Polizeipräsenz im Internet – Drucksache 15/1374	2026		
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	2026		
Abg. Thomas Blenke CDU	2027		
Abg. Petra Häffner GRÜNE	2028		

Protokoll

über die 37. Sitzung vom 23. Mai 2012

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich eröffne die 37. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Ich eröffne diese Sitzung am 23. Mai, mithin am Tag der Verfassung. Unser Grundgesetz besteht heute seit 63 Jahren. Da wir gerade an diesem Jahrestag zusammenkommen,

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

möchte ich an das große gemeinsame Versprechen erinnern, Deutschland auf der Grundlage von Freiheit und Menschenwürde wiederaufzubauen, eine stabile Demokratie, einen funktionierenden Rechts- und Sozialstaat zu errichten und konsequent den Weg zurück in die Familie der freien, friedliebenden Völker zu gehen.

Dieser Selbstverpflichtung sind wir gerecht geworden, doch sie ist nie endgültig erfüllt. Machen wir uns deshalb heute von Neuem bewusst zu eigen, dass es auch in diesem Hohen Haus ungeachtet aller Unterschiede, die es zwischen den Fraktionen geben mag und geben muss, ein gemeinsames Bekenntnis gibt, dass wir uns gemeinsam über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg in allem, was wir hier auf den Weg bringen, diesem unserem Grundgesetz verpflichtet, verbunden und ihm gegenüber verantwortlich fühlen. Ich möchte an Sie appellieren, dies zu beherzigen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, bevor wir an diesem denkwürdigen Verfassungstag in die Tagesordnung eintreten, gebe ich Folgendes bekannt:

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Schneider erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Brunner und Herr Abg. Renkonen.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Ministerpräsident Kretschmann, Herr Minister Dr. Schmid ab 13:00 Uhr und Frau Ministerin Bauer ab 17:00 Uhr entschuldigt.

Dienstlich verhindert sind Frau Ministerin Öney ab 15:00 Uhr und Frau Ministerin Warminski-Leitheußer ab 17:00 Uhr.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 19. April 2012, Az.: 1 BvR 458/10 – Verfassungsbeschwerde gegen die Untersagung einer Veranstaltung am Karfreitag nach Artikel 3 Absatz 2 des bayerischen Feiertagsgesetzes

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 9. Mai 2012 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: 2. (berichtigte) Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2012 (mit Fortschreibung bis 2015) – Drucksache 15/1723

Überweisung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

3. Mitteilung der Landesregierung vom 10. Mai 2012 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 15/1706

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und federführend an den Ausschuss für Europa und Internationales

4. Mitteilung der Landesregierung vom 15. Mai 2012 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 9 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation – Drucksache 15/1717

Überweisung an den Innenausschuss

5. Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD – Drucksache 15/1741

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Meine Damen und Herren, in Übereinstimmung der Fraktionen haben wir gestern die Tagesordnung der heutigen Sitzung gekürzt. Hintergrund ist die traurige Tatsache, dass heute Nachmittag unsere langjährige Kollegin Ulla Haußmann zu Grabe getragen wird und viele unserer Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag und aus der Regierung daran teilnehmen möchten.

Weil heute diese Beerdigung stattfindet, möchte ich auch in diesem Rahmen an unsere Kollegin Ulla Haußmann erinnern. Sie war ein sozialpolitisches Gesicht ihrer Fraktion, aber auch dieses Hohen Hauses insgesamt, dem sie vom 3. November 1997 bis zum 30. April 2011 angehört hat.

(Präsident Guido Wolf)

Ulla Haußmann ist am vergangenen Samstag, zwei Tage nach ihrem 59. Geburtstag, nach schwerer Krankheit verstorben. Wir halten sie in bester Erinnerung. Sie war uns eine wichtige, eine wertvolle politische Weggefährtin mit Herz und Humor.

Ich möchte Sie bitten, sich zum Gedenken an Ulla Haußmann von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Herzlichen Dank.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein, auch wenn es etwas schwerfällt, den Übergang zu gestalten. Aber das ist Politik.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Bildungsaufbruch ohne Unterrichtsversorgung – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt, worauf die Redezeit der Regierung nicht angerechnet wird. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der ersten und der zweiten Runde steht jeweils eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung.

Ich möchte darum bitten, § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung zu beachten, der besagt, Aktuelle Debatten in freier Rede zu führen.

Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ideologisch motivierte Bildungspolitik dieser Landesregierung

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gleich morgens so anfangen! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist die Wahrheit!)

hat bereits im letzten Jahr zu großen Verunsicherungen und zu großen Verwerfungen in der Fläche des Landes geführt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Zuerst haben Sie die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft mit dem Ziel, Ihrer neuen Schulart, der Gemeinschaftsschule, und damit einem Strukturwechsel den Boden zu bereiten. Dann haben Sie in einem zweiten Schritt die Gemeinschaftsschule eingeführt mit dem Ziel, diese Schulart zu privilegieren und nach und nach die anderen Schularten in Baden-Württemberg, die sich seit vielen Jahrzehnten in hervorragender Weise weiterentwickelt haben, systematisch zu benachteiligen. Und schließlich, meine Damen und Herren, haben Sie es mit dieser ideologischen Verblendung schlicht und einfach versäumt, sich rechtzeitig mit Beginn des neuen Schuljahrs auf eine systematische Unterrichtsversorgung zu konzentrieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Katastrophe!)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Das werden Sie auch in aller Deutlichkeit zu spüren bekommen. In den nächsten Wochen und Monaten – ich prophezeie Ihnen: auch zu Beginn des neuen Schuljahrs – werden Sie mit diesem Versäumnis sehr zu kämpfen haben. Sie schauen wie ein Kaninchen auf die Schlange

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, nein!)

auf die Entwicklung der Zahlen der Übergänge auf die weiterführenden Schularten. Sie machen bezüglich der Unterrichtsversorgung schlicht und einfach so gut wie nichts, weil Sie zunächst einmal abwarten wollen, wie sich die Zahlen der Übergänge auf die weiterführenden Schulen entwickeln.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Zahlen sind doch schon lange bekannt!)

Über 5 000 Bewerberinnen und Bewerber warten auf eine Einstellung und sind höchst verunsichert, weil sie schlicht und einfach keine Signale darüber erhalten, Herr Schmiedel, ob sie denn generell überhaupt eine Einstellungschance bekommen. Wir wissen sehr wohl aus der Vergangenheit: Wenn es zu einem frühen Zeitpunkt keine klaren Signale gibt, wandern die guten Bewerber entweder in andere Bundesländer ab – denn diese werben auch bei uns bereits um die guten Köpfe –, oder sie wandern, vor allem was das berufliche Schulsystem betrifft, in die freie Wirtschaft ab.

Ich frage, meine Damen und Herren: Wo sind denn die „schul-scharfen“ Ausschreibungen, die Direktausschreibungen, über die bisher über 50 % der Schulen die Gelegenheit hatten, ihr Personal selbst auszusuchen? Nichts haben Sie in diesem Bereich getan.

Wo sind denn die zuverlässigen Aussagen bezüglich der beruflichen Schulen, was die Bildung der Eingangsklassen betrifft? Junge Menschen brauchen auch hier verlässliche Aussagen darüber, welche beruflichen Profile sie wählen können. Sie haben diesbezüglich auch immer wieder betont, dass Sie die Ausbildung für besondere Berufe stärken wollen, beispielsweise die Erzieherinnenausbildung.

Wo sind denn die Eingangsklassen an den beruflichen Schulen? Die beruflichen Schulen warten noch heute darauf, dass sie von ihrer Schulverwaltung endlich einmal eine präzise Aussage darüber erhalten, dass sie Eingangsklassen bilden können. Nichts tut sich in diesem Bereich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn Sie all das umsetzen wollen, was Sie – auch in Ihrem Koalitionsvertrag – angekündigt haben, brauchen Sie zu Beginn des neuen Schuljahrs über 1 000 Einstellungen allein an den beruflichen Schulen. Lediglich 160 Einstellungen haben Sie bisher angekündigt. Hier zeichnet sich ein großes Problem ab, meine Damen und Herren, mit dem Sie in den nächsten Monaten durchaus noch zu kämpfen haben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Grünen und SPD: Nur Sprüche! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Reine Panikmache!)

(Georg Wacker)

Wo sind die Einstellungsprognosen bezüglich der Referendare an den Gymnasien? Das Problem ist: Die Besten der Besten wandern ab – 1 800 Bewerberinnen und Bewerber. Natürlich wird man nicht jeden einstellen können. Das war auch in der Vergangenheit nicht so. Sie signalisieren aber nicht einmal gegenüber den Besten, dass sie eine klare Perspektive haben und Chancen haben, ein Stellenangebot zu erhalten.

Meine Damen und Herren, auch Ihre Vergangenheit wird Sie einholen. Sie haben als Opposition immer wieder großartig getönt, man müsse jetzt das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen abbauen. Sie haben in der Enquetekommission in der vergangenen Legislaturperiode in einem Minderheitenvotum gefordert, zusätzlich dreimal 400 Stellen zum Abbau des strukturellen Defizits im beruflichen Schulwesen zu schaffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Letztlich hat die Enquetekommission in einer gemeinsamen Handlungsempfehlung, die Sie am Ende auch noch mitgetragen haben, einvernehmlich beschlossen, zusätzlich dreimal 300 Stellen für die beruflichen Schulen zum Abbau des strukturellen Defizits zu schaffen. Nur: Jetzt, meine Damen und Herren, tun Sie schlicht und einfach gar nichts.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sie kündigen an, 100 Stellen zu schaffen. Aber wenn Sie bisher nur 160 Stellen anvisiert haben und wir letztlich einen Bedarf von 1 000 Stellen haben, muss ich in aller Deutlichkeit sagen: An dieser Stelle machen Sie sich gegenüber den beruflichen Schulen höchst unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Höchst unglaubwürdig!)

Meine Damen und Herren, Sie vernachlässigen den ländlichen Raum sträflichst.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Diese Platte kennen wir! – Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Ein fester Baustein in der Musterredensammlung der CDU!)

– Ja. Sie sagen: „Die Gemeinschaftsschule dient als Rettungsschirm für Kommunen im ländlichen Raum.“ Die Frau Ministerin und Sie betonen immer, die Gemeinschaftsschule sei ein Angebot gerade für die kleinen Kommunen, um ihre Schulstandorte zu sichern. Nur: Bei den Werkrealschulen tun Sie genau das Gegenteil.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Jetzt wissen wir, dass die Schülerzahlen eingebrochen sind, dass es weniger Kinder gibt, die die Werkrealschulen besuchen.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Das heißt, die Schwierigkeit, Frau Boser, besteht darin, neue Eingangsklassen zu bilden. Nur: Sie erschweren im Vergleich zum Vorjahr sogar die Rahmenbedingungen, neue Eingangsklassen zu bilden, und setzen Ihre Schulverwaltung in Marsch, mit den Schulen vor Ort darüber zu reden, die Kinder in Nachbargemeinden zu schicken.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich!)

Meine Damen und Herren, das hat mit fürsorglicher Politik für den ländlichen Raum nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Auch hier tut sich der eklatante Widerspruch auf: Gemeinschaftsschulen privilegieren Sie – Sie sehen in ihnen sozusagen segensreiche Schulen für den ländlichen Raum –, während Sie die letzten funktionierenden Werkrealschulen ganz bewusst kaputt machen, meine Damen und Herren. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sicherstellung einer verlässlichen Unterrichtsversorgung gehört zum Brot-und-Butter-Geschäft einer jeglichen Bildungspolitik.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Die Eltern erwarten natürlich von der neuen Landesregierung, dass wir besser als in den vergangenen Jahren eine gute Unterrichtsversorgung sicherstellen. Darauf haben die Eltern einen Anspruch. Es ist auch berechtigt, wenn sie nach fast 60 Jahren CDU-Regierung in der Bildungspolitik ungeduldig sind.

Aber, Herr Wacker, was mich sonderlich seltsam beschleicht ist der Verdacht, ist die Tatsache, dass gerade Sie und die CDU jetzt mahnend den Finger erheben und sagen, in einem Jahr hätte die neue Landesregierung das machen sollen, was Sie in 58 Jahren nicht gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben immer eine regelmäßige Unterrichtsversorgung gehabt!)

Herr Wacker, was haben Sie uns hinterlassen? Sie haben strukturelle Unterrichtsdefizite hinterlassen. Ich sage Ihnen eines, weil Sie hier die beruflichen Schulen nennen. Herr Wacker, Sie kennen die Zahlen genau.

(Abg. Georg Wacker CDU: Grünes Papier!)

Wir hatten vor 30 Jahren ein strukturelles Unterrichtsdefizit von ca. 11 % an den beruflichen Schulen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt stimmt es doch!)

Als Sie aufgehört haben, waren es 4,4 %.

(Zuruf: Richtig!)

Im vergangenen Jahr haben wir das strukturelle Defizit allein über den Nachtragshaushalt auf 4 % gesenkt.

(Zuruf: Warten wir einmal ab!)

(Siegfried Lehmann)

Sie haben natürlich in einem Punkt recht, nämlich dass wir sehr hohe Ansprüche gestellt haben, an denen wir uns natürlich auch messen lassen müssen. Sie haben 30 Jahre lang an dem strukturellen Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen nichts Wesentliches geändert,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr! – Zuruf von der SPD: 58!)

30 Jahre lang – man muss es sich einmal vorstellen – haben Sie es nicht geschafft, auf null zu kommen, und jetzt sagen Sie hier: In einem Jahr hätte es beseitigt werden müssen.

Ich sage Ihnen noch etwas, was auch bei den beruflichen Schulen angekommen ist: Wir hatten vor sechs Jahren eine Überstundenbugwelle von 750 Deputaten.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das ist unglaublich! Und sich dann hier hinstellen!)

Sie wissen genau, wie hoch die Überstundenbugwelle an den beruflichen Schulen heute ist: 1 800 Deputate. Wenn man diese mit der bei den Gymnasien zusammenrechnet, ergibt sich eine Überstundenbugwelle von 3 000 Deputaten. Das haben nicht wir zu verantworten, Herr Wacker, das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat die CDU gemacht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hätte man das ausfallen lassen sollen?)

Sie stellen sich hier hin und beklagen, dass das nicht funktioniert. Wir haben als erste Maßnahme im vergangenen Jahr im Nachtragshaushalt, Herr Röhm, die 711 Stellen, die Sie in Ihrem Haushalt gesperrt hatten, wieder freigegeben. Das heißt, an die beruflichen Schulen sind 139 zusätzliche Stellen gekommen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Sie merken es nicht!)

Wenn Sie hier von 1 000 erforderlichen Neueinstellungen sprechen, dann müssen sie ehrlicherwise hinzufügen, dass in diesen 1 000 Stellen die 139 Stellen enthalten sind, die nicht gestrichen werden, und auch 245 Stellen darin enthalten sind, die aus der Klassenteilerabsenkung resultieren.

(Abg. Georg Wacker CDU: Die müssen Sie aber wieder besetzen! – Abg. Peter Hauk CDU: Da geht es doch nicht um neue!)

Sie sagen einfach: „Das rechnen wir jedes Jahr hoch.“ Das hätten Sie sicher auch so nicht gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Wacker, wir haben Vertrauen in die Zahlen. Das ist ganz klar. Sie, Ihr früheres Haus haben auch selbst Zahlen erhoben. Wir müssen feststellen, dass sich der Unterrichtsausfall, was den Pflichtunterricht angeht, im vergangenen Jahr, im Jahr 2011, im Vergleich zum Jahr davor an den Grundschulen um 0,2 Prozentpunkte verringert hat. Das können Sie nicht wegreden.

In den vergangenen Jahren hat die vorherige Landesregierung – das sehe ich, wenn ich mir die Zahlen anschau – in diesem

Bereich nicht gegläntzt. Ich verstehe zwar, dass Sie der neuen Landesregierung dafür gern am Kittel flicken wollen, aber ein bisschen Demut

(Zurufe der Abg. Peter Hauk CDU und Walter Heiler SPD)

wäre bei Ihnen angesichts dessen, dass Ihr Machtverlust erst ein Jahr zurückliegt, sicher angebracht, Herr Wacker, statt hier großspurig aufzutreten. Wir haben seit Regierungsantritt im Bereich der Krankheitsvertretungen 353 Stellen geschaffen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Lehmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Röhm?

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ja, gern.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist sehr nett von Ihnen, Herr Kollege Lehmann. Ich hätte eine Zwischenfrage von Ihnen aber auch genehmigt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Auch Sie sind jemand, der noch in der Schule tätig ist. Können wir die Vorwürfe bezüglich der Bugwelle endlich einmal ausräumen? Das war ja nicht irgendeine Wollustveranstaltung, sondern wir haben damit Unterricht sichergestellt. Ich frage Sie jetzt als Kollege: War es richtig, oder war es falsch, die Vertretungen auch über Bugwellenstunden zu organisieren – im Interesse der Unterrichtsversorgung?

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Röhm, ich danke Ihnen für diese Frage. Denn ich selbst war jahrelang ein Teil dieser Bugwelle.

(Heiterkeit – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, schön! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber eine kleine Bugwelle! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dafür sehen Sie aber noch gut aus! – Zuruf: Dauerwelle!)

Ich muss Ihnen sagen: Diese Bugwelle hat mich persönlich nicht geschädigt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Aber – jetzt kommt das Aber – wir haben derzeit an den beruflichen Schulen mit 1 800 Deputaten eine Bugwelle, die nicht verantwortbar ist. Darüber müssen wir uns doch einmal verständigen: Eine Bugwelle braucht man, um ein atmendes System zu haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar! Richtig!)

Deswegen ist es auch fahrlässig, wenn Verbände und Gewerkschaften sagen, wir sollten diese Bugwelle auf null herunterfahren. So etwas braucht ein System. Aber es ist gefährlich, eine Bugwelle von 1 800 Deputaten im Bereich der beruflichen Schulen zu haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lebensarbeitszeitkonto!)

Das ist fahrlässig; das muss ich Ihnen sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

(Siegfried Lehmann)

Obwohl wir die Sperrung der bereits erwähnten Stellen bei den beruflichen Schulen im vergangenen Jahr aufgehoben haben, ist die Bugwelle angewachsen. Das darf so nicht weitergehen. Wir haben eine Verantwortung und stehen in der Verpflichtung, in diesem Bereich etwas zu machen.

Jetzt höre ich erst einmal auf; denn ich möchte in der zweiten Runde auch noch auf die Ausführungen von Herrn Wacker eingehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke!)

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch ein bisschen deutlicher werden als der Kollege Lehmann: Ich finde es schon eher dreist als mutig, dass ausgerechnet Sie von der CDU heute das Thema Unterrichtsversorgung überhaupt auf die Tagesordnung setzen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Peter Hauk CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie machen es ja nicht! Wer soll es denn sonst machen?)

Sie wollten doch im Jahr 2011 711 Lehrerstellen zusätzlich streichen.

(Unruhe)

Sie sind doch diejenigen, die die Mittel für die Krankheitsvertretung heruntergefahren haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zurzeit gibt es überhaupt keine Krankheitsvertretung! Nichts wird genehmigt! – Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Beide Maßnahmen haben wir zurückgenommen, und wir haben bei der Krankheitsvertretung sogar noch um 2,5 Millionen € aufgestockt, Herr Röhm. Sie können es im Haushalt nachlesen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Sagen Sie das einmal den Schulen! – Anhaltende Unruhe)

Ich sage Ihnen noch eines: Wir haben von Ihnen die fest installierte Krankheitsvertretung auf einem historisch niedrigen Niveau übernommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Selten dämlich! – Zuruf von der CDU: Geben Sie doch nicht so an! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sich vor dem Hintergrund, dass Sie 2011 sogar noch Lehrerstellen streichen wollten, nun hier so hinzustellen, das ist dreist.

Die derzeitige Stellenzuweisung – das wissen Sie, Kollege Röhm, genauso wie ich – hat natürlich auch ihre Ursachen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Selbst gemacht!)

Zum Ersten – das ist völlig klar –: Die Reformen der neuen Landesregierung führen zu einer Verzögerung hinsichtlich der Klarheit der Zahlen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum? Die Zahlen sind seit März bekannt! Ich habe sie selbst abgegeben, deshalb weiß ich es!)

– Ich sage Ihnen eines: Sie sind genauso lange in der Schulverwaltung wie ich oder sogar noch länger. Sie wissen – die Frau Ministerin wird es nachher auch noch darlegen –, dass wir jetzt allmählich in der Lage sind, darzulegen, in welche Richtung die Schülerströme gehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt haben wir aber Juni!)

Dann kann man auch konkreter zuweisen.

Sie haben das Thema doch heute auf die Tagesordnung gesetzt, weil Sie wussten, dass es nächste Woche schon wieder nicht mehr auf der Agenda stehen wird. Das ist doch der Hintergrund.

(Abg. Peter Hauk CDU: Seltsames Verständnis!)

Aber zum Zweiten – das sage ich Ihnen auch –: Der Hintergrund, warum das Kultusministerium zurzeit so vorsichtig agieren muss, ist doch der Bildungshaushalt, den Sie uns hinterlassen haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist doch Unsinn! Kennen Sie Schöpfungsmittel? Wissen Sie, was das ist?)

Es liegt an den Finanzen. Sie haben Raubbau betrieben. Wir werden diesen Punkt morgen auf der Tagesordnung haben. Allein schon das, was Sie mit den k.w.-Stellen, den künftig wegfällenden Stellen, im Kultusetat betrieben haben, ist nichts anderes als Luftbuchungen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wissen Sie, was Schöpfungsmittel sind? – Abg. Klaus Herrmann CDU: Die fallen doch weg!)

Sie haben 8 185 k.w.-Stellen im Haushalt hinterlassen. Davon sind bereits ab dem nächsten Jahr, ab 2013, zunächst 2 000 Stellen fällig. Warum haben Sie das gemacht? Weil Sie Einsparbeschlüsse in der Vergangenheit nicht vollzogen haben.

(Abg. Georg Wacker CDU: Um die Unterrichtsversorgung zu sichern!)

Sie haben hier Raubbau am Haushalt betrieben.

(Abg. Georg Wacker CDU: Es geht um die Unterrichtsversorgung!)

Diese k.w.-Vermerke haben bei uns mittlerweile eine Art Blase aufgebaut. Nirgends haben Sie konkret aufgeführt, wo Sie eigentlich sparen wollen. Aber heute stellen Sie sich hin und mimen den Sparkommissar.

Der andere ungedeckte Scheck Ihrer Politik ist – das hat Herr Lehmann gerade angesprochen – das Thema Überstunden, die 3 100 Deputate. Ich kann diese Zahl noch einmal präzisieren: Das entspricht 155 Millionen €, die Sie in der Vergangenheit verfrühstückt haben.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Auch wenn Sie es nicht mehr hören können, Herr Wacker, frage ich: Was haben wir noch? Wir haben die Qualitätsoffensive Bildung, die nicht finanziert ist: 226 Millionen € ab 2013. „Singen – Bewegen – Sprechen“: 8,5 Millionen €, ein Volumen, das sich jährlich auf zum Schluss 26 Millionen € steigern soll. Auch das ist nicht finanziert. Pädagogische Assistenten – 60 Millionen € –: nicht finanziert. Das summiert sich mit anderen Bereichen auf insgesamt 360 Millionen €. Das geht so nicht, wenn man über solide Haushaltspolitik spricht.

Nehmen Sie jetzt den Bereich Unterrichtsversorgung – –

(Abg. Peter Hauk CDU meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

– Am Ende bitte. – Sie nehmen den Begriff Unterrichtsversorgung auch noch selbst in den Mund. Der Bildungsetat wurde von Ihnen auf unsolide Füße gestellt, während zugleich übrigens die soziale Selektion nach dem Geldbeutel der Eltern in unserem Bundesland so hoch ist

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jetzt hör aber mal auf!)

wie in keinem anderen. Das ist die Bilanz Ihrer Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ein Hammer! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja unglaublich! Demagoge!)

Diese faulen Kredite Ihrer unsoliden Haushaltspolitik führen wesentlich mit dazu, dass Reformprojekte

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist Ihr Haushalt! Sprechen Sie einmal von Ihrem Haushalt!)

jetzt natürlich auch unter eine Zangenbewegung kommen, was die Schuldenbremse angeht. Wir werden aber Kurs halten; denn Bildungsgerechtigkeit und solide Finanzpolitik sind machbar. Das wird Grün-Rot beweisen. Sie sind dagegen nichts anderes als die abgewählten Paten einer Finanz- und Bildungskrise in unserem Bundesland.

(Oh-Rufe – Zuruf von der CDU: Jetzt aber!)

Sie sind die Lehman Brothers unserer Bildungspolitik.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie haben die Schulbank missbräuchlich zur Bad Bank gemacht. Das müssen Sie sich heute an dieser Stelle vorhalten lassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was haben Sie vor?)

Bitte schön.

Präsident Guido Wolf: Jetzt die Frage des Kollegen Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Fulst-Blei, normalerweise stelle ich am Schluss keine Fragen, aber das muss in diesem Fall schon sein.

Sind Sie bereit anzuerkennen, dass entgegen Annahmen in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2011 zwischenzeitlich das Steueraufkommen und damit die Steuereinnahmen gegenüber Anfang des Jahres 2011 um etwa 5 Milliarden € gestiegen sind?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat nichts mit der Haushaltspolitik zu tun! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Es hat damit zu tun, dass – – Entschuldigung, ich kann noch rechnen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk hat eine Frage gestellt, und Herr Abg. Dr. Fulst-Blei wird sie beantworten.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Kollege Hauk, ich darf das mit einer Gegenfrage beantworten:

(Zuruf von der CDU: Was?)

Sind Sie bereit anzuerkennen, dass es zu einer soliden Haushaltspolitik gehört, dass Maßnahmen, die man dauerhaft in den Haushalt eingestellt haben will, in der mittelfristigen Finanzplanung abzubilden sind?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Warum haben Sie es dann nicht gemacht?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Genau!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ordnungspolitische Gretchenfrage einer jeden Landesregierung im Bereich Bildung lautet: Wie haltet ihr es mit der Unterrichtsversorgung? Oder anders gefragt: Wie viele der knappen Mittel im Bildungsbereich ist eine Landesregierung bereit aufzuwenden, damit wenigstens der Pflichtunterricht an den Schulen vor Ort stattfinden kann?

Schaut man oberflächlich auf die Politik der grün-roten Landesregierung, hat man zunächst einmal den Eindruck: Donnerwetter, sie haben es verstanden. Die Kultusministerin hält Pressekonferenzen zur Unterrichtsversorgung ab, sie räumt ein, in Baden-Württemberg falle zu viel Unterricht aus, und sie verspricht, sich des Themas anzunehmen. Es wird auch gehandelt: 200 Stellen werden für die Vertretungsreserve geschaffen. Das heißt, 200 Vertretungslehrer werden seit diesem Jahr zusätzlich an die Schulen geschickt. Das hört sich gut an.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Es ist auch gut!)

Nun wundern sich aber viele Eltern, Schüler und Lehrer, warum von den 200 zusätzlichen Vertretungslehrern vor Ort so wenig zu spüren ist

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und warum denn nach wie vor so viel Unterricht ausfällt.

Uns alle erreichen gerade zurzeit viele Briefe von besorgten Eltern, die uns schildern, dass die tatsächliche Situation in der

(Dr. Timm Kern)

jeweiligen Schule ihrer Kinder alles andere als rosig aussieht. Wenn man sich dann die Gesamtdimension vor Augen führt, dann wird auch schnell deutlich, warum das so ist. Bei über 4 000 Schulen in Baden-Württemberg und bei 200 zusätzlichen Vertretungslehrern entfällt auf jede Schule gerade einmal ein Zwanzigstel Lehrer oder – in Zahlen ausgedrückt – 0,05 Lehrer pro Schule.

Sieht man einmal auf das, was laut Stichprobenerhebungen im Durchschnitt an Unterricht ausfällt – im Jahr 2011 waren es 2,9 % –, so wird noch deutlicher, wie sehr die 200 Lehrstellen der berühmte Tropfen auf den heißen Stein sind.

Natürlich sind das nur grobe Rechnungen. Man könnte der Landesregierung immerhin zugutehalten, dass sie sparen muss und eben nicht mehr Mittel zur Verfügung hat. Aber es ist eben nicht so, dass die Landesregierung ihr letztes Hemd für die Unterrichtsversorgung ausgibt.

Wenn ich das sage, denke ich nicht an die ca. 2 Milliarden € Steuermehreinnahmen des vergangenen Jahres. Vielmehr denke ich an den demografischen Wandel und die zurückgehenden Schülerzahlen. Frau Warminski-Leitheußer, Ihr Finanzminister brüstet sich mit der Feststellung, dass in diesem Jahr rechnerisch 3 300 Lehrstellen frei werden. Das heißt, der demografische Wandel birgt ein ungeheures Potenzial für die Bildungspolitik. Doch wofür nutzen Sie von Grün-Rot dieses Potenzial? Jedenfalls nutzen Sie es nicht für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Sie nutzen es auch nicht für die weitere Senkung des Klassenteilers, was eine Möglichkeit zur Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation gewesen wäre. Stattdessen schimpfen Sie auf die christlich-liberale Vorgängerregierung, weil sie den Klassenteiler von 33 Schülern auf 30 Schüler gesenkt hat, und sagen, das sei aus Rücklagen finanziert und über 2011 hinaus nicht ausfinanziert gewesen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das stimmt nicht!)

Dass Sie über ein Jahr nach dem Regierungswechsel noch immer nach Sündenböcken suchen, lässt sich psychologisch relativ einfach erklären: Sündenböcke werden nämlich immer dann gesucht, wenn man von dem eigenen Fehlverhalten ablenken will.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf: Sehr gut!)

Hoffentlich beschleicht Sie bisweilen ein schlechtes Gewissen, wenn Sie für die Finanzierung Ihrer Lieblingsexperimente – vor allem der Gemeinschaftsschule – große Summen reservieren und diese Summen meines Erachtens viel wichtigeren Baustellen in der Bildungspolitik wie z. B. der Unterrichtsversorgung vorenthalten.

Das sehe nicht nur ich so, sondern das sieht beispielsweise auch der Berufsschullehrerverband so. Dieser titelt in einer Pressemitteilung vom 26. April dieses Jahres:

Neue Schwerpunktsetzung der Landesregierung bringt berufliche Schulen in Turbulenzen.

Ich empfehle Ihnen im Namen meiner Fraktion dringend: Schenken Sie den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein ein, und sagen Sie ihnen klipp und klar: „Wir brauchen das Geld

für die Gemeinschaftsschule und haben deshalb kein Geld mehr für die Unterrichtsversorgung.“

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Na, na, na!)

Auf diese Informationen haben die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht. Eine Regierung des Zuhörens sollte von Zeit zu Zeit auch einmal etwas sagen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sonst fragen sich die Menschen in unserem Land irgendwann einmal: „Gibt die Ministerin falsche Auskünfte?“ Das ist übrigens der Titel eines Zeitungsartikels der „Neckar Chronik Horb“ vom 14. Oktober 2011 über den Unterrichtsausfall im Landkreis Freudenstadt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie heißt die Chronik? – Gegenruf der Abg. Rosa Grünstein SPD: „Horror Neckarchronik“!)

Nachdem mich mehrere Hilferufe wegen des großen Unterrichtsausfalls an einigen Schulen in meinem Wahlkreis erreicht hatten,

(Abg. Walter Heiler SPD: Sie?)

erhielt ich auf eine Kleine Anfrage als Antwort vom Kultusministerium, es sei nur eine einzige Schule im Landkreis betroffen. Weiter heißt es in der Antwort – Zitat –:

Durch schulinterne Umplanungen und die Einstellung einer Vertretungslehrkraft sind die Probleme behoben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Vernebelung!)

Die Qualität dieser Antwort spricht Bände.

Dass Ihnen die Unterrichtsversorgung alles andere als ein Herzensanliegen ist, wurde spätestens bei den vier Anträgen der FDP/DVP-Fraktion deutlich, die sich auf den Unterrichtsausfall in den einzelnen Schulen der vier Regierungsbezirke bezogen.

Ich zitiere aus Ihrer Stellungnahme zu einem dieser Anträge:

Die beantragte Totalerhebung an allen über 4 000 öffentlichen Schulen des Landes übersteigt bei Weitem die verfügbaren sachlichen wie personellen Ressourcen der Schulverwaltung und wäre selbst bei verfügbaren Ressourcen innerhalb der gesetzten Frist nicht realisierbar.

Das klingt zunächst einmal entwaffnend, aber weiter liest man:

Weil sowohl für die Landesregierung als auch für die betroffenen Eltern ein großes Interesse an der Unterrichtssituation besteht, wurden die Schulleitungen bereits vor rund 10 Jahren verpflichtet, hierzu wöchentliche Bilanzen zu erstellen und den Elternvertretern auf Antrag Einsicht in die Bilanzen zu gewähren.

Mit anderen Worten: Der Unterrichtsausfall wird bereits vor Ort erfasst. Aber die Regierung scheut sich, die Zahlen zusammenzustellen und transparent zu machen. Dabei wäre eine solche Erhebung eine wichtige Grundlage, um das Phänomen Unterrichtsausfall zu analysieren und zeitnah Abhilfe zu

(Dr. Timm Kern)

schaffen. Machen Sie den Weg frei für eine umfassende Erhebung zum Unterrichtsausfall, und stellen Sie unter Beweis, dass Ihnen dessen Bekämpfung wirklich ernst ist!

Eine solche Erhebung könnte im Übrigen auch belegen, was wir Liberalen schon länger vermuten: Das Problem des Unterrichtsausfalls ist einerseits ein Problem der knappen Mittel und andererseits ein Problem des Einsatzes dieser Mittel. Wenn die Schulen ein eigenes und auskömmliches Budget erhalten würden und wenn in dieses Budget nicht nur die Mittel für die Gewährleistung des regulären Unterrichts und für zusätzliche Angebote, sondern auch Mittel für die Gewinnung von Vertretungslehrern einbezogen würden, könnten die Schulen im Bedarfsfall schnell und unbürokratisch handeln.

Da lohnt sich vielleicht einmal der Blick nach Hessen, wo derzeit Schulbudgets auf den Weg gebracht werden. Zu diesen Freiheiten sollte meines Erachtens gehören, dass die Schulen die Möglichkeit erhalten, Zulagen insbesondere für das Anwerben von Lehrern in den Gebieten zu gewähren, die von den Lehramtsbewerbern weniger stark nachgefragt werden. Darüber sollte sich die Landesregierung meiner Meinung nach einmal ernsthaft Gedanken machen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Warminski-Leitheußer.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss schon sagen: Das, was ich heute hier von der Opposition gehört habe, ist auf der einen Seite dreist, aber auf der anderen Seite auch unglaublich ignorant.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Wahrheit! – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Finden Sie einmal einen anderen Einstieg!)

Herr Wacker, wenn Sie uns allen Ernstes vorwerfen, wir würden unsystematisch an die Lehrerversorgung herangehen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

dann will ich Ihnen jetzt einmal sagen, was Sie hinterlassen haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine hervorragende Unterrichtsversorgung haben wir hinterlassen!)

Wir geben für Personal, für Lehrerinnen und Lehrer, 8 Milliarden € aus. 8 Milliarden €! Und wir wissen bis heute nicht, an welcher Stelle dieses Geld tatsächlich ankommt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das haben Sie zu verantworten. Sie wissen genau, dass das stimmt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind versetzungsgefährdet! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf um Ruhe bitten. Die Frau Ministerin hat das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Wenn die Kultusministerin fragt, wie viel Unterricht denn tatsächlich ausfällt, dann bekommt sie gerade nicht auf Knopfdruck die Fakten, weil Sie es in den letzten Jahren und Jahrzehnten versäumt haben,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir sind hier doch in keiner Bananenrepublik!)

ein einheitliches EDV-System zu installieren. Die Schulen wissen nicht, was los ist,

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

die Schulämter wissen nicht, was los ist, die Regierungspräsidien nicht und das Kultusministerium auch nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seit dem 30. März haben Sie die Zahlen auf dem Tisch! Unglaublich! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie disqualifizieren sich selbst! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf Sie um Ruhe bitten.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Sie haben in Wirklichkeit Folgendes getan: Sie haben jede Menge Nebel produziert und es versäumt, systematisch das Geld zu verwalten und auszugeben, das Ihnen von den baden-württembergischen Steuerzahlern anvertraut worden ist. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sind alles Beamte! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seit dem 30. März haben Sie die Zahlen!)

Wir bringen da jetzt Ordnung ins System.

Fangen wir mit den Fakten an. Glauben Sie denn, Herr Dr. Kern, mit der Unterrichtsversorgung wäre es besser geworden, wenn wir die gesperrten 711 Stellen im letzten Jahr nicht sofort freigegeben hätten? Das war doch ein wichtiger Schritt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Um auch noch einmal mit dieser ständigen Propaganda aufzuräumen, die Gemeinschaftsschule würde zulasten der Unterrichtsversorgung ausgestattet:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist doch so! Das haben Sie doch selbst geschrieben!)

Von den 3 300 Deputaten aus der demografischen Rendite, meine sehr verehrten Damen und Herren, entfallen in diesem Jahr 60 Deputate auf die Gemeinschaftsschule. Mehr nicht. Der Rest kommt selbstverständlich einer besseren Unterrichtsversorgung zugute. Ein Drittel davon bleibt sowieso schon im System. Wir bauen ein strukturelles Defizit ab.

Meine Damen und Herren, was ist denn ein strukturelles Defizit?

(Zurufe von der CDU)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Sie haben Jahre, Jahrzehnte geduldet, dass die Sonderschulen und die beruflichen Schulen nicht ausreichend Lehrerinnen und Lehrer hatten, um den Pflichtunterricht abzuleisten. Das ist ein Faktum.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Selbstverständlich hat das dazu geführt, dass eine Bugwelle entstanden ist. Das ist doch völlig klar.

Wir haben jetzt endlich Transparenz in dieses System hineingebracht. Wir haben zusätzliche Mittel für individuelle Förderung zur Verfügung gestellt. Wir haben diese 3 300 Deputate vollumfänglich für die Unterrichtsversorgung eingesetzt. Das war ein ganz, ganz wichtiger Schritt.

Jetzt kommen wir einmal zu dem,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist nur peinlich!)

was wir vorgefunden haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist gerade schon angeklungen. Was haben wir denn vorgefunden?

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Ein gutes Bildungswesen!)

Wir haben eine nicht ausfinanzierte Qualitätsoffensive Bildung vorgefunden:

(Abg. Peter Hauk CDU: So ein Schwachsinn!)

226 Millionen €. Wir haben einen quasi ungedeckten Kredit vorgefunden, den Sie bei den Lehrerinnen und Lehrern aufgenommen haben: 3 100 Deputate. Wie wollten Sie das denn zurückzahlen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Lebensarbeitszeitkonten!)

Das ist da; das taucht aber nirgendwo auf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wissen Sie, was das ist? Das ist doppelte Buchführung.

(Lachen bei der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Vorsicht, Vorsicht!)

Wenn Sie nicht abbilden, welche Schulden Sie tatsächlich bei den Lehrerinnen und Lehrern gemacht haben, dann ist das das Gegenteil von einer ordentlichen Haushaltsführung. Diese Systematik, dieses Phänomen zieht sich wie ein roter Faden durch den Kultusetat.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Natürlich haben Sie Prestigeprojekte wie „Singen – Bewegen – Sprechen“, „Schulreifes Kind“ und, und, und dadurch finanziert, dass Sie Stellen gesperrt haben, indem Sie der Unterrichtsversorgung Lehrerstellen entzogen haben. Dann tun Sie so, als hätten Sie zuvörderst dafür gesorgt, dass es mit der Unterrichtsversorgung besser wird.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glück?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Nein.

(Unruhe – Abg. Volker Schebesta CDU: Sonst könnte es zu konkret werden!)

Unterrichtsversorgung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen Sie zum Thema!)

Worauf kommt es bei der Unterrichtsversorgung tatsächlich an, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Erstens: Wenn ich 8 Milliarden € ausbebe, brauche ich ein gescheitertes System. Ich muss auf Knopfdruck wissen – – Das ist nämlich eine wichtige Führungsaufgabe der Ministerin, und die beschäftigt sich tatsächlich mit der Systematik.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich muss auf Knopfdruck wissen: Wie viel Geld gebe ich an welcher Stelle aus? Die Entwicklung dieses Systems habe ich in Auftrag gegeben und niemand anders.

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir werden dieses System bald zur Verfügung haben.

(Zuruf: Frau „Warminski-Knopfdruck“!)

Weiter: Sie wissen doch ganz genau, dass es bei der Verteilung der Ressourcen Steuerungsprobleme gibt. Das hätten Sie doch längst angehen können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Komisch, es hat in der Vergangenheit immer funktioniert!)

– Es hat nicht funktioniert. Das wissen Sie ganz genau.

(Abg. Peter Hauk CDU: Doch! Natürlich!)

Was ist passiert? Ich habe meinen Leuten tatsächlich endlich einmal die Möglichkeit gegeben, ihre Kreativität frei zu entfalten.

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben eine Expertise in Auftrag gegeben, die jetzt auch fertiggestellt worden ist. Wir werden die Systematik der Lehrerruweisung grundlegend verändern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Das befürchten wir auch!)

Denn es ist wichtig, dass das Geld, das einem zur Verfügung steht, genau dort ankommt, wo es gebraucht wird.

(Unruhe – Abg. Volker Schebesta CDU: Sicherheits halber keine Zuweisung! In diesem Jahr erst einmal gar keine! – Die Rednerin nimmt einen Schluck Wasser.)

Nachdem Sie jetzt für weitere Zwischenrufe Luft geschnappt haben: Meine sehr verehrten Damen und Herren, worauf

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

kommt es denn an, wenn ich so viel Geld ausbebe? Ich muss mir genau anschauen, was ich da eigentlich tue.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wäre kein Fehler!)

Präsident Guido Wolf: Frau Ministerin, mir liegen zwei Fragen vor, eine Zwischenfrage des Kollegen Röhm und eine Zwischenfrage der Kollegin Schütz. Möchten Sie diese zulassen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Besser nicht!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Am Ende sehr gern.

Also: Systematik im System im Ministerium. Ich brauche einfach die Hardware, damit es funktioniert, eine vernünftige Systematik.

Kommen wir doch einmal zu dem, was Sie am Rande angesprochen haben, nämlich zu der zweifellos anspruchsvollen Aufgabe, immer rechtzeitig eine Krankheitsvertretung zur Verfügung zu stellen. Was haben wir denn da vorgefunden? Eine völlig unprofessionelle Berechnung der festen Krankheitsstellvertretung. Das wissen Sie doch ganz genau. Baden-Württemberg ist in dieser Frage Schlusslicht. Jedem Menschen leuchtet doch sofort ein, dass ich in einem Betrieb mit 120 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darauf achten muss, dass ich eine ausreichende feste Krankheitsreserve habe, das heißt, dass ich Menschen ausschließlich dafür einstelle, dass sie einspringen können, wenn jemand krank wird. Diese Krankheitsreserve liegt in Baden-Württemberg bei 2,5 %. Baden-Württemberg ist damit Schlusslicht. Wir bauen das jetzt langsam, aber sicher auf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Weil wir jetzt keine Schöpfmittel mehr haben, um eine Vertretung zu finanzieren!)

200 Deputate kommen da obendrauf.

(Zurufe der Abg. Volker Schebesta CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jetzt kommen wir zu den Schöpfmitteln. Das ist mein Lieblingsthema, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist mein absolutes Lieblingsthema.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schön, dass Sie eines haben!)

– Schön, die Bildungspolitik ist mein Lieblingsthema. Das merken Sie hoffentlich, Herr Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Schöpfmittel sind Mittel, die – ich sage es noch einmal für alle – durch entsprechende Personalbewirtschaftung frei werden. Es gibt ja auch Stellen, die im Laufe des Jahres nicht besetzt sind. Wir haben in diesem Jahr in der Tat folgendes Verfahren vereinbart – das ist in höchstem Maß seriös –: Wir gehen nämlich mit den Mitteln, die uns der Bürger anvertraut hat, sorgfältig um. Wir haben 41 Millionen € in diesem Jahr

fest im Topf, und wir haben uns vorgenommen – übrigens gemeinsam mit der Finanzverwaltung –, diese Gelder nach einer sehr genau kontrollierten Systematik zu verteilen.

(Zuruf)

– Nein, ich bekomme gleichsam täglich Rückmeldungen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir auch!)

– Das glaube ich.

(Heiterkeit des Abg. Volker Schebesta CDU)

Eines ist schon deutlich geworden: Wir haben eine in höchstem Maß ungleiche Verteilung im Land. Komischerweise ist das Regierungspräsidium Karlsruhe mit dem Geld ausgekommen. Das ist doch bemerkenswert. Das heißt, ich schaue mir sehr genau an, was da eigentlich passiert. Denn es ist meine Aufgabe als Kultusministerin, mit jedem Euro, den wir in diesem System haben, sorgfältig umzugehen.

Also: Wir schauen uns das sehr genau an. Es gibt in der Tat Beschwerden über Unterrichtsausfall.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Genau! Tun Sie doch mit den Schöpfmitteln etwas dagegen!)

Wir gehen übrigens jedem Einzelfall nach, und es wird in jedem Fall, in dem berechnete Klagen kommen, nachgelegt. Es sind nicht alle Klagen berechnete. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Wir steuern – ich sage es noch einmal – gleichsam täglich nach. Das muss man nämlich tun,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, natürlich muss man das tun!)

wenn man die Mittel sorgfältig verwaltet. 2,5 Millionen € haben wir zusätzlich zur Verfügung gestellt. Das Geld – verteilt auf die Regierungspräsidien – dient dazu, weitere Verträge abzuschließen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es werden zurzeit gar keine abgeschlossen!)

Es steht die Aussage, dass wir, wenn wir mit den Mitteln nicht hinkommen, nachlegen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es werden gar keine Verträge abgeschlossen!)

Denn die Unterrichtsversorgung ist in der Tat das Rückgrat einer jeden guten Bildungspolitik. Aber es ist auch meine Aufgabe als Kultusministerin, genau hinzuschauen: Was passiert tatsächlich vor Ort? Wie groß ist der tatsächlich berechnete Mangel an Krankheitsvertretungen? Diese Transparenz stellen wir zum ersten Mal systematisch dar.

Herr Kern, Sie wissen doch ganz genau,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er weiß alles ganz genau!)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

dass die Daten, die die Schulen erheben, gerade nicht durch ein entsprechendes EDV-Erfassungssystem zur Verfügung stehen. Ich wünschte, das wäre so. Dann könnte ich natürlich auch besser steuern. Genau deshalb habe ich die Schaffung eines solchen Systems in Auftrag gegeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlich stehen die zur Verfügung! Seit dem 30. März haben Sie die Zahlen!)

Denn es ist doch vollkommen klar, dass man diese Transparenz braucht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seit dem 30. März haben Sie die Zahlen!)

Ich bin es einfach leid, dass Sie immer versuchen, Ihre Fehler der Vergangenheit zu verschleiern. Sie sind nicht seriös mit den Mitteln umgegangen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie müssen sich dagegenstellen!)

Man kann das nämlich auch vernünftig steuern. Das muss man vernünftig steuern, und Sie müssen sich immer anschauen, ob Sie auch tatsächlich gute Ergebnisse haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir waren bisher Spitze! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seit dem 30. März haben Sie die Zahlen!)

Wie wird das weitergehen? Herr Wacker, jetzt komme ich noch einmal zu Ihrem Argument, wir würden den ländlichen Raum systematisch vernachlässigen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Ja!)

Bei allem Respekt: Sie können das gern behaupten.

(Abg. Georg Wacker CDU: Ich belege es Ihnen!)

Die Zahlen und die Rückmeldungen, die wir haben, sagen genau das Gegenteil. Die Gemeinschaftsschule ist die Antwort auf die Probleme im ländlichen Raum,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

und der ländliche Raum knabbert zumindest dort, wo man sich nicht für den Weg entschieden hat, die Gemeinschaftsschule tatsächlich anzugehen, deshalb jetzt an zurückgehenden Schülerzahlen, weil Sie versäumt haben, eine richtige Antwort zu geben. Die Werkrealschule ist eben nicht die Lösung für die Probleme des ländlichen Raums.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn man sie so kaputt macht, dann stimmt es!)

Das war doch der Schwerpunkt, den Sie und nicht wir gesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Und Sie haben es kaputt gemacht!)

Wir werden ganz systematisch zusammen mit den Kommunen die Schulentwicklung im ländlichen Raum betrachten.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Ich habe an dieser Stelle bereits gesagt, dass wir uns zusammen mit den kommunalen Landesverbänden eine Systematik zur regionalen Schulentwicklung überlegen und gemeinsam ausverhandeln werden. Dann werden wir – gerade auch im ländlichen Raum – jede Menge Hilfestellung bieten.

Die Gemeinschaftsschule ist auf jeden Fall eine Chance. Wir haben damit eine Antwort gegeben, die Sie bisher nicht gegeben haben. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben das auch schon verstanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da waren noch Fragen! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Ministerin, jetzt liegen von Ihnen bereits zugelassene Zwischenfragen von Herrn Abg. Röhm und Frau Abg. Schütz vor. Dann gibt es noch eine Zwischenfrage des Kollegen Haußmann von der FDP/DVP, falls Sie diese auch noch zulassen möchten.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Selbstverständlich.

Präsident Guido Wolf: Das ist der Fall.

Wir beginnen mit dem Kollegen Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Ministerin, Sie haben gerade gesagt, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stünden und Sie, falls diese doch nicht ausreichten, gern bereit seien, weitere Mittel bereitzustellen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ja.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie erklären Sie sich dann, dass derzeit Verträge weder verlängert noch neu abgeschlossen werden?

Ich kann Ihnen ein konkretes Beispiel geben: An der Schule, die ich leite, ist ein Kollege verstorben. Dafür habe ich keinen Ersatz erhalten. Das ist eine tragische Geschichte. Ein weiterer Kollege ist ganzjährig krank. Hierzu wurde mir ebenfalls mitgeteilt, dass ich keinen Ersatz bekomme. Zudem werden im kommenden Schuljahr drei Kolleginnen in Mutterschutz gehen. Dabei kommt unserer Schule noch entgegen, dass sie sich dem Schuljahr anpassen. Vom Regierungspräsidium habe ich die klare Aussage bekommen, ich könne mit keiner einzigen Vertretung rechnen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ergibt schon fünf! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn!)

Wie ist das mit Ihrer Aussage zu vereinbaren, dass überall geholfen werden könne? Das stimmt schlicht und einfach nicht.

(Karl-Wilhelm Röhm)

Nehmen wir das Liszt-Gymnasium in Reutlingen. Der Fall ist Ihnen bekannt. Da sind sogar mitten im Schuljahr die Verträge nicht verlängert worden, und die Abiturvorbereitungen waren nicht sichergestellt.

Jetzt möchte ich von Ihnen detailliert wissen – dann gehe ich heute Mittag zum Regierungspräsidium und möchte einen entsprechenden Vertrag –, ob die Aussage, die Sie getroffen haben, richtig ist, dass ausreichend Verträge für Krankheitsvertretungen zur Verfügung gestellt werden und Sie jederzeit bereit sind, die Schöpfungsmittel aufzustocken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Das ist jetzt konkret!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Wenn tatsächlich ein berechtigter Bedarf vorhanden ist – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist berechtigt!
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn fünf Lehrkräfte ausfallen, ist das nicht berechtigt, oder was? – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

– Moment, Moment. Wir schauen uns einmal Ihren Ergänzungsbereich an; das wird das Amt mit Sicherheit getan haben. Wenn tatsächlich Ihr Pflichtbereich gefährdet ist, dann werden die Vertretungsmittel dafür eingesetzt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sollen wir die Sozial-AG abschaffen?)

– Nein, nein, nein. Ich gehe in diesen Fällen wirklich jedem Einzelfall nach. Das ist notiert. Wir werden Ihnen dazu schnell eine Auskunft zukommen lassen.

Ich lasse mir derzeit von den Staatlichen Schulämtern die Zahlen darüber zusammenstellen, wie viele nachgewiesenermaßen als berechtigt eingestufte Krankheitsvertretungsverträge nicht abgeschlossen werden können. Diese Zusammenstellung wird sehr bald vorliegen. Wenn wir hier in der Tat mehr Geld benötigen, dann werden wir das zur Verfügung stellen. Denn wir müssen sicher sein, dass die Krankheitsvertretungen tatsächlich eingestellt werden können.

Aber Sie wissen sehr genau – ich sage es noch einmal –, dass der Pflichtbereich abgedeckt werden muss. Die Krankheitsvertretungsmittel sind nicht dazu da, den Ergänzungsbereich zu schonen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was sind wir geprüft worden für solche Aussagen! Alles Freiwillige abschaffen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das heißt, die Theater-AG und die Big Band, alles, was die Schulen haben, abschaffen? Sagen Sie es uns! Der Ergänzungsbereich wird also abgeschafft! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Schütz.

Abg. Katrin Schütz CDU: Danke schön. – Frau Ministerin, mich würde Ihre Position zu den beruflichen Schulen interessieren. Im Regierungsbezirk Karlsruhe bzw. in der Stadt Karls-

ruhe ist die Unterrichtsversorgung 2011/2012 zu 93 % mit entsprechenden Stellen gesichert. Allein nach der Stellenzuweisung, die Sie für 2013/2014 geplant haben, sinkt aber der Versorgungsgrad auf 88 %; damit ist nicht einmal der Pflichtunterricht gesichert. Da würde mich schon interessieren, wie Sie den beruflichen Schulen zur Seite stehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Das will ich gern beantworten. Der Pflichtunterricht an den beruflichen Schulen war ohnehin noch nicht gesichert. Ich habe es gerade erwähnt: Das strukturelle Defizit im Bereich der beruflichen Schulen liegt noch immer bei 4,1 %.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das führt automatisch zu Problemen.

Was passiert im Augenblick? Wir bauen dieses strukturelle Defizit übrigens

(Abg. Peter Hauk CDU: Auf!)

in Schritten ab; nur, damit das klar ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Auf!)

– Nein, nein, nein. Wir bauen das Defizit ab. Denn bevor man anfangen kann, über etwas anderes nachzudenken, muss man erst einmal das strukturelle Defizit abarbeiten. Das tun wir ganz systematisch, in kleinen Schritten, so, wie sich das gehört. Das ist in jeder Hinsicht vertretbar.

Zur Einstellungspraxis – das ist Ihre eigentliche Frage, vermute ich –: In der Tat haben wir in diesem Jahr die Einstellungspraxis an den beruflichen Schulen – aber nicht nur dort – verändert, übrigens nur in diesem Jahr. Das hat folgenden Hintergrund: Es ist in der Tat richtig, dass wir einige bildungspolitische Änderungen vorgenommen haben. Dazu gehört die Abschaffung der verpflichtenden Grundschulempfehlung, dazu gehören auch Veränderungen an der Werkrealschule. Es gibt deshalb ein verändertes Übergangsverhalten. Daher liegt der Schwerpunkt der Einstellungen auch im beruflichen Bereich im Juni dieses Jahres im sogenannten Listenverfahren. Das hat etwas damit zu tun, dass wir exakt nur diejenigen Lehrerinnen und Lehrer einstellen wollen, die wir tatsächlich auch passgenau in dem System brauchen. Wir müssen in diesem Jahr so verfahren, gleichsam mit Hand- und Sichtssteuerung, weil wir ansonsten nicht die richtigen Einstellungsentscheidungen treffen können.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt sind wir beim Thema!)

Ich sage es noch einmal: Das ist sorgfältiger Umgang mit den uns anvertrauten Mitteln.

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Nachfrage der Kollegin Schütz?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Selbstverständlich.

Abg. Katrin Schütz CDU: Aber die Situation verschlechtert sich eindeutig, sodass nicht einmal der Pflichtunterricht gesichert ist. Sie kennen den Enquetekommissionsbericht aus der letzten Legislaturperiode.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie ist noch gar nicht fertig! Was ist denn das für ein Panikorchester heute? Sie ist noch gar nicht fertig mit der Mitteilung!)

Das war eindeutig eine positive Stellungnahme für die beruflichen Schulen. Die Kinder sind heute da. Wir müssen heute reagieren. Der Pflichtunterricht sollte gesichert sein. Die Leistung der beruflichen Schulen wurde eindeutig von allen Fraktionen anerkannt, und diese Schulen vergessen wir.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Nein, die vergessen wir nicht. Um es noch einmal sehr deutlich zu machen: Erstens ist die Zuweisung noch nicht abgeschlossen. Wir werden selbstverständlich die Lehrerinnen und Lehrer einstellen, die wir tatsächlich auch brauchen, aber in einem anderen Verfahren, und zwar passgenau.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn Sie sie noch bekommen!)

– Ja, man kann immer alle möglichen Behauptungen aufstellen. Fakt ist: Das strukturelle Defizit, das den Pflichtbereich nach wie vor belastet, haben Sie hinterlassen. Das ist eine Altlast, die wir übernommen haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Volker Schebesta CDU: Aber Sie haben keine Stellen ausgeschrieben!)

Die Lehrerzuweisung für die beruflichen Schulen ist noch nicht abgeschlossen. Wir werden im Juni alle wichtigen Daten vorliegen haben, und dann werden im Schwerpunkt über das Listenverfahren die erforderlichen Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann bekommen Sie keine Leute mehr! – Abg. Katrin Schütz CDU: Dann sind die Spezialisten weg und nicht mehr erreichbar! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Haußmann?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ja.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Ministerin, ich war jetzt auch zu Gesprächen an einigen Schulen in meinem Wahlkreis, dem Rems-Murr-Kreis. Meine erste Frage betrifft die Krankheitsvertretungen. Da war es bisher so, dass das Staatliche Schulamt Backnang immer über diese Vertretungen kurzfristiger Natur entscheiden konnte. Jetzt gibt es ein neues Formular. Ich weiß nicht, ob es schon zu den Strukturreformen gehört, dass das nur noch vom Regierungspräsidium entschieden werden darf. Das heißt, bei kurzfristigen Ausfällen kann man das in der zur Verfügung stehenden Zeit gar nicht beantworten. Damit ist die verlässliche Zeit in der Schule oft nicht gegeben, und die Schüler müssen früher heim. Bleibt es künftig dabei, dass das immer das Regierungspräsidium entscheidet?

Und zweitens: An einer Schule gibt es seit 20 Jahren einen Grundschulchor als Ergänzungsstunde. Ganz so schlecht kann es also bisher nicht gewesen sein. Jetzt gibt es die Informationen auch über viele Schulen hinweg, dass diese Stunden, die auch pädagogisch sehr sinnvoll sind, künftig wegfallen. Wie ist da der Stand?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir doch gehört: Der Ergänzungsbereich wird gestrichen!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Das ist doch ein gängiger Standard. Jetzt tun Sie doch nicht so. Das ist doch ein gängiger Standard.

(Widerspruch bei der CDU)

Das kennt doch jeder auch aus seinem Arbeitsbereich. Die Frage ist doch: Was passiert, wenn ein Kollege oder eine Kollegin krank ist? Dann versuche ich, diese Zeit zu überbrücken, und zwar u. a. dadurch, dass ich versuche, Arbeit über einen gewissen Zeitraum zu verteilen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das ist völlig normal. Und wenn es gar nicht anders geht, dann stellt man Leute ein – aber auch tatsächlich nur diejenigen, die man braucht –, und man schaut sich an: Was ist Pflicht, und was ist Kür? Das ist ein gängiges Verfahren. Wir werden daran auch festhalten. So muss man das machen, wenn man verantwortlich mit den Mitteln umgeht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist kein gängiges Verfahren! Den Ergänzungsbereich hat es immer gegeben!)

– Wollen Sie mir erzählen, dass ich auf der einen Seite Schulen erlauben soll, ihren Ergänzungsbereich zu halten, und auf der anderen Seite Pflichtunterricht in anderen Bereichen in den beruflichen Schulen ausfällt? Das kann doch wohl nicht der Standard sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das muss fächerbezogen zusammenpassen! – Abg. Volker Schebesta CDU: Mittel für Krankheitsvertretungsfälle zur Verfügung stellen!)

Das bedeutet, dass sich selbstverständlich auch die Regierungspräsidien, die Abteilungen 7, sehr genau anschauen – die bekommen zunächst einmal die Budgets zugewiesen –, ob denn die Mittelverteilung richtig funktioniert.

Ich habe gerade angeschnitten, dass wir im Augenblick an der Systematik etwas verändern. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir, wenn wir den Schulen mehr Autonomie und mehr Verantwortung auch bei der Inanspruchnahme von Mitteln der Krankheitsvertretung zubilligen, wenn sie gleichsam ein Budget bekommen, dann auch eine bessere Steuerung haben. Wir sind aber im Augenblick noch mitten in diesem Prozess; denn es kommt darauf an, dass die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, auch tatsächlich dort und für den richtigen Bereich eingesetzt werden, für den sie in den Haushalt eingestellt worden sind.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was halten Sie eigentlich von Steuerung durch Kommunikation?)

Präsident Guido Wolf: Kollege Hauk hat eine weitere Zwischenfrage. Möchten Sie diese gestatten? – Bitte schön, Kollege Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Ministerin, was halten Sie eigentlich von Steuerung durch einfache Kommunikation?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Das machen wir tagtäglich. Ich rede sogar mit der Opposition.

Abg. Peter Hauk CDU: Warum funktioniert es nicht?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Das haben Sie jetzt gesagt, dass es nicht funktioniert.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Wir führen jetzt keinen Disput. Die Frage ist beantwortet.

Wir treten damit in die zweite Runde ein. Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich glaube, jetzt bekommen Sie ein Problem. Sie bekommen deswegen ein Problem, weil Sie wohl nicht in der Lage sein werden, eine große Zahl von Einzelfällen persönlich zu lösen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das, was Kollege Röhm hier beschrieben hat, ist ein Regelfall. Das belege ich Ihnen. Ich habe selbst zwei Beispiele: An einer hauswirtschaftlichen Schule in Tübingen gab es für eine Lehrkraft, die leider an Krebs erkrankt war, bis April 2012 eine Vertretungslehrkraft für 21 Stunden. Die Lehrkraft ist weiter erkrankt. Von heute auf morgen hat das Regierungspräsidium veranlasst, den Vertretungsvertrag von 21 Stunden auf neun Stunden zu kappen. Damit fallen von heute auf morgen zwölf Stunden aus, ohne dass hierfür anderweitig Ersatz geleistet worden wäre.

Der Oberbürgermeister von Weinstadt-Beutelsbach – er hat Ihnen selbst und auch den zuständigen Wahlkreisabgeordneten geschrieben – ist „enttäuscht und erschrocken“ darüber, dass der Ergänzungsbereich an Grundschulen von Ausfällen betroffen ist. Ich weise darauf hin, Frau Ministerin, dass der Ergänzungsbereich an den Grundschulen in der Vergangenheit immer üppiger war als an weiterführenden Schulen. Das heißt, das erforderliche Polster, um aus dem Ergänzungsbereich Krankheitsausfälle aufzufangen, war dort immer in größerem Umfang gegeben als in anderen Schularten.

Mittlerweile sind die Grundschulen aber so weit betroffen, dass im Ergänzungsbereich Stunden – LRS-Stunden, Förderstunden – ausfallen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unverantwortlich!)

Dabei geht es um konkrete Fördermaßnahmen, die gänzlich wegfallen. Damit ist dann auch der Pflichtbereich unmittelbar berührt.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das ist seit Jahren so!)

Frau Ministerin, deswegen haben Sie ein Problem. Ich möchte Sie auch bitten, eine konkrete Antwort zu geben. Die Staatlichen Schulämter im Regierungsbezirk Stuttgart verweisen auf ein Schreiben des Regierungspräsidiums Stuttgart. Vor wenigen Tagen erging seitens der Staatlichen Schulämter im Regierungsbezirk ein Schreiben an alle Schulleitungen der Grund-, Haupt-, Werkreal- und Realschulen, also somit an fast alle Schularten. Das war ein offizielles Anschreiben der Schulämter. Ich möchte Sie, Frau Ministerin, bitten, dazu konkret Stellung zu nehmen oder vielleicht in Ihrem Haus einfach einmal nachzufragen, was dieser Vorgang soll.

Es ist ein Verfügungsrahmen zur Bewirtschaftung der Vertretungsmittel erlassen worden, der beinhaltet, dass von Mai bis Ende Juli 2012 überhaupt keine befristeten Krankheitsvertretungsverträge mehr abgeschlossen werden dürfen, Frau Ministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Hört, hört! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich!)

Die weitere Aussage ist die, dass von September bis Dezember 2012 nur in sehr beschränktem Umfang Krankheitsvertretungsverträge abgeschlossen werden können – aber nicht für Krankheitsvertretungen, sondern nur in Einzelfällen für Elternzeit nach Mutterschutz.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Einen solchen Vorgang, dass die Krankheitsvertretungsmittel für unsere Schulen für die restliche Laufzeit des Schuljahrs gänzlich gestrichen werden, meine Damen und Herren, gab es noch nie, seit ich an Bildungspolitik denken kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unglaublich! – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Peter Hauk CDU)

Frau Ministerin, wie kommen Sie dazu, hier etwas ganz anderes zu erzählen?

(Unruhe)

Sie sprechen von Einzelfällen. Es gibt einen Erlass seitens Ihres Hauses. Das müssen Sie erst einmal erklären. Das betrachte ich als Skandal, weil Sie hier wissentlich oder unwissentlich vor diesem Hohen Haus, Herr Schmiedel, die Unwahrheit gesagt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Jetzt zu dem strukturellen Defizit. Herr Kollege Lehmann, ich freue mich immer auf einen sehr fachkundigen Dialog mit Ihnen. Deswegen möchte ich schon etwas zu Ihrem Beitrag sagen.

Warum gab es das strukturelle Defizit an beruflichen Schulen? Das wurde übrigens entlang Ihrer Tabelle immer systematisch abgebaut. Das gab es nicht, weil es ein Versorgungsproblem hinsichtlich der Stellen gab, sondern weil es gerade an beruflichen Schulen und besonders im ländlichen Raum immer einen Mangel an Fachlehrern gab – in den Bereichen Elektronik, Maschinenbau, Informatik, Physik, Mathematik.

(Georg Wacker)

Das strukturelle Defizit, das in besonderem Maß an den gewerblichen Schulen entstanden ist, ist einfach deswegen entstanden, weil man die Lehrkräfte nicht bekommen hat. Deswegen hat man für diese Fälle ein spezielles Einstellungsverfahren entwickelt, Frau Ministerin: Man muss sich frühzeitig um diese Personen kümmern. Man muss den Schulen die Möglichkeit geben, sich sehr frühzeitig selbst die Stellenbesetzungen auszusuchen. Man muss den Schulen die Möglichkeit geben, für Seiteneinsteiger und Quereinsteiger sehr frühzeitig verbindliche Verträge abzuschließen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber das machen Sie nicht. Frau Ministerin, wenn Sie sagen, Sie wollten das strukturelle Defizit abbauen, dann geht Ihre Rechnung deswegen nicht auf, weil Sie nicht mehr die Personen finden, um das strukturelle Defizit abbauen zu können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen, meine Damen und Herren, werden Sie größte Probleme haben, das strukturelle Defizit abzubauen – im Gegenteil, es wird weiter steigen, weil Sie ein Missmanagement im Bereich der Lehrerversorgung betreiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Wacker, Herr Dr. Kern! Ich kann nur sagen: Willkommen im Klub! Ich war schon in der letzten Legislaturperiode Abgeordneter und habe es genossen, in der Opposition zu sein. Jetzt habe ich die Seite gewechselt.

(Zurufe von der CDU)

Herr Wacker, ich kann mich gut an Schreiben erinnern, die ich genau wegen dieser Problematik, die Sie, Herr Röhm, jetzt auch geschildert haben, an das Kultusministerium geschickt habe. Das ist nicht neu, Herr Wacker, das war schon immer so. Es ist aber schön – ich glaube, es ist auch gut so –, dass Regierungsfractionen auch einmal in die Opposition kommen, damit auch sie einmal mit der Realität konfrontiert werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Es gab noch nie keine Krankheitsvertretungsverträge!)

– Herr Schebesta, seien Sie doch einmal ruhig! – Ich sage Ihnen, wo die reale Problematik liegt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die reale Problematik sitzt hier!)

Im letzten Jahr, als wir das von Ihnen übernommen haben, hatten wir zum Schuljahresbeginn 2011/2012 1 266 Krankheitsvertretungen. Zum Schuljahresanfang waren schon 1 182 weg. Im Prinzip war nichts mehr da. Herr Schebesta, das war das Ergebnis Ihrer Politik.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wenn wir sagen, wir müssen die Zahl der Stellen für die Krankheitsvertretungen erhöhen, dann ist klar: Das wird nur schrittweise gehen. Wir sagen ehrlicherweise, dass wir nicht versprechen können, gewährleisten zu können, dass wir beim Unterrichtsausfall in einem Jahr wieder auf null sind. Herr Schebesta, wir werden Verfahren ändern, was Sie nicht gemacht haben. Wir werden die Stellen für die Krankheitsvertretungen erhöhen. Das haben wir im Haushalt 2012 gemacht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und dafür bei den Schöpfmitteln kürzen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen Schöpfmittel, dann können wir handeln!)

– Herr Schebesta, es ist putzig, dass Sie, die Sie jahrzehntelang diese Problematik verpennt haben, auf einmal merken, dass ein Problem vorhanden ist, und jetzt fordern, wir sollten das innerhalb von ein paar Monaten umwandeln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich finde es fahrlässig, dass hier die Debatte über den ländlichen Raum – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf Sie bitten, Herrn Abg. Lehmann Gehör zu schenken.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wenn Sie jetzt in der Opposition sind, müssen Sie nicht gleich versuchen, Ihren Stil so zu verändern, dass wir hier keine Debattenkultur mehr haben.

Sie haben gesagt, wir hätten den ländlichen Raum vernachlässigt. Das Lieblingsthema von Herrn Dr. Kern ist, dass die Gemeinschaftsschule alles erdrückt

(Abg. Ulrich Müller CDU: Kann jeder Ort eine Gemeinschaftsschule haben?)

und deswegen keine normale Unterrichtsversorgung mehr möglich ist. Die Ministerin hat es gesagt: Es sind 38 bis maximal 60 Deputate, um die es im kommenden Schuljahr geht. Das hat überhaupt nichts mit dem Unterrichtsausfall und den strukturellen Defiziten zu tun.

Ihre Bürgermeister im ländlichen Raum ächzen und wollen eine Schulstrukturreform. Sie nehmen auch das Angebot, eine Gemeinschaftsschule einzurichten, an, damit die Kinder nicht mehr in Schulbussen durch das ganze Land gefahren werden müssen. Da haben Sie nichts gemacht.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben die Schulstrukturreform in den vergangenen Jahren verschlafen. Baden-Württemberg hat als eines der letzten Bundesländer am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten und versäumt, sich davon zu verabschieden. Sie waren nicht einmal bereit, den Weg anderer CDU-geführter Bundesländer zu gehen, nämlich den Weg in Richtung eines zweigliedrigen Schulsystems, was für ein Flächenland wie Baden-Württemberg unumgänglich ist. Da müssen wir hin.

Wir werden die Schulstrukturreform angehen. Wir werden auch die Ressourcen für die Krankheitsvertretungen anheben.

(Siegfried Lehmann)

Wir werden die Unterrichtsversorgung verbessern, und wir werden im nächsten Jahr an den beruflichen Schulen – da haben Sie vollkommen recht – zu den früheren Besetzungsverfahren zurückkommen. Es ist klar: In diesem Bereich muss es frühzeitige Einstellungen geben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Wir werden – das haben wir in den Haushaltsberatungen auch vereinbart – das strukturelle Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen in diesem und dem kommenden Schuljahr weiter abbauen, wenn auch nicht in dem Maß, wie wir das versprochen haben. Der Hintergrund ist – Sie kennen ihn alle –: Die Landesverschuldung ist in den letzten 20 Jahren um 100 % von 20 Milliarden € auf 40 Milliarden € erhöht worden. Das sind Zwänge, denen wir natürlich auch unterliegen. Deswegen können wir das nicht in der ursprünglich vorgesehenen Geschwindigkeit machen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn die Frau Ministerin für zwei klare Aussagen ausdrücklich loben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Welche? – Zuruf: Dass sie den Ergänzungsbereich abschaffen will! – Abg. Peter Hauk CDU: Für die Verschleierung!)

Das war zum einen die Aussage, dass wir eine sorgfältige Ressourcensteuerung vornehmen werden. Bemerkenswert war dabei ein Zuruf von Ihrer Seite, wir seien bisher spitze gewesen. Kollege Dr. Kern macht ganz gern immer wieder auf das Prinzip der Wiederholung als pädagogischer Grundlage aufmerksam.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hilft bloß nichts!)

Ich sage es Ihnen also noch einmal: Wir haben ein Defizit von 412 Millionen € durch mangelnden Vollzug der k.w.-Vermerke, ein Defizit von 155 Millionen € durch die Bugwelle. Zudem sind 360 Millionen € in der mittelfristigen Finanzplanung nicht finanziert. Insgesamt reden wir also von einer Deckungslücke von 927 Millionen € nur im Kultusetat.

Das Zweite –

(Der Redner hält ein Dokument hoch.)

ich wollte es eigentlich hier gar nicht zeigen –: Das hier, Kollege Lehmann, ist die zweite Seite der Medaille. Das ist die Anzahl der Beamtinnen und Beamten, die in Pension gehen werden. Die vorherige Landesregierung hat uns eine Lücke von 70 Milliarden € hinterlassen, für die sie nichts in den Pensionsfonds eingestellt hat. Das ist doch das, was uns zurzeit im Landeshaushalt – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Hören Sie doch einmal mit der Mär auf! Das ist ja unglaublich! Sie wollten doch noch mehr! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 40 Jahre lang wollten Sie mehr!)

– Kollege Hauk, das ist das, was uns im Landeshaushalt im Grunde unter Druck setzt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es geht nicht um die Frage nach zusätzlichen Mitteln, sondern um die Frage, ob das refinanziert ist. Wir werden ab dem Jahr 2020 eine grundgesetzliche Schuldenbremse einzuhalten haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben sie jetzt einzuhalten!)

und dieses Ziel streben wir an. Sie haben es doch nur vor sich hergeschoben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie müssen sie früher einhalten! Jetzt!)

Nächster Punkt – auch das ist eine wichtige Aussage –: Herr Wacker, ich bin da schon überrascht. Wir sind beide im System involviert; ich bin direkt im Schulsystem drin, und Sie haben es lange genug sozusagen von oben gemanagt. Geben wir doch zu, dass es in der Tat ein Steuerungsproblem ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Kein Unternehmen von einer solchen Größenordnung ist so aufgestellt wie wir. Wenn es das wäre – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine hervorragende Behörde! Sie müssen sie halt ihre Arbeit machen lassen, und Sie müssen dafür Sorge tragen, dass die Köche Ihrer Stabsstelle den Brei nicht verderben! – Weitere Zurufe)

– Ja. Deswegen brauchen wir auch noch immer relativ lange von der Zahlenerhebung bis zur Darstellung und zur genauen Analyse, wo und an welcher Stelle etwas ist. Ich formuliere es einmal umgekehrt: Ich würde mir wünschen: Arbeiten Sie doch einmal mit, Herr Röhm. Sie sagen, Sie seien der Superexperte. Gehen Sie doch in die Arbeitsgruppe mit hinein, damit wir das Problem lösen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In die Stabsstelle oder was? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn Sie rausgehen, gehen wir rein! – Lebhaftige Unruhe)

Wenn es so ist, wie Sie es hier darstellen, dann ist das ja kein Problem. Wir brauchen ein gutes IT-System.

(Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen eine gute Weiterentwicklung von ASD-BW, damit wir spätestens 2013, 2014 oder 2015 in der Lage sind, tatsächlich die nähere Ressourcensteuerung konkreter vorzunehmen.

Es ist klar: Wir müssen an dieser Stelle die Schulgemeinschaften um Verständnis dafür bitten, dass es in diesem Jahr etwas schwieriger ist.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

(Zuruf: Aha! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen Sie zur Unterrichtsversorgung!)

Das System steht auf dem Rüttler zugunsten von mehr Bildungsgerechtigkeit.

(Zuruf: Okay!)

Ich bin aber sehr optimistisch, dass sich das in absehbarer Zeit beruhigen wird. Herr Wacker, Zusatzangebote zu streichen, wenn das Kerngeschäft gefährdet wird, tut in der Tat weh. Aber dass Sie ausgerechnet hier an dieser Stelle das Thema Förderkurse ansprechen, verwundert mich doch. Warum haben wir denn 2008 in Mannheim das Mannheimer Unterstützungssystem Schule ins Leben gerufen? Weil Sie die Mittel dafür, dass die türkischen Kinder in der Schule zusätzlichen Deutschunterricht bekommen, gestrichen haben. Das haben wir seitens der Kommune doch nicht aus Spaß an der Freude gemacht; wir haben doch nicht deshalb so viel Geld in die Hand genommen. Dagegen hat die jetzige Landesregierung in dieser Woche ein Sprachförderungsprogramm auf breiter Basis auf den Weg gebracht. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Dr. Fulst-Blei, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wacker?

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bitte schön.

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Lehmann war da sehr bedächtig!)

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Kollege Dr. Fulst-Blei, Sie haben aus Ihrer kommunalen Mannheimer Praxis auch immer die Landespolitik verfolgt. Deshalb wussten Sie auch, wie sich die Entwicklung bei den KV-Mitteln vollzogen hat. Ist Ihnen bekannt, dass die früheren Landesregierungen immer einen Betrag für die KV-Stellen etatisiert haben? Ist Ihnen bekannt, dass es also immer eine Gleitklausel gab, die Folgendes besagte?: Wenn die Mittel nicht ausreichten, hatte man die Möglichkeit, darüber hinaus weitere Mittel für diesen Zweck zu bewirtschaften.

Wären Sie bereit, aus der Sicht der Regierungsfraktion SPD dafür Sorge zu tragen, dass die erforderlichen Mittel eingestellt werden, damit der Unterrichtsausfall nicht mehr so stattfinden wird, wie es das Kultusministerium angeordnet hat?

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kollege Wacker, zur ersten Frage: Wenn es so ist, dass Sie immer so effektiv nachgesteuert haben, frage ich Sie: Warum hatten wir zum damaligen Zeitpunkt so viele Beschwerden, dass wir seitens der Kommune letzten Endes 300 000 € selbst in das System hineinstecken mussten?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein höherer Unterrichtsausfall war das damals! Die Frage ist ja lächerlich!)

Zum zweiten Teil Ihrer Frage hat die Ministerin schon Ausführungen gemacht. Wir werden an dieser Stelle nachsteuern. Wir werden genau anschauen, wo der Bedarf ist. Aber wir sind

auch deshalb unter Druck geraten, weil Sie die Finanzsituation so aufgestellt haben, wie Sie sie aufgestellt haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Unsinn!)

Sie haben einen unsoliden Haushalt hinterlassen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es wird nicht wahrer, wenn Sie es immer wieder behaupten!)

Wenn Sie erlauben, gehe ich jetzt noch auf zwei oder drei Argumente ein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir halten fest, dass die SPD für die Abschaffung des Ergänzungsbereichs ist!)

– Meine Herren, Sie suchen Sündenböcke, um von Ihrem eigenen Fehlverhalten abzulenken. Das erklärt einerseits Ihren Zwischenruf, aber andererseits auch Ihre Rede, Herr Dr. Kern.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Frau Ministerin hat darauf hingewiesen, dass die Reformprojekte – ob es G 9 ist oder die Gemeinschaftsschule – im Grunde relativ kleine, überschaubare Deputate erfordern. Wir reden da von 60 bis 70 zusätzlichen Deputaten. Das macht den Kohl an dieser Stelle also nicht fett. Aber – das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal unterstreichen –: Ich nehme die Gemeinschaftsschule tatsächlich als eine absolut willkommene, angenommene Reformoption für den ländlichen Raum an.

Sie haben vorhin ausgeführt, Kollege Wacker, Sie hätten hervorragend aufgestellte Schulen hinterlassen. Die Werkrealschulen – das können Sie doch nicht bestreiten – sind deshalb in die Knie gegangen – das lässt sich statistisch belegen –, weil die Menschen gesagt haben: Das ist für uns mit Blick auf die Anschlussperspektive keine Schulart, auf die wir unsere Kinder gern schicken möchten.

Jetzt erleben wir, dass die Menschen gerade im ländlichen Raum – da sage ich Ihnen, als „Kommunalgrößtstädter“ hatte ich das gar nicht so auf dem Schirm, aber ich bin mittlerweile auch in Ihrem Wahlkreis zu Gesprächen unterwegs – sagen – das höre ich immer wieder –: „Jawohl, das ist für uns eine Anschlussoption. Das ist interessant, um auch den Standort zu wahren.“ Wir müssen aufpassen – da sind wir beim Thema „Regionale Schulsteuerung“ –, dass nicht mehrere, nebeneinander liegende Kommunen diesen Weg sehr schnell gehen. Denn dann muss man natürlich auch schauen, wie man sich dort einigen kann, wenn sich zwei Schulstandorte, die 5 bis 6 km auseinanderliegen, auf diesen Weg machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Natürlich!)

– Natürlich. Aber das ist, Herr Röhm, auch auf die demografische Entwicklung zurückzuführen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch normal!)

auf abnehmende Schülerzahlen. Wir haben in Mannheim zu Ihrer Regierungszeit die Anzahl der Werkrealschulen halbieren müssen. Danach sind die Zahlen weiterhin in die Knie ge-

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

gangen. Da ist die Gemeinschaftsschule tatsächlich eine Option, um einen Schulstandort zu halten.

Des Weiteren ganz kurz zur Erzieherinnenausbildung. Sie fragen: Wo sind sie? Ich kann Ihnen sagen: Wir haben in Mannheim gerade 25 Plätze im Bereich „Praxisintegrierte Ausbildung“ auf den Weg gebracht.

(Abg. Georg Wacker CDU: Wo sind die Eingangsklassen landesweit?)

Wir haben diese Stellen. Wir werden diese Stellen einrichten. Die Diskussion ist auch sehr positiv. So wird sie übrigens auch von Ihren eigenen Kollegen betrachtet.

Meine Redezeit läuft gerade ab. Deshalb nur noch ein Hinweis, Herr Kern, sachlicher Art: Ich habe Herrn Kollegen Kleinböck wegen Ihrer Ausführungen zu dem, was in Hessen geplant ist, gefragt. Er hat mir gerade gesagt, dass die FDP dort zwar auf der Suche ist, aber die Reaktionen in den Schulen auch sehr zurückhaltend sind. Meine Empfehlung wäre: Setzen Sie sich noch einmal zusammen, wie das mit der Schulreform in Hessen tatsächlich läuft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident! Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit muss ich mich auf wesentliche Punkte konzentrieren.

Frau Kultusministerin, Sie haben gesagt: Wir geben 8 Milliarden € aus und wissen bis heute nicht, wo das Geld ankommt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Das ist eine bemerkenswerte Aussage.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich kann Ihnen zwei Tipps geben, wie Sie mit dem Problem umgehen können:

Erstens: Ganz offensichtlich haben Sie ein Steuerungsproblem. Das wurde gerade eben auch zugegeben. Ich finde es gut, dass Sie gesagt haben, Sie arbeiten daran. Aber, wie gesagt, ich sehe noch nicht, dass Sie da eine Lösung haben.

Zweitens: Statten Sie doch die Schulen mit eigenverantwortlichen Budgets aus, geben Sie vor Ort Verantwortung an die Schulen ab. Sie wissen nämlich, wie sie das Problem lösen. Sie sprechen zwar immer von „Autonomie der Schulen“, aber wie wir gerade eben vom Kollegen Haußmann und vom Kollegen Wacker gehört haben, machen Sie genau das Gegenteil: Sie ziehen Verantwortung von den Schulen ab und verlagern sie auf die RPs. So bekommen Sie die Steuerungsprobleme nicht in den Griff; Sie verstärken die Steuerungsprobleme vielmehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die nächste bemerkenswerte Aussage: „Was haben wir im Bildungsbereich vorgefunden?“ Wenn die baden-württembergische Bildungsministerin nicht weiß, dass wir die niedrigste Schulabbrecherquote in ganz Deutschland, die niedrigste Sitzbleiberquote in ganz Deutschland, die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in ganz Deutschland haben, wenn man Ihnen sagen muss, dass Sie das beste Bildungssystem in ganz Deutschland von uns geerbt haben, dann ist das ein Armutszeugnis für die Bildungsministerin.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Natürlich ist das Geld knapp. Wer würde das denn wirklich bestreiten? Aber Sie geben das Geld, das vorhanden ist, für Ihr Lieblingsprojekt Gemeinschaftsschule aus.

(Widerspruch bei den Grünen und SPD – Zurufe der Abg. Jörg Fritz und Sandra Boser GRÜNE)

Noch sind es nur 40 Schulen, aber wie verantwortliche Personen in Ihren Fraktionen gesagt haben, soll diese Schulart in zehn Jahren das baden-württembergische Bildungssystem dominieren. Dann wird es richtig teuer, wenn Sie bei der jetzigen Finanzausstattung bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Deswegen sparen sie heute!)

Sie verzichten auf Geld, das tatsächlich da wäre, z. B. auf die Studiengebühren in einem nicht unerheblichen Umfang.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Hätten wir uns auf die nachlaufenden Studiengebühren einigen können, hätten wir Geld, um die größte Not zu lindern.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Geben Sie Verantwortung ab. Bekennen Sie sich zum beruflichen Bildungssystem.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Die G-9-Modelle – Modelle! – sind unsinnig. Etwas, was viele Jahre lang funktioniert hat, jetzt wieder als Modell einzuführen, ist schon ein Witz an sich. Und es war teuer. Die Mittel dafür wollten wir, die FDP/DVP, in den Bereich der beruflichen Bildung stecken. Dann wären die Gelder sinnvoll ausgegeben worden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ihnen hätte G 9 gutgetan! Er hat es noch immer nicht verstanden!)

Sie planen den ganz großen Umbau.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Na!)

Dafür brauchen Sie Geld, das uns jetzt fehlt. Die Opposition muss das sagen, weil es richtig ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Regierung spricht Frau Ministerin Warminski-Leitheußer.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema der heutigen Aktuellen Debatte ist die Unterrichtsversorgung. Ich finde, wir sollten da auch einmal beim Thema bleiben.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!
– Abg. Volker Schebesta CDU: Dann bekommen Sie es einmal hin!)

Es geht um die Frage: Wie werden die 8 Milliarden € so eingesetzt, dass der Unterricht an den Schulen auskömmlich versorgt ist? In der Tat ist das System intransparent, und die Ressourcen werden nicht richtig gesteuert. Das ist nicht mein Missmanagement, sondern das resultiert aus dem Missmanagement, das Sie hinterlassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich arbeite das systematisch, in aller Ruhe,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Ruhe ist da!)

bei sorgfältiger Betrachtung der Faktenlage schrittweise ab. Ich mache das ganz sorgfältig, mit Bedacht. Wir werden eine wunderbare Steuerung hinbekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre schön!)

Das werden wir allein schon deshalb tun, weil wir Altlasten abzarbeiten haben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erblasten?)

die Sie hinterlassen haben. Dreistellige Millionenbeträge sind kein Pappentier, um das noch einmal deutlich zu sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Nochmals in Ihre Richtung, Herr Dr. Kern: 60 Deputate von 3 300 Deputaten setzen wir für die Gemeinschaftsschule ein – nicht mehr und nicht weniger.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Schwierigkeiten im nächsten Schuljahr!)

Wenn Sie weiterhin behaupten, wir würden die Gemeinschaftsschulen auf Kosten der Unterrichtsversorgung in den anderen Schulen schaffen, dann sagen Sie die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Das ist richtig! –
Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was ist Herr Kern von Beruf?)

– Er ist Lehrer.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Zwischenfrage ohne Genehmigung des Präsidenten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir zu dem Schreiben des Regierungspräsidiums Stuttgart: Dies entspricht ganz klar nicht der Linie des Ministeriums.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Georg Wacker CDU: Skandal!)

– Moment! Zuhören!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie kennen doch das Steuerungsproblem. Haben die Regierungspräsidien in der Vergangenheit immer das getan, was Sie wollten? Ich bitte um eine ehrliche Antwort.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was haben Sie denn für ein Staatsverständnis? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir beantragen zusätzliche Redezeit! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hervorragende Serviceeinrichtung, diese Regierungspräsidien! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Bitte schön.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Langer Rede kurzer Sinn

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich würde gern –

Präsident Guido Wolf: Ich bitte Sie um Ruhe. Ich denke, es ist sinnvoll, wenn wir der Ministerin zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr gut!)

Bitte schön.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ich danke Ihnen, Herr Präsident. – Meine klare Antwort: Das entspricht nicht der Linie des Ministeriums, das entspricht nicht der Linie der Ministerin. Ich werde dem nachgehen – um das explizit zu sagen.

Ich habe zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Übrigens ist momentan noch reichlich Geld vorhanden. Im Moment sind noch 2,5 Millionen € plus weitere 7 Millionen € in den Schöpfungsmitteln vorhanden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Na also!)

Ich habe ausdrücklich gesagt,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

dass diese Mittel eingesetzt werden sollen, um Verträge für Krankheitsvertretungen abzuschließen. Die Abfrage bei den Staatlichen Schulämtern, die ich gerade erwähnt habe, wird mir Auskunft darüber geben, ob die Mittel tatsächlich eingesetzt worden sind und ob es noch Krankheitsvertretungen gibt, die noch nicht abgedeckt sind. Wenn dies der Fall ist – ich sage es noch einmal –, werden wir nachlegen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Das ist eine ganz klare Aussage. Noch klarer, denke ich, geht es nicht, Herr Wacker.

Ich sage es noch einmal: Ich werde der Angelegenheit in Stuttgart nachgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kann ich Tagesordnungspunkt 1 beenden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Situation der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) – Drucksache 15/1430

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei den Grünen)

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht erinnern Sie sich noch an den 21. Dezember 2011. An diesem Tag haben wir die Studiengebühren abgeschafft.

(Vereinzelt Beifall)

Dies war eine gute Entscheidung. Eine gute Entscheidung hat Applaus verdient.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Schon damals habe ich auf die Kritik durch die Opposition an der nicht ausreichenden Finanzierung der Dualen Hochschule, die wir nachher wahrscheinlich wieder hören werden, entgegnet, dass nicht die Ausfälle bei den Studiengebühren das Problem der Dualen Hochschule sind, sondern dass die Duale Hochschule in Wirklichkeit mit strukturellen Finanzproblemen kämpft.

In vielen Gesprächen an den einzelnen Standorten wurde mir das in den letzten Wochen und Monaten noch einmal bestätigt. Wir haben daher zur Klärung der Gesamtsituation diesen Antrag eingereicht und die Behandlung heute vorgezogen. Warum? Weil uns Grünen die Duale Hochschule sehr wichtig ist, weil wir, die Fraktion GRÜNE, die Duale Hochschule und die damit verbundenen drängenden Herausforderungen sehr ernst nehmen.

Die DHBW ist ein baden-württembergisches Erfolgsmodell. Sie ist in mehrfacher Hinsicht äußerst innovativ: durch die Kopplung zwischen betrieblicher und hochschulischer Ausbildung, durch den starken Praxisbezug ihrer Studiengänge, aber auch durch ihre sehr schlanke Organisation.

Dabei ist die DHBW in den letzten Jahren stark gewachsen. Inzwischen sind fast 10 % aller Studierenden in Baden-Württemberg – das sind knapp 30 000 – an einem Standort der DHBW eingeschrieben. Die Abbrecherquote ist extrem niedrig, und die Karrierechancen nach dem Studium sind sehr gut. Von 2006 bis 2011 ist die Zahl der Studienanfänger an der DHBW von rund 6 900 auf 11 300 gewachsen.

Die Stellungnahme des Ministeriums zu unserem Antrag macht jedoch deutlich: Hinter diesem Wachstum steckt zu einem Großteil der Hochschulpakt. In der Grundlast der DHBW sind etwa 6 900 Plätze abgebildet, was Räume, was Lehrkräfte, was Kursangebote anbelangt – mehr oder weniger. Wahrscheinlich sind es aber viel mehr, denn ein Großteil davon ist nicht mehr in der Grundlast, was zu überfüllten Kursen und überfüllten Räumen führt. Ich spreche da aus eigener Erfahrung.

Die Zahl der zusätzlichen Plätze für Studienanfänger ist heute gegenüber 2006 um über 40 % höher. Sie sind nur über den Hochschulpakt, über das Programm „Hochschule 2012“, finanziert. Das ist ein erheblich höherer Anteil als bei anderen Hochschularten. Die grundständige, die solide Finanzierung dieser Plätze fehlt jedoch seit Langem, und das ist ein großes Problem, das wir von der vorherigen Regierung übernommen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das glänzende Erfolgsmodell hat leider Kratzer bekommen. Wenn wir genau hinschauen, sehen wir: Es gibt an einigen Stellen Rostschäden und Beulen, und – um im Bild des Gebrauchtwagens zu bleiben – der Vorbesitzer hat unter Inkaufnahme einer akuten Verkehrsgefährdung einige dringende Wartungsarbeiten nicht durchgeführt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die falsche Farbe ist das Problem!)

Welche schwarz-gelben Schäden sind nun durch diese nachlässige Politik am Rennwagen DHBW entstanden? Das erzähle ich Ihnen gern ganz genau.

Schwarz-gelber Schaden Nummer 1: Der zusätzliche Raumbedarf für zusätzliche Studierende konnte nur über teure und kurzfristige Anmietungen gedeckt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Längerfristige Mietverträge oder gar eigene Bauten wurden nicht als notwendig angesehen. Beispiel Stuttgart: Aktuell ist die Duale Hochschule auf 22 Standorte in der Stadt verteilt.

Schwarz-gelber Schaden Nummer 2: Beschäftigte – nicht nur Lehrbeauftragte, sondern insbesondere auch Verwaltungsbeschäftigte – konnten aus den Geldern für das Programm „Hochschule 2012“ nur befristet eingestellt werden. Die Konsequenz: eine hohe Fluktuation, hohe Einarbeitungszeiten, sinkende Motivation und die Schwierigkeit, überhaupt jemanden zu finden. Das sind keine guten Arbeitsverhältnisse, das sind prekäre Arbeitsverhältnisse. Das wollen wir so nicht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Schwarz-gelber Schaden Nummer 3: Es wurde nie ernsthaft darüber nachgedacht, welche Kapazitäten zur Verfügung ste-

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

hen sollen. Wenn stolz verkündet wurde, dass keine Studentin, kein Student abgelehnt worden sei, dann ist das nur die Hälfte der Wahrheit. Denn die Studienplätze wurden auch nie kostendeckend finanziert.

Dass durch diese schwarz-gelben Schäden noch kein Unfall verursacht worden ist, ist vor allem dem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dualen Hochschule zu verdanken, denen an dieser Stelle noch einmal öffentlich Dank zu kommen sollte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Landesregierung gibt an dieser Stelle den Anstoß, um die dringendsten Probleme zu beheben, die durch die wenig nachhaltige Politik der Vorgängerregierung verursacht worden sind.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Das gravierende Flächendefizit an vielen Standorten wird erstmals anerkannt. Die Abhilfe in Form längerfristiger Anmietungen ist möglich; das ist jetzt auch abgesprochen worden. Neubauten werden genehmigt, siehe Mosbach; das Beispiel hatte ich Ihnen schon im Dezember 2011 vorgehalten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Stuttgart?)

– Stuttgart wird auch kommen. Auch das ist schon zugesagt. Dazu finden im Moment Gespräche statt. Das ist gut so; denn bisher wurde da immer nur gebremst. Das wissen Sie sehr gut.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Haben Sie schon eine Planung? Wenn Sie die Backen aufblasen, was den Raumbedarf angeht, dann erwarten wir, dass Sie das auch ändern!)

– Wir werden wegen Stuttgart schon noch sehen. Aber Sie haben bisher nichts geliefert. Deshalb wäre ich da ruhig.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da sind Sie jetzt in der Verantwortung!)

Die befristeten Stellen im technischen und im Verwaltungsbereich können endlich in k.w.-Stellen umgewandelt werden. Das war das Thema, das ich bereits im Dezember 2011 angesprochen hatte. Das heißt, wir haben weiterhin eine flexible Handhabung, werden aber diese unsäglichen Zwangsentlassungen nach zwei Jahren endlich abschaffen und diese Unsicherheit hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse an der DHBW beenden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zudem sind weitere 47 Anfängerkurse eingerichtet worden. Auch das geht aus der Stellungnahme hervor. Damit erkennt man eindeutig, dass die Landesregierung anerkennt, dass die DHBW eigentlich schon die ganze Zeit Überlast fährt.

Wir wissen genau, dass Baden-Württembergs wirtschaftliche Stärke zu einem guten Teil aus der vielfältigen Hochschullandschaft resultiert. Die DHBW hat ihren wichtigen Platz in dieser Landschaft. Wir wissen das, und wir müssen an dieser Stelle die Hochschulen in Zukunft ausreichend ausstatten. Die ersten Schritte sind im Rahmen der Erarbeitung der Stellungnahme und aufgrund der Verhandlungen zwischen dem Mi-

nisterium und der DHBW nun gegangen worden. Es gibt für die nächste Zeit Zusagen. Insofern bewegen wir uns da in die richtige Richtung, auf jeden Fall auf einem besseren Weg als bisher.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Deuschle.

Abg. Andreas Deuschle CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Duale Hochschule nimmt in der Familie der Studieneinrichtungen in unserem Land eine ganz besondere Rolle ein. Diese Erfindung „Made in Baden-Württemberg“ ist eines der Aushängeschilder unseres Landes und zeugt vom bisherigen engen Miteinander zwischen Wirtschafts- und Hochschulpolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Kein Wunder also, dass sich die Studierendenzahlen an der Dualen Hochschule seit 1999 verdoppelt haben.

Herr Kollege Schmidt-Eisenlohr, Sie haben es gerade schon erwähnt. Noch im Dezember vergangenen Jahres sind Sie von den Regierungsfractionen in einen regelrechten Applausrausch verfallen, als Sie die Studiengebühren abgeschafft haben.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Zu Recht!)

Der Applaus, den Sie von der Bevölkerung hierfür erhalten haben, war wesentlich kürzer. Die nun fehlenden Finanzmittel lassen die auf jeden Rausch folgende Katerstimmung dramatischer ausfallen, als dies ohne die Abschaffung der Studiengebühren der Fall gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Folgeprobleme der Abschaffung der Studiengebühren treffen gerade die Duale Hochschule besonders hart. Die steht, wie die „Stuttgarter Zeitung“ am 28. Dezember 2011 schreibt, „bedauerlicherweise nun auf wackeligen Beinen“.

Klar ist: Der doppelte Abiturjahrgang in diesem Jahr stellt alle Hochschulen vor enorme Herausforderungen. Doch glücklicherweise ist der Run auf die Duale Hochschule auch in den Folgejahren ungebrochen, und deshalb braucht sie jetzt klare politische Signale, wenn die Unternehmen die notwendigen Ausbildungsplätze an der Dualen Hochschule sichern wollen.

Wenn ich „Unternehmen“ sage, dann meine ich damit nicht nur die großen Konzerne, die dem Vernehmen nach ihre Studienplätze an der DHBW schon gesichert haben. Für uns, die CDU-Fraktion, ist von größter Wichtigkeit, dass auch die kleinen und mittleren Unternehmen zukünftig ihren Nachwuchs in gewohnter Weise an der Dualen Hochschule ausbilden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Andreas Deuschle)

Was die Duale Hochschule jetzt also braucht, sind klare politische Signale, doch diese fehlen leider Gottes bislang völlig.

Die Duale Hochschule steht wie keine andere Hochschulart vor enormen Herausforderungen, da ab dem Wintersemester 2012/2013 mehr Studierende in der sogenannten Überlast als in der Grundlast sein werden. Frau Ministerin, wir haben das schon des Öfteren gesagt: Wir nehmen Ihr Engagement für eine Verbesserung der Dualen Hochschule im Bereich der Verlagerung von der Überlast in die Grundlast wohlwollend zur Kenntnis. Wir stehen bei diesem Thema eng an Ihrer Seite. Wir wollen gern gemeinsam mit Ihnen die Erfolgsgeschichte Duale Hochschule Baden-Württemberg fortschreiben.

Wenn Sie von der grün-roten Landesregierung jetzt aber ausführen, dass sich die Ressourcenfragen der Dualen Hochschule nur aufgrund ihres großartigen Erfolgs und der wachsenden Studierendenzahlen stellen, dann ist diese Antwort etwas kurz gesprungen. Denn zur ganzen Wahrheit gehört eben auch, dass die DHBW nicht nur aufgrund der großen Nachfrage Ressourcenprobleme hat, sondern auch aufgrund des Wegfalls der Studiengebühren Probleme hat und im Moment Alarm schlägt.

Wenn man sich einmal anschaut, wie die Finanzierung der Dualen Hochschule aussieht, dann muss man feststellen: Gegenüber dem letzten Jahr, in dem ein Betrag von 375,26 € je Studierenden, pro Hochschulplatz, über die Studiengebühren eingenommen worden ist, bekommt die Duale Hochschule künftig nur noch 280 € je Studierenden in Form von Kompensationszahlungen.

Deshalb überrascht es nicht und bedauern wir sehr, dass das Aushängeschild und das Erfolgsmodell baden-württembergischer Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik jetzt der große Verlierer des Kompensationskonzepts Ihrer Regierung geworden ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr
GRÜNE)

Allein im Jahr 2012 schlägt bei der Dualen Hochschule durch die Abschaffung der Studiengebühren ein strukturelles Defizit bei den Kompensationsmitteln in Höhe von 2,5 Millionen € zu Buche. Im kommenden Jahr wird diese Summe auf 5 Millionen € anwachsen.

Die Vertreter der Dualen Hochschule vor Ort machen sich Gedanken, wie sie die Qualität ihres Studiums aufrechterhalten können, und schreiben zu diesem Zweck Bettelbriefe an Unternehmen mit der Bitte, sie finanziell zu unterstützen. Frau Ministerin, da ist es schon ein bisschen Hohn, wenn Sie gleichzeitig sagen, diese 5 Millionen € seien Peanuts. Ich glaube, ein solcher Vorgang, dass man Bettelbriefe an Unternehmen schreiben muss, um die Qualität auf dem Niveau zu halten, das wir im Moment haben, ist – da sollten wir uns einig sein – der Dualen Hochschule in diesem Land nicht würdig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Frau Ministerin, die CDU-Fraktion unterstützt Sie. Sie haben unsere volle Rückendeckung, wenn es darum geht, Fehlentscheidungen, die Sie aufgrund der Abschaffung der Studien-

gebühren getroffen haben, zu berichtigen und die nun fehlenden Kompensationsmittel auszugleichen. Sie haben auch unsere Rückendeckung bei den Verhandlungen mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister, der heute leider wieder einmal nicht da ist. Der Finanz- und Wirtschaftsminister müsste zumindest in seiner Funktion als Wirtschaftsminister ein großes Interesse an einer gesunden und funktionsfähigen Dualen Hochschule in diesem Land haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Nimm zwei“, titelte die „Süddeutsche Zeitung“ am vergangenen Wochenende. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident:

Im Betrieb die Praxis kennenlernen, an der Hochschule Theorie pauken: Das duale Studium wird für Schulabgänger immer attraktiver. In zehn Jahren hat sich die Anzahl der Absolventen verdoppelt. Die Wirtschaft freut es: Sie bekommt maßgeschneiderte Absolventen.

Ob Industrie, Dienstleistung oder Gesundheitswesen, die Duale Hochschule Baden-Württemberg ist tatsächlich an acht Standorten in unserem Land gut aufgestellt. Fast liebevoll nennen die Betriebe ihre Azubis „Dualos“, und nicht wenige von ihnen finden ihren Berufsabschluss tatsächlich in einer Führungsetage ihres Unternehmens.

Einen Punkt, den mein Vorredner angesprochen hat, will ich aufgreifen. Die Ausbildungsvergütung ist auch bei den Studierenden immer ein Thema, und die Abschaffung der Studiengebühren tut auch ihnen gut, weil sie nämlich von der schmalen Ausbildungsvergütung, die sie bekommen, nicht mehr draufzahlen müssen. Die Duale Hochschule hat in Baden-Württemberg einen enormen Betrag – einen Betrag in zweistelliger Millionenhöhe – aus den Studiengebühren, die die bisherigen Studierenden bezahlt haben – von denen sie eigentlich nichts mehr bekommt –, auf der hohen Kante liegen. Das ist keine Bildungsgerechtigkeit. Andersherum wird ein Schuh daraus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die große Zustimmung für die Duale Hochschule Baden-Württemberg war eigentlich erst möglich, nachdem man sich hier im Haus nach einem heftigen Streit dazu entschieden hat, dass auch Professorinnen und Professoren an der Dualen Hochschule lehren sollen. Das sorgt für Qualität. Die 60 % Lehrbeauftragten tragen einen hohen Beitrag an dieser Lehre, und sie bieten den Studierenden tatsächlich den Blick aus einem Unternehmen.

Aber bei aller Euphorie für diese guten Werte darf nicht vergessen werden: Diese Art der Hochschule unterliegt am stärksten der Konjunktur. Das zeigte sich in den Jahren 2009 und 2010 sehr deutlich.

(Gabi Rolland)

Es zeigt sich aber auch, dass man für die hohe Nachfrage ein Angebot schaffen muss. Ich muss sagen – Frau Ministerin Bauer, die zuständige Ministerin für die Duale Hochschule Baden-Württemberg, ist ja hier –: Dieser Nachfrage wurde Rechnung getragen. Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Auch im kommenden Studienjahr können alle Bewerberinnen und Bewerber angenommen werden – trotz der fehlenden räumlichen Kapazitäten, die andere zu verantworten haben. Dies wird mit langfristigen Mietverträgen kompensiert, und an zwei Standorten sind bereits Neubauten im Gang.

Für die SPD ist es ganz besonders wichtig, dass die vielen befristeten Stellen an der Dualen Hochschule in feste Arbeitsstellen umgewandelt werden können. Das ist ein Teil guter Arbeit in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich will aber auch nicht verhehlen, dass noch eine Herkulesaufgabe auf uns zukommt. Denn die Verstetigung der Mittel wird nur möglich sein, wenn wir vor dem Hintergrund der Schuldenbremse 2020 gute finanzielle Konzepte finden, die dabei helfen, das strukturelle Defizit in diesem Land abzubauen. Dann kommt es darauf an, wie wir alle Hochschularten bedienen. Es gibt in Baden-Württemberg viele Universitäten, es gibt hier sehr viele Fachhochschulen, es gibt Musik- und Kunsthochschulen und Pädagogische Hochschulen. Es muss daher eine gute Priorisierung der wenigen Mittel, die uns für die Hochschulen zur Verfügung stehen, stattfinden. Da steht uns noch ein Kraftakt bevor.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Was? Wenig Mittel?)

Aber auch die DHBW sowie die beteiligten Betriebe stehen vor großen Herausforderungen. Sie müssen nämlich alle diese Entwicklungen beobachten und gegebenenfalls nachsteuern. Sie müssen sich überlegen, wie sie Professorenstellen zukünftig gut besetzen können. Denn wir alle wissen: Die Wirtschaft ist sehr attraktiv, auch für angehende Professorinnen und Professoren. Zudem sind die Betriebe aufgerufen, Lehrbeauftragte in die Duale Hochschule Baden-Württemberg zu schicken.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Richtig!)

Denn dort wird deren Nachwuchs ausgebildet, für den auch sie sorgen müssen.

Sehr schön finden wir, dass erstmals staatliche Mittel für die Forschung in der Dualen Hochschule Baden-Württemberg bereitgestellt werden. Somit erhalten die Studierenden die Möglichkeit, über den Tellerrand hinauszublicken und Neues auszuprobieren. Vielleicht kann es dann künftig bei der Dualen Hochschule Baden-Württemberg heißen: „Nimm drei: Studium, Betrieb und ein Stück weit auch Forschung.“

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Schmidt-Eisenlohr, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Ja, die Duale Hochschule ist in

der Tat ein Rennwagen. Sie geben mir bestimmt recht, wenn ich feststelle, zu welcher Regierungszeit dieser Rennwagen gebaut wurde

(Heiterkeit des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr
GRÜNE)

und dass dies eine weitsichtige und richtige Entscheidung war.

Die Duale Hochschule mit ihren acht Studienakademien und deren Außenstellen ist aus der Sicht der FDP/DVP-Landtagsfraktion ein echtes baden-württembergisches Erfolgsmodell. Das zeigt sich sowohl an der seit Jahren zunehmenden Nachfrage nach Studienplätzen seitens der Studierenden als auch an der Tatsache, dass die Betriebe als Partner immer mehr DHBW-Studienplätze schaffen.

Die Duale Hochschule hat mit ihren Partnern, gemessen an ihrer Ausgangsgröße, einen überproportional großen Anteil am Ausbauprogramm „Hochschule 2012“. Allein bis 2011 wurden fast 4 400 Studienanfängerplätze eingerichtet. Das macht allein 20 % des gesamten Programmolumens aus. Das ist ein echter Kraftakt, für den man der DHBW nur Lob und Anerkennung aussprechen kann.

Die Duale Hochschule, in der auf Initiative des damaligen Wissenschaftsministers Professor Frankenberg die Berufsakademien zusammengeschlossen wurden, erfährt offensichtlich auch über den Regierungswechsel hinweg die Unterstützung der Landesregierung. Darüber ist die FDP/DVP-Fraktion sehr froh und auch erleichtert.

Wie schon angesprochen, gilt es insbesondere, die Kapazitäts-, Personal- und Raumfragen zu lösen, die sich im Zusammenhang mit dem Ausbauhöhepunkt in diesem Jahr stellen. Die Landesregierung muss sich hierbei nun beim Wort nehmen lassen, und es darf keinem Bewerber um ein Studium an der DHBW mit Ausbildungsvertrag aus Kapazitätsgründen ein Studienplatz verwehrt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Mit Ihrer Unterstützung für die Duale Hochschule, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, versuchen Sie aber zugleich – das ist bereits angesprochen worden –, auch eine Scharte auszuwetzen, die allein Sie durch die Abschaffung der Studiengebühren geschaffen haben und die die Duale Hochschule besonders hart getroffen hat. Da Sie für die Kompensationszahlungen nur 280 € je Studierenden angesetzt haben, sind der Dualen Hochschule erhebliche Einnahmeausfälle entstanden.

Besonders ärgerlich daran war aus meiner Sicht Ihre Weigerung, sich mit Alternativen zu befassen. Nachlaufende Studiengebühren hätten erst ab der Überschreitung einer bestimmten Einkommensgrenze nach dem Studium bezahlt werden müssen, und eine Befreiung von der Studiengebühr aufgrund der Geschwisterregelung wäre ebenso obsolet gewesen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Gleiche
Rede!)

Mit Ihrer Ablehnung haben Sie in keiner Weise die optimalen finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen in unserem Land geschaffen. Dabei hätten die Hochschulen und

(Dr. Timm Kern)

insbesondere die besonders hart getroffene Duale Hochschule wahrlich etwas Besseres verdient. Sie müssen nun leider Ihre falsche und schädliche Politik ausbaden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Duale Hochschule und ihre Studienakademien haben ihren festen Platz im vielfältigen Hochschulwesen unseres Landes. Sie sind in der Wirtschaft vor Ort verwurzelt und besitzen eine zu wichtige Funktion für die Gewinnung von Fachkräften, als dass wir uns ihre Vernachlässigung tatsächlich leisten könnten. Deshalb gilt es vor allem, den Blick über das Jahr 2012 hinauszurichten. Es muss in unser aller Interesse sein, den erreichten Stand des Ausbaus der Dualen Hochschule auch für die Zukunft fortzuschreiben und zu sichern.

Wann immer Ihr Bemühen darauf gerichtet ist, Frau Wissenschaftsministerin Bauer, haben Sie uns Liberale an Ihrer Seite. Wir jedenfalls werden geradezu mit Argusaugen darüber wachen, dass Sie Ihre diesbezüglichen Ankündigungen auch in die Tat umsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit dem beginnen, worüber hier im Haus offensichtlich Einigkeit herrscht, nämlich damit, dass die Duale Hochschule Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren offensichtlich eine wirklich atemberaubende Entwicklung genommen hat und in einer ungeheuren Weise wachsen konnte. Ein paar Daten und Fakten – sie wurden zum Teil schon angesprochen – möchte ich hier noch einmal ausführen.

Allein im letzten Studienjahr 2011/2012 sind die Studienanfängerzahlen an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg um 31 % gestiegen. Für das kommende Studienjahr, wenn der doppelte Abiturjahrgang ins Haus steht, erwarten wir zu den 31 % ein weiteres Wachstum von 10 bis 15 %.

Wenn man sich anschaut, wie die Entwicklung seit Beginn des Programms „Hochschule 2012“, also seit dem Jahr 2005, verlaufen ist, stellt man fest, dass sich die Zahl der Studierenden an der Dualen Hochschule in diesem Zeitraum nahezu verdoppelt hat. Damit ist die Duale Hochschule Baden-Württemberg in den letzten Jahren zur größten Hochschule unseres Landes geworden.

Ich glaube, es ist eindeutig: Die Unternehmen zeigen durch ihre Bereitschaft, Studierenden einen Ausbildungsvertrag zu geben und sie an der Dualen Hochschule studieren zu lassen, dass sie auf dieses Hochschulmodell setzen. Es ist ein Erfolgsmodell, das übrigens auch in nicht geringem Umfang im Ausland als Erfolgsmodell wahrgenommen wird. Bei jeder Reise, die wir ins Ausland machen, gilt, wenn es um Fragen der Kooperation im Bildungsbereich geht, ein besonderes Augenmerk der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Sie ist ein spannendes Angebot auch für andere Länder, die von einem solchen Modell lernen wollen.

Dieses Rekordwachstum in der Geschichte dieser Einrichtung stellt aber auch eine Vielzahl von Herausforderungen dar. Nun könnte man sagen: „Das ist das Problem des Erfolgs; das werden wir schon bewältigen können.“ Aber wir haben eben in der Debatte gehört: Was ist eigentlich der tiefere Grund dafür, dass die Duale Hochschule eben nicht nur Erfolgsmeldungen produziert, sondern auch massive finanzielle Probleme hat?

Lassen Sie mich zuerst noch einmal kurz beleuchten, was die Landesregierung getan hat, um die aktuellen Aufwüchse, die wir zu verzeichnen haben, zu bewältigen, damit die Duale Hochschule in diesem Jahr des doppelten Abiturjahrgangs alle Studierenden aufnehmen kann. Danach werde ich noch einmal beleuchten, was es mit den strukturellen Problemen auf sich hat.

Wenn man sich anschaut, wie wir dieses Wachstum in diesem Jahr bewältigen können und müssen, erkennt man: Die Landesregierung hat verschiedene Maßnahmen verabredet, die sofort wirksam werden und mit denen wir sicherstellen, dass in diesem Jahr kein Studienbewerber und keine Studienbewerberin mit einem Ausbildungsvertrag abgewiesen werden müssen.

Wir haben folgende Maßnahmen getroffen:

Erstens: Es wird jetzt möglich sein, die Stellen von Beschäftigten im Infrastrukturbereich, die im Zuge der Ausbauplanung 2012 befristet eingestellt wurden, sukzessiv zu entfristen. Damit können und müssen wir die gewonnene Expertise in den Häusern langfristig halten. Denn es ist nicht nur eine Zumutung für befristet Beschäftigte, die de facto Daueraufgaben bewältigen, dass man sie entlassen muss. Es ist auch ein Qualitätsproblem, weil die Expertise im Haus so nicht gehalten werden könnte.

(Beifall des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Wir bieten jetzt also Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine berufliche Perspektive im Bereich der Infrastruktur und der Studienprogramme der DHBW.

Zweite Maßnahme: Wir ermöglichen der DHBW bei angemieteten oder anzumietenden Räumlichkeiten Mietvertragslaufzeiten von bis zu zehn Jahren. Dadurch kann man günstigere Mietverträge abschließen, und mit einer längerfristigen Perspektive kann man natürlich auch anders planen.

Man fragt sich: Warum war das die ganze Zeit nicht möglich? Für zehn Jahre erhält man doch einen günstigeren Mietvertrag als für zwei oder drei Jahre. Der Hintergrund ist doch völlig plausibel: Das ist die Kurzfristigkeit, mit der die vorherige Landesregierung das Ausbauprogramm aufgesetzt hat. Die Kurzfristigkeit in der Planung produziert zusätzliche Kosten. Diese mangelnde Rationalität haben wir jetzt mit der Möglichkeit, Mietverträge mit langen Laufzeiten abzuschließen, abgestellt.

Wir stellen sicher, dass die DHBW – so, wie sie es beantragt hat – in diesem Jahr im Rahmen des Ausbauprogramms 1 410 weitere Studienanfängerplätze einrichten kann. Ich weiß, da mussten viele mitdenken und Lösungen ermöglichen. Ich möchte mich deshalb noch einmal bei allen bedanken, die da

(Ministerin Theresia Bauer)

ran mitgewirkt haben, eine Lösung zu erarbeiten und das Problem rechtzeitig in den Griff zu bekommen.

Lassen Sie mich diese Gelegenheit aber auch nutzen, zum Erfolg der Dualen Hochschule noch eines hinzuzufügen: Unsere Duale Hochschule ist nicht nur quantitativ ein Leuchtturm für unsere Hochschullandschaft, sondern sie hat auch bewiesen, dass sie qualitativ hohe Anerkennung verdient. Sie ist die erste systemakkreditierte Hochschule in Baden-Württemberg, und sie wurde – auch das ist erwähnenswert – vor Kurzem in die Hochschulrektorenkonferenz aufgenommen. Es war ein langer Kampf, bis dahin zu kommen. Es ist gut, dass dies jetzt endlich gelungen ist. Es ist sozusagen ein Ritterschlag für die Duale Hochschule, dass sie als vollwertiges Mitglied in den Kreis der Hochschulen aufgenommen wurde.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zu der Frage sagen: Worin bestehen eigentlich die strukturellen Probleme der Dualen Hochschule? Wer hat hier recht? Sind Sie es, die sagen: „Die Finanzierungsprobleme haben etwas mit der Abschaffung der Studiengebühren zu tun“,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ja!)

oder ist es dieser Teil des Plenums,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Da können wir abstimmen! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

der sagt: „Es gibt eine strukturelle Schieflage, weil die Studienplätze nicht ausfinanziert sind“?

Wir können miteinander ein relativ einfaches Rechenbeispiel machen. Die Abschaffung der Studiengebühren nach dem völlig richtigen, konsistenten Prinzip „Jeder Student und jede Studentin ist uns gleich viel wert“ bringt durch die Kompensationsmittel einen gleichen Beitrag pro Kopf in jede Hochschule. Es ist also kein Sparmodell, sondern es ist ein recht aufwendiges Modell, das einzelnen Hochschulen mehr Geld bringt als früher und anderen ein bisschen weniger.

In der Tat: Die Duale Hochschule ist die Hochschulart, die in dieser Relation zu den Verliererinnen gehört, weil sie besonders wenige Studierende hatte, die früher von Studiengebühren freigestellt waren. Wir rechnen mit etwa 4 Millionen €, die die Duale Hochschule weniger einnimmt, als sie mit Studiengebühren eingenommen hätte. Das ist relevant.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Deuschle?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Wenn ich meinen Satz zu Ende gebracht habe, können Sie gern fragen.

Präsident Guido Wolf: Gut.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Es ist also ein relevanter Faktor. Aber schauen wir uns einmal im Vergleich dazu an, wie viel Geld der Dualen Hochschule dadurch verloren geht, dass sie diesen exorbitanten Ausbau seit 2005 nicht korrekt bezahlt bekommen hat. Denn ein in der Grundlast finanzierter Studienplatz an der

Dualen Hochschule ist ungefähr mit 12 000 € zu veranschlagen – ohne Unterbringungskosten. Für einen Studienplatz, der im Rahmen des Ausbauprogramms finanziert wurde, gibt es aber nur 8 000 €.

Das heißt, wir haben pro Studienplatz in einem Ausbauprogramm eine Lücke von 4 000 €. Das bedeutet, der gesamte Ausbau über das Ausbauprogramm bringt der Dualen Hochschule einen Verlust von 16 Millionen €, überschlägig gerechnet. Das sind 4 Millionen € Rückgang aufgrund der Abschaffung der Studiengebühren, 16 Millionen € aufgrund der strukturellen finanziellen Unterausstattung, die die damalige Landesregierung in ihrem Programm angelegt hatte. Ich glaube, man braucht nichts mehr dazu zu sagen, woher die strukturellen Probleme der Dualen Hochschule wirklich kommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Deuschle, bitte.

Abg. Andreas Deuschle CDU: Frau Ministerin, ich möchte Sie fragen, ob Sie mir recht in der Annahme geben, dass die Studenten der Dualen Hochschule zum Großteil ihren Beitrag zu den Studiengebühren gar nicht selbst geleistet haben, sondern die Ausbildungsbetriebe für die Studiengebühren aufkommen sind.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich muss zurückfragen: Gehe ich recht in der Interpretation Ihrer Frage, dass Sie eine Regelung bevorzugt hätten, nach der die Studiengebühren nur für die anderen Hochschularten abgeschafft und für die Duale Hochschule beibehalten worden wären?

Abg. Andreas Deuschle CDU: Der Kern meiner Frage ist der: Wenn Sie einen theoretischen Ansatz nehmen und sagen, diese durch viel Hirnschmalz ausgerechneten 280 € je Studierenden an Kompensationsmitteln seien gerecht, dann mag das in der Theorie stimmen. Aus meiner Sicht ist die Praxis aber eine andere. Deshalb frage ich Sie, ob Sie mir in Bezug auf die Praxis an der Dualen Hochschule recht geben, dass die Studenten von den Eingriffen durch die Studiengebühren so gar nicht betroffen waren. Diese Frage hätte ich gern beantwortet.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich versuche, dieses Anliegen nach vorn zu wenden, und sage: Wenn in der Dualen Hochschule die Studierenden zu einem relevanten Teil die Studiengebühren gar nicht zahlen mussten und die Unternehmen diese übernommen haben, dann lassen Sie uns mit den Unternehmen darüber reden, ob sie vielleicht auch in Zukunft die Bereitschaft zeigen, eine besondere Unterstützung zum weiteren Ausbau dieser innovativen Hochschulart zu leisten. Ich bin mir sicher: Wenn sie es bislang schon gemacht haben, werden sie es auch in Zukunft tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Deuschle CDU: Damit haben Sie die Frage indirekt beantwortet! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr guter Vorschlag!)

Zur kostendeckenden Finanzierung: Ich bin mir sicher – es wurde eben auch schon angesprochen –: Neben der kurzfris-

(Ministerin Theresia Bauer)

tigen Lösung, die wir für dieses Studienjahr ermöglicht haben, ist es die große Aufgabe, die langfristige Finanzierung sicherzustellen und auf tragfähige Füße zu stellen. Das ist in Zeiten der Haushaltskonsolidierung keine leichte Aufgabe. Es ist aber im Grundsatz vollkommen unverzichtbar, dass wir die Grundlast auf ein vertretbares Niveau anheben, Verlässlichkeit und Perspektive in die Finanzierung für die Duale Hochschule bringen.

Ein weiterer Baustein einer tragfähigen, zukunftsfähigen Lösung ist das Thema Bauen. Auch da haben wir beispielsweise in Stuttgart die Situation vorgefunden – das kann man beim besten Willen nicht mit der Abschaffung von Studiengebühren erklären –, dass die Duale Hochschule auf 22 Standorte verteilt ist. Das ist für die Studierenden nicht gut, das ist für diejenigen, der Hochschule organisieren muss, nicht gut, und das ist auch noch teuer. Dies zu organisieren ist ein riesiger Aufwand. Daher ist es überfällig und dringend notwendig, dass wir am Standort Stuttgart zu einer tragfähigen und auch konzentrierten neuen baulichen Lösung kommen. Hoher Handlungsbedarf besteht auch in Mannheim. An beiden Standorten sind wir im engen Gespräch mit allen Beteiligten, solche Lösungen voranzubringen.

Lassen Sie mich abschließend darum werben: Bei der Suche nach einer tragfähigen, zukunftsfähigen Lösung, die nicht kurzfristig und kurzfristig agiert, werden wir die Unterstützung des gesamten Hauses brauchen. Wir dürfen dabei nicht aus dem Blick verlieren, dass auch die anderen Hochschularten in den letzten Jahren in einer ähnlichen Weise gewachsen sind. Wir werden also ein Gesamttabelleau brauchen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Ministerin, es liegen zwei Zwischenfragen vor, vom Kollegen Dr. Bullinger und vom Kollegen Dr. Birk.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Bitte zum Schluss. Ich bin aber zum Schluss gekommen, von daher passt es jetzt.

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Ministerin, früher konnten an der Dualen Hochschule, der früheren Berufsakademie, nur Abiturienten mit Betriebsausbildungsvertrag studieren. Seit geraumer Zeit ist es auch möglich, dies mit der Fachhochschulreife, die an unterschiedlichen Schularten erworben werden kann, zu tun. Das ist gut so, vor allem weil dadurch auch Menschen, die praktisch talentiert sind oder die zuvor schon im Beruf standen, diese Möglichkeit haben.

Anlässlich eines Besuchs, den ich in der letzten Woche der Außenstelle der Dualen Hochschule Mosbach in Bad Mergentheim abgestattet habe, sowie auch mit Blick auf die Erfahrungen, die meine beiden Töchter an der Dualen Hochschule gesammelt haben, habe ich folgende konkrete Frage: Gerade aufgrund der Vielfalt der Zugangsberechtigungen ist es insbesondere am Anfang des Studiums erforderlich, zusätzliche Aufbaukurse zum Angleichen des Leistungsstands anzubieten. Wie wollen Sie die hervorragende Möglichkeit, dass auch diese Talente eine solche Zusatzförderung am Anfang ihres Studiums bekommen, finanziell unterstützen?

Meines Erachtens muss man am Anfang ein Zusatzangebot machen, um gleich beim Start die Unterschiede ausgleichen zu können. Dabei entsteht ein Bedarf an Unterrichtsstunden und auch ein entsprechender Personalbedarf. Wie wollen Sie von Ihrem Haus aus die Duale Hochschule unterstützen?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Abg. Dr. Bullinger, die Aufgabe, mit der Vielfalt und Verschiedenheit von Studierenden und deren Voraussetzungen umzugehen, betrifft alle unsere Hochschulen. Wir müssen in der Tat dafür Sorge tragen, dass entsprechende zusätzliche Unterstützungsangebote entwickelt werden. Es gibt dazu auch erste Modellvorhaben sowie Finanzierungsmöglichkeiten für diese Modellvorhaben, etwa um in unterschiedlichen Geschwindigkeiten studieren zu können. Dabei geht es darum, den notwendigen Ausgleich der Unterschiede zu finanzieren. Das wird auch für die Duale Hochschule gelten. Alle Hochschulen haben sich der Aufgabe zu stellen, da entsprechende kluge pädagogisch-didaktische Angebote zu machen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kommt da nicht zusätzliche Unterstützung aus Ihrem Haus?)

– Ich glaube, die beste Unterstützung, die wir der Dualen Hochschule geben können, damit sie diese Aufgabe – eine Aufgabe, die alle Hochschulen haben – schultern kann, ist eine gescheite Finanzierung in der Grundlast.

Präsident Guido Wolf: Kollege Dr. Birk.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Frau Ministerin, Sie haben zu Recht festgestellt, dass das Wachstum der Dualen Hochschule in den letzten zehn Jahren so stark war, dass sich die Zahl der Studienplätze verdoppelt hat. Das liegt vor allem an dem sehr guten Ausbildungsmodell der Verbindung von Theorie und Praxis.

Sie wissen auch, sowohl durch die Ausschussberatung als auch durch die Beratung hier im Plenum, dass die CDU-Fraktion einer deutlichen Erhöhung der Grundlast nicht abgeneigt ist.

Deshalb habe ich konkret folgende Fragen an Sie:

Sie haben vor einiger Zeit in einem Interview angekündigt, dass Sie über die Erhöhung der Grundlast in Verhandlungen mit dem Finanzministerium stehen. Wie weit sind diese Verhandlungen gediehen? Wir haben dazu nichts gehört. Eigentlich waren wir davon ausgegangen, dass Sie in der heutigen Debatte einen ersten Schritt benennen können.

Ganz konkret heißt das: Sie haben den Betrag von 16 Millionen € angesprochen, um den Sie die Grundlastfinanzierung erhöhen wollen. Wir nehmen Sie beim Wort und würden Sie hierbei seitens der CDU-Fraktion auch gern unterstützen. Wie weit sind Sie in den Verhandlungen mit dem Finanzministerium? Bis wann können Sie uns Ergebnisse dazu mitteilen?

Die zweite Frage: Auch die anderen Hochschulen in Baden-Württemberg leiden darunter, dass sie von der Grundlast her nicht so stark ausgestattet sind, wie es aufgrund des starken Wachstums, auch im Zuge des Ausbauprogramms 2012, notwendig wäre. Auch hier besteht Nachsteuerungsbedarf. Sind Sie bereit, auch bei den anderen Hochschulen – Universitäten und Fachhochschulen – die Grundlast zu erhöhen? Wenn das

(Dr. Dietrich Birk)

nicht der Fall ist: Aus welchen Gründen sind Sie dazu nicht bereit? Wie nehmen Sie dabei die Priorisierung zwischen den Hochschulen vor?

Eine weitere Frage: Sind Sie nicht auch der Meinung, dass es, gerade weil wir eine durchaus prekäre Situation bei der Dualen Hochschule im Bereich der Grundlast haben, besser gewesen wäre, die Studiengebühr nicht schon in diesem Jahr abzuschaffen, sondern, wenn überhaupt, erst zu einem späteren Zeitpunkt? Denn diese Mittel sind in der Tat – Kollege Deuschle hat gerade darauf hingewiesen – der Dualen Hochschule noch zusätzlich entzogen worden, womit eine Verschlechterung der Qualität der Lehre an der Dualen Hochschule in Kauf genommen worden ist.

Wie wollen Sie dies kompensieren? Dabei geht es im nächsten Jahr um immerhin 5 Millionen €.

Meine letzte Frage: Bis wann können wir uns darauf einstellen,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wieso haben Sie nicht selbst geredet, Herr Birk? Das ist ja ein Koreferat!)

dass wir die Pläne bezüglich eines Neubaus der Dualen Hochschule in Stuttgart hier im Landtag entscheidungsreif vorliegen haben? Die Zahl von 22 Standorten ist in der Tat nicht optimal; das hatte auch schon die Vorgängerregierung erkannt. Wir hatten allerdings auch eine Prioritätensetzung beim Staatlichen Hochbau.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wird da eigentlich die Zeit gemessen? – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das waren inzwischen schon fünf Minuten Redezeit!)

Deshalb meine Frage – denn auch dies wollen wir gern unterstützen –: Bis wann können Sie mit diesbezüglichen Plänen auf uns zukommen?

Noch ein Punkt: Herr Kollege Schmiedel, wir wünschen uns eine lebendige Debatte. Deshalb muss es auch möglich sein, diese Fragen bei einem so wichtigen Thema zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Frau Ministerin, bitte schön.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Vielen Dank, Herr Dr. Birk, für die vielen Fragen. Ich glaube, in Zukunft werde ich mir einen Stift mitnehmen, damit ich die Liste der Fragen notieren kann. Aber Sie helfen mir in dem Fall, dass ich jetzt irgendein Stichwort nicht mehr parat habe.

Sie haben nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Finanzministerium gefragt. Wir machen das mit dem Finanzministerium so, dass wir einen Schritt nach dem anderen gehen. Wir haben verhandelt und uns zunächst einmal auf die Sofortmaßnahmen verständigt, die wir für dieses Wintersemester brauchen – für die entsprechenden Anmietungen, die notwendig sind.

Wir haben innerhalb kürzester Zeit die konkreten Schritte zu gehen, die ich eben vorgestellt habe, um die jetzige belastende Situation zu beheben: die Möglichkeit, zusätzliche Studierende aufzunehmen, die Finanzierung dieses Programms, die

Möglichkeit, längerfristig anzumieten, und die Möglichkeit, Stellen im Bereich der Infrastrukturen zu entfristen. Wir haben darüber hinaus verabredet, dass wir die nachhaltige Perspektive, wie wir den Aufwuchs der Studierendenzahlen mit Blick auf die nächsten zehn Jahre absichern – – Wir müssen das in der Tat im Gesamtkontext mit den anderen Hochschularten besprechen, und wir werden das im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen vertiefen müssen.

Wir können nicht alle Themen gleichzeitig angehen. Deshalb mussten wir für dieses Jahr Abhilfe schaffen, damit es eine Verhandlungssicherheit gibt. Alles Weitere kommt später.

In der Tat, dem Aufwuchs der Studierendenzahlen, dem Hochschulausbauprogramm, wie es im Jahr 2005 angeschoben wurde, lag – Sie alle haben wahrscheinlich noch die Bilder im Kopf – die Vorstellung zugrunde, dass wir bis 2012 Aufwüchse haben. Die letzten Ausbautranchen waren extrem kurzfristig, nur für ein oder zwei Kohorten konzipiert. Jetzt sind wir im Jahr 2012, und das alte Bild, das Sie in die Köpfe gepflanzt hatten, war das Bild vom Matterhorn: Es geht steil hoch, und dann geht es wieder steil hinunter. So sieht auch die Finanzplanung aus. Wir müssen es jetzt erst noch hinbekommen, dass der Berg, den wir da vor uns haben, eben kein Matterhorn ist. Vielmehr stehen wir am Anfang eines Hochplateaus und müssen in der Tat die Finanzplanung völlig anders aufstellen, weil wir mindestens in der Sicht auf die nächsten zehn Jahre über alle Hochschularten hinweg

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen hoch hinaus!)

diese hohen Studierendenzahlen haben. Das ist finanziell eine enorme Belastung. Das ist aber für unser Land ein großes Glück. Wir werden nicht nachlassen, dafür zu sorgen, dass wir diese Chance, die wir dadurch haben, für unser Land ausspielen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber wir können das wirklich nur dadurch unterlegen, dass wir ein Gesamtkonzept über alle Hochschularten hinweg machen.

Sie fragten nach den Bauvorhaben und danach, wann dem Landtag endlich ein Bauplan vorliege. Wir haben zugegebenermaßen ein wenig Zeit damit verloren, im Haus nach den Bauplänen der Vorgängerregierung zu suchen.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Denn die 22 Standorte in Stuttgart sind schon eine Weile ein Problem. Wir haben nichts vorgefunden. Nachdem wir die Suche eingestellt haben,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das habe ich auch nicht behauptet!)

haben wir uns an die Arbeit gemacht. Wir haben im Moment zwei Standorte, die wir ernsthaft prüfen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hätten Sie ihn doch gefragt! Dann hätten Sie gar nicht suchen müssen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber Sie suchen trotzdem weiter, oder? – Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

(Ministerin Theresia Bauer)

Da müssen natürlich viele Akteure zusammenkommen: die Hochschule selbst, das Finanzministerium, die Stadt Stuttgart muss dazukommen. Es müssen sich viele Partner darauf einigen, wie wir den nächsten Schritt gehen können.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie haben alles abgearbeitet!)

Präsident Guido Wolf: Vielen Dank.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich danke ebenso.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ich mache zwei ganz kurze Anmerkungen.

Es wurden vorhin die Themen Bettelbriefe, Pressemitteilungen usw. angesprochen. Das betraf vor allem Mosbach und Bad Mergentheim. Da ging es aber nicht nur um die Frage von Studienplätzen; es ging auch um die Bausubstanz dort. Es wurde dann ziemlich laut gerufen, da fehle der Raum. Aber es war eben so – darauf möchte ich an dieser Stelle noch einmal hinweisen –: Die Planungskosten waren im Haushalt enthalten, die Baufinanzierung war nicht vorgesehen. Deswegen musste man da eine Not-OP machen. Es ging also nicht nur um die Studienplätze, sondern auch um ein Problem, das uns die vorherige Regierung tatsächlich hinterlassen hat; denn es war nicht finanziert. Das muss man an dieser Stelle schon sagen.

Aber es ist nicht so – mit dieser Mär möchte ich jetzt einfach einmal aufräumen –, dass es noch nie in der Geschichte der Dualen Hochschule den Fall gegeben hätte, dass Studenten abgelehnt wurden. Selbst zu meiner Zeit kam es vor – natürlich in einem gewissen Zeitfenster vor dem Semester –, dass Firmen noch gefragt haben. Insbesondere kleinere Firmen hatten es schwerer als größere Firmen, da einen Platz zu bekommen. Das gab es immer wieder. Insofern: Seien Sie ganz vorsichtig. Ich denke, wir sollten das Ziel haben, so viele Plätze wie möglich zu erhalten. Aber dass dies absolut nie vorkam, das stimmt nicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: In den letzten fünf Jahren nicht, Herr Kollege!)

– Ich gebe es zu: Mein Studium ist länger her als fünf Jahre. Aber in den fünf Jahren zuvor gab es das. Zumindest kenne ich solche Fälle. Ich denke, es ist wichtig, dass man dies im Auge behält. Das Verhältnis muss ausgewogen sein.

Sie haben es zu Recht angesprochen: Wenn wir über die Grundlast sprechen, müssen wir über das Gesamttabelleau, über alle Hochschultypen und Hochschulstandorte sprechen. Das ist sehr wichtig. Aber – mir war wichtig, dies an dieser Stelle zu sagen – die kurzfristigen Aktionen, die die Landesregierung an dieser Stelle unternommen hat, waren Fire Fighting an einer Stelle, an der es am stärksten gebrannt hat, nämlich bei

der Dualen Hochschule. Ich finde das wichtig und richtig, und man sollte das auf jeden Fall auch unterstützen.

Es geht nun darum, den nächsten zu Schritt gehen, sich das Gesamttabelleau anzuschauen und zu sehen, dass wir da vorankommen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/1430. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts – Drucksache 15/1465

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Drucksache 15/1659

Berichterstatter: Abg. Arnulf Freiherr von Eyb

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Zweiten Beratung keine Aussprache geführt wird.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/1465. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 15/1659.

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir stimmen zu! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Pst!)

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist es so beschlossen.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Gesetzes zum Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten, Bekanntmachungen

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 23. Mai 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 15/1726

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Für die Aussprache wurde im Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich erteile Herrn Kollegen Schebesta das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Legislaturperiode wurde vom Landtag von Baden-Württemberg eine Parlamentsreform auf den Weg gebracht. Die meisten Regelungen dieser Parlamentsreform sind zum 1. Mai 2011 in Kraft

getreten. Wir haben dabei hier im Landtag einige Punkte zur Regelung unserer Angelegenheiten, über die in der Öffentlichkeit kritisch diskutiert worden ist, aufgenommen und sind zu anerkannten Lösungen gekommen.

Nach dieser Parlamentsreform sind im Sinne einer praktischen Handhabung weitere Anpassungen des Abgeordnetengesetzes erforderlich, die zu diesem gemeinsamen Gesetzentwurf aller Fraktionen im Landtag geführt haben.

Da ist zum einen die Reisekostenregelung. Die alte, pauschalierte Regelung sah eine Erstattung für Fahrten „in Ausübung des Mandats“ vor. Nach der Umstellung im Zuge der Parlamentsreform auf eine Abrechnung der Fahrtkosten auf der Basis von Pkw-Kilometern wurde dieser Bezug – „in Ausübung des Mandats“ – auf Fahrten im Wahlkreis und zu Veranstaltungen im Landtag oder in den Fraktionen eingeschränkt. Das hat sich als zu eng erwiesen. Es gibt Wahlkreise, in denen kein Landratsamt seinen Sitz hat; nur in vier Wahlkreisen gibt es ein Regierungspräsidium. Aber Gespräche im Landratsamt oder im Regierungspräsidium gehören zu den üblichen Terminen, die wir als Abgeordnete auch wahrnehmen.

Wir sind dem ganzen Land verpflichtet. Also ist es notwendig, eine Fahrt in Ausübung des Mandats abrechnen zu können, wenn man sich bei einer Veranstaltung, bei einem Besuch im Land insgesamt informiert. Deshalb ist es gut, wenn wir mit dieser Regelung dazu zurückkehren, dass mandatsbedingte Fahrten ohne weitere Einschränkung abgerechnet werden können und ausschließlich dieser Bezug im Abgeordnetengesetz niedergelegt wird.

In diesem Zusammenhang regeln wir die Höhe des Aufwendersatzes entsprechend der Regelung im Landesreisekostengesetz.

Weiter kommen wir zu einer Regelung bei der Informations- und Kommunikationsausstattung, die eine heute nicht mehr zeitgemäße Trennung in eine Ausstattung im Landtag und eine Ausstattung im Wahlkreis beendet. Mobile Kommunikationsgeräte sind heute gang und gäbe und lassen sich nicht mehr in eine Ausstattung im Landtag und eine Ausstattung im Wahlkreis aufteilen. Wenn wir hier flexibler werden und dies in der Richtlinie auf Grundlage des Gesetzes so niedergelegt wird, dann ist das eine gute und richtige Regelung für den Landtag.

Meine Damen und Herren, wir von der CDU-Fraktion würden dann gern in der zweiten Lesung mit einem weiteren Schritt für unsere Arbeit im Parlament „zu Stuhle“ kommen und bitten darum, dass wir das dann auch hinbekommen. Wir haben eine Geschäftsordnungskommission eingesetzt. Der Probelauf während der vergangenen Legislaturperiode soll in der Geschäftsordnung als feste Regelung festgeschrieben werden. Weitere Änderungen sind vorgesehen. Wir wollen daran arbeiten, dass wir dies in der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Abgeordnetengesetzes auch verabschieden können. Eigentlich waren wir uns da inhaltlich auch schon einig.

Zu unseren Angelegenheiten hier im Parlament gehört auch, dass wir uns um Baumaßnahmen am und im Landtag kümmern. Erste Entscheidungen sind getroffen worden. Weitere Entscheidungen sind notwendig, um dem Sanierungsbedarf und auch dem Raumbedarf Rechnung zu tragen.

(Volker Schebesta)

Ich glaube, es steht dem Landtag gut zu Gesicht, auch diese Dinge jetzt anzugehen und auch mit dem Umbau des Plenarsaals dem Landtag einen anderen Auftritt zu ermöglichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Schebesta hat die wesentlichen Inhalte unseres gemeinsamen Gesetzentwurfs genannt. Ich könnte jetzt sagen: Es ist alles gesagt, nur noch nicht von mir. Aber das tue ich nicht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das wäre auch schade!)

Ich will nur ganz wenige Aspekte von unserer Seite aus betonen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir haben ein Jahr Erfahrung als Vollzeitparlament. Auch wenn das draußen manchmal noch etwas bespöttelt wird, werde ich erstens dafür, dass das anerkannt wird, und betone zweitens, dass wir das auch tatsächlich geworden sind. Ich kann mit meinem Terminkalender sicher nachweisen, dass es so ist. Dass es eine Änderung gegeben hat, weiß jede Kollegin, jeder Kollege.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie regieren jetzt!)

– Nein, Herr Röhm, auch für eine engagierte Opposition hat sich sicherlich in der Terminwahrnehmung, in der Betreuung, in dem Sich-um-Themen-Kümmern etwas geändert. Da sind wir uns sicher einig. Deswegen haben wir diesen Gesetzentwurf auch gemeinsam erarbeitet.

Die wesentlichen Punkte sind genannt. Es geht um eine Erweiterung der Erstattungsfähigkeit von Reisekosten. Da ist es uns ganz wichtig, zu betonen, dass es neben den Wahlkreisen auch Betreuungswahlkreise gibt. Das ist für unsere Fraktion ein ganz wichtiges Anliegen. Jede oder jeder Abgeordnete hat einen oder zwei Betreuungswahlkreise

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zehn! – Heiterkeit bei der FDP/DVP)

und ist dort mindestens so intensiv unterwegs wie im eigenen Wahlkreis. Wir haben da einen hohen Anspruch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir sind noch immer mehr als ihr bei eurem Filderdialog! – Vereinzelt Heiterkeit)

Es ist richtig, dass wir die Regelung der Reisekostenerstattung – bei diesem Thema sind wir gerade, Herr Dr. Rülke; den Filderdialog werden wir im Laufe des Tages vielleicht noch ansprechen – nachjustieren.

Das Gleiche gilt für die IuK-Kosten, Stichwort „mobile Geräte“, oder auch das Thema Übernachtungen. Ich finde, wir brauchen hinsichtlich der Übernachtungen eine schlanke Lösung. Nach meiner Einschätzung würde es dem Land Baden-Württemberg Kosten sparen, wenn auch eine angemessene

Entschädigung für das Anmieten von Zimmern gewährt würde. Die Kosten könnten sich wahrscheinlich in anderen Größenordnungen bewegen als bei der Einzelabrechnung von Hotelzimmern, die in Stuttgart natürlich etwas teurer sind als draußen im Land. Das ist keine Frage. Das liegt an der Rolle als Hauptstadt. Deshalb kann das eine Maßnahme sein, mit der wir sogar Kosten sparen.

In der Summe beschränkt es sich darauf. Es sind nach den gewonnenen Erfahrungen die richtigen Anpassungen, die jetzt vorgenommen werden. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben über eine Änderung des Abgeordnetengesetzes zu sprechen, die an den Stellen greift, bei denen wir gemerkt haben, dass die vor gut zwei Jahren von uns beschlossenen Regelungen noch mangelhaft sind. Es handelt sich um kleine Veränderungen, die wir durchführen.

Meine Kollegen Vorredner haben es bereits angesprochen: Das betrifft u. a. das Thema Fahrtkostenerstattung, und es betrifft auch die Ausstattung mit technischen Mitteln. Wir müssen uns dem technischen Fortschritt anpassen. Es geht auch um so altertümliche Begriffe in der bisherigen Fassung des Gesetzes wie „Schreibarbeiten“; denn heute gibt niemand mehr Schreibarbeiten in Auftrag, sondern es werden ganz andere Leistungen von Abgeordneten in Auftrag gegeben. Da geht es um die Pflege einer Homepage, da geht es auch um EDV-Kosten. Deswegen ist es, meine ich, richtig, dass wir die Regelungen des Abgeordnetengesetzes auch hierauf konkret anpassen.

Ich möchte uns allen, aber auch den Menschen draußen im Land Baden-Württemberg sagen, dass auch diese Veränderung der Regelungen im Abgeordnetengesetz von dem Gedanken getragen ist, dass wir – dessen sind wir uns sehr wohl bewusst – wirtschaftlich mit den Mitteln umgehen müssen und dass hier niemand in Saus und Braus lebt, dass aber Abgeordnete, um ihrer Arbeit nachgehen zu können – ich glaube, für die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg gilt das in besonderem Maß –, auch entsprechend ausgestattet sein müssen.

Wenn man einen Vergleich mit anderen Länderparlamenten und insbesondere mit den Regelungen anstellt, die für den Deutschen Bundestag gelten, kann ich sagen: Die Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags sind, was ihre finanzielle Ausstattung angeht, bescheiden. Ich glaube dennoch, sagen zu können, dass sie hervorragende Arbeit leisten. Das gilt für alle Fraktionen. Deshalb können wir, glaube ich, auch mit gutem Gewissen dieser Änderung des Abgeordnetengesetzes zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die vier Fraktionen haben diesen Gesetzentwurf gemeinsam formuliert. Wir werden dem natürlich zustimmen. Ich möchte das, was schon angesprochen wurde, nicht wiederholen, möchte mir allerdings erlauben, am Anfang noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir aufgrund einer Mehrheitsentscheidung in der vergangenen Legislaturperiode die Umstellung zum sogenannten Vollzeitparlament beschlossen haben. Es gab damals etwa 16 Kollegen, darunter auch mich, die anderer Auffassung waren. Aber es ist folgerichtig, dass man nach diesem Wechsel auch die erforderlichen Folgeanpassungen vornimmt.

Hierzu gehört natürlich die Regelung zur Kostenerstattung für mandatsbedingte Fahrten. Es wurde schon angesprochen: Man hat auch Betreuungswahlkreise; bei uns als kleiner Fraktion – Sie haben es gehört – sind es durchschnittlich zehn.

(Heiterkeit der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Das heißt, wir sind sieben Abgeordnete und kümmern uns um 70 Wahlkreise. Ich glaube, wir sind auch in den Wahlkreisen gefordert, die keinen Abgeordneten der Liberalen haben, vor Ort präsent zu sein. Deshalb ist es, glaube ich, richtig, dass man dies erweitert.

Vielleicht auch noch ein praktischer Hinweis: Schauen Sie sich einmal an, wie sich andere Gremien erweitert haben, z. B. die Bauernverbände. Bei mir umfasst dieser Bereich bislang die Kreisbauernverbände Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Rems-Murr. Das heißt, es ist durchaus möglich, dass Kollege Klenk oder Kollege Haußmann nach Schrozberg vor die bayerische Grenze bei Rothenburg fahren müssen, um bei ihrem Bauernverband an einer Jahreshauptversammlung teilnehmen zu können. Das sind 80 km. Umgekehrt gilt dies für mich, wenn ich nach Schorndorf oder Backnang fahre. Das konnte ich bisher nicht abrechnen, obwohl es in meinem Wahlkreis lag und mandatsbedingt sehr förderlich ist, als Fachsprecher dorthin zu gehen. Deshalb ist es sehr sinnvoll, dass man dies jetzt ändert.

Ich nenne einen zweiten Punkt, auf den im Detail noch nicht eingegangen wurde. Es geht dabei darum, dass man jetzt nicht nur die Hotelübernachtung in Stuttgart abrechnen kann, sondern, wenn es möglich ist und die Zustimmung des Präsidenten erfolgt, die Kosten für eine Unterkunft hier in Stuttgart erstattet werden.

Beispiel: Ein Fraktionsvorsitzender aus Freiburg ist beispielsweise an drei bis vier Tagen in den Sitzungswochen in Stuttgart und muss übernachten. In der sitzungsfreien Woche muss er vielleicht zweimal übernachten. Dann sind es zehn bis 15 Übernachtungen. Er konnte bisher bis zu 140 € je Übernachtung abrechnen, das heißt, es dürften ca. 2 000 € an Kosten entstanden sein. Wenn er dafür jetzt ein Zimmer für monatlich 400 € nimmt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da kriegst du kein Zimmer, da kriegst du ein Loch!)

dann ist das eine Riesenersparnis für den Haushalt dieses Landtags.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was macht er mit der Wohnung in der restlichen Zeit? Vermieten, oder was?)

– Das wird hier geregelt. Entschuldigung; das wird geregelt. Er muss den Einzelnachweis bringen, Herr Drexler. Ich wollte damit nur sagen: Auch das ist ein gewisser Vorteil.

Ich bitte deshalb den Präsidenten, keine zusätzliche Bürokratie aufzubauen, sondern dies praxisgerecht abzurechnen. Wir werden diesen gesamten Regelungen hier zustimmen.

Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1726 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen und Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir treten damit in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13:30 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:27 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:32 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung des Landtags wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Zur Vorbereitung der Regierungsbefragung hat die Landesregierung folgende zentrale Themen der letzten Kabinettsitzungen mitgeteilt:

1. Frühkindliche Sprachförderung aus einem Guss – Konsequente ganzheitliche Sprachförderung von Anfang an – „Singen – Bewegen – Sprechen“: Integraler Bestandteil der frühkindlichen Sprachförderung
2. Neue Verwaltungsvorschrift zur Weiterentwicklung der Förderung des Breitbandausbaus im Rahmen der Breitbandinitiative Baden-Württemberg („Breitbandinitiative II“)

Herr Staatssekretär Dr. Mentrup wird zum erstgenannten Thema, dem Thema „Frühkindliche Sprachförderung“, eine einleitende Erklärung abgeben. – Bitte schön.

Frühkindliche Sprachförderung aus einem Guss – Konsequente ganzheitliche Sprachförderung von Anfang an – „Singen – Bewegen – Sprechen“: Integraler Bestandteil der frühkindlichen Sprachförderung

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Frau Präsidentin, wer te Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen heute das Sprachförderprogramm SPATZ vorstellen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ulmer Spatz!)

SPATZ ist eine etwas leichtgängigere Abkürzung als manche Abkürzungen, die wir vorher hatten, und kürzt „Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf“ ab.

Damit setzen wir eine Forderung des Koalitionsvertrags um, nämlich vom ersten Kindergarten tag an eine möglichst alltagsintegrierte Sprachförderung ergänzend zum normalen Angebot der Kindertagesstätte anzubieten und hierfür auch die entsprechenden Mittel und Förderwege zur Verfügung zu stellen.

Bisher gab es drei Maßnahmen, die projekthaft alle mehr oder weniger etwas mit Sprachförderung zu tun hatten. Da gab es die sogenannte HSL-Maßnahme; das ist die Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe. Es gibt eine Maßnahme insbesondere für den vorschulischen Bereich, und es gibt ein ähnliches Programm auch noch für den schulischen Bereich.

Bei der Maßnahme im vorschulischen Bereich wurden für Kinder ab drei Jahren zusätzliche Mittel für die Einzelbetreuung bereitgestellt, um den Kindertagesstätten die Möglichkeit zu geben, ergänzend Förderung, vor allem durch Ehrenamtliche, zu betreiben. Diese Förderung haben zuletzt 2 600 der insgesamt 270 000 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren genossen. Wenn wir von einer Bedarfsquote von etwa 30 % ausgehen, dann haben etwa 80 000 dieser 270 000 Kinder einen Sprachförderbedarf. Wenn man diese 2 600 Kinder zur Gesamtzahl von 80 000 Kindern mit Sprachförderbedarf ins Verhältnis setzt, sieht man schon: Der Bedarf ist damit nicht ansatzweise gedeckt worden.

Das hatte wohl viel mit der einzelstunden- und einzelkindbezogenen Abrechnung zu tun, die zum Teil zu erheblichen Rückforderungen an die Tageseinrichtungen führte und zunehmend als sehr bürokratisch und letztlich wenig gewinnbringend empfunden wurde.

Zudem gab es bisher die sogenannte ISK-Maßnahme. Das ist die Fortsetzung des Programms „Sag’ mal was“, das ursprünglich von der Landesstiftung finanziert worden ist und dessen Finanzierung vor einigen Jahren dann in den Staatshaushalt übernommen wurde. ISK steht für „Intensive Sprachförderung im Kindergarten“. Das war ein Konzept, das eine gruppenbezogene Förderung vorsah, das aber nicht für alle drei Kindergartenjahre, sondern nur für das letzte Kindergartenjahr vorgesehen war. Hier wurden die Kinder dadurch identifiziert, dass sie bei der Einschulungsuntersuchung einen zusätzlichen Sprachförderbedarf nachgewiesen bekommen haben und dann in Gruppen entsprechend gefördert wurden. Wissenschaftliche Ergebnisse aus einer Evaluationsuntersuchung besagen allerdings, dass diese ISK-Methode zu spät kommt und dass sie vor allem durch die kurze Dauer von einem Jahr nicht ausreicht, um Kinder mit Sprachförderbedarf bis zur Einschulung entsprechend fit zu machen.

Dann gibt es noch das Landesprogramm „Singen – Bewegen – Sprechen“, das einen etwas ganzheitlicheren Ansatz ver-

folgt, nämlich die Grundkompetenzen, die zum Spracherwerb nötig sind, und damit die Entwicklung insgesamt zu fördern. Dieses „Singen – Bewegen – Sprechen“ ist an 1 400 sogenannten Kooperationsstandorten eingeführt worden und erreicht derzeit 40 000 Kinder. Dieses Programm hat erst im vorletzten Kindergartenjahr angesetzt, war also für maximal zwei Jahre einzurichten.

Wir haben aus diesen drei Programmen nun zunächst einen einheitlichen Sprachförderweg gemacht. Das heißt, es gibt jetzt keine drei unterschiedlichen Antragsverfahren mit unterschiedlichen Adressaten und unterschiedlichen Abrechnungssystemen mehr, sondern es war uns wichtig, dass zur Sprachförderung von Kindern, die einen Sprachförderbedarf haben, vom ersten Kindergarten tag an über drei Jahre hinweg, wenn der Bedarf über drei Jahre besteht, über einen einheitlichen Beantragungs- und auch Abrechnungs- und Nachweisweg zusätzliche Mittel abgerufen werden können.

Dabei haben wir uns an dem bisherigen ISK-Verfahren orientiert. Das heißt, es werden immer Gruppen von Kindern mit Sprachförderbedarf gedanklich zusammengestellt, und für einzelne dieser Gruppen können zusätzliche Mittel beantragt werden. Konkret bedeutet das, dass ab dem vierten Kind, für das in einer Einrichtung ein Sprachförderbedarf festgestellt wird, der erste Geldbetrag für eine Gruppe beantragt werden kann. Das sind dann 2 000 €. Ab dem achten Kind wächst das auf 2 400 € an, und ab dem 13. Kind gilt dann schon die Rechnung für die nächste Gruppe, sodass im Grunde ab dem 17. Kind schon zwei Gruppen beantragt werden können. So können Sie sich vorstellen, wie die Mittel in Abhängigkeit von der Zunahme der Zahl der Kinder mit Sprachförderbedarf steigen.

Wie wird festgestellt, ob ein Kind Sprachförderbedarf hat? Da reicht in den ersten beiden Kindergartenjahren, dass es eine andere Muttersprache spricht oder die Erzieherin selbst feststellt, dass ein Sprachförderbedarf besteht. Im letzten Kindergartenjahr gilt dann wieder das entsprechende Ergebnis der Einschulungsuntersuchung und die darauffolgende Feststellung als Voraussetzung.

Im Rahmen der Umsetzung dieser Sprachfördermaßnahmen sind zwei Förderwege möglich. Entweder ist das die Fortsetzung oder Installation der bisherigen ISK-Maßnahmen im Sinne dieses „Sag’ mal was“-Projekts, oder aber die Kindertagesstätte entscheidet sich für das Einrichten von „Singen – Bewegen – Sprechen“-Gruppen. Das unterscheidet sich dann pädagogisch und konzeptionell. Darauf will ich jetzt nicht näher eingehen.

Wir gehen davon aus, dass wir die Prozesse damit erleichtern und dass wir sicherstellen, dass flächendeckend alle Kinder mit Sprachförderbedarf, möglichst auch für einen Zeitraum von drei Jahren, sofern der Förderbedarf über drei Jahre hinweg besteht, in den Genuss dieser Mittel und damit auch einer ergänzenden Förderung kommen. Wir beenden hiermit einen Projektwirrwarr und stellen gleichzeitig sicher, auch unter dem Aspekt der Bildungsgerechtigkeit, dass allen Kindern, die das benötigen, eine solche Unterstützung zuteilwird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Jetzt erhält ein Mitglied der Fraktion der FDP/DVP die Möglichkeit, in der Fragerunde eine Frage zu stellen.

Wenn kein Mitglied der Fraktion der FDP/DVP eine Frage stellen möchte, dann gebe ich das Wort an die Fraktion der CDU weiter. – Bitte schön, Herr Abg. Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Frau Präsidentin, Herr Staatssekretär, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung ordnet die Sprachförderung in unseren Kindergärten neu. Das konnten wir heute den Worten des Staatssekretärs, aber auch den Medien entnehmen.

Es freut mich auch, dass die derzeitige Landesregierung von ihren ursprünglichen Plänen abrückt, das erfolgreich eingeführte SBS-Programm komplett wegzufegen. Es wird jetzt in reduzierter Form weiterentwickelt. Ich denke, der Druck der Eltern, die Proteste der Erzieherinnen und Erzieher und auch der Opposition waren hierbei entsprechend hilfreich. Herzlichen Dank zunächst einmal, dass Sie diesen Irrweg verlassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Danke schön.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gern und jederzeit!)

Das Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ wird nun in reduzierter Form weitergeführt. Allerdings wird hier die Grundschule vom Kindergarten abgekoppelt. Das empfinden wir als schade. Hier bestand bisher eine gute Verzahnung.

Im neuen Konzept SPATZ – der Name ist gut; dafür muss ich die Landesregierung einmal loben;

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ulmer Spatz! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nicht nur der Name ist gut, sondern auch das Konzept!)

es ist ein guter, griffiger Name – werden nun einige Programme zusammengefasst. Das Gesamtkonzept wirft dennoch viele, viele Fragen auf.

Aufgrund der Tatsache, dass viele der von der derzeitigen Landesregierung eingeführten Projekte im Hauruckverfahren und oft überhastet durchgeführt worden sind und mit heißer Nadel gestrickt waren, befürchten wir auch hier, dass das neue Konzept SPATZ ein Flop wird, weil noch viele Fragen offen sind.

Meines Erachtens ist z. B. auch die Frist, Herr Staatssekretär, viel zu kurz. Das Programm soll zum neuen Schul- und Kindergartenjahr eingeführt werden. Aber schon heute beklagen sich die Beteiligten – die Erzieherinnen und Erzieher, auch die Musikpädagogen –, dass sie gar nicht die Kapazität haben, um ein entsprechend qualifiziertes Konzept flächendeckend durchführen zu können.

Als Zweites muss angemerkt werden, dass bisher viele Ehrenamtliche in dem Projekt tätig waren – 10 %, nämlich Musikpädagogen, Laienmusiker, Sängerinnen und Sänger. Was ist hierbei das Konzept der Landesregierung? Werden weiterhin Vereine sowie Chorleiterinnen und Chorleiter eingebunden?

Zum Schluss frage ich noch: Woher nehmen Sie in dieser kurzen Zeit die notwendigen qualifizierten Musikpädagogen?

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Auch auf die Gefahr hin, dass ich Sie jetzt enttäuschen muss: Es war nicht die Opposition, die uns zum Fortsetzen von SBS animiert hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das haben wir eingesehen!)

Vielmehr hatten wir zwar eine durchaus kritische Haltung gegenüber diesem SBS-Projekt – Sie selbst haben darauf hingewiesen, dass die frühere Regierung hier vieles mit heißer Nadel eingeführt hat –, aber wir haben uns dann vor Ort davon überzeugt, dass in vielen Einrichtungen SBS genau schon diese Funktion erfüllt, die wir im Zusammenhang mit der Sprachförderung und einer ganzheitlichen ergänzenden Förderung eigentlich initiieren wollen. Daher war es logisch, dass man das, was gut läuft, fortsetzt und in das gesamte Förderprogramm mit aufnimmt.

Dass wir die Grundschule da „abschneiden“ würden und es hier schon erfolgreiche Kooperationen gebe, stimmt so nicht. Denn jetzt im Sommer wäre zum ersten Mal ein SBS-Jahrgang überhaupt vom Kindergarten in die Grundschule gegangen. Das wäre an vielen Stellen schon dadurch schwierig geworden, dass die bestehenden SBS-Gruppen aus den Kindertagesstätten nicht einfach in dieselbe Grundschule gehen könnten. Vielmehr wäre es schon logistisch ganz interessant geworden, einmal auszuprobieren, wie sich diese 40 000 bzw. 20 000 Kinder in einem Jahrgang auf die verschiedenen Grundschulen verteilen und diese bisherige Kooperation in realiter unverändert weitergegangen wäre. Denn Sie haben mitunter Tageseinrichtungen, die die Kinder dann auf drei, vier Grundschulen verteilen; theoretisch waren auch diese drei, vier Grundschulen in die Kooperationsvereinbarung eingebunden. Aber wie das dann vor Ort konkret ausgesehen hätte, wäre noch eine spannende Sache geworden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wäre sehr spannend geworden!)

Insofern wird hier nichts „abgeschnitten“, was schon existiert. Vielmehr stoppen wir das Programm an der Stelle, an der es im Moment steht. Wir dehnen es aber auf das erste Kindergartenjahr aus. So werden aus sechs Jahren geplanter Förderung in Kita und Grundschule immerhin drei Jahre Förderung in der Kindertagesstätte.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Das halten wir auch vom Konzept her inhaltlich für vertretbarer, als einen Weg in die Grundschule zu nehmen.

Der Weg in die Grundschule ist auch deswegen schwierig, weil die vorherige Landesregierung das Projekt finanziell überhaupt nicht ausgestattet hat. Wir hätten beim Vollausbau für 1 400 Standorte 25,6 Millionen € auf den Tisch legen müssen, die bisher in keiner mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt sind.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Hört, hört!)

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

Wenn wir das Ganze unter Aspekten der Bildungsgerechtigkeit auf alle Kinder hätten ausdehnen wollen, hätten wir von 1 400 Standorten auf 8 000 Kindertagesstätten kommen müssen. Sie können sich ausrechnen, auf welche Summen wir gekommen wären, wenn wir das ernsthaft erwogen hätten. Insofern sprechen verschiedene Gründe dafür, dass es sinnvoll ist, das an dieser Stelle zu beenden. Das Thema „Sprachförderung in der Grundschule“ ist ja noch einmal ein ganz eigenständiges Thema.

Herr Kollege, wir haben versucht zu verhindern, dass wir jetzt etwas mit heißer Nadel stricken. Deshalb haben wir bewährte Elemente fortgeführt. Alle Einrichtungen, die bisher mit ISK gearbeitet haben, wissen genau, wie das geht. Alle Einrichtungen, die bisher mit SBS gearbeitet haben, müssen sich jetzt einen anderen Antragsweg vergegenwärtigen. Das Produkt, das sie dafür bekommen, ist aber genau dasselbe, das sie vorher auch hatten: dieselben Kooperationspartner, dieselben Kooperationen. Selbstverständlich sind auch die bisher zu 10 % realisierten Kooperationen mit Laienmusikverbänden genauso möglich wie bisher. Das ist aber theoretisch in 8 000 Einrichtungen möglich, nicht nur an diesen 1 400 Standorten.

Jetzt könnte es sein – da gebe ich Ihnen recht, das ist theoretisch denkbar –, dass eine Einrichtung, die bisher kein SBS gemacht hat, jetzt SBS machen möchte und der Kooperationspartner noch keinen fortgebildeten Musikpädagogen oder noch keine fortgebildete Musikpädagogin hat. Dann besteht weiter die Möglichkeit, parallel zum Projekt diese Fortbildung zu machen. Sie steckt auch in diesem Geld mit drin. Man wird vor Ort eine entsprechende Lösung finden. Eventuell muss man auch warten, bis sich jemand findet.

Ich rechne, ehrlich gesagt – das ist jetzt aber eine persönliche Einschätzung –, nicht damit, dass es dazu kommen wird, dass 8 000 Einrichtungen SBS beantragen. Ich glaube, dass alle vor allem die Strategie fortsetzen, die sie bisher verfolgt haben, und sich die neuen Einrichtungen angucken, ob es eine Musikschule, einen Laienmusikverband vor Ort gibt, mit denen sie kooperieren können. Ich habe viele Rückmeldungen, wonach auch die aktuell vorhandenen Musikpädagoginnen und Musikpädagogen Kapazitäten haben, um hier zusätzlich tätig zu sein, zumal bei einem Ausbau auf sechs Jahre in jedem Jahr für 20 000 Kinder neue Kurse hinzugekommen wären. Auch das hätte man bewältigen müssen. Das wird jetzt an dieser Stelle ein Stück weit gekappt, steht aber für weitere Einrichtungen und zusätzliche Gruppen im Kita-Alter zur Verfügung.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatssekretär! Vonseiten der CDU wird hier vor allem SBS als eine der wichtigen Sprachfördermaßnahmen mit auf den Weg gegeben. Meine Fragen sind daher: Gibt es überhaupt wissenschaftliche Erhebungen im Bereich der Sprachfördermaßnahmen darüber, welche am effektivsten, am nachhaltigsten wirken? Mit welchem Ziel hat die neue Landesregierung die Änderungen in den bisherigen Sprachfördermaßnahmen vorgenommen? Welches Ziel hat die neue Landesregierung damit verfolgt?

Gibt es über das neue Konzept SPATZ zusätzliche Möglichkeiten, um Gruppen, in denen der Anteil von Kindern mit Mi-

grationshintergrund relativ hoch ist, zusätzlich zu unterstützen? Hier haben die Kinder ja weniger die Möglichkeit, die deutsche Sprache von anderen Kindern zu erlernen. Haben Sie dafür schon Vorkehrungen getroffen?

Danke schön.

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Wir haben vor allem in den Großstädten insgesamt 463 Gruppen in Kindertagesstätten, bei denen der Migrationsanteil bei über 80 % liegt. Wir haben für diese Gruppen, die in einer ganz besonderen Weise eine Unterstützung brauchen, die Schwelle, ab der die nächste Gruppe abgerechnet werden kann, von zwölf auf zehn gesenkt. Das heißt, ab dem elften Kind können schon Mittel für eine zweite Gruppe beantragt werden.

Wenn Sie sich eine Einrichtung anschauen, die aus drei oder vier Gruppen besteht, die einen Migrationsanteil von über 80 % hat, dann können Sie feststellen, dass man mitunter für vier, für fünf, für sechs Gruppen Gelder beantragen kann. Das kann man relativ verlässlich, weil sich der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den nächsten Jahren eher erhöhen als reduzieren dürfte. Dann hat man die Sicherheit, in jedem Jahr 10 000, 12 000, 15 000 € an zusätzlichen Fördermitteln zu bekommen. Es wäre lukrativ, das nicht über Kräfte außerhalb der Einrichtung zu machen, sondern hierfür jemanden ergänzend zu dem normalen Personalbedarf zusätzlich einzustellen, um damit noch einmal gezielter – das ist unser Ziel – integrierte Sprachförderung zu betreiben.

Wir wollen SBS, und wir wollen auch die ISK-Methodik gemeinsam mit den Kindertagesstätten so weiterentwickeln, dass das so oft wie möglich in den Alltag der Kindertagesstätte integriert wird. Das heißt, bei SBS werden die Fachkräfte angeregt, es nicht bei der einen Stunde SBS zu belassen. Vielmehr soll die Erzieherin, die dort im Tandem tätig ist, dies auch in den weiteren Verlauf des Kindergartenalltags integrieren. Bei den Gruppen, die ich mir persönlich angeschaut habe, ist das auch in hervorragender Weise gelungen.

Sicherstellen müssen wir noch, dass wir die Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher bei der Begleitung im normalen Spracherwerb verbessern. Wir wollen einmal abfragen, welche Investitionen mit den 10 Millionen €, die den Kommunen für Fortbildung im Erzieherinnenbereich zur Verfügung gestellt wurden, getätigt werden und was damit vor Ort überhaupt gemacht wird. Wir werden nachfragen, inwieweit diese Mittel ausgegeben werden. Hier soll zukünftig der Schwerpunkt auf die Begleitung beim Spracherwerb bzw. bei der Sprachförderung gelegt werden.

Über SBS und ISK hinaus gibt es weitere Sprachförderkonzepte, die in verschiedenen Kommunen umgesetzt werden. Hier existiert eine breite Landschaft. Wir werden uns jetzt in einer Expertengruppe zusammensetzen und zu gegebener Zeit auch den Landtag in der Frage einbinden, wie wir feststellen können, ob diese verschiedenen Sprachförderkonzepte erfolgreich sind oder nicht, und wir werden dann versuchen, auch diese langfristig unter den Schirm unserer Förderung zu bekommen. Denn uns ist am Ende nicht wichtig, ob ein Kind nun das Programm A oder das Programm B bekommt. Wichtig ist uns vielmehr, dass jedes Kind, das die Förderung über ein Programm braucht, diese möglichst alltagsintegriert bekommt und dass das jeweilige Programm auch erfolgreich ist.

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

Da haben Sie mit Recht darauf hingewiesen, dass bei vielen Programmen die möglichen Erfolge im Moment noch sehr kritisch diskutiert werden. Das ist aber ein bundesweites Phänomen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Vonseiten der SPD-Fraktion liegt keine Wortmeldung vor.

Ich erteile daher Herrn Kollegen Wacker für die CDU-Fraktion das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Staatssekretär, wie stehen Sie zu Erzieherinnen?)

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Immer positiv.

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Staatssekretär, ich mache keinen Hehl daraus, dass ich mich zunächst einmal durchaus darüber freue, dass SBS zumindest eine weitere Entwicklungschance hat, auch durch den Ausbau, den Sie hier ab dem ersten Kindergartenjahr vornehmen. Ich sage es auch ganz persönlich: Das freut mich. SBS hat eine Chance, und somit haben die Träger auch die Chance, dieses Programm qualitativ weiterzuentwickeln.

Ich möchte gern einen konstruktiven Beitrag hierzu leisten, indem ich einige wichtige ergänzende Fragen stelle.

Im Wesentlichen geht es dabei um die Frage nach der Schwerpunktsetzung vor Ort. Ich denke, die meisten Kindergärten nehmen sehr wohl für sich in Anspruch, ein besonderes Gewicht auf die Sprachförderung zu legen. Deswegen besteht aus meiner Sicht die Gefahr, dass SBS nach und nach durch die Sprachförderung verdrängt werden könnte, solange die Träger vor Ort nur die Möglichkeit haben, eines dieser beiden Programme anzubieten.

Deswegen stelle ich ganz präzise die Frage: Beinhaltet Ihr Konzept neben der Wahlmöglichkeit auch die Möglichkeit, Sprachförderung und SBS in einer Kindertageseinrichtung zu entwickeln? Das wäre eine wichtige Voraussetzung dafür, dass SBS tatsächlich nicht im Wettbewerb zur Sprachförderung stehen muss.

Die zweite Frage: SBS ist nicht nur ein Programm, um die Sprachkompetenz der Kinder zu entwickeln, sondern SBS hat, wie Sie wissen, mehrere Zielsetzungen. Das ist in konzeptioneller Hinsicht auch das eigentlich Tolle an diesem Programm: Es geht um die Förderung des Singens, der motorischen Entwicklung der Kinder, der Rhythmik unter Einbeziehung frühmusikalischer Instrumente und des Tanzes sowie die Förderung des Sprechens. Damit ist natürlich auch die Vorbereitung auf das Musizieren und die Hinführung zur Musik eine ganz wichtige Zielsetzung. Vor diesem Hintergrund ist die Fortsetzung dieses Konzepts in den Grundschulbereich hinein sehr wichtig; denn das war bislang Bestandteil des entwickelten Konzepts.

Jetzt haben wir als Opposition zu akzeptieren, dass Sie eine Fortsetzung in den Grundschulbereich hinein nicht vornehmen wollen. Aber es wäre vor dem Hintergrund weiterer Entwicklungsoptionen zielführend, SBS zumindest modellweise so fortzusetzen, dass an einigen Standorten eine Übertragung in den Grundschulbereich möglich wäre.

Deswegen stelle ich die Frage, ob Sie das zumindest in Erwägung ziehen und ob Sie bereit sind, SBS als Modell, beispielsweise an Modellstandorten, in den Grundschulbereich auszuweiten.

Die dritte Frage, Herr Staatssekretär: Sie beginnen mit dem Programm ab dem dritten Lebensjahr. SBS ist konzeptionell bisher nicht für diese Altersgruppe vorgesehen. Das heißt, die Veranlagungen und Potenziale der Kinder sind bei Dreijährigen natürlich noch auf einem anderen Entwicklungsstand als bei Fünfjährigen. Das bisherige Konzept sah im Grunde diesen frühen Einstieg nicht vor. Gibt es denn eine konzeptionelle Vorbereitung dafür, dass SBS bereits ab dem dritten Lebensjahr gelingen kann? Denn das Konzept sah bislang den Einstieg erst ab dem fünften Lebensjahr, frühestens ab dem vierten Lebensjahr vor.

Die letzte Frage: Es gibt Stimmen aus den Kindergärten, vor allem vonseiten der Erzieherinnen und der wenigen Erzieher, die besagen, es sei zunächst einmal wichtig und sinnvoll, im Sinne einer vernünftigen Diagnose die Kinder erst einmal aufzunehmen und sie zunächst einmal ankommen zu lassen, bevor mit einer Programmatik begonnen wird. Sehen Sie da nicht ein bisschen das Problem, dass nach Ankunft der Kinder der sofortige Einstieg in die Umsetzung der Programme möglicherweise zu Komplikationen vor Ort führt?

Das waren meine Fragen.

Vielen Dank.

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Es bleibt dabei, dass sich die Tageseinrichtungen pro Gruppe zwischen diesen beiden Förderwegen entscheiden müssen und nur für einen der Förderwege dann auch pro Gruppe vom Land Geld bekommen.

Ich kenne auch Einrichtungen, die es sich dennoch überlegen, ob sie SBS zusätzlich anbieten und die Finanzierung gegebenenfalls über Elternbeiträge abbilden. Das ist, wenn man das auf einzelne Kinder herunterrechnet, kein so ganz dramatischer Betrag. Eine SBS-Gruppe kostet im Jahr 2 200 bis 2 400 €. Da sind Fortbildungen nicht eingerechnet. Das kann man gegebenenfalls auch anderweitig, etwa über Sponsoren, darstellen.

Diesen Wettbewerb wird es aber geben. Ich finde es ein bisschen spekulativ, darüber nachzudenken, ob es am Ende zugunsten oder zulasten von SBS ausfällt. Ich kann mir auch vorstellen, dass sich die Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen der Umsetzung des Orientierungsplans zunehmend auch kompetenter fühlen und ausgestattet fühlen, um Sprachförderung als selbstverständlichen Bestandteil der Kindertagesstätte zu betreiben und zusätzlich noch SBS als musikpädagogisches Highlight in ihre Kindertagesstätte zu integrieren.

Ich kann mir aber auch vorstellen, dass man – so, wie Sie es beschreiben – sagt, man nimmt diese Mittel jetzt, um diese zusätzlichen Kräfte einzustellen, und dann bleibt für SBS vielleicht nichts übrig. Aber das können und sollen die Kindertagesstätten bitte selbst entscheiden.

Sie haben die Aufgabenstellung beschrieben, dass SBS auch in der Förderung über Sprachförderung im engeren Sinn hinausgeht. Ich könnte jetzt natürlich antworten und sagen: Die-

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

se Aufgabenstellung sollte im Rahmen des Orientierungsplans sowieso umgesetzt werden, genauso im Rahmen der Grundschulpädagogik. Wir wissen, dass es von den Rahmenbedingungen her zum Teil noch nicht funktioniert. Daher halte ich es für richtig, auf der einen Seite SBS weiter anzubieten und auf der anderen Seite zu sagen: Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass musikalische Förderung stärker im selbstverständlichen Rahmen der Kindertagesstätte stattfindet.

Modellweise Fortsetzung in Grundschulen: Da habe ich den interessierten Fachhochschulen angeboten, dass wir gern bei der Sponsorsuche helfen. Ich würde es aber politisch für das falsche Signal halten, zu sagen: Wir machen das mit Landesmitteln und vom Land aus. Denn im Moment würde ich es aus verschiedenen Gründen für keine vorrangige Strategie halten, die Aufgabenstellung, die Sie beschrieben haben, durch Fortsetzung von SBS in der Grundschule sicherzustellen. Aus meiner Sicht würden wir damit falsche Anreize setzen.

Wir müssen uns der Themen Musikpädagogik, „Ausstattung mit Musikpädagogen“ und „Musik als Instrument der Pädagogik in der Grundschule“ noch einmal verstärkt annehmen. Denn hier gibt es seit Jahren nachgewiesene und auch gemeinsam bestätigte Defizite. Aber jetzt SBS als Programm zu nehmen, das uns an dieser Stelle die Lücke stopft, würden wir auch fachlich für nicht angemessen halten.

(Beifall des Abg. Manfred Lucha GRÜNE – Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Über alles, worüber wir jetzt hier diskutieren, wurde seit Herbst im Lenkungskreis SBS mit allen Beteiligten regelmäßig diskutiert. Wir hatten, glaube ich, vier oder fünf Sitzungen, bis wir uns da einigermaßen geeinigt hatten. Da gab es von keiner Seite die Rückmeldung, dass man sich konzeptionell nicht imstande fühlte, das mit Kindern ab dem dritten Lebensjahr umzusetzen. Die Gruppengröße müsste gegebenenfalls etwas kleiner werden, weil 20 Kinder im Alter von drei Jahren etwas anderes als 20 Kinder im Alter von vier oder fünf Jahren sind. Das ist etwas, was, denke ich, vor Ort in gemeinsamer Verantwortung organisiert werden kann.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Der letzte Punkt?

(Abg. Georg Wacker CDU: Erzieherinnen! Die Zeit für die Aufnahme der Kinder!)

– Die Bewerbungsfrist für diese Mittel endet am 30. November. Das heißt, zwischen September und November besteht ausreichend Zeit. Ich bin mir daher sicher, dass man es, selbst wenn man es für Ende November beantragt, dann dennoch in diesem Kindergartenjahr hinbekommt, diese Stunden darzustellen. Ich persönlich glaube, dass die Einrichtungen, gerade weil die Schwelle, eine andere Muttersprache, relativ schnell zu klären ist – man kann sie im Grunde schon klären, wenn das Kind in der Einrichtung angemeldet wird –, eher dazu übergehen werden, schon möglichst vor den Sommerferien eine relative Planungssicherheit zu bekommen, mit Mitteln in welcher Höhe sie für ihre jeweiligen Kinder ab Herbst rechnen können, und sie diese Mittel dann auch beantragen.

Dass man nicht gleich in der ersten Woche anfängt, die Kinder mit einer fremden Musikpädagogin in Kontakt zu bringen,

wenn sie noch nicht einmal die Einrichtung kennen, liegt auf der Hand. Ich denke, da macht es vielmehr Sinn, erst einmal vier oder sechs Wochen zu warten. Man kann aber dennoch – da bin ich mir sicher – schon vorher für einen Großteil der Kinder die Mittel beantragen und dann gemeinsam mit dem jeweiligen Kooperationspartner entscheiden, wie man das umsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär.

Wir kommen jetzt zur zweiten Runde der Regierungsbefragung. Die Opposition darf ein Thema auswählen. Ich erteile einem Vertreter der FDP/DVP-Fraktion das Wort.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es gibt keine Vertreter! Es gibt nur Abgeordnete, Frau Präsidentin!)

F i l d e r d i a l o g

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte als Thema den Filderdialog ansprechen. Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 hat einen klaren Auftrag für dieses Projekt gegeben. Dazu gehört natürlich auch die Anbindung der Gäubahn an den Flughafen. Ich glaube, alle Fraktionen haben das Ziel der Landesregierung mitgetragen, einen Filderdialog stattfinden zu lassen.

Wenn ich die Broschüre mit dem Titel „Die Bilanz des ersten Jahres“ des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Hand nehme, lese ich im Abschnitt „Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben verbessern“:

Der Konflikt um Stuttgart 21 hat deutlich vor Augen geführt, wie wichtig eine frühzeitige und transparente Beteiligung der Bürger bei Großprojekten ist. In enger Zusammenarbeit mit der grünen Staatsrätin Gisela Erler entwickelt das MVI neue Formen der Beteiligung und des Dialogs bei Planungsverfahren.

Nun kommen mir aber gewisse Zweifel an dieser neuen Form der Bürgerbeteiligung. Sie sind offensichtlich etwas in die falsche Richtung gegangen, weil bereits vor Beginn des eigentlichen Dialogs sehr viel Porzellan zerschlagen wurde.

In diese Richtung zielt auch die folgende Frage: Wie beurteilt die Landesregierung die scharfe Kritik am gewählten Verfahren des Filderdialogs – die „Stuttgarter Zeitung“ schrieb am 22. Mai 2012, „noch nie zuvor habe man einen derartigen Dilettantismus erlebt“ –, und welche Konsequenzen zieht sie daraus für das weitere Dialogverfahren?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat: Das Zitat ist richtig. Der Landesregierung ist es wirklich wichtig, dass wir neue, frühzeitige Bürgerbeteiligungsverfahren entwickeln. Das tun wir tatsächlich, zusammen mit der Staatsrätin, und zwar insge-

(Minister Winfried Hermann)

samt, nicht nur bezogen auf Stuttgart 21, sondern auch bezogen auf alle anderen größeren Verkehrsinfrastrukturprojekte.

Das Problem von Stuttgart 21 ist gerade, dass wir keinen frühzeitigen Bürgerbeteiligungsprozess hatten, sondern dass wir jetzt im Nachhinein einen sehr schwierigen Bürgerbeteiligungsprozess haben. Ich finde es besonders nett, dass diejenigen, die den frühzeitigen Bürgerbeteiligungsprozess bei Stuttgart 21 versäumt haben, uns jetzt vorwerfen, dass dieser zu spät komme. Das ist, finde ich, nicht ganz passend, denn wir haben den Versuch unternommen, wenigstens in dem Bereich, in dem die Planfeststellung noch nicht formal festgeschrieben ist, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.

Ich habe mich zusammen mit Herrn Ministerpräsident Kretschmann direkt nach der Volksabstimmung mit der Spitze der Bahn AG zusammengesetzt, und wir haben uns überlegt: Wie können wir auf den Fildern einen Bürgerbeteiligungsprozess durchführen, der diesen Namen verdient? Wir haben dann mit den verschiedenen Projektpartnern sehr lange darum gerungen, wie dieser Beteiligungsprozess in etwa aussehen könnte und wie der Rahmen gestaltet sein könnte.

Dabei war natürlich von Anfang an klar, dass das schwierig werden würde. Denn erstens gilt als Rahmenbedingung die Kostenobergrenze von 4,5 Milliarden €. Zweitens gibt es als Grundlage die Vereinbarung zu Stuttgart 21; auch der Bürgerentscheid stellt natürlich eine Grundlage dar. Auf der anderen Seite gibt es die Bereitschaft – ohne das Projekt grundsätzlich infrage zu stellen –, dass es bezogen auf die Verkehrsführung auf den Fildern, den Anschluss an den Flughafen, den Fern- und den Nahverkehrsbahnhof noch eine Aussprache mit den Bürgern geben soll, bevor das eigentliche Planfeststellungsverfahren beginnt.

Dafür haben sich alle Projektpartner ausgesprochen. Ich kann sagen, es war im Wesentlichen das Verdienst meines Hauses und meiner Mitarbeiter, dass wir alle Projektpartner dafür gewonnen haben, sich auf dieses Verfahren einzulassen.

Jetzt war von Anfang an die schwierige Frage: Wie viel dürfen die Bürger eigentlich noch besprechen? Ist nicht eigentlich schon alles festgelegt?

Sie selbst haben im Verkehrsausschuss mitbekommen, dass auf der einen Seite gesagt wurde – etwa von Ihrer Fraktion oder von der CDU-Fraktion –: „Daran ist gar nicht mehr zu rütteln; es ist alles entschieden. Sie müssen sich erneut zu all dem bekennen, was schon zu der bisherigen Antragstrasse gesagt wurde“, und auf der anderen Seite die Bürgermeister und Oberbürgermeister auf den Fildern, die Gemeinderäte und die Bürgerinitiativen gesagt haben: „Da muss sich aber alles grundlegend ändern.“

(Zuruf von der CDU)

Zwischen diesen zwei Polen musste ein Weg gefunden werden.

Wir haben unter den Projektpartnern in einem Schreiben genau vereinbart, was der Rahmen des Dialogs ist. Da steht eindeutig: Der Kostendeckel muss akzeptiert werden. Die Grundbedingungen müssen insofern akzeptiert werden, als derjenige, der einen weiteren Vorschlag macht, der Mehrkosten aus-

löst, auch zur Finanzierung etwas beitragen muss. Alle müssen wissen, dass der S-21-Vertrag gilt, dass also dann, wenn man eine neue Lösung vorschlägt, die Projektpartner davon überzeugt werden müssen, dass sie diesen neuen Weg im Konsens mitgehen. Insofern sind der Diskurs und der Dialog offen und zugleich eben auch begrenzt, und man stößt mit seinem neuen Vorschlag immer an den alten Vertrag; man muss quasi die Projektpartner mitnehmen.

Diese öffentliche Debatte hat sicherlich von Anfang an auch das Dialogverfahren belastet; denn wenn Sie auf der einen Seite in der Zeitung lesen können: „Eigentlich kannst du gar nichts mehr entscheiden“, und auf der anderen Seite kommen andere und sagen: „Eigentlich geht es ganz grundsätzlich um etwas anderes“, dann finden das natürlich viele Leute abschreckend und fragen sich: Was kann ich da noch bewegen? Lohnt es sich, da sozusagen Stunde für Stunde zu verbringen, um mitzuwirken?

Jetzt zu dem Verfahren selbst: Die Projektpartner haben sich gemeinsam für ein bestimmtes Konzept entschieden. Wir – Stadt, Region, Bahn und wir – haben uns gemeinsam für Herrn Weitz entschieden. Da war übrigens der Verkehrsminister nie dabei, sondern das ist immer auf Arbeitsebene gelaufen. Wir wollten bewusst die politische Ebene herausnehmen, haben bewusst auf Sachlichkeit gesetzt.

In dieser Runde ist der jetzige Moderator, der nun in der Kritik steht, gemeinsam ausgesucht worden. Mit ihm verbunden war übrigens auch das spezielle Dialogkonzept, bei dem der Kerngedanke war, dass neben den „Aktivbürgern“ und den Engagierten, den Gemeinderäten und den Bürgermeistern, den Oberbürgermeistern auch eine Zufallsgruppe beteiligt sein soll, also Menschen, die nicht per se an diesem Projekt interessiert sind oder schon kompetent sind, sozusagen eine offene Bürgerschaft.

Ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Es ist heute in der Zeitung – in der „Stuttgarter Zeitung“ und auch in der Berichterstattung anderer Zeitungen – so getan worden, als würden die Bürger bei diesem Dialog fehlen. Das ist nicht wahr; vielmehr haben sich viele Bürger mit großem Engagement sogar in den Prozess hineingedrängt, und wir mussten sozusagen eine Art Numerus clausus machen, damit nicht alle darin sind, die sowieso schon engagiert sind. Denn zu diesem Konzept gehört eben auch, dass ein Teil der bisher noch nicht festgelegten und engagierten Bürger dazukommt. Dieses Konzept haben alle mitgetragen.

Jetzt zur Verantwortlichkeit und zum Verfahren: Wir haben uns innerhalb der Regierung verständigt. Mein Haus hat die vorbereitende Arbeit geleistet, auch was die Variantenprüfung anbelangt, die Absprache mit der Bahn: Wir beraten auch in inhaltlichen Fragen. Den Prozess selbst leitet federführend das Staatsministerium bzw. die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Wir unterstützen sie dabei, die Projektpartner unterstützen sie dabei, und ab dem Zeitpunkt, zu dem der Moderator gefunden wurde, hat natürlich auch der Moderator eine Eigenverantwortung übernommen.

Jetzt muss der Moderator mit den Beteiligten einen Weg finden. Das bisherige Verfahren, das jetzt so in der Kritik steht, ist ein Verfahren, das mit vielen gemeinsam gefunden wurde.

(Minister Winfried Hermann)

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber nicht die Einladungsliste! Eine Woche!)

Es zeichnet sich halt ab, dass manchmal manche über das schimpfen, was man gemeinsam gefunden hat und bei dem sie auch dabei waren.

Jetzt kommen wir noch zu einzelnen Punkten, z. B. dazu, dass die Einladung zu kurzfristig erfolgt sei. Selbstverständlich war sie kurzfristig. Aber die Einladung kam nicht aus meinem Haus, und sie war zu kurzfristig. Das hat aber auch damit zu tun gehabt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Staatsministerium!)

dass die Bahn und die Vorbereitungsgruppe noch immer darauf gesetzt hatten, dass es mit der Einladung bestimmte Materialien zu verschicken gäbe; man hat sich darauf jedoch nicht verständigt. Die Gruppe selbst hat also auch dazu beigetragen, dass sich die Frist immer weiter verkürzt hat. Ich will da jetzt nicht weiter ins Detail gehen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das heißt, alle sind schuld, nur Sie nicht!)

Ich glaube nur, wenn wir jetzt mit dem Tenor herangehen: „Es funktioniert da nicht, also lassen wir es sein“, dann würden wir deren Anliegen einer verstärkten Bürgerbeteiligung einen ganz schlechte Dienst erweisen. Wenn wir wollen, dass es mehr Bürgerbeteiligung gibt, dann, glaube ich, müssen wir eine Konsequenz ziehen: Bürgerbeteiligung braucht Zeit. Der Zeitdruck von außen hat der Sache geschadet. Auch dadurch sind solche Termine zustande gekommen, weil eben die Bahn gesagt hat: Ihr müsst vor der Sommerpause fertig sein. So sind eben auch frühe Termine zustande gekommen, wie etwa jetzt der vor Pfingsten.

Wir brauchen mehr Zeit, und wir müssen bei Verfahren, die neu sind, auch davon ausgehen, dass sie nicht auf Anhieb funktionieren. Jetzt gibt es einen zweiten Anlauf, Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, und ich bin mir sicher: Es wird gelingen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, bleiben Sie bitte am Mikrofon.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, Sie haben gerade ausgeführt, dass Sie im Vorfeld des Filderdialogs sehr eindeutig auf die vertraglichen Bestandteile hingewiesen und klar gesagt hätten, dass der Vertrag einzuhalten sei. Ich habe zwei Fragen.

Zum Ersten: Welche Prämissen gelten für Sie für den Filderdialog? Und ganz konkret: Ist für Sie die Gäubahnbindung an den Flughafen verhandelbar? Dazu bitte ich um eine ganz klare Antwort.

Die zweite Frage: Sie sind gerade auf den Zeitrahmen, den Zeitplan des Filderdialogs eingegangen, der bis zum 7. Juli abgeschlossen sein soll. Gilt dieser Termin für Sie, und werden Sie ihn auch weiter einhalten?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Zunächst zu den Prämissen: Wie ich schon im Verkehrsausschuss ausgeführt habe, gilt: Wenn für den Filderdialog alle Prämissen, die als Grundlage für die bisherigen Planungen gesetzt waren, weiter gelten, wenn an keiner Prämisse etwas geändert wird, dann ist es ein Dialog für fast nichts. Denn dann können Sie fast nichts mehr ändern. Sie müssen also in gewisser Weise auch dazu bereit sein, dass die eine oder andere Prämisse infrage gestellt wird. Ich habe im Zusammenhang mit der Gäubahn und der Flughafenbindung immer gesagt – diese Auffassung wird inzwischen weitgehend auch von vielen Experten, auch von der Bahn, geteilt –: Es ist eine Krux, dass man gesagt hat: „Auch alle Gäubahnzüge müssen direkt zum Flughafen fahren.“

Ich sage nicht, das Gäu müsste gar nicht an den Flughafen angebunden sein, sondern ich sage nur: Wenn man alle Züge direkt anbindet, dann hat man zwangsweise eine Konstruktion dergestalt, dass man mit der Fernbahn auf eine S-Bahn-Trasse muss. Das ist ein Grundproblem. Wissen Sie: Seit 30 Jahren wird in der ganzen Bundesrepublik der Nahverkehr, der S-Bahn-Verkehr, vom Fernverkehr getrennt. Wir geben Milliarden aus, um diese beiden Systeme zu trennen, weil sie nicht zusammenpassen. In Stuttgart hingegen geben wir Millionen aus, um die bereits getrennten Systeme wieder zusammenzuführen.

Deshalb habe ich gesagt: Wir wollen über andere Lösungen nachdenken, um den Fernverkehr und den S-Bahn-Verkehr nicht auf derselben Trasse fahren zu lassen. Wir wollen eine gute Flughafenbindung – wohlgerne eine bessere als derzeit –, aber das muss nicht über den Weg einer Direktanbindung geschehen.

Insofern halte ich das für verhandelbar. Ich weiß aber genau: Wenn einer der Projektpartner Nein sagt, wenn die Stadt sagt: „Machen wir nicht“, wenn der Flughafen sagt: „Wollen wir nicht“, wenn die Region sagt: „Machen wir nicht“, dann ist das Ding gestorben. So einfach ist das. Jeder Vorschlag in diesem Dialogprozess, der von irgendeinem der Projektpartner blockiert wird, ist tot. Deswegen kommt es sehr auf Überzeugungskraft und Konsens an. Das haben wir auch in das Papier hineingeschrieben; das müssen alle Beteiligten wissen. Es kommt nicht darauf an, tausend Ideen zu haben, sondern es kommt darauf an, dass man den Projektpartnern die bessere Idee vorlegt und sie davon überzeugt.

Jetzt zum Terminkalender: Ich halte dies für schwer realisierbar. Aus den Kreisen der Beteiligten sagen mir alle: So wird es nicht funktionieren. Je mehr Zeitdruck ihr von außen erzeugt, desto weniger wird es funktionieren. Deswegen werde ich mich mit der Führung der Bahn und auch mit den anderen Projektpartnern zusammensetzen und darüber diskutieren, ob wir an diesem Zeitfenster ein wenig rütteln können. Denn wir, die Landesregierung, haben von Anfang an gesagt: Wir wollen, dass dieser Prozess so schnell wie möglich zustande kommt. Es hat leider sehr viel länger gedauert, als wir ursprünglich geplant hatten. Wir wollten klar und eindeutig vor der Sommerpause fertig sein. Das halte ich noch immer für ein sinnvolles Ziel.

Wenn es aber nicht geht, wenn damit sozusagen der Dialog schon zerstört wird, bevor er beginnt, weil das in der Zeit einfach nicht umsetzbar ist, wie man jetzt am aktuellen Beispiel

(Minister Winfried Herrmann)

sieht – Stichwort: „Noch vor Pfingsten schnell einen Termin machen“ –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Da sind Sie selbst schuld!
Das ist Ihre Baustelle!)

– Nein, da sind wir nicht selbst schuld.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Natürlich!)

Das Verfahren hat sich nicht wegen der Regierung in die Länge gezogen. Das muss man einmal ganz klar sagen. Grund war, dass viele Beteiligte mitgemischt haben, vor allem solche, die vielleicht auch schon früher einen positiven Beitrag dazu hätten leisten können, dass es klappt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie sind doch Herr des Verfahrens! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Seit wann haben Sie gewusst, dass Pfingsten ist?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE löst beim Versuch, das Saalmikrofon höherzustellen, das Mikrofon vom Mikrofonständer. – Heiterkeit)

Sie können Ihr Glück am nächsten Mikrofon versuchen. Wir haben noch mehr Saalmikrofone.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE begibt sich zu einem Saalmikrofon im Bereich der Fraktion der CDU. – Zurufe und Heiterkeit)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist für mich gar kein Problem. Ich rede auch aus den Reihen der CDU-Fraktion zum Herrn Minister.

(Zurufe)

Es ist das Thema „Filderdialog und Gäubahnführung“ angesprochen worden. Uns würde interessieren: Wie sieht es beim Thema Notfallkonzept aus? Wir haben aus Unterlagen der DB Netz erfahren, dass die alte Gäubahntrasse über Stuttgart-West weiterhin für ein Notfallkonzept zur Verfügung gestellt werden soll. Unseres Erachtens ist es auch sinnvoll, das vorzusehen. Können Sie dazu etwas sagen?

Uns beschäftigt in diesem Zusammenhang auch immer wieder die Frage des Schienengüterverkehrs. Die Fragen von Herrn Kollegen Haußmann und Frau Kollegin Razavi haben sich allein auf den Personenverkehr bezogen. Uns interessiert aber auch, wie man den Schienengüterverkehr von Süden her abbilden kann.

Im Zusammenhang mit der Gäubahn kommt bei uns immer wieder gerüchteweise an, dass die DB Fernverkehr gedenke, Fernverkehrszüge auf der Gäubahn ausdünnen. Momentan wird hier mit alten Schweizer Wagen gefahren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die sind nicht schlecht! – Zuruf von der CDU: Keine Schweizerfeindlichkeit!)

Können Sie etwas dazu sagen, wie die Situation hier aussieht?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Die Schweizer Bahnen helfen den deutschen Bahnen aus. Das muss man ganz klar sagen. Die DB hat große Mühe, diese Strecke überhaupt zu bedienen, weil zum einen ihre Neotec-Züge nicht immer verfügbar waren und weil sie zum anderen diese Strecke als nicht sehr rentabel ansieht, weshalb die Bürgermeister und Landräte in den Regionen auch immer wieder für diese Strecke kämpfen müssen, damit die DB dort überhaupt einen bestimmten Standard erfüllt.

Ich glaube, an diesem Punkt wird deutlich, dass die Debatte, dass man prinzipiell mit einem Direktzug von Zürich zum Flughafen Stuttgart fahren könnte, eine abstrakte Debatte ist. Denn wenn man das zwar prinzipiell kann, aber kein Zug fährt, weil es sich nicht rechnet, hat man nichts gewonnen.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Der Punkt ist, dass wir bisher keinen gesicherten Stundentakt haben und es auch nicht sicher ist, dass nur Fernzüge den Flughafen anfahren. Insofern kommt es entscheidend darauf an: Was bestellt das Land? Was bieten wir an? Da könnten wir sehr wohl mit Regionalzügen und S-Bahn-Zügen über unsere Bestellung für eine gute Versorgung des Flughafens, für eine optimale Anbindung des Flughafens sorgen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Wenn man über die Anschlüsse spricht, dann muss man über die reale Bedienqualität sprechen, nicht über die abstrakte Möglichkeit, dass man da fahren kann.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Aber Sie wollen die Bedienqualität unmöglich machen!)

– Sie sind, glaube ich, nicht dran, wenn ich das richtig sehe.

(Abg. Peter Hauk CDU: Darüber entscheiden nicht Sie!)

Wir kommen jetzt zur Frage des Notfallkonzepts. Ursprünglich war vorgesehen, die Gäubahn aufzulassen und die Trasse wiederzubebauen. Inzwischen erkennt die Bahn – das hat das Schlichtungsverfahren gezeigt –, dass man diese Strecke nicht aufgeben kann, weil wir sie für das Notfallkonzept zwingend brauchen. Ich kann nur sagen: Wenn der Tunnel, aus welchem Grund auch immer, zu ist, dann wird man froh sein, wenn es wenigstens eine Strecke als Alternative zur S-Bahn gibt, mit der man hoch auf die Filder kommt. Insofern macht es wohl Sinn, diese Strecke offenzuhalten. Daraus ist auch der Gedanke erwachsen – übrigens nicht nur in meinem Haus, sondern auch bei der Bahn –, ob man diese Strecke, wenn man sie schon offenhält, nicht sinnvollerweise auch für die Anbindung der Gäubahn an den Stuttgarter Bahnhof im Tal vorsieht.

Jetzt zur Frage des Güterverkehrs: Ja, natürlich spielt die Gäubahntrasse im Notfall oder im Fall, dass andere Strecken gesperrt sind, auch als Güterverkehrstrasse eine Rolle. Diese Rolle spielt sie schon heute. Ich würde aber auf gar keinen Fall sagen, dass diese Trasse als Güterverkehrstrasse auf Dauer geeignet ist, sondern sie kann nur Ersatztrasse auf Zeit sein. Alles andere wäre für die dortigen Anwohner eine ziemliche Zumutung.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Minister, die Thematik „Fernzüge auf S-Bahn-Strecken“ ist sachdienlich geschildert. Nun gibt es durchaus Lösungswege: Es gibt zum einen die Möglichkeit einer neuen Trasse neben der Autobahn, zum anderen kommt jetzt aus der berühmt akademischen Raumschaft Tübingen ein neuer Vorschlag

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– akademisch –, nämlich die Züge vom Flughafen über die Neckarstrecke – Tübingen und Horb – an die Gäubahn anzubinden. Das würde natürlich das Problem auf einen Schlag lösen. Dann ist klar, dass man die Rohrer Kurve so nicht braucht.

Meine Frage ist, wie Sie angesichts des Zeithorizonts – vor der Sommerpause braucht die Bahn eine Aussage, damit sie weiter planen kann; wir können nicht ewig Diskurs halten – diese aus der Tübinger Raumschaft kommende und durchaus nachvollziehbar von den dortigen Interessen geprägte Idee bewerten und ob Sie sie weiterverfolgen wollen. Führen wir hierzu dann auch ein Dialogverfahren durch, oder wie soll das dann weitergehen, wenn Bürger jetzt noch ergänzende Ideen in bestehende Konzepte einbringen wollen?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Wir haben uns ja schon in der Vorbereitung des Filderdialogs Gedanken darüber gemacht, wie viele Varianten wir zulassen wollen und ob wir nicht dem Verfahren schaden würden, wenn wir zu viele Varianten zuließen, weil es dann völlig unübersichtlich würde und es mit Sicherheit keinen Konsens mehr gäbe. Deswegen haben wir uns vorläufig auf vier, fünf Varianten beschränkt.

Inzwischen gibt es tatsächlich diese Diskussion in der Region. Im Neckartal, aber nicht nur dort, sondern – das kann man, glaube ich, sagen – auch bei der Bahn hat man noch einmal alte Unterlagen hierzu angeschaut. In einer Frühphase wurde über diese Variante einmal diskutiert.

Wenn die Region an mich oder an den Filderdialog die Anforderung stellt: „Wir wollen diese Variante prüfen lassen“, dann werden wir unseren Beitrag dazu leisten, dass man sie prüfen kann. Man kann sagen: Über das Neckartal würde man tatsächlich Rottenburg, Tübingen, Reutlingen und Metzingen besser in das Fernverkehrssystem Schweiz–Stuttgart einbinden. Das ist eine große Region; das hätte einen Vorteil. Die Wendlinger Kurve wäre dann selbstverständlich auf doppelte Größe auszubauen. Das wäre dann sinnvoll; es wäre dann auch zwingend. Man könnte sich dann die Ausbaumaßnahmen auf der anderen Seite, also die Rohrer Kurve, sparen und müsste die S-Bahn-Trasse nicht nutzen und keine komplizierte unterirdische Einschleifung über diesen umgebauten S-Bahn- und Regionalbahnhof machen. Das sind die Vorteile.

Es gibt aber auch einen klaren Nachteil. Denn man muss schon sagen: Das wäre die längere Strecke. Das würde die Fahrzeit von Zürich nach Stuttgart nicht so verkürzen, wie das im Vertrag von Lugano eigentlich einmal vorgesehen war.

Wenn diese Anfrage kommt, müssen wir prüfen: Ist das eine relevante Variante? Was kostet sie? Welche Vorteile und welche Nachteile hat sie? Das Ministerium wird dem sicherlich nicht im Weg stehen, sondern helfend eingreifen. Aber wir werden nicht parteilich für diese Variante eintreten.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister! Ich glaube, dass die CDU und die FDP/DVP in den letzten Monaten keine großen Steine in den Weg gelegt hatten, was den Dialogprozess anbelangt, weil wir das ein Stück weit unterstützt haben. Aber Sie erinnern sich, dass ich mehrmals die Sorge zum Ausdruck gebracht hatte: Wenn man von vornherein sowohl seitens der Bahn als auch von Ihrer Seite, seitens der Landesregierung, sagt: „Über die Kosten kann man überhaupt nicht mehr reden“, wird natürlich der Dialogprozess nicht einfacher.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Jetzt will ich einfach noch einmal auf den Dialog zu sprechen kommen. Sie hatten gesagt, dass es natürlich problematisch war, so kurzfristig dazu einzuladen. Jeder Vereinsvorstand hätte Ihnen da vielleicht

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Weiterhelfen können!)

gute Tipps geben können, wenn er weiß, wie man Vereinsfeste organisiert. Aber okay, das ist jetzt so.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist halt passiert! – Gegenruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das ist nicht „halt passiert“! Das ist eine Riesenblamage!)

Der nächste Termin ist für den 16. Juni vorgesehen. Deswegen frage ich: Wie ist das geplant? Bleibt es bei den 250 angeschriebenen Personen, wobei man hofft, dass davon 80 mitmachen, oder wird der Kreis erweitert? Wie ist das vorgesehen?

Dann habe ich noch eine weitere Frage. Sie hatten gesagt, es werde kritisch, den Termin 7. Juli einzuhalten. Ist denn der Termin für die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens dadurch auch infrage gestellt?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Ich sage es gern noch einmal: Wenn man mich gefragt hätte, ob das ein kluger Termin sei, hätte auch ich gesagt: Das kann man nicht machen. Wenn man mich gefragt hätte, ob man erst eine Woche vorher die Einladung verschicken sollte, hätte auch ich gesagt: kritisch.

Noch einmal: Wir haben die Einladung nicht vorgenommen. Wir sind auch nicht gefragt worden. Der Prozess hat auch eine gewisse Selbstorganisation, eine Eigenverantwortlichkeit und eine eigene Dynamik. Das kann man nicht alles der Landesregierung anlasten.

Jetzt sind aber einige sicherlich klug geworden. Viele haben auch gesagt: Wir haben gewarnt, und wir haben gehofft, dass es trotzdem funktioniert. Aufgrund des Zeitdrucks haben viele gesagt: Eigentlich müssten wir mehr Zeit haben, aber weil wir keine haben, versuchen wir es trotzdem.

Jetzt ist der Versuch, 80 Bürger zusätzlich zu gewinnen, gescheitert. Ich werde noch in dieser Woche mit verschiedenen

(Minister Winfried Herrmann)

Vertretern sprechen, auch mit Vertretern der Bahn. Ich werde in der nächsten Woche auch – zum ersten Mal übrigens – mit Herrn Weitz sprechen. Ich habe mich da wirklich sehr zurückgehalten, weil wir nicht wollten, dass das Verfahren politisch gesteuert wird. Es soll vielmehr ein Beteiligungsverfahren sein. Ich werde mit Herrn Weitz auch über die Abläufe sprechen und darüber, wie man das besser handhaben und beschleunigen kann.

Wir werden auch seitens meines Hauses anbieten, mehr Unterstützung zu leisten, damit – wie Sie es nennen – bestimmte „professionelle Fehler“ bzw. „Dilettantismus“ vermieden werden können und so etwas nicht mehr passiert. Dazu werden wir Hilfe anbieten.

Ich bin auch der Meinung, dass man nicht zwingend 80 Leute braucht. Wenn es 40 sind, ist es auch gut. Denn das ist am Schluss kein Plenum, in dem Stimmen gezählt werden, sondern es geht doch nur darum, dass eine bestimmte Zahl von Menschen mit einer Vielfalt von Meinungen da ist und dass sich Experten und Vertreter von Initiativgruppen in der Argumentation vor einem Publikum äußern müssen und diejenigen überzeugen müssen, die in der Sache gar nicht tief drin sind, also die Bürger, die nur indirekt berührt sind. Es geht nicht um eine Kampf Abstimmung am Schluss. Das ist in der Öffentlichkeit völlig falsch dargestellt worden.

Ich habe auch den Eindruck, manche in der Spurgruppe haben nicht begriffen, was das Dialogverfahren soll. Es geht wirklich um einen Diskurs, in dem man am Ende nach breiter Diskussion einen gemeinsamen Weg finden muss. Wenn das nicht gelingt, ist das ganze Verfahren wahrscheinlich nicht erfolgreich.

Zum Termin der Planfeststellung: Bisher gibt es noch keinen festen Termin, wann man da einsteigt. Wir werden, wie gesagt, noch einmal mit der Bahn darüber sprechen, ob es da Probleme gibt, ob wir Druck machen müssen, damit es vor der Sommerpause fertig ist, oder ob wir sagen: Damit der Bürgerdialog gelingt, setzen wir noch einmal eine Zeit hinten an, weil es besser ist, das gut zu machen, als es so hinzumursen, dass am Schluss alle unzufrieden sind und sagen: „Das war aber nicht das, was wir uns unter einem Bürgerdialog vorgestellt haben.“

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Ich möchte an die Frage des Kollegen Haller anschließen. Herr Minister, Sie haben in diversen Gesprächen eine weitere Variante der Gäubahn ins Gespräch gebracht, nämlich die oberirdische Führung der Gäubahn in den neuen Hauptbahnhof, sozusagen als Variante der Kombilösung. Vielleicht können Sie uns dazu etwas sagen.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Das Ministerium hat den Vorschlag erarbeiten und von der Bahn prüfen lassen: Wie kann man die Gäubahn oberirdisch nutzen und unterirdisch einschleifen – über einen Rosensteintunnel, so wie in Vorstudien vorgesehen. Dieser Vorschlag wird sicherlich im Filderdialog erörtert werden.

In diesem Zusammenhang habe ich auf die Frage, ob das nicht zu teuer ist – denn in der Tat kostet das 120 bis 140 Millionen €, spart aber eine deutlich höhere Summe oben auf den

Fildern ein –, gesagt: Günstiger wäre es natürlich, wenn man wie bisher oberirdisch einfahren würde. Das würde aber voraussetzen, dass man eine Art Kombibahnhof macht. Ich halte das prinzipiell nicht für ausgeschlossen, aber das müssen dann andere entscheiden. Eigentümer dieser Fläche ist die Stadt Stuttgart. Da müsste die Stadt Stuttgart sagen: „Wir wollen das. Wir halten das für zukunftsfähig. Wir wollen gern Eigentümer eines neuen Regional- und Nahverkehrsbahnhofs sein.“ Das könnte also durchaus eine zukünftige Debatte sein. Aber mehr ist es im Moment nicht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber gegen die Volksabstimmung!)

– Was heißt „gegen die Volksabstimmung“?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Keine Planfeststellung!)

Wenn Sie sehr förmlich die Volksabstimmung ansprechen, dann sollten Sie nicht so tun, als wäre mit der Volksabstimmung endgültig das Denken über Stuttgart 21 erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ach so! – Abg. Nicole Razavi CDU: Endlich ehrlich, Herr Minister! Jetzt wissen wir es!)

– Ich meine, das ist doch völlig klar. Sie sehen es doch selbst.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sie wollen es gar nicht akzeptieren! – Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Das ist aber ein bisschen überinterpretiert! – Gegenruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das ist genau interpretiert! – Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt ist es ehrlich! Vielen Dank!)

– Frau Razavi, immer wenn man etwas klar sagt, was man schon gesagt hat, sagen Sie: „Endlich ist es ehrlich.“ Natürlich ist das ehrlich. Das ist doch logisch. Ich rede nur ehrlich.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Das war schon immer so! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Herr Minister, ich hätte auch gern noch eine Frage gestellt, die genau in die Richtung geht, über die wir jetzt interessanterweise diskutieren, nämlich die Offenhaltung der alten Gäubahntrasse, die aber auch in Richtung Güterverkehr geht, der dort eine Rolle spielt.

Es hat in der Vergangenheit eine Mischverteilung gegeben, zum einen über die Gäubahntrasse und zum anderen durch eine Güterumleitung über die S 6 bzw. in Zukunft über eine Verlängerung durch die S 60 bis Böblingen/Sindelfingen.

Wie wird das in Zukunft gehandhabt? Soll dieser durchaus beträchtliche Güterverkehr auf andere Strecken – Rheintal – verlagert werden, soll er reduziert werden? Denn Sie sagten: „Man kann das den Menschen dort eigentlich kaum zumuten.“ Soll es ein Mischverkehr auf dieser offenzuhaltenden Trasse der Gäubahn plus Verbindung über die S 60/S 6 sein, oder soll eine alleinige S 6/S 60 diesen Güterverkehr in Zukunft in Richtung Süden und Norden abwickeln?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Vielleicht muss ich doch noch einmal deutlich machen: Das Land bestellt zwar Nahverkehrszüge, aber keine Güterzüge. Das heißt, über die Frage, wo Güterzüge fahren und wie sie fahren, entscheidet natürlich zunächst die Bahn. Das wird auch so bleiben.

Aber was wir politisch tun können, ist – in diesem Zusammenhang will ich das auch sehr deutlich machen –: Die jetzige Gäubahn, die aus Stuttgart kommt und die durch Stuttgarter Wohngebiete führt, die ersatzweise immer wieder einmal für Güterverkehre genutzt wurde, wird, wenn sie offen ist, auch dafür wieder genutzt werden können. Aber es kann nicht im Ernst eine Zielvorstellung der Landesregierung sein, das zu einer Güterverkehrsstrasse zu erklären. Dafür taugt sie nicht; dafür ist sie zu laut und zu nahe an den Wohngebieten. Aber es wird Fälle geben, in denen man sie ersatzweise braucht.

Das gilt, glaube ich, auch für die anderen Strecken, die Sie angesprochen haben. Ersatzweise wird man so etwas einmal nutzen können. Aber das können nicht die eigentlichen Trassen sein. Die eigentliche Trasse ist in Zukunft die Rheintalbahn für die großen Nord-Süd-Verkehre; die Gäubahn ist nur eine Ausweichtrasse.

Deswegen hat sich dieses Haus und habe auch ich mich sehr dafür eingesetzt, dass wir den Ausbau der Rheintalbahn schnell hinbekommen, dass wir die Widerstände vor Ort durch eine andere Planung überwinden. Das haben wir hier auch gemeinsam beschlossen. Wir haben da in entscheidenden Punkten auch Fortschritte erzielt und wissen heute, dass wir in den nächsten zehn Jahren das dritte und vierte Gleis im Süden des Rheintals ausbauen können. Wenn der Bund liefert, können wir das schaffen. Dann haben wir dort deutlich mehr Kapazitäten. Übrigens: Im internationalen Maßstab findet dort der Güterverkehr statt, und hier auf der Gäubahn ist es eher sozusagen der Ersatzverkehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Die für die Regierungsbefragung vorgesehene Zeit von 60 Minuten ist abgelaufen.

Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 5.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Notengebung und Wiederholung von Klassen – Drucksache 15/344 (geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Abg. Kurtz für die CDU-Fraktion.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Juli letzten Jahres hat die CDU-Fraktion einen Antrag zum Thema „Notengebung und Wiederholung von Klassen“ gestellt. Wir waren damals in Sorge, wie es in Ba-

den-Württemberg mit den Noten in der Schule und mit der Möglichkeit, eine Klasse zu wiederholen, weitergeht. In anderen Bundesländern waren gerade starke Veränderungen im Gang. In Hamburg z. B. kann man eine Klasse jetzt nur noch nach der Klasse 6 wiederholen. Wir hatten Hinweise aus dem Koalitionsvertrag von Grünen und SPD im Land, dass sich auch in Baden-Württemberg einiges ändern sollte.

Zu diesem Antrag ist, wie wir es jetzt leider ganz oft erfahren, ausgesprochen lapidar Stellung genommen worden. Die Landesregierung hat wieder zu Fragen zusammenfassend Stellung genommen. Da sind irgendwelche alten Verordnungen zitiert worden. Kurz und gut: Wenn ich eine Note hätte geben sollen, Frau Ministerin, hätte ich ein „mangelhaft“, eine „Fünf“, erteilt.

Unsere Ziffernnoten sind sprachlich alle sehr genau definiert, und zwar schon seit Jahrzehnten. Die Note „Fünf“ heißt nicht einfach nur „mangelhaft“, sondern:

Die Leistung entspricht nicht den Anforderungen, lässt jedoch erkennen, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können.

(Zurufe von der CDU sowie der Abg. Jörg Fritz
GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben gedacht, wir bringen diesen Antrag noch einmal ins Parlament. Inzwischen sind seit der Antragstellung zehn Monate vergangen. Es gab also Zeit, Mängel zu beheben. Wir haben in der Zwischenzeit die Gesetzgebung zur Gemeinschaftsschule erfahren. Vielleicht können wir jetzt auch etwas mehr über die Planungen zur Gemeinschaftsschule erfahren. Im Gesetz steht noch immer nichts zur Notengebung, und es wird auf eine Rechtsverordnung verwiesen.

Wir wissen, dass vieles, was mit der Gemeinschaftsschule auf den Weg gebracht wird, ganz ausdrücklich auch auf andere Schulen Auswirkungen haben soll. Frau Ministerin, wir sind sehr daran interessiert, zu erfahren, wie es mit den Noten weitergeht. Wir wissen mittlerweile, dass es in der Gemeinschaftsschule keine Nichtversetzungen geben soll; ein Klassenwiederholen ist dort nicht mehr vorgesehen. Jeder kommt immer weiter. Man kann nicht mehr sitzen bleiben.

Wir wissen auch, dass Sie die Notengebung, die wir bisher kennen, um eine sogenannte verbale Leistungsbeurteilung ergänzen wollen. Wir sind ganz gespannt, zu hören, was genau geplant ist. Bisher hatten wir schon eine sehr breite Palette der Beurteilungen. Es wurden nicht einfach kalte Zahlen vergeben. Die Ziffernnoten entsprechend der KMK sind, wie ich vorhin beschrieben habe, sehr ausführlich verbal unterlegt. Wir haben zusätzlich Schülerbeobachtungen, Leistungsportfolios. Wir haben mittlerweile die Möglichkeit, dem Zeugnis ein Beiblatt beizulegen, das ehrenamtliche Tätigkeit bescheinigt. Wir haben Kompetenzraster. Wir haben also eine fachliche Leistungsbeurteilung plus die Beurteilung persönlicher Kompetenzen, Einstellungen und Verhaltensweisen.

Ich behaupte, heute haben Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie es gut machen, das ganze Kind im Blick

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! So ist es!)

(Sabine Kurtz)

und geben eine sehr differenzierte Beurteilung ab. Ich habe wirklich nicht den Eindruck, dass Noten in diesem Land als „Folterwerkzeuge“ betrachtet wurden, im Gegenteil. Wenn Sie einmal die Schülerblogs im Internet lesen, stellen Sie fest: Die Schüler haben einen lockeren Umgang mit den Noten und akzeptieren sie durchaus. Eltern sind dankbar für die klare Rückmeldung, und – das ist uns auch sehr wichtig – die Betriebe erhalten eine sehr gute Aussage und können mit Blick auf Einstellungen sehr gut beurteilen, ob ein junger Mensch in ihren Betrieb passt oder nicht.

Ganz wichtig finde ich: Wir haben in Baden-Württemberg als einem der wenigen Bundesländer noch die Kopfnoten. Das ist in anderen Ländern nicht mehr selbstverständlich. Sie haben es vielleicht gelesen: Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag fordert wieder die Einführung von Kopfnoten. Ich sehe in Kopfnoten auch eine Chance für Schülerinnen und Schüler, die in manchen Fächern vielleicht nicht so stark sind, dass ein Betrieb sagt: „Da stimmen aber die persönlichen Voraussetzungen, die sozialen Kompetenzen. Den nehmen wir.“

Uns geht es darum, zu wissen: Wie geht es weiter? Was haben Sie vor? Wollen Sie die von der KMK definierte Notenskala abschaffen? Wie viel Zeit werden die Lehrkräfte in Zukunft darauf verwenden müssen, diese Prosatexte in die Zeugnisse zu schreiben? Sollen die Zeugnisse in Zukunft gemalt werden? Halten Sie die Lehrkräfte für ausreichend ausgebildet, um diese individuelle Benotung oder Beschreibung, die Sie jetzt vorhaben, vorzunehmen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Spitze!)

Gibt es dafür möglicherweise zusätzliche Deputatsstunden? Ich glaube, dass das sehr viel mehr Zeit in Anspruch nehmen wird.

Was mich wirklich bedenklich stimmt: Im GEW-Handbuch habe ich eine Anzeige für ein Handbuch „Zeugnisschreiben leicht gemacht“ gelesen. Da frage ich mich wirklich, wie viel von dieser individuellen verbalen Beurteilung noch übrig bleibt, wenn es in Zukunft wieder eine neue Nomenklatura gibt, die die Notenskala ersetzen oder ergänzen soll. Wenn das wieder Worthülsen und standardisierte Textbausteine sind, dann sehe ich darin keine Bereicherung.

In Zukunft soll es kein objektives Klassenziel mehr geben, das ein Kind erreichen muss, sondern es geht nur noch darum, dass es sein Potenzial ausschöpft. Insofern braucht es nicht mehr sitzen zu bleiben, wenn man sagt: „Es hat sich kräftig angestrengt, es hat sich stets bemüht“, egal, ob ein objektives Ziel oder nur ein subjektives Ziel erreicht wurde.

Ich frage mich: Wie wollen Sie denn sicherstellen, dass junge Menschen auf den Beruf, auf das wirkliche Leben vorbereitet sind?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Im Berufsleben geht es dann anders zu. Ich glaube einfach, dass es berechtigt ist, dass Betriebe objektive Leistungsanforderungen haben, und ich meine, die Schule hat die Aufgabe, die jungen Menschen darauf vorzubereiten, wenn sie sie auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereiten will.

Ich denke, junge Menschen haben Anspruch auf eine klare Rückmeldung; sie haben Anspruch auf eine ehrliche Antwort auf die Frage nach ihrem Leistungsstand. Dazu gehören einfach auch vergleichbare Noten, und dazu gehören unserer Meinung nach auch Ziffernnoten, die, wie ich eben beschrieben habe, durch andere, zusätzliche Qualifikationsbeschreibungen ergänzt werden müssen.

Jetzt ist einfach die Frage, was Sie vorhaben und was wir uns dazu vorzustellen haben. Die Quote der Sitzenbleiber lag in Baden-Württemberg zuletzt bei nur noch 1,2 %. Das ist die bundesweit niedrigste Quote. Aber man muss doch wirklich fragen: Warum soll man ein solches Instrument, das im Einzelfall eine Chance bieten kann und einem jungen Menschen ermöglichen kann, ein Jahr zu wiederholen, einfach aus dem Instrumentenkasten nehmen? Wir halten das nicht für sinnvoll, und wir hatten in der Vergangenheit auch den Eindruck, dass dieses Instrument verantwortungsbewusst und sensibel angewendet wurde.

Auch aus meiner persönlichen Erfahrung als Mutter von drei Kindern habe ich den Eindruck, dass Kinder mit Noten ganz gut umgehen können. In vielen Fällen bedeutet die Schulnote auch ein Erfolgserlebnis und stellt eine positive Rückmeldung dar.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Es gibt auch viel Frust! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Viele Kinder suchen regelrecht den Wettbewerb. Schauen Sie in den Sport, schauen Sie in die Musik: „Jugend trainiert für Olympia“, „Jugend musiziert“. Sogar der Landtag veranstaltet seit Jahrzehnten einen Schülerwettbewerb, der sich steigender Nachfrage erfreut. Da gibt es einen Förderpreis, es gibt einen ersten Preis sowie zweite und dritte Preise. Das wird gern in Anspruch genommen. Die Herausforderung wird gesucht. Junge Menschen wollen nicht in Watte gepackt werden. Sie wünschen sich eine klare Ansage, eine klare Rückmeldung.

Deswegen plädieren wir von der CDU-Fraktion dafür, dass Sie die breite Palette der Bewertungsmaßstäbe und -möglichkeiten, die wir, glaube ich, in der Vergangenheit sehr verantwortungsbewusst entwickelt haben, beibehalten und hier nicht Tabula rasa machen. Wenn es anders sein sollte, dann sagen Sie uns das bitte.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Bewertung von Schulleistungen gehört nicht nur zu den zentralen Aufgaben unserer Lehrerinnen und Lehrer, sondern stellt auch mit die schwierigste Aufgabe für Lehrerinnen und Lehrer dar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach was! Das macht Freude!)

(Sandra Boser)

Frau Kollegin Kurtz, Sie haben die Frage bereits gestellt: Wie werden die Lehrerinnen und Lehrer künftig auf die neuen Beurteilungsformen vorbereitet? Welche Ausbildungsteile gibt es dafür? Derzeit haben die Lehrerinnen und Lehrer auch für das Ziffernnotensystem keine einheitliche Ausbildung, wie damit umzugehen ist und welche Bewertungsskala zugrunde gelegt wird. Vielmehr sind die Lehrerinnen und Lehrer mit dem Instrument der Noten zur Leistungsbewertung immer nur eingeschränkt in der Lage, objektive Leistungsbeurteilungen vorzunehmen.

Die schon angesprochene Ausschöpfung der Notenskala ist von Lehrer zu Lehrer individuell verschieden. Der Abstand zwischen den einzelnen Noten ist nicht immer gleich. Dazu kommt: Keine Note ist wertfrei. Dies ist selbst bei Befürwortern der Notengebung unstrittig. Denn Noten sind immer Teil eines Vergleichsergebnisses, das davon beeinflusst wird, wie sich die Gruppe zusammensetzt, wie die Vorbereitung einer Gruppe war und wie die persönliche Einstellung des Lehrers ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben doch das Kind das ganze Jahr! Das ist doch kein Problem!)

Die Rückmeldeleistung von Noten liegt nicht in der individuellen Widerspiegelung des tatsächlichen Lernfortschritts, des Wissensstands oder der sozialen Kompetenz; nein, sie liegt nur in der Einordnung des Schülers in die Klassenstruktur.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen wir doch nicht!)

Hinzu kommt, dass die Noten für viele Schülerinnen und Schüler eben keine Motivation darstellen, sondern ein Hemmnis bedeuten. Auch das kann man in Schülerforen oder Blogs lesen und feststellen, dass die Schüler dadurch eben keine Motivation erfahren, sondern in ihrer Leistung eingeschränkt werden. Eine entsprechende Rückmeldung gibt auch der Landeschülerbeirat.

Da sich die Ziffernnoten in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren aber als Leistungsbewertung schlechthin gefestigt haben, bedeuten sie für manche Schülerinnen und Schüler auch eine wertvolle Grundlage. Das erkennen wir an. Deswegen haben wir jetzt eben die zusätzlichen Leistungsbeurteilungsmöglichkeiten einer Gemeinschaftsschule eingeführt und das Notensystem bislang auch beibehalten.

Bei den neuen, zusätzlichen Leistungsbewertungsmöglichkeiten spielen das persönliche Gespräch, die Rückmeldung des Lehrers über den Leistungsstand und die Leistungsmöglichkeiten eines Schülers sowie auch die Selbsteinschätzung eines Schülers eine wichtige Rolle. Damit wird die Leistung eines Schülers nicht allein auf der Grundlage von Ziffern bewertet, sondern der persönliche Austausch und die Einschätzung des Lehrers spielen hier eine übergeordnete Rolle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier geht es nicht um die Frage, ob Leistungsbeurteilung oder gar Leistung an sich infrage gestellt werden soll, sondern es geht um die Frage, welche Leistungen in einem Schulsystem denn bewertet werden sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Bravo! – Abg.

Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es wird alles bewertet!
Alles!)

Mit den zusätzlichen Beurteilungsmöglichkeiten – gerade jetzt an der Gemeinschaftsschule – können auch in Baden-Württemberg neue Wege gegangen werden, die genau diese Möglichkeiten mit einbeziehen. Wie in der Stellungnahme zum Antrag durch das Kultusministerium ausgeführt, sind dies mit die grundlegenden Voraussetzungen, um individuelle Förderung in den Schulen stärker zu verankern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da steht doch gar nichts drin! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war doch noch vor der Gemeinschaftsschule!)

Daher begrüßen wir, die Grünen, ausdrücklich die Möglichkeiten an der Gemeinschaftsschule zur Leistungsbeurteilung.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den die Gemeinschaftsschule nun endlich angeht, ist das Sitzenbleiben. Hier wird vonseiten der CDU immer behauptet, das Sitzenbleiben wäre der Ansporn für Schülerinnen und Schüler, um mehr Leistung zu bringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Es ist kein Unglück, sagen wir! Haben Sie überhaupt schon einmal wiederholt?)

– Nein, ich durfte in meinem Leben nicht wiederholen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann können Sie nicht mitreden! Ich habe schon wiederholt!)

– Sehr geehrter Herr Röhm, ich behaupte, dass es nicht an der Gefahr des Sitzenbleibens liegt, dass es bei uns im Land so wenige Wiederholer gibt. Ich sage, es liegt an der Leistung der Lehrerinnen und Lehrer. Sie können diese Aussage gern infrage stellen.

(Lachen der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie waren immer auf der Sonnenseite! Sie waren gut in der Schule! Ich weiß das! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Entgegen Ihrem Antrag, der behauptet, dass die Lernleistung durch das Wiederholen gesteigert werde, konnte keine Studie in den vergangenen Jahren eine positive Auswirkung des Sitzenbleibens auf die Lernleistung und das Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler ermitteln, ganz im Gegenteil. Die Bertelsmann Stiftung hat bereits im Jahr 2009 in einer Studie aufgezeigt, dass Sitzenbleiben weder auf die schulischen Leistungen des Wiederholers noch auf die Leistungsfähigkeit der verbliebenen Klasse eine positive Auswirkung hat. Auch die OECD hat in ihrer letzten PISA-Studie das Thema Sitzenbleiben mit in das Portfolio der Aufgaben aufgenommen. Auch die PISA-Studie hat nicht feststellen können, dass das Sitzenbleiben den gewünschten Erfolg hat.

Alle Studien bestätigen aber gemeinsam, dass das Sitzenbleiben enorme Kosten verursacht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ach so! Das Sparmodell!)

(Sandra Boser)

Aus der bereits erwähnten Studie der Bertelsmann Stiftung – – Ja, Frau Kollegin, die Bertelsmann Stiftung hat im Jahr 2009 ermittelt, dass Deutschland insgesamt etwa 1 Milliarde € allein für das Sitzenbleiben ausgibt.

(Abg. Georg Wacker CDU: Was? – Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Das ist ja der Wahnsinn!)

In Baden-Württemberg beläuft sich der Betrag auf 40 Millionen €.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie haben Sie das ausgerechnet?)

– Herr Röhm, ich kann Ihnen nachher gern die Übersicht zeigen; ich habe sie dabei.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das müssen Sie mir vorrechnen! Ich bin wegen Mathe durchgefallen!)

Wenn wir diese 40 Millionen € in individuelle Förderung und frühkindliche Bildung investieren,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt fehlen wieder der Schmiedel und sein Rechner!)

haben wir am Ende sicherlich ein viel besseres Ergebnis, als wenn wir am Sitzenbleiben, wie es bisher vorgesehen ist, festhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Daher ist es, denke ich, endlich an der Zeit, dass sich in Baden-Württemberg auch in Sachen Notengebung und Sitzenbleiben etwas bewegt. Zu lange wurde an Altem festgehalten, ohne dabei über Sinn und Unsinn nachzudenken. Ich bin froh, dass die neue Landesregierung hier neue Wege ins Auge fasst und mit auf den Weg gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche? Welche? Welche?)

Ich bedanke mich bei der neuen Landesregierung für die Möglichkeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich wüsste gern etwas konkret!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kleinböck das Wort.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe nicht den Ehrgeiz und ich unterliege auch nicht der Illusion, dass ich Ihre „Notengläubigkeit“ erschüttern könnte, aber vielleicht kann ich ein bisschen daran kratzen.

Ich beschäftige mich heute nicht zum ersten Mal mit dem Problem der Noten. Auch ich habe in der Ausbildung zum Lehrer gelernt, dass eine Klassenarbeit, bei der ausschließlich die Noten „Eins“ und „Zwei“ erzielt werden, zu leicht ist, und eine, bei der es ausschließlich zu schlechten Noten kommt, zu schwer ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Also hat man diese geniale gaußsche Normalverteilung zugrunde gelegt: wenige sehr gute Noten, ein breites Mittelfeld, wenige sehr schlechte. Dann ist die Arbeit in Ordnung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind auch gutmütig! Sie haben keine schlechten Noten!)

– Lieber Kollege Röhm, darauf komme ich gleich noch einmal. Ich hatte in der Tat kein Problem damit, auch Klassenarbeiten zu schreiben, bei denen diese gaußsche Normalverteilung außer Kraft gesetzt war.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehen Sie! So schätze ich Sie ein!)

– Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter den Stichworten „Noten“, „Noten abschaffen“ und „Schulnoten“ finden wir im Internet einige Hunderttausend Eintragungen,

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie müssen Ihre Rechtsverordnung ändern, nicht das Internet!)

darunter auch zahllose Untersuchungen von Bildungsforschern und Erfahrungsberichte von Lehrern, Eltern und Schülern; ich denke, jeder hier hat schon seine Erfahrungen mit dem Thema Schulnoten gemacht. Dass der eine oder andere auch einmal ungerecht behandelt wurde, lieber Kollege Röhm, geben Sie sicher zu.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das zweite Thema – Sitzenbleiben, Wiederholen von Klassen – will ich hier nicht abfragen, auch wenn Sie sich hier dazu schon geoutet hatten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist doch schon lange bekannt und hinreichend bewiesen, dass Lehrer die gleiche Leistung unterschiedlich bewerten. Wir wissen das von Deutschaufsätzen. Dass aber auch Mathearbeiten höchst unterschiedlich bewertet werden – mit Noten von „Eins“ bis „Fünf“ –, ist vielleicht zunächst unverständlich, lässt sich aber schnell erklären. Manche Lehrer berücksichtigen nur das Ergebnis, manche wollen auch den Lösungsweg, und andere wollen dazu auch noch begleitende Erklärungen. Wenn wir das zur Kenntnis nehmen, stellt sich die Frage: Was sind Noten wert?

Die Untersuchungen von Herrn Professor Dr. Brügelmann, der seit Jahren zum Thema „Leistungsbeurteilungen in der Schule“ forscht, sollte man zur Kenntnis nehmen. Zwei seiner Ergebnisse stimmen mich nachdenklich. Erstens: Häufig bekommen Kinder von Migranten bei gleicher Leistung schlechtere Noten als deutschstämmige Kinder. Zweitens: Ruhige Schüler werden besser bewertet als notorische Störenfriede.

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

– Insofern, lieber Kollege Röhm, kann natürlich auch das der Grund sein, weshalb Sie damals eine Klasse wiederholen mussten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt sogar!)

(Gerhard Kleinböck)

Die Frage ist in der Tat: Was sind denn Noten wert? Belegt ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Bewertung von Arbeiten auch von der Tagesform der Lehrer abhängt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und der Schüler!)

– Das natürlich auch. – Interessant ist auch: Wo liegt eine Klassenarbeit in dem großen Stapel von Arbeiten, die ich mit nach Hause genommen habe?

Es ist auch bekannt, dass Lehrer dann, wenn ihnen die gleiche Arbeit ein zweites Mal vorgelegt wird, die Arbeit nicht selten unterschiedlich bewerten. Über die Frage „Was sind denn Noten wert?“ müssen wir wirklich einmal ernsthaft diskutieren.

Viele Eltern, viele Lehrer und auch viele Kinder können sich eine Schule ohne Noten nicht vorstellen, aber ich ergänze: noch nicht vorstellen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Wird das anders, wenn man das verbal macht?)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Schülerinnen und Schüler sind darauf getrimmt: Sie wollen Noten, aber sie wollen gute Noten – das muss deutlich gesagt werden –, weil sie auf ein Erfolgserlebnis hoffen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, was wir auch wissen: Ein Drittel der Neun- bis 14-Jährigen fürchten sich davor, in der Schule zu versagen. Ich denke, spätestens hier sollten wir einmal anfangen, darüber nachzudenken und ins Grübeln zu geraten.

Nachdenken und Grübeln sind nicht jedermanns Sache. Also hören wir auf die Experten. Die Experten sind sich heute einig darin, dass Noten eine Objektivität vortäuschen, die man ihnen nicht zuschreiben sollte. Das ist ganz unstrittig. Genau hier wollen wir ansetzen. Das wollen wir in der Gemeinschaftsschule besser machen. Berichtszeugnisse und Lernentwicklungsberichte verraten mehr als Noten. Sie beschreiben die Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler und werden dem Gedanken der individuellen Förderung eher gerecht als Noten.

Ich weiß, dass wir dafür zusätzliche Ressourcen brauchen und uns hier mit der Gemeinschaftsschule auf den Weg machen müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Dr. Kern ist ein Musterschüler! – Abg. Walter Heiler SPD: Immer nur die Noten „Eins“ und „Zwei“! – Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich spricht Grün-Rot das mutig aus, was schon längst öffentlich hätte gesagt werden müssen: Schulnoten werden völlig überbewertet. Endlich stellt jemand

öffentlich fest, was wir doch alle im tiefsten Herzen wissen: Noten sind grundsätzlich willkürlich, Noten diskriminieren jeden Pennäler, und Noten führen ausnahmslos zu lang anhaltenden Traumata bei den Betroffenen.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Da spricht ein Mann der Praxis!)

Eine von Grün-Rot eingesetzte Expertenkommission hat nach intensiver Recherche erst kürzlich festgestellt, dass es Noten schon sehr lange gibt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist also höchste Zeit, diese völlig antiquierte Institution ersatzlos abzuschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Denn in einer sozial gerechten Schule von heute dürfen Noten einfach keinen Platz mehr haben.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Wie ich aus zuverlässiger Quelle aus dem Kultusministerium erfahren habe, sollen an allen traditionellen Schulen in Baden-Württemberg, das heißt bei denen, die nicht Gemeinschaftsschule werden wollen, ab dem neuen Schuljahr verpflichtend Schilder aufgestellt werden mit dem Warnhinweis: „Achtung Gefahrenschule, Leistung droht!“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Boser?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Gern am Ende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt mal im Ernst. Ich wundere mich schon sehr, wie praxisfern in diesem Hohen Haus über manche bildungspolitischen Themen gesprochen wird. Welcher Lehrer bestreitet denn ernsthaft, dass Schulnoten natürlich keine perfekte Abbildung von Schülerleistungen sind?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass Noten und Notengebung internen wie externen Einflüssen ausgesetzt sind. Diese Einflüsse sind bekannt und werden im Übrigen in der Lehrerbildung auch transparent gemacht und ausführlich diskutiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich wundere mich wirklich, dass folgende Binsenweisheiten überhaupt noch betont werden müssen: Zur Schule gehören Noten, das Wiederholen und auch Zeugnisse – und dies nicht nur in Abschlussklassen.

Schulnoten erfüllen zahlreiche unverzichtbare Funktionen. Sie haben eine Diagnosefunktion, eine Prognosefunktion, eine Selektionsfunktion. Sie haben eine Evaluations- und eine Planungsfunktion für den Lehrer. Sie haben eine Berichtsfunktion

(Dr. Timm Kern)

on. Sie haben eine Beratungsfunktion. Sie haben eine Sozialisationsfunktion, eine leistungsvorbereitende Funktion, und sie haben – last, but not least – eine wichtige Motivationsfunktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, warum wollen Sie Lehrern, Schülern, Eltern und Arbeitgebern diese wichtigen Funktionen wegnehmen?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist mir ein wichtiges Anliegen, an dieser Stelle einmal als Lehrer etwas sehr Grundsätzliches zu sagen, wobei ich dieses Wissen ja nicht allein besitze.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein!)

Bildung bedeutet eben nicht nur Angebot, sondern auch Anspruch. Bildung bedeutet eben nicht nur Bedürfniserfüllung, sondern auch Anstrengung. Aus praktischer Erfahrung kann ich versichern: Junge Menschen wollen herausgefordert werden, und junge Menschen wollen klipp und klar und ohne großes Blabla zurückgemeldet bekommen, wo sie stehen, wo ihre Stärken, wo aber auch ihre Defizite liegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Diese Rückmeldung fordern sie von professioneller Seite ein und eben nicht nur als Selbsteinschätzung. Nein, wer sich angestrengt hat, der hat nach meiner festen Überzeugung auch ein Anrecht auf eine kompetente und ermutigende Rückmeldung.

Erst kürzlich las ich ein sehr schönes Zitat: Ein guter Lehrer ist jemand, der seinen Schülern eben nicht nur die Hand bietet, sondern auch die Stirn.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Gut, dass manche Lehrer im Landtag sitzen!)

Genau das ist der Punkt. Wer Schule ohne Mühen und Anstrengungen verspricht, der beschädigt nachhaltig die Zukunft der jungen Menschen in unserem Land.

(Zuruf: Was für ein Quatsch!)

Das ist meine tiefe Überzeugung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Zum Schluss möchte ich noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, auf den ich bei Michael Felten gestoßen bin. Die PISA-Studie hat etwas Erschreckendes zutage getragen: Die Eltern in Deutschland nehmen sich weltweit am wenigsten Zeit, um mit ihren Kindern über das Lernen zu sprechen. Statt also völlig konzeptionslos die verbindliche Grundschulempfehlung abzuschaffen, wäre es viel wichtiger,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

dass auch die Politik mit den Eltern ins Gespräch tritt, um deutlich zu machen, dass Eltern in Sachen Lernen vor allem auf zwei Aspekte achten sollten: Erstens: Helfen Sie Ihren Kindern, indem Sie allem Schulischen viel Aufmerksamkeit und Interesse schenken. Zweitens sollten Eltern eine zustimmende Haltung einnehmen, dass Schule auch Anstrengung erfordert und belastet.

Letzter Satz: Der Weg aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, den Sie mit der Gemeinschaftsschule einschlagen, ist das Gegenteil dessen, was richtig und für unsere Kinder förderlich ist. Aber in vier Jahren ist dieser bildungspolitische Spuk, ist diese bildungspolitische Geisterfahrt im Interesse unserer Kinder hoffentlich vorbei.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Der Redner begibt sich zu seinem Platz. – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Frau Boser hatte noch eine Zwischenfrage!)

– Entschuldigung!

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Herr Dr. Kern, würden Sie mir bitte erläutern, wann und wo von der neuen Landesregierung ausgegeben wurde, dass Noten ersatzlos gestrichen werden, ohne neue Leistungsbeurteilungsformen einzuführen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da ist noch gar nichts bekannt!)

und ob Leistung einzig und allein durch Noten hervorgerufen werden kann oder ob es eventuell auch andere Möglichkeiten gibt, um bei Schülerinnen und Schülern eine Leistung abzurufen?

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Selbstverständlich gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Das habe ich doch tagtäglich vor den Klassen gemacht. Zum anderen wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie bei der Gemeinschaftsschule endlich einmal konkret werden würden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Ja, genau! Darum geht es auch! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Gehen Sie in eine Gemeinschaftsschule!)

Außer der Aussage, dass es dort kein Sitzenbleiben mehr geben soll, wissen weder Kinder noch Eltern, noch Lehrer irgendetwas, wie Leistung in der Gemeinschaftsschule tatsächlich abgefragt und überprüft werden kann. Darauf haben diese Personen aber einen Anspruch – es sei denn, in der Gemeinschaftsschule wird überhaupt keine Leistung abgefragt; das kann ich mir aber kaum vorstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Warminski-Leitheußer das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass Noten nicht das alleinige Mittel sind, um tatsächlich die Leistungsfähigkeit von jungen Menschen abzubilden. Das ist ein Anhaltspunkt – überhaupt keine Frage –, aber sicherlich nicht das alleinige Mittel.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Insbesondere in der Arbeitswelt, meine Damen und Herren, wird das sehr deutlich. Denn kaum ein Arbeitgeber verlässt sich heutzutage nur auf die Noten, wenn er einen jungen Menschen einstellt.

(Zuruf: Aber auch!)

Die gängigen Verfahren sind: Es werden Assessment-Center durchgeführt, es werden Einstellungsprüfungen gemacht, man macht sich ein Bild von der Leistungsfähigkeit der jungen Menschen. So aussagekräftig es sicherlich ist, wenn man nach einer Skala bewertet, welche Aufgaben wie gelöst worden sind, so wenig sagt dies über die tatsächliche Leistungsfähigkeit eines jungen Menschen aus.

Natürlich sind Noten eine Form der Leistungsrückmeldung, aber das allein reicht nicht aus. Die Rechtslage, meine Damen und Herren, ist übrigens die folgende: Wir, das Land Baden-Württemberg, haben das sogenannte Hamburger Abkommen unterzeichnet. Das haben wir auch nicht aufgekündigt, und damit haben Noten, diese Art der Leistungsrückmeldung, in Baden-Württemberg zunächst einmal Gesetzesrang. Wenn man das verändern will, braucht man ein Gesetz.

Wir haben diesen Weg jetzt zum ersten Mal bei der Gemeinschaftsschule beschritten. Das hat folgenden Hintergrund: Wir wissen doch heute alle, dass die reine Note über den tatsächlichen Leistungsstand und auch die tatsächlichen Schwächen nicht wirklich alles aussagt. Was heißt denn ein „gut“ im Fach Mathematik? Was heißt das denn?

Es geht darum, jungen Menschen tatsächlich eine individuelle Rückmeldung darüber zu geben, was sie können, was sie gut können und was sie eben tatsächlich nicht gut können. Denn das ist die Voraussetzung für Entwicklung und für weitere Lerninhalte.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin – –

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Nein, ich möchte erst zu Ende ausführen. Wir machen das dann am Ende.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gut. Danke schön.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhme: Sagen Sie einmal, was im Gesetz zur Notengebung drinsteht!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Dazu sage ich auch etwas.

Also: Ziel ist, dass wir von einer rein quantitativen Bewertung zu einer Leistungsbemessung kommen, die tatsächlich sowohl den Eltern als auch den Schülerinnen und Schülern eine differenzierte Information gibt, wie der tatsächliche Leistungsstand ist. Diese differenzierte Rückmeldung, meine Damen und Herren, ist übrigens nicht leistungsfeindlich, sondern das ist die Voraussetzung dafür, dass wir junge Menschen tatsächlich auch leistungsfähig machen. Denn so manch eine Note gibt nicht allein darüber Aufschluss, wo man tatsächlich besser werden kann. Ich denke – Herr Dr. Kern, Sie haben es gerade vorgetragen –: Jeder Lehrer und jede Lehrerin aus der Praxis weiß das. Im Übrigen hat jeder selbst diese Erfahrung

in der Schule gemacht. Es ist immer wieder sehr wichtig, eine individuelle Rückmeldung zu bekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Ja!)

An der Gemeinschaftsschule ist es so angelegt, dass wir differenzierte Rückmeldungen geben. Ich will Ihnen gern einmal vortragen, wie das in der Anhörungsfassung der Verordnung des Kultusministeriums zu lesen ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Es gibt doch keine!)

– Ja, das kommt alles noch. Wir arbeiten sehr sorgfältig der Reihe nach alle Schritte ab.

Dort heißt es:

Die Leistungsmessung erfolgt durch differenzierte Beurteilungen über den individuellen Entwicklungs- und Leistungsstand.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU)

Dazu werden regelmäßig schriftliche, mündliche oder praktische Leistungserhebungen durchgeführt.

Soweit Noten gebildet werden, werden sie auf der Grundlage der überwiegend zugrunde liegenden Bildungsstandards ermittelt.

Zum Schulhalbjahr und am Ende des Schuljahres erhalten die Schüler eine schriftliche Information über ihre Leistungen in den einzelnen Fächern und Fächerverbänden.

Ich fasse kurz zusammen. Jetzt kommt nämlich der wichtige Satz:

Auf Wunsch der Erziehungsberechtigten sind dabei zusätzlich Noten oder Notentendenzen auszubringen.

Das ist letztlich das Wichtige, meine Damen und Herren. Denn Sie haben angedeutet, dass man, wenn man keine Noten mehr bildet, nicht mehr messen kann, welche Leistung jemand eigentlich erbringt. Ferner geht es um die Vergleichbarkeit der Leistungsfähigkeit des Schulsystems, der unterschiedlichen Schulen. Deshalb ist es durchaus wichtig, dass man insbesondere in den Halbjahren dann tatsächlich Noten bildet. Man kann das umrechnen.

Es geht aber noch um etwas anderes, meine Damen und Herren. Es geht darum: Wie bekommen wir es hin, dass junge Menschen tatsächlich eine Vorstellung davon bekommen, an welcher Stelle sie gut sind und an welcher Stelle sie weiteren Verbesserungsbedarf haben? Die Note allein reicht doch nicht aus.

Frau Kurtz, bei allem Respekt, die Note, die Sie mir gerade gegeben haben, ist doch das beste Beispiel. Sagen Sie mir: Was soll ich mit dieser Note anfangen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Besser werden! Sie sollen sie ernst nehmen! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Innerhalb von zehn Monaten Mängel beheben!)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

– Nein, nein. Eine differenzierte Rückmeldung wäre mir viel lieber gewesen. Sagen Sie mir doch, welche Fragen nicht richtig beantwortet wurden. Dann bekommen Sie doch die Antworten, und dann ist es doch in Ordnung.

Genauso wollen wir mit den Schülerinnen und Schülern umgehen. Sie sollen differenziert und tatsächlich individualisiert eine Rückmeldung bekommen, damit sie klar wissen, worum es geht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenn man eine solche individualisierte Rückmeldung hat, dann kann man auch zusammen mit den Eltern sehr gut daran arbeiten, sich zu verbessern.

Übrigens teile ich Ihre Einschätzung nicht, dass sich die Eltern um den Bildungserfolg ihrer Kinder nicht kümmern würden oder nur unzulänglich Zeit darauf verwenden würden. Wenn man den Eltern die richtigen Informationen gibt und sie tatsächlich klare Informationen und ein Gesprächsangebot aus der Schule bekommen, dann funktioniert das auch.

Die individuellen Leistungsrückmeldungen erfolgen selbstverständlich nicht nach Handbuch – das ist doch klar –, sondern man beschreibt tatsächlich mit eigenen Worten die Leistungsfähigkeit oder auch die Schwächen des jeweiligen Schülers.

Jetzt noch ein Wort zu den Klassenwiederholungen, weil das heute auch angesprochen worden ist. Gerade hinsichtlich der Klassenwiederholungen dürfte doch zumindest bei den pädagogisch Kundigen weitestgehend Einigkeit bestehen, dass die tatsächliche pädagogische Wirkung fragwürdig ist. Wir haben in Baden-Württemberg eine sehr niedrige Sitzenbleiberquote. Das ist Klasse und hat mit Sicherheit erstens mit der guten Leistung unserer Lehrerinnen und Lehrer zu tun, aber zweitens auch damit, dass wir eine sogenannte Versetzung auf Probe ermöglicht haben. Wir sehen, dass ein großer Teil von Schülerinnen und Schülern vorübergehend einen Durchhänger hat, und wenn man ihnen die Zeit gibt, sich in ihrem sozialen Umfeld wieder zu fangen, und ihnen Mut macht, dann funktioniert das auch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen haben wir das eingeführt, vor Ihrer Zeit!)

– Ich habe nicht vor, das abzuschaffen.

Es geht jedoch auch darum, sich einmal klar Gedanken darüber zu machen: Wie können wir unser Bildungssystem weiterentwickeln? Wenn wir sehen, dass die Versetzung auf Probe funktioniert, dann ist es doch nur vernünftig, in der Gemeinschaftsschule das Sitzenbleiben von vornherein gar nicht zu verankern, sondern ganz klar auf moderne pädagogische Konzepte zu setzen, die heißen: Wir unterstützen junge Menschen in ihren Kompetenzen, in ihrer Leistungsfähigkeit,

(Glocke der Präsidentin)

und wenn ein junger Mensch einen Durchhänger hat, dann wird er entsprechend gefördert, damit er weitermachen kann. Wir messen das Ganze, indem wir individuell beschreiben, welcher Bildungsstandard erreicht worden ist. Das spart übrigens auch Geld. Jetzt gibt es die wildesten Berechnungen zu den Kosten des Sitzenbleibens. Aber es steht definitiv fest,

dass der pädagogische Zweck zu den Kosten, die erzeugt werden, wirklich in keinem sinnvollen Verhältnis steht. Vielmehr ist es wichtig, dass man die Schulen in die Lage versetzt, individuell zu fördern, damit junge Menschen nach Möglichkeit gar nicht entmutigt und aus ihrem Umfeld herausgerissen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist letztlich das Entscheidende.

Sie hatten noch die Frage gestellt, Frau Kurtz, welche weiteren Überlegungen wir zu dem Thema „Gymnasiale Oberstufe“ haben; zumindest stand das in Ihrem Antrag. Das will ich in einem Ausblick durchaus kurz anreißen.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Wir denken, dass wir auch da zu einem modularisierten Verfahren kommen, dass man bei Nichtbestehen von Basis- oder Wahlmodulen eine Wiederholungsmöglichkeit hat, immer mit dem Ziel, dass es gar nicht erst zu einem Zeitverlust kommt.

Insgesamt, meine Damen und Herren, folgender Ausblick: Es geht nicht darum – das zieht sich wie ein roter Faden durch die grün-rote Bildungspolitik –, mit einem Federstrich etwas abzuschaffen. Es geht darum, weiterzuentwickeln. Wir haben jetzt die Gemeinschaftsschule als eine Schule angelegt, in der grundsätzlich die individuelle Leistungsbewertung systematisch Vorrang hat. Es gibt zusätzlich die Möglichkeit zur Notengebung, auch an anderen Schulen. Aber systematisch hat diese individuelle Leistungsbewertung einen Vorrang. Wir werden uns jetzt anschauen, ob das gut funktioniert.

Mit dem Sitzenbleiben ist es genau das Gleiche. Ziel muss sein, dass wir unser Bildungssystem in Baden-Württemberg ganz klar an den Ergebnissen gemessen, die wir erzielen, weiterentwickeln. Dazu gehört die Möglichkeit, individualisiert die Leistung rückzumelden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt gab es noch Fragen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, es liegen zwei Nachfragen vor, eine von Frau Abg. Kurtz und eine von Frau Abg. Gurr-Hirsch. Da müssen sich die Fragestellerinnen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Entscheiden!)

entscheiden, welche zuerst ihre Frage stellt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine muss immer zuerst!)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Frau Ministerin, die Antwort auf meine Frage in dem Antrag aus dem letzten Jahr empfand ich weder als differenziert noch als individualisiert. Da haben Sie en bloc zusammengefasst. Ich versuche einfach nur, hinter diesen Textbausteinen, die Sie aufführen, mehr zu verstehen.

Dann gab es von mir diesen etwas süffisanten Unterton: „Sie hatten ja jetzt zehn Monate Zeit, um diese Mängel zu beheben.“

(Sabine Kurtz)

Ich habe Ihrem Vortrag entnommen, dass es einen Anhörungsentswurf zur Rechtsverordnung für diese neue Notengebung gibt. Daher meine Frage: Sind Sie bereit, der CDU-Landtagsfraktion morgen den Anhörungsentswurf zu dieser Rechtsverordnung zur Verfügung zu stellen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Selbstverständlich. Ich habe da überhaupt keine Bedenken, weil wir in dieser Frage nichts zu verbergen haben. Es ist schlicht so, dass jede Verordnung genauso wie auch der Gesetzentwurf zur Gemeinschaftsschule einer sorgfältigen Beratung bedarf. Da gibt es keine Geheimnisse.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Danke schön. Wir würden das dann auch gern einsehen und beraten.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Okay.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Vielen Dank.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin, wie erklären Sie sich die Tatsache, dass ich als Mutter von drei Kindern und als Tante

(Zuruf: Oma!)

bei Erst- und Zweitklässlern, für die es ja keine Noten gibt, immer wieder vor der Situation gestanden habe, dass mir die Kinder ihre schriftliche Diagnose gegeben und mich gefragt haben: „Mama, welcher Note entspricht das eigentlich?“

(Abg. Walter Heiler SPD: Wenn sie nichts anderes hören!)

Es ist doch ein Grundbedürfnis des Menschen, sich irgendwo einordnen zu wollen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Der Mensch will es aber simpel.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ich gebe Ihnen ja recht, dass insbesondere Kinder in diesem Alter sich unglaublich freuen, wenn sie sagen können: „Ich habe den ersten Preis gemacht“ oder „Ich habe den zweiten Preis gemacht“ oder „Ich habe den dritten Preis gemacht.“ Dieses Bedürfnis kann man aber doch anders befriedigen, nämlich indem man Noten gibt. Ich kenne das selbst von Kleinkindern. Sie freuen sich immer darauf, wenn sie zum ersten Mal Noten bekommen. Das Entscheidende ist aber doch: Das ist doch eher der infantile Ansatz, dass man eine Belohnung für eine gute Leistung haben möchte. Das kann man beispielsweise dadurch hinbekommen, dass den Kindern in der Familie eine entsprechende Belohnung zukommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Viel wichtiger ist doch die Frage: Wie erreichen wir es denn, dass Kinder eine individuelle Rückmeldung erhalten, also eine tatsächliche Vorstellung von ihrem Leistungsstand bekommen?

Eine Note ist eine Note und sagt zunächst einmal etwas darüber aus: Das ist jetzt dein Leistungsstand. Aber sie sagt eben

nicht genau, warum das vielleicht jetzt gut ist oder was vielleicht nicht so gut war, weil es ja ansonsten ein „sehr gut“ geworden wäre. Es geht darum, eine individuelle Rückmeldung zu gestalten. Das ist zunächst einmal aus meiner Sicht kein Widerspruch.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Frau Ministerin.

In der Aussprache liegt jetzt noch eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Herr Abg. Röhm. Sie haben noch eine Minute und zwölf Sekunden Redezeit.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das genügt.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie legen Wert auf eine individuelle Leistungsbeurteilung. Ihr Stabsstellenleiter Zeller zieht durch die Lande und hat öffentlich erklärt, dass die Kinder in der Gemeinschaftsschule niveaubezogen geprüft werden sollen. Da habe ich zunächst einmal gar nichts dagegen. Der Schulleiter in Tübingen hat das sehr schön dargestellt. Er hat – Sie lassen ja keine Differenzierung in Kurse zu – immerhin zugestanden, dass in Mathe der Anforderungsgrad durch Sternchen gekennzeichnet werden darf.

Jetzt meine Frage: Wird die Abschlussprüfung auch eine individuelle Prüfung sein? Das heißt, jedes Kind wird dort in der Gemeinschaftsschule abgeholt, wo es in Klasse 10 angekommen ist. Oder gibt es da gegebenenfalls eine zentrale Prüfung, die einen gewissen Aussagewert besitzt? Also noch einmal die konkrete Frage: Niveaubezogene Abschlussprüfung oder eine Abschlussprüfung für alle, die einen Vergleich zulässt?

Die Frau Ministerin berät sich und wird dann sicherlich antworten.

Ich danke.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Du meinst „niveaulos“!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich noch einmal der Frau Ministerin das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Dann fasse ich mich möglichst kurz. Es ist aber auch relativ einfach. Die Prüfungen, die ansonsten im gegliederten Schulsystem stattfinden würden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Also zentrale Prüfung!)

finden an der Gemeinschaftsschule statt. Wir brauchen ja eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und auch von anderen gegenkorrigiert?)

– Davon gehe ich aus. Natürlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Davon gehen Sie aus!)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Wir brauchen die gleichen Bedingungen. Ansonsten kann man nicht vergleichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klare Antwort!
Danke schön!)

– Gut.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/344 (geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu. Herzlichen Dank.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Verlust der Vergabe des Internationalen Eckart Witzigmann Preises – Drucksache 15/985 (geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich dem Kollegen von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, geehrte Kollegen! Am 21. November des vergangenen Jahres wurde der Eckart Witzigmann Preis für Große Kochkunst verliehen.

(Abg. Walter Heiler SPD: An Sie?)

– Leider nicht an mich. Aber interessant ist, wo dieser Preis verliehen wurde, nämlich im Gobelinsaal des Lenbachhauses in München.

(Abg. Walter Heiler SPD: Dahoam is dahoam!)

– Ja. – Also nicht dort, wo er in den Jahren zuvor seit 2004 verliehen wurde, nämlich in Baden-Württemberg.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU und Abg. Martin Rivoir SPD: Skandal!)

– Skandal ist vielleicht zu viel gesagt, aber gut ist es auf jeden Fall nicht. – Eckart Witzigmann ist der Koch des Jahrhunderts, und dieser Eckart Witzigmann Preis ist eine ganz besonders hohe Auszeichnung für Menschen, die sich in dem Bereich Kultur, Medien, Touristik, Kulinaristik bewegen, und eine sehr gute Möglichkeit, internationales Ansehen nach Baden-Württemberg zu bringen. Man könnte z. B. auch den guten Wein des Kollegen Pix ausschenken. In München wird wahrscheinlich fränkischer Wein ausgeschenkt und kein „Pixer“ Wein. Das wäre also eine gute Möglichkeit, darauf hinzuweisen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Also zwischen Witzigmann und Pix ist ein Unterschied!)

was wir Tolles in Baden-Württemberg gehabt haben. Das war auch der Wunsch der früheren Landesregierung, dafür zu sorgen, einen weiteren touristischen Höhepunkt zu schaffen.

Die „Stuttgarter Nachrichten“ haben diesen Verlust aufgenommen. Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren: „Punkt, Punkt, Punkt“ – –

(Heiterkeit)

– Ich will ja nur sagen, dass ich nicht alles zitiere. Die Punkte stehen für Auslassungen im Zitat.

... bereits im Frühjahr, als die CDU mit Stefan Mappus

– 1. Dezember 2011 –

noch den Ministerpräsidenten stellte, liefen die Vorbereitungen für die achte Feier in Stuttgart. Nach dem Regierungswechsel zu Grün-Rot blieb aber zunächst unklar, wie es unter der neuen Regierung ... weitergehen soll. Zwar sagte eine Sprecherin des Staatsministeriums, die Veranstaltung sei „auch unter Grün-Rot weitergeplant worden“. Doch die Findungsphase und die damit verbundene Ungewissheit der grün-roten Koalition bestärkten Witzigmann wohl in seiner Überzeugung, einen neuen Standort zu suchen.

Die „Stuttgarter Nachrichten“ kommentierten zu Recht – hiermit schließt dann mein Zitat –:

Ohne Rezept.

Die CDU hat diesen Umstand zum Anlass genommen, die Regierung zu fragen, wie sie dazu steht und was sie gegebenenfalls unternehmen möchte, um diese Preisverleihung nach Baden-Württemberg zurückzuholen, und was das vielleicht auch für die Gastronomie und den Tourismus bedeutet.

Mit der Stellungnahme der Regierung zu dem Antrag sind wir nicht zufrieden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Völlig überraschend!)

Wir haben den Eindruck, die Unternehmungen in dieser Richtung sind etwas dürftig. Ich darf noch einmal zitieren. In der Stellungnahme heißt es:

Falls die Veranstalter auf die bisherigen Kooperationspartner mit dem Wunsch zukommen, die Preisverleihung erneut in Baden-Württemberg durchzuführen, wird man, wie mit anderen Werbepartnern auch, die Modalitäten einer erneuten Kooperation beraten.

Ich stelle mir einen Einsatz für eine solche Sache etwas anders vor. Da wartet man nicht ab, ob irgendjemand einmal aus Versehen anruft, sondern man geht hin und sagt: „Wenn du mich anrufst, hebe ich ab, und ich bin da, wenn ich angerufen werde.“

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Baden-Württemberg ist europaweit nicht nur das Land mit den besten Autos – das wissen wir alle – und nicht nur das Land

(Arnulf Freiherr von Eyb)

mit dem besten Schulsystem – das wissen wir auch; das haben wir heute auch schon gehört.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch! – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Und der besten Regierung! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Und der besten Opposition!)

– Es dauert ja eine Zeitlang, bis es dann nicht mehr so ist. Noch ist es so.

Auf jeden Fall ist Baden-Württemberg auch das Land mit den meisten Spitzenköchen. Das ist natürlich auch ein Ansporn für all diejenigen, die dieses Handwerk lernen. Es kann nicht jeder ein Spitzenkoch sein.

Aber unser Land machen nicht nur die breite Gastronomie, die Regionalität und die Authentizität aus. Vielmehr ist auch die Spitzenleistung notwendig. Wir fordern Sie auf, sich darum zu bemühen, diese Preisverleihung wieder nach Baden-Württemberg zu holen. Wenn das gelingen sollte, würde ich mich freuen, Herr Kollege Pix, wenn ich Ihren Wein zu trinken bekäme.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Mehr ist dazu jetzt nicht zu sagen. Es ist kein ganz großes Thema, aber man muss es hier erwähnen. Wenn man es hier nicht erwähnt, geht es nämlich möglicherweise unter.

Jetzt noch eine kleine persönliche Bemerkung: Ich habe gestern an der Außerdienststellung eines Luftwaffenbataillons teilgenommen. Ich hätte mich gefreut, wenn auch ein Mitglied der Regierung da gewesen wäre. Für die Stadt Mengen ist das ein ganz großer Verlust, auch für die Bevölkerung. Die Soldaten will ich gar nicht erwähnen; die kommen vielleicht irgendwo anders unter. Aber es wäre schön gewesen, wenn auch die Regierung vertreten gewesen wäre, um in irgendeiner Form Solidarität mit der Bevölkerung zu zeigen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Haben Sie bei der Fraktionssitzung gefehlt?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Pix das Wort.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine lieben Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Gurr-Hirsch, dass Sie Schulnoten als Grundbedürfnis betrachten, wundert mich einigermaßen. An dem Thema, über das wir gerade sprechen, sehen wir, was tatsächlich ein Grundbedürfnis ist, nämlich Essen und Trinken –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen!)

und sei es, dass sich dies als Thema eignet, um hier eine „Staatskrise“ auszurufen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Baden-Württembergs kulinarische Vielfalt ist einzigartig und lebendig. Essen ist bei uns Kulturgut und Genuss. Eckart Wit-

zigmann hat in diesem Wissen Baden-Württemberg als Standort für die Preisverleihung ausgewählt.

Ich bin insbesondere als Winzer stolz auf unsere kulinarischen Traditionen, auf die Köche in Baden-Württemberg, die sich der Regionalität und den kulinarischen Genüssen verpflichtet fühlen, wie z. B. unsere Naturparkköche, unsere Biosphären-gastronomen, die „Schmeck den Süden“-Gastwirte, Slow Food und natürlich unsere Spitzengastronomie, die den Ruf unserer kulinarischen Traditionen weit über die Landesgrenzen hinaus trägt. Sie alle greifen unsere Spezialitäten auf, entwickeln sie weiter und tragen sie in die Breite.

Baden-Württemberg ist berühmt für seine Spezialitäten aus Küche und Keller. Sie reichen von Spätzle über Maultaschen bis hin zu badischen Spargelgerichten, von Alblinsen bis zur Schwarzwälder Kirschtorte. Basiszutaten sind Alblamm, Hohenloher Weiderind, schwäbisch-hällisches Landschwein, Schwarzwaldforelle und die Bodenseefelchen. Ich hoffe, ich habe in meiner Aufzählung nichts vergessen.

Das heißt, der Südwesten ist das Bundesland mit der höchsten Sternedichte. 52 von 185 Restaurants in Deutschland mit kulinarischen Auszeichnungen befinden sich im deutschen Südwesten. Der Wein spielt bei uns eine wichtige Rolle, ebenso die traditionell bekannte heimische Bierbrauer- und Schnapsbrennereikultur. Genau in diesem Wissen hat der berühmte Spitzenkoch Eckart Witzigmann Stuttgart seit 2004 als Ort für die Preisvergabe des Eckart Witzigmann Preises für Große Kochkunst gewählt. Unter den Preisträgern sind Persönlichkeiten wie Günter Grass, Harald Wohlfahrt, Vincent Klink oder Tomi Ungerer.

Meine Damen und Herren, regionale Genüsse, regionale kulinarische Besonderheiten, handwerkliche Verarbeitung, ökologischer Landbau, Direktvermarktung, Vielfalt auf dem Acker und auf dem Teller – dafür stehen wir Grünen, und diese Politik setzen wir in Baden-Württemberg Schritt für Schritt um.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Genuss ist eine von vier bedeutenden Säulen unserer Tourismuspolitik. In unserem Land ist die ganze Vielfalt in unserer Esskultur abgebildet: regionaltypische Gerichte, Restaurants, die sich der Regionalität verpflichtet haben, der Weinsüden, das Genießerland und die Genießertypen, die Regionen und ausgewählte Spezialitäten vertreten.

In der Gastronomie findet sich das magische Dreieck zum Genuss vereint. Unsere Kulturlandschaft macht viele Spezialitäten erst möglich. Denken wir nur an unsere Streuobstwiesen, an unsere Wacholderheiden, an schützenswerte Landschaften. Genau die treffen sich im Restaurant, in der Beiz', im Wirtschäfte. Genau das wollen wir forcieren und neu beleben.

Wir respektieren Herrn Witzigmanns Entscheidung, der an seinem 70. Geburtstag seine berufliche Heimatstadt München, in der er das „Tantris“ und die „Aubergine“ aufgebaut hat, mit der Preisverleihung würdigen wollte. Genauso respektieren wir selbstverständlich, dass er seinen Preis neu und internationaler ausrichten will. Ein Preis, der in Baden-Württemberg begonnen hat, darf gern in die Welt hinausgehen und auch gern wieder bei uns zu Gast sein. Wir sind gern Urheber die-

(Reinhold Pix)

ser bedeutenden Auszeichnung, die künftig in Paris, New York und anderen wohlklingenden Orten verliehen wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: In Überlingen!)

Wir haben die Zusage: Er wird auch wieder nach Baden-Württemberg kommen, vielleicht schon zum nächsten Genussgipfel im Ländle. Machen Sie sich keine Sorgen! Wir stehen für nachhaltigen Geschmack und regionalen Genuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Storz das Wort.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich koche gern. Deshalb habe ich vor einigen Jahren mit Freunden einen Kochklub ins Leben gerufen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Kann man dem beitreten?)

Ich kenne also den Sternekoch Eckart Witzigmann nicht nur vom Namen her, sondern auch von seinen Kochbüchern, und habe mich schon an manchen seiner Rezepte versucht. Insofern freue ich mich besonders, heute zu diesem wichtigen Thema vor dem Plenum sprechen zu dürfen.

Worüber reden wir hier? Der Internationale Eckart Witzigmann Preis soll der großen Kochkunst der Spitzengastronomie gebührende Aufmerksamkeit widmen. Es war also eine nette und gute Idee, diesen Preis als kleinen, einzelnen Bestandteil in die Marketingkampagne „Genießerland Baden-Württemberg“ aufzunehmen.

Wir alle aber wissen: Eine Kampagne besteht nicht nur aus einer einzigen Veranstaltung, deren Format sich zudem von Jahr zu Jahr wiederholt. Kampagnen bestehen aus einer Vielfalt von Aktionen, die sinnvoll aufeinander abgestimmt sind und so eine hohe Aufmerksamkeit wecken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie tun mit Ihrem Antrag so, als ob das Ende des Genießerlands Baden-Württemberg anbrechen würde. Statt der Spitzenküche drohe gesunder, aber langweiliger Grünkern –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Der kann sehr gut schmecken!)

diesen Eindruck wollen Sie der Öffentlichkeit vermitteln. Dabei wird Grünkern übrigens kulinarisch unterschätzt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo ist der Grünkern, der grüne Kern?)

Aber das ist nun wirklich ein anderes Thema.

Dem Genießerland Baden-Württemberg droht keineswegs die Auszehrung. Wir haben es schon gehört: Der Blick in den Guide Michelin zeigt: In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Sterneköche wie in Baden-Württemberg.

„Genießerland Baden-Württemberg“ bewirbt aber nicht nur die Spitzengastronomie – und das aus gutem Grund; denn nur

eine Handvoll Menschen in unserem Land kann sich überhaupt einen Abend in einem Sternerestaurant leisten. Unser Land bietet viel mehr. Es sind, wie das Ministerium deutlich macht, die vielfältigen regionalen Produkte und die gutbürgerliche Küche, die die Genussskultur in unserem Land ausmachen.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie machen den Ort einer Preisverleihung zum Thema einer landespolitischen Debatte. Damit zeigen Sie den Bürgern, wie sehr Ihnen das Gefühl für das Maß der Dinge fehlt.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ein anderer prominenter Koch, Jamie Oliver – ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen –, hat ebenfalls eine Kampagne ins Leben gerufen, und zwar unter dem Titel „Ministry of Food“. Über die Inhalte, die er damit verbreiten will, sollten wir hier im Landtag reden. Jamie Oliver macht deutlich: Kochen ist eine Kulturtechnik, die gefährdet ist. Immer weniger Familien kochen und essen gemeinsam.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das sind Engländer! Die können nicht kochen!)

Immer mehr Haushalte greifen auf Fertigprodukte – beschönigend „Convenience Food“ genannt – zurück. Immer mehr Kinder und Jugendliche ernähren sich fast ausschließlich von Fastfood. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft wird in der Ernährung der Kinder extrem sichtbar: Arme Kinder sind oft die dicksten.

Eckart Witzigmann hat diese Idee in dem von ihm herausgegebenen Buch „Gartenland in Kinderhand“, das Sie alle eigentlich haben müssten, aufgegriffen. Er und die Autoren zeigen in den Rezepten und Beiträgen, wie mit Produkten aus dem eigenen Garten eine gute, gesunde Ernährung mit gemeinsam genossenen Mahlzeiten in den Familien sowie in Kindergärten und Schulen gelingen kann.

Wir sollten hier nicht darüber reden, ob der Internationale Eckart Witzigmann Preis für Große Kochkunst im letzten Jahr in einem Münchner Nobelrestaurant verliehen wurde.

(Zuruf von der CDU: Das ist aber wichtig für eine florierende Wirtschaft!)

Das kann allein die Witzigmann-Preis GmbH entscheiden. Aber wir sollten uns darum bemühen, dass alle Kinder zu Hause oder in der Schule ein gutes Essen erhalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Oje!)

Wenn wir die Bildungspläne reformieren, müssen wir an allen Schulen die gesunde Ernährung zum Thema machen. Wir müssen nicht zuletzt überlegen, wie wir damit auch arme und benachteiligte Familien erreichen und was unsere Sozialpolitik dazu beitragen kann. Zu einer solchen ernsthaften Diskussion lade ich Sie als Abgeordnete der Opposition, vielleicht bei einem gemeinsam zubereiteten Amuse-Gueule, herzlich ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Der ist auch für nachhaltigen Genuss!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ganz zum Schluss haben Sie mich doch noch zu einer Anmerkung herausgefordert: Gute Köche brauchen nicht viel Geld. Weil Sie immer die Sozialpolitik und die armen Familien zu Thema machen, sage ich Ihnen eines: Mit wenigen Produkten, möglichst wenig verändert, kann man die beste Küche pflegen und die besten Nahrungsmittel zubereiten. Das ist meine Erfahrung. Gute Küche ist also nicht so sehr eine Frage des Geldes, sondern vor allem eine Frage des Könnens und der Übermittlung von Tradition, nämlich der Tradition einer guten Küche.

Da ist das Elternhaus gefordert, und da sind auch – da gebe ich Ihnen recht – die Schulen gefordert. Ich selbst hatte noch Koch- und Werkunterricht in der Schule. Das Lernen fürs Leben hat man damals noch ernst genommen. Das ist, meine ich, der wichtigste Punkt; das ist ein Punkt, über den wir vielleicht auch einmal in einem anderen Zusammenhang diskutieren sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Alltagskompetenzen als Schulfach!)

Meine Damen und Herren, der CDU-Fraktion ist in allen mit ihrem Antrag thematisierten Fragen recht zu geben. Auch ich bedaure, dass dieser Preis jetzt nicht mehr ausschließlich in Baden-Württemberg verliehen wird. Es ist nett, wenn etwas international ist. Aber das allein hilft wenig. Denn wer erinnert sich dann in Paris oder New York, dass wir in Baden-Württemberg das Sterneland, das Gastronomieland sind, dass wir das Weinland sind, das Tourismus- und Bäderland? Das wird bei einer Veranstaltung in New York, in Tokio wahrscheinlich nicht im Vordergrund stehen. Deshalb halte ich es schon für einen sehr großen Verlust, dass das eben nicht mehr bei uns in Baden-Württemberg stattfindet,

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Paul Locherer CDU – Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

sondern im schwarz-gelben Bayern – um das einmal klar und deutlich zu sagen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gelb war da auch noch dabei?)

Dort wird dieser Preis jetzt vergeben.

Meine Damen und Herren, für die Vergabe des „Internationalen Preises für Große Kochkunst“ war Stuttgart, glaube ich, eine gute Wahl. Ich fordere den Minister auf, sich wirklich zu bemühen, dies wieder zurückzuholen. Vielleicht kann man es ja im Wechsel zwischen Bayern und Baden-Württemberg machen – „Schmeck den Süden“, rechts und links – und diesen internationalen Anspruch auch hier realisieren. Ich würde Sie einfach bitten, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass man das möglichst oft in Baden-Württemberg hat.

Noch ein Punkt: Ich glaube, es geht wirklich um Kochkunst, meine Damen und Herren, und nicht etwa um Müsli oder

Wurstsalat. Es geht darum, dass man bei uns etwas vom Genießen versteht. Demjenigen, der es nicht versteht, meine Damen und Herren, empfehle ich, einmal einen Abend mit einem Hohenloher Kenner und Genießer zu verbringen, nämlich mit Rezzo Schlauch. Denn im Hohenlohischen weiß man, wo man teuer und gut essen kann, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Deshalb meine ich, dass diejenigen, die der Auffassung sind, man könne das bei uns nicht auch lernen, sich doch einmal mit ihm auseinandersetzen sollen.

Meine Damen und Herren, nochmals: Ich bedaure, dass es nicht mehr ausschließlich in Baden-Württemberg stattfindet. Ich bitte Sie, Herr Minister, auf die Beteiligten mit dem Ziel zuzugehen, dass man, wenn es geht, möglichst oft – vielleicht auch im Wechsel mit Bayern – diese tolle Veranstaltung und dieses Prädikat wieder nach Baden-Württemberg zurückholt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist das Genießerland. Baden-Württemberg hat eine gute Tradition einer hochklassigen Küche, sowohl im Sternbereich als auch weit darüber hinaus. Insofern ist und bleibt unser Land ein Sammelbecken für Feinschmecker. Unser Land hat die höchste Sternedichte: 58 Michelinsterne leuchten über dem Land; das ist ein Viertel aller deutschen Sterneauszeichnungen. Aber auch in der Breite, beispielsweise beim Bib Gourmand, also dort, wo vorzugsweise regionale Küche, die gut und hochwertig produziert wird, prämiert wird, sind wir ganz vorn dabei. Das Gleiche gilt auch für den Gault-Millau und andere Auszeichnungen.

Mit einem Wort: Baden-Württemberg ist gut aufgestellt. Diese Leuchttürme des Genusses stehen bei uns nicht allein, sondern sie stehen in einer breiten, hervorragend aufgestellten Gastronomieszene. Das heißt, Exzellenz gibt es in Baden-Württemberg sowohl in den Vorzeigebetrieben mit den Sternen als auch in der Breite. Wir haben deshalb mit unserer heimischen Gastronomie ein hochqualitatives, gutes Angebot in allen Preisklassen, das sich sehen lassen kann, und zwar in allen Regionen unseres Landes. Das ist auch gut so, weil es genau das ist, was Baden-Württemberg als Genießerland, als attraktives Tourismusland ausmacht und was natürlich auch dazu beiträgt, unseren Familienbetrieben in der Landwirtschaft mit der Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln die Märkte zu erschließen und zu halten.

Die Gäste, die zu uns kommen, wissen: Hier wird gepflegt gekocht, gepflegt gegessen, gut getrunken, und man kann gut unterkommen. Sie kommen auch gern wieder. Deshalb haben wir zu Recht im Land eine Reihe von Attraktionen, die diese kulinarischen Vorzüge hervorheben und bewerben: die Akti-

(Minister Alexander Bonde)

on „Regionale Speisekarte – Schmeck den Süden“ mit den Naturparkwirten, den Biosphärenwirten und vielem anderen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

aber natürlich auch die hochwertige Spitze, nicht nur repräsentiert durch Herrn Witzigmann. Norbert Beck hat mich zu Recht aufgefordert, hier auch deutlich zu machen, dass es amtierende, real kochende Spitzenköche gibt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Claus-Peter Lumpf!)

die noch dazu hier bei uns im Land etabliert sind. Mit Lumpf, Wohlfahrt und Sackmann möchte ich nur einmal die drei Spitzenköche bei uns im Ort nennen. Man könnte hier noch viele weitere aufführen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich könnte auch noch welche beisteuern!)

Ich muss hier als amtierender Genuss- und Tourismusminister auch mindestens einmal

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Genussminister“!)

drei baden-württembergische Namen nennen, nachdem hier bisher nur ein Engländer und ein Österreicher die Debatte bestimmen. Da kann man in dieser Debatte auch einmal, wie ich glaube, zu Recht, auf Eigengewächse mit hoher Sternenzahl und vorzüglichen Angeboten hinweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Bis zum Jahr 2011 war die Verleihung des Internationalen Eckart Witzigmann Preises ein kleiner, aber ein wichtiger und schöner Bestandteil der Kampagne „Genießerland Baden-Württemberg“. Insofern hätten wir das gern als eine Ergänzung unseres breiten Angebots, quasi als weiteren Juwel an der Genießerkrone des Landes, fortgeführt.

Die Veranstaltung war geplant und der Termin vereinbart. Auch weiterhin war die Kooperation des Staatsministeriums, des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie der Marketinggesellschaft Baden-Württemberg mbH und der Tourismus Marketing Baden-Württemberg GmbH geplant. Dann kam die Nachricht, dass die Witzigmann-Preis GmbH im Jahr 2011 das Format verändern wollte. Anlässlich des 70. Geburtstags des Österreichers Eckart Witzigmann wollte man wieder in dessen Wahlheimat München, wo er sich seinen Ruf und seine Sterne erkocht hat, den Preis verleihen und nahm sich für die Zeit danach eine internationale Aufstellung dieses Preises vor.

Das müssen wir akzeptieren. Ich glaube, dass dies den baden-württembergischen Ruf nicht schmälert. Gleichwohl gilt, wie geschrieben: Sollten Herr Witzigmann und die Witzigmann-Preis GmbH wieder anstreben, den Preis in Baden-Württemberg zu verleihen, dann nehmen wir das gern wieder in unseren breiten Sternekalender auf.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dazu will ich noch eines sagen: Wir arbeiten auch weiterhin mit Herrn Witzigmann zusammen. Wir werden im Dezember dieses Jahres den „Platz des guten Geschmacks“ mit einem Genussgipfel fortsetzen. Eckart Witzigmann hat bereits zugesagt, diese Veranstaltung gemeinsam mit mir durchzuführen und weiterhin für das Genießerland Baden-Württemberg die Werbetrommel zu rühren und herauszuheben, welche hervorragende Qualität und welches hervorragende Angebot wir auch in der Breite haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie müssen sich durchsetzen, Frau Präsidentin!)

Das ist nicht der einzige Punkt. Wir werden unsere Sternebetriebe auch weiterhin als Leuchttürme in der Werbung für unser Land einsetzen. Gerade was unsere internationale Tourismuswerbung angeht, haben wir mit unseren Spitzenhotels und Spitzengastronomen eine neue Marketingkampagne aufgelegt. Die Tourismus Marketing Baden-Württemberg GmbH wird gemeinsam mit den neuen Tophotels – also mit den Fünf-Sterne-Superior-Hotels; alle auch im Verbund mit der Sternegastronomie – ins internationale Marketing bei wichtigen Auslandsmärkten einsteigen, sowohl in der Schweiz als auch in den USA und in China. Da werden wir mit dem international kompatiblen Slogan „Best of SouthWest Germany“ vorangehen.

Sie sehen: Die Sternegastronomie, unsere Leuchttürme sind bei uns in enger Kooperation mit der Landesregierung gut aufgehoben. Das Genießerland Baden-Württemberg ist nicht in Gefahr. Sie können beruhigt sein, Herr Kollege.

(Vereinzelt Beifall – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Locherer?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber immer.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Minister, die Verleihung des Internationalen Eckart Witzigmann Preises war von 2004 an immer Chefsache der jeweiligen Landesregierung. Sie war immer Chefsache, weil wir uns damit ein internationales Renommee erarbeitet haben. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir das Genießerland Nummer 1 in Deutschland und eines der großen Genießerländer in Europa sind.

(Abg. Georg Nelius SPD: Auch ohne Witzigmann!)

Das war der Grund, warum wir uns fortlaufend bemüht haben, diese Preisverleihung nach Baden-Württemberg zu bekommen. Insofern ist der Verlust groß.

Ich frage Sie ganz konkret: Gehen Sie da in einer aktiven Rolle auf die Witzigmann-Preis GmbH zu? Sie sprechen gerade in einer passiven Rolle: „Wir warten, dass jemand auf uns zukommt.“ Ich fordere Sie auf: Gehen Sie auf die Witzigmann-Preis GmbH zu, damit wir diese Preisverleihung wieder nach Baden-Württemberg bekommen.

Wir haben auch im Ausschuss und bei der Grünen Woche in Berlin miteinander darüber gesprochen, dass wir noch mehr für den Verbund von Marketing für Tourismus, für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für die Gastronomie tun müssen.

(Paul Locherer)

Deshalb wäre es gut, wenn wir da entsprechend aufwarten könnten. Es wäre notwendig, dass Sie da Ihre passive Haltung endlich aufgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Georg Nelius SPD: Wir haben unsere eigene Rolle!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr verehrter Herr Abg. Locherer, so wichtig war Ihnen der Antrag bisher offenbar nicht; denn Sie haben ihn im Ausschuss nicht einmal zur Sprache gebracht.

(Abg. Paul Locherer CDU schüttelt den Kopf.)

Insofern verwundert es hier schon, welcher Oppositionsponanz an dieser Stelle aufgebaut wird – um das auch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben intensive Gespräche mit der Witzigmann-Preis GmbH geführt. Dann haben wir mitgeteilt bekommen, dass aus nachvollziehbaren Gründen – dem 70. Geburtstag von Herrn Witzigmann; ich finde, man muss diese Entscheidung von Herrn Witzigmann akzeptieren – der Preis wieder an der Ursprungsstelle des Schaffens von Herrn Witzigmann verliehen werden soll. Dieser Grund ist mehr als respektabel, und ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Ich finde es auch seltsam, wie das hier dauernd infrage gestellt wird.

Dass Herr Witzigmann sagt, er wolle diesen Preis international ausrichten, das muss ich – so muss ich sagen – respektieren. Da werde ich jetzt nicht wöchentlich mit Herrn Witzigmann über die Frage reden, ob er es sich nicht doch noch überlegen möchte und ob man nicht doch Stuttgart statt New York, Paris oder andere Städte wählt. Wie gesagt, die Tür steht offen.

Das weiß Herr Witzigmann, und, wie gesagt, er kommt auch. Er hat dies für den Gipfel Ende dieses Jahres zugesagt. Insofern glaube ich, dass wir hier gut miteinander im Gespräch sind.

Dann möchte ich Ihnen noch Folgendes sagen: Wenn Sie sich für andere Dinge in diesem Land so einsetzen würden wie für diese eine Veranstaltung, dann kämen wir hier in Sachen Genuss auch etwas weiter. Denn bei aller Bedeutung dieses Preises

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

glaube ich schon, dass wir hier im Landtag auch bezüglich der Frage Genießerland das eine oder andere Wichtigere zu diskutieren haben.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Was die Aussage angeht, dies sei Chefsache, so ist, glaube ich, das Thema Genuss bei mir wirklich gut aufgehoben. Das scheint mir auf den Leib geschneidert, und da brauchen wir uns vor dem einen oder anderen oppositionellen Hungerhaken hier nicht zu fürchten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD
– Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Polizeipräsenz im Internet – Drucksache 15/1374

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift unseres Antrags lautet „Polizeipräsenz im Internet“. Die Bedeutung des Instruments Internet ist gerade in den letzten Tagen wieder deutlich geworden, wenn man daran denkt, dass die Facebook-Idee an der Börse über 104 Milliarden Dollar Erlös hat und damit mehr Wert hatte – jedenfalls zum Zeitpunkt des Börsengangs – als jedes andere Unternehmen in Amerika, und wenn man weiß, dass die Firma Apple das Unternehmen ist, das weltweit die größte Werthaltigkeit besitzt. Aber die Bedeutung des Internets erkennt man auch schon dann, wenn man ehrlich ist und sich selbst und seine Kinder sowie die neuen Umgangsformen beobachtet und sieht, wie dieses Medium – Internet und Facebook – in unser aller Leben Eingang gefunden hat.

Dabei fällt auf, dass das Internet aus polizeilicher Sicht bislang eher Gegenstand von Ermittlungsverfahren gewesen ist, dass also Verbrechen, die im Internet begangen worden sind, aufgeklärt werden mussten. Wenn dort etwas passiert ist, musste dies aufgeklärt und erforscht werden. Das hat sich gewandelt. Das Internet wird nicht nur als Instrument zur Verbrechensbekämpfung, zur Verbrechensaufklärung genutzt, sondern kann auch zur Prävention und für Ermittlungszwecke genutzt werden.

Der Sinn der Fragen an die Regierung war, einmal Folgendes abzuklären: Wie weit ist die Polizei in Baden-Württemberg in diesem Prozess? Sehen Polizei und Innenministerium auch Potenziale, wie diese neuen Medien in die Ermittlungsarbeit aufgenommen werden können?

Die Antwort ist – darüber bin ich sehr froh –: Ja, die Polizei ist so weit; sie hat dieses Instrument entdeckt und wendet es auch an. Man kann das in drei Stichworten zusammenfassen: Internet und Facebook können die Ermittlungsarbeit effektiver machen; sie können die Kontaktaufnahme niedrigschwelliger gestalten; sie haben das Potenzial, Polizeiarbeit imagefördernder darzustellen.

Jetzt im Einzelnen zur Nutzung als Instrument: Wir erreichen auf den konventionellen Wegen immer weniger Jugendliche. Wenn wir uns erinnern, wie Fahndungsaufrufe früher gelaufen sind, dann denken wir an Plakate an Bäumen oder an Ver-

(Nikolaos Sakellariou)

öffentlichungen in Tageszeitungen. Heutzutage lesen Kinder und Jugendliche viel weniger Zeitung, aber dafür sind sie über das Medium Facebook und im Internet relativ kurzfristig und in großem Umfang informiert. Ich erinnere nur an die Facebook-Party, die Herr Seehofer initiiert hat, und an die Resonanz, die er damit im Internet ausgelöst hat.

Wenn wir sagen, dass wir in diesem Bereich arbeiten wollen, müssen wir klären, ob wir da auch Fahndungen laufen lassen können, also Personen suchen können. Da fängt aber das Problem an. Die Server stehen in den USA; die Daten sind dort unter ganz anderen rechtlichen Voraussetzungen gespeichert. So verlockend der Gedanke ist, eine Person, die nur tatverdächtig ist, über Facebook mit Bild und mit Klarnamen zu suchen, so gefährlich ist er bei jemandem, der nur Tatverdächtiger ist; denn er ist dann für den Rest seines Lebens gezeichnet, weil diese Spur im Internet festgefahren ist. Es ist halt noch ein Unterschied, ob bei jemandem zu Hause einmal ein Polizeiwagen vorfährt, um irgendwelche Fragen abzuklären, und dann wieder weg ist, oder ob das letztlich auf Jahrzehnte im Internet gespeichert ist.

Beim Lesen der Stellungnahme zu diesem Antrag hat mich auch gefreut, dass man sieht, dass die intelligente Nutzung dieser neuen Möglichkeiten auch zu Erfolgen geführt hat. Ich erinnere an die Episode im Stuttgarter Schlossgarten, als die Atmosphäre Ende Januar 2012 stark aufgeheizt war, weil damit gerechnet wurde, dass demnächst eine Baumfällaktion ansteht, und dass allein durch das Twittern von bestimmten Informationen die Luft herausgegangen ist und die Polizeibeamten vor Ort gespürt haben: Nein, die Aggressivität lässt nach; nein, in diesem Monat passiert garantiert nichts mehr. Daran sieht man, dass ein kleines Instrument aus dem Netz in der Lage ist, in einer bestimmten Szene zu einem bestimmten Zeitpunkt Erhebliches zu bewirken.

Die Reichweite ist ja auch beachtlich. Man muss nur bedenken, dass sich allein in der einen Woche zwischen Ende Januar und Anfang Februar dieses Jahres 53 788 Personen beim eingerichteten Facebook-Account des Polizeipräsidiums in Stuttgart informiert haben oder zumindest draufgeschaut haben – 320 Personen stündlich – und dass die Polizeidirektion Hannover, die das schon länger betreibt, über 100 000 Fans hat, 100 000 Personen, die bereit sind, Informationen der Polizei in Sachen Prävention und in Sachen Information abzurufen und sich informieren zu lassen. Daran sieht man, dass das eine beachtliche Möglichkeit ist. Denn die betreffenden Personen können heutzutage schon ganz niedrigschwellig, etwa beim Warten an der Bushaltestelle, über das Smartphone Informationen bekommen.

Ein interessantes Beispiel: Ich habe mich jetzt auch angemeldet – als Freund des Polizeipräsidiums in Stuttgart.

(Zurufe von der SPD: Oi!)

Das habe ich im Zusammenhang mit dieser Parlamentsdebatte gemacht. Dann habe ich festgestellt: Da wurde z. B. aktuell berichtet bzw. das Polizeipräsidium Stuttgart hat mitgeteilt – das fand ich sehr reizvoll –: „Wir haben in der vergangenen Woche Schwarzfahrer im öffentlichen Personennahverkehr ermittelt. 4 600 Personen haben wir kontrolliert, 260 davon sind schwarzgefahren“ – nur so als Information.

(Zurufe der Abg. Rita Haller-Haid und Martin Rivoir SPD)

Das Faszinierende war, fand ich, dass sich daraus sofort eine muntere Debatte entwickelt hat, ob Schwarzfahren in Ordnung ist, ob das nicht in Ordnung ist, ob Kontrollen sinnvoll sind oder nicht, was es kostet usw. Aber allein diese Debatte mit einem Personenkreis, bei dem ich sicher davon ausgehe, dass wir den auf anderem Weg in dieser Situation niemals erreicht hätten, ist eine Möglichkeit, mit Personen in Kontakt zu kommen, bei denen man um Verständnis für die Aufgaben der Polizei im konkreten Einzelfall werben und Debatten auslösen kann und auf diese Art und Weise auch Verständnis für bestimmte Aufgaben der Polizei wecken kann, was auch dem Image der Polizei zugutekommen kann.

Wenn man sich die Seite näher anschaut und sie durchforstet, sieht man, dass da beispielsweise auch hilfreiche Tipps zur Aufbewahrung von Geldbeuteln in Biergärten zu finden sind.

(Heiterkeit des Abg. Martin Rivoir SPD)

Das ist zwar etwas Banales, aber wenn man auf diese Art und Weise über ein Medium, das attraktiv verpackt ist, an Jugendliche herankommt, die man auf anderem Weg niemals erreicht hätte – nicht über die Tageszeitung, nicht über das SPD-Ortsvereinsblättle und auch nicht über die öffentlich-rechtlichen Medien –, dann kann ich nur sagen: Dieses Instrument ist ausbaufähig und hat Zukunft. Ich bin froh, dass die Innenverwaltung das auch so sieht.

In diesem Sinn hoffe ich, dass wir da weiterkommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Blenke das Wort.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass wir hier, lieber Kollege Sakellariou, alle Freunde des Polizeipräsidiums Stuttgart sind.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sowieso!)

Die Polizei ist schon seit Längerem im Internet präsent. Das ist auch gut so. Sie ist dort wachsend präsent und geht mit der Zeit. Das ist absolut richtig so.

Seit Anfang dieses Jahres – ich glaube, seit Januar – ist der Facebook-Account des Polizeipräsidiums Stuttgart freigeschaltet. Er wird bislang – Herr Kollege Sakellariou, Sie haben es beschrieben – ausschließlich für Informationen genutzt. Angefangen hat es mit Informationen über Polizeieinsätze rund um Stuttgart 21. Das war wohl auch der Anlass, dies freizuschalten.

Ich will einmal dahingestellt sein lassen, ob es der Weisheit letzter Schluss ist, Informationen über Polizeieinsätze dort einzustellen. Ich begrüße ausdrücklich, dass man diesen Schritt gegangen ist und die Polizei sich auch im Medium Facebook präsent zeigt. Das ist ein Anfang, aber wir müssen dort weitermachen. Das klingt in Ihrem Antrag, Kollege Sakellariou, durchaus an.

Die Polizei in Niedersachsen, konkret das Polizeipräsidium Hannover, ist seit März dieses Jahres auch mit Fahndungsaufforderungen im Medium Facebook präsent. Sie will damit noch mehr

(Thomas Blenke)

Menschen erreichen und mehr Fahndungserfolge erzielen. Das gilt übrigens auch für öffentliche Zeugenaufrufe. Sie nutzt damit ein sehr modernes und sicherlich auch nicht unumstrittenes Mittel, und sie nutzt ein soziales Netzwerk, das eine demografische Ausrichtung auf junge Menschen hat, die vielleicht die klassischen Medien wie Zeitung und dergleichen so nicht nutzen.

Meine Damen und Herren, während dieses Modellversuchs in Niedersachsen konnten bislang bereits acht Fahndungen erfolgreich durch Facebook abgeschlossen, zwei vermisste Kinder gefunden und der Polizei eines anderen Bundeslands Hinweise für die Verfolgung in einem Mordermittlungsverfahren gegeben werden. Ich will ausdrücklich sagen: Das ist durchaus ein Erfolg.

Deswegen, Herr Minister, möchte ich Sie ermutigen, hier einen Schritt weiterzugehen und durchaus den Mut zu haben, sich nicht nur hinter datenschutzrechtlichen Bedenken, die vorhanden sind, zu verschanzen, sondern nach Lösungen zu suchen.

Das Landeskriminalamt – dies habe ich Ihrer Stellungnahme entnommen – befürwortet dieses Instrumentarium. Wir arbeiten heute noch mit Fahndungsplakaten wie schon im Wilden Westen. Damit hat man Billy the Kid gesucht. Auch heute noch gibt es diese Plakate, die in Behörden und anderswo ausgehängt werden. Ich glaube, wir müssen etwas mehr mit der Zeit gehen, und im Kampf gegen die Kriminalität muss jedes legale Mittel erlaubt sein.

Meine Damen und Herren, die Niedersachsen hatten in der Tat ein Problem mit dem Datenschutz. Das darf man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Ein Problem bei Facebook ist die unbefristete Speicherung und vor allem der Server in den USA, der keinen Zugriff von Deutschland aus möglich macht und sich damit unserem Datenschutzrecht entzieht.

Die Niedersachsen haben einen Weg gefunden, den sie jetzt ausprobiert haben und der wohl erfolgreich ist, indem sie bei Facebook nur einen Link auf ihre eigene Seite haben und das dort nach deutschem Datenschutzrecht rechtssicher gestalten können.

Ich möchte das ausdrücklich begrüßen und Sie, Herr Minister, auffordern: Nehmen Sie in Abstimmung mit den anderen Bundesländern und auf Bundesebene – nächste Woche ist Innenministerkonferenz – dieses Thema auf. Beim Thema Fahndungsmöglichkeiten geht es nicht um massenhafte Fahndungen, sondern etwa um Kindesentführungen – die Beispiele habe ich vorhin genannt – oder andere Fälle schwerster Kriminalität. Nutzen wir diese Möglichkeiten. Ich glaube, das Land Baden-Württemberg sollte den Mut haben, in einen Modellversuch einzusteigen. Die Niedersachsen haben es uns vorge-macht. Da waren sie uns jetzt einmal eine Nasenlänge voraus; früher waren wir immer vorn. Ich möchte Sie, Herr Minister, ermuntern: Gehen Sie voran, seien Sie mutig. Nicht nur Bedenken erheben, sondern auch Lösungen suchen; dann sind wir dort auf einem guten Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sehr gut. Eine Punktlandung.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrtes Publikum! Herr Blenke, wenn ich richtig informiert bin, hat Niedersachsen die Fahndung per Facebook eingestellt. Ich denke, der Innenminister kann das, was ich gerade gesagt habe, nachher noch kurz bestätigen bzw. widerlegen. Ich meine, dass es eingestellt worden ist, weil es sehr kritisch war, über Facebook zu fahnden.

Die Nutzung des Internets nimmt stetig zu. Das erleben wir alle in unserem eigenen Alltag. Erleichtern die sozialen Netzwerke die Kommunikation in der Bevölkerung? Sollte sich auch die Polizei dieses Mediums annehmen?

Zunächst zur Vorgeschichte: Das Polizeipräsidium Stuttgart hat während des Einsatzes am 30. September 2010 im Umgang mit den neuen Medien wie Twitter und Facebook keine Erfahrung gehabt und wurde von diesen Medien, insbesondere durch die Geschwindigkeit der Nachrichten, enorm überfordert. Die S-21-Gegner konnten sich innerhalb kürzester Zeit im Netz verabreden und austauschen. Ferner konnten Meldungen – ob diese nun der Wahrheit entsprachen oder auch nicht – im Netz verbreitet werden. Dies führt generell zu einer Meinungsbildung.

Im besagten September verfügte die Polizei lediglich über die klassischen Medienwege – mein Kollege von der SPD ist bereits darauf eingegangen – wie Pressemitteilungen und Interviews; diese wurden lediglich über Zeitungen, Fernsehen und Radio vermittelt. Die Polizei wurde von der Schnelligkeit des Informationsaustauschs über das Internet regelrecht überrannt.

Unter Polizeipräsident Züfle wurden im Rahmen der Einsatzvorbereitungen für die Räumung des Schlossgartens und den Abriss des Südflügels neue Wege beschritten. Ein neuer Teil der Vorbereitungen für die Einsatzmaßnahmen war die Beschäftigung mit den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter. So wurde bei der Stabsstelle Öffentlichkeit eine Gruppe „Social Media“ eingerichtet. Dies ist auch ein Ergebnis aus den polizeiinternen Nachbereitungen zum Polizeieinsatz vom 30. September 2010 – ein bisher einmaliges Pilotprojekt des Polizeipräsidiums Stuttgart.

Über diesen Weg konnte die Polizei während ihrer Vorplanungen, aber auch in der Zeit des laufenden Einsatzes für Transparenz in der Öffentlichkeit sorgen. Die Bevölkerung konnte sich informieren, Fehlmeldungen wurden zeitnah kommentiert, Zeitplanungen wurden einer breiten Masse von Internetnutzern zeitgleich mitgeteilt. Diese Art der Pressearbeit zeigt, dass die Polizei auf diese Weise deeskalierend auf Demonstranten und Projektgegner einwirken kann.

Die Zahlen, die das Innenministerium in der Stellungnahme zu dem Antrag geliefert hat, belegen, wie viele Personen sich über das Internet informieren und welches Interesse hierfür bei der Bevölkerung besteht. So suchten in der Woche der Räumung des Schlossparks und der Fällung dortiger Bäume stündlich 320 Menschen die Seite des Präsidiums auf.

(Petra Häffner)

Nach Abschluss der Einsatzmaßnahme zu Stuttgart 21 wird in Facebook das landesweite Pilotprojekt des Polizeipräsidiums Stuttgart weitergeführt, insbesondere mit den Schwerpunkten Prävention und Nachwuchsgewinnung. Die Pressemitteilungen werden ebenso auf dem Plateau gespiegelt, also in Facebook veröffentlicht.

Das alles hört sich wie ein Segen an. Doch der Fluch der Sache ist nicht fern. Die Inhalte der Facebook-Seite liegen auf einem polizeieigenen Server, und dies aus datenschutzrechtlichen guten Gründen. Das Innenministerium hat in seiner Stellungnahme ebenfalls Argumente hierzu geliefert.

Einmal im Netz, immer im Netz. So stellen wir Grünen uns klar gegen eine Fahndung in Facebook. Die Persönlichkeitsrechte würden hierbei mit Füßen getreten. Wie ein Blutschwamm im Gesicht bleibt das an jeder Person, nach der dort gefahndet wird, hängen – egal, ob sie später bewiesen schuldig ist oder nicht. Denn zum Zeitpunkt der Fahndung ist eine Schuldigkeit noch keineswegs belegt, eine virtuelle Verfolgung jedoch bereits im Gang.

Ich möchte darauf eingehen – mein Kollege hat vorhin ein Beispiel hierzu gebracht –, wie positiv in Facebook über Verhaltensmaßnahmen, die man sich selbst auferlegt, diskutiert werden kann. Aber genauso wird hier bei einer Fahndung diskutiert bzw. werden Mitteilungen gegeben. Jede Mitteilung, die bei der Polizei eingeht, kann sich auch als Spur entwickeln. Das heißt, dieser Mitteilung muss nachgegangen werden. Nehmen wir einmal an, es sind etwa 400 Eingänge, die dann täglich von der Polizei bearbeitet werden. Noch Monate und Jahre später ist jederzeit eine Reise in die Vergangenheit eines hiervon betroffenen Menschen möglich.

Facebook und Twitter sind durchaus taugliche Mittel in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit, hierbei insbesondere mit den Schwerpunkten Prävention und Nachwuchsgewinnung. Bei der Nachwuchsgewinnung ist es aber für die Polizei zurzeit schwierig, für die Werbung tatsächlich polizeieigenes Personal zu bekommen, Leute, die bereit sind, sich für die Werbung in Facebook ablichten zu lassen, da die Leute befürchten, später wiedererkannt zu werden, und dadurch auch ihrer Karriere, z. B. als verdeckter Ermittler, selbst im Wege stehen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Von Parkschützern wiedererkannt zu werden!)

Fragen, die noch zu beantworten sind, lauten: Auf welcher Ebene der Präsidien soll dieses Medium angesiedelt sein? Wie viel Personal benötigt diese Einrichtung? Im Polizeipräsidium Stuttgart waren es drei Personen. Nehmen wir einmal die zwölf Präsidien. Dann binden wir schon 36 Personen. Welche finanziellen Mittel brauchen wir dazu?

Dem Ganzen steht der Landesdatenschutzbeauftragte skeptisch gegenüber. Wir, die Politik, sind gefordert, Antworten zu geben, und dies in Verantwortung gegenüber der ganzen Bevölkerung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass wir uns bei diesem Punkt über vieles einig sind: dass die Polizei mit Methoden arbeiten sollte, die zeitgemäß sind; dass man die Möglichkeiten ausnutzen sollte, in bestimmte Kommunikationskreise hineinzukommen, gerade um auch an die Jugend heranzukommen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das bei Stuttgart 21 in segensreicher Weise gelungen ist.

Trotzdem würde ich auch gern, wie die Kollegin Häffner es gerade eben im Ansatz getan hat, ein bisschen Wasser in den Wein schütten. Ich sage aber vorher: Ich bin schon dafür, dass die Polizei dieses Mittel einsetzt.

Nun ist aber zu Recht der Datenschutzbeauftragte, der heute hier ist, genannt worden. Da darf man schon einmal daran erinnern, dass die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder noch im November des letzten Jahres die öffentlichen Stellen einstimmig davor gewarnt haben, solche Plattformen zu nutzen. Warum? Weil die dort eingestellten Daten keineswegs sicher sind. Dies gilt übrigens nicht nur für die Daten derer, nach denen gefahndet werden soll, sondern auch für die Daten von jedem, der sich an dem Spiel beteiligt.

Sosehr ich Sie hinsichtlich des Einsatzes moderner Methoden bei der Polizei unterstütze, muss ich mich bei diesem Thema doch ein bisschen am Kopf kratzen: Wir warnen unsere Kinder davor, von solchen sozialen Netzwerken allzu viel Gebrauch zu machen, indem wir ihnen sagen: „Vorsicht, eure Daten sind nicht sicher geschützt, und was ihr da hineinschreibt und womit ihr präsent seid, ist vielleicht jahrzehntelang ohne jeden Schutz irgendwo im All.“ Diese Bedenken können wir jetzt nicht zugunsten einer gewissen Euphorie, dass die Polizei da ein neues Mittel hat, einfach beiseite lassen.

Ich möchte Ihnen schon im Klartext noch einmal die Sichtweise des Datenschutzbeauftragten näherbringen, der eine Stadt kritisiert hat, die eine eigene Fanpage bei Facebook eröffnet hatte. Herr Klingbeil schreibt:

Flott,

– weil die flott sein wollten –

aber gedankenlos ...

Und er schreibt weiter:

... so sollten sich gerade öffentliche Stellen ihrer Vorbildfunktion bewusst sein und darauf achten, dass sie nur solche sozialen Netzwerke in ihre Internetauftritte einbinden bzw. dass sie selbst nur solche Netzwerke zur Kommunikation und Außendarstellung nutzen, die die geltenden Standards nach europäischem und deutschem Datenschutzrecht einhalten.

Jetzt kommt der entscheidende Satz:

Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger, die sich auf den Seiten öffentlicher Stellen informieren wollen, mit ihren Daten dafür bezahlen.

– Also mit den Daten, die sie bei mangelhaftem Schutz darin eingeben.

(Dr. Ulrich Goll)

Darauf kommt es an. Es wäre kurios, wenn wir selbst mithilfe der öffentlichen Stellen solche Netzwerke, bei denen wir gleichzeitig zu Recht den mangelnden Datenschutz beklagen, attraktiver machen würden.

Was kommt am Ende heraus? Ich darf auf den Anfang zurückkommen. Ich bin dafür, dass Gebrauch davon gemacht wird, auch wenn es aufwendig ist. Man muss eine solche Seite immer attraktiv halten. Das macht natürlich Arbeit.

Ich sehe den Einsatz eher punktuell bei größeren Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung – Beispiel Stuttgart 21 –, also in den Fällen, in denen eine Abwägung, die man vornehmen muss, ergibt, dass es trotz Risiken und Nebenwirkungen besser ist, das Mittel zu nutzen, als es bleiben zu lassen. Vielleicht kann man auch in Bezug auf Warnungen vor bestimmten Delikten, die gerade aktuell sind, bei denen die Jugendlichen in Fallen tappen, in der Abwägung sagen: Es ist besser, auf diesem Weg zu informieren, auch wenn wir uns der Einwände gegen diese Kommunikationsformen in datenschutzrechtlicher Hinsicht bewusst bleiben sollten.

Das wäre meine Ergänzung zu den positiven Ausführungen meiner Vorrednerin und der Vorredner.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Werte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag trägt die Überschrift „Polizeipräsenz im Internet“. Da kann man schon einmal in Erinnerung rufen, dass die Polizei in den zurückliegenden Jahren stets im Internet präsent gewesen ist. Sie war auf der Höhe der Zeit und ist das auch heute noch. Die Polizei bei uns in Baden-Württemberg ist seit mittlerweile 15 Jahren im Internet präsent. Denken Sie an die Plattform „Polizei Baden-Württemberg“. Heute würde man im Web sagen: „Version 1.0“. Präsentiert werden dort neben vielen Informationen über die Polizei selbst spezielle Angebote, insbesondere was die Themen Jugend und Verkehr angeht. Präsentiert werden auch präventive Maßnahmen und Themen, die mit der Fahndung zusammenhängen.

Von besonderer Bedeutung dieser Internetpräsenz war in den zurückliegenden Jahren auch immer – ich finde, sogar sehr erfolgreich – das Thema „Nachwuchsgewinnung für unsere Polizei“. Wir sehen an der Zahl der Zugriffe auf diese Internetplattform, dass sie sehr gefragt ist. Bis zu 17 000 Zugriffe täglich sprechen schon dafür, dass diese Plattform als Informationsmedium auch als attraktiv und interessant empfunden wird.

Kommunikationsangebote für die Bürgerinnen und Bürger waren auch schon immer Bestandteil dieses Angebots.

Nicht vergessen möchte ich in diesem Zusammenhang auch die Internetwache, die es seit vielen Jahren gibt und die beim Landeskriminalamt angesiedelt ist. Dort können Anzeigen erstattet und Mitteilungen abgerufen werden. Dort kann Kontakt zum Thema Verkehr, zum Thema Kriminalitätsbekämpfung aufgenommen werden. Immerhin über 6 000 Menschen

haben im zurückliegenden Jahr von der Möglichkeit, mit dieser Internetwache in Kontakt zu treten, Gebrauch gemacht. Das ist eine Zahl, die aus meiner Sicht durchaus ansprechend ist.

Hinzu kommt: Neben der Plattform „Polizei Baden-Württemberg“ haben auch unsere Polizeidienststellen vor Ort entsprechende Interneteinstellungen vorgenommen – ergänzt um örtliche Informationen, die nicht unbedingt für das ganze Land, wohl aber für den Zuständigkeitsbereich dieser örtlichen Organisationen interessant sind. Dort verzeichnen wir in der Summe täglich rund 23 000 Zugriffe. Auch das spricht dafür, dass diese Angebote der Polizei von den Bürgerinnen und Bürgern entsprechend angenommen werden.

Hinzu kommen Plattformen, die wir gemeinsam nutzen, in denen sich die Polizei einbringt. Das ist z. B. die Präventivmaßnahme GIB ACHT IM VERKEHR. Auch dort können wir von einem guten Interesse reden.

Ganz aktuell hat z. B. das Polizeipräsidium Mannheim einen Pilotversuch gestartet. „Streife im Quadrat“ nennt sich dieses Angebot im Internet, mit dem in der Stadt Mannheim ganz gezielt auf Nachwuchssuche gegangen wird, insbesondere auch, um Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen. Das, was uns die Einstellungsberater dort berichten, ist durchaus positiv.

Aber, wie gesagt: Kern der Diskussion – so habe ich gerade auch die Beiträge meiner Vorredner verstanden – ist tatsächlich das Thema „Soziale Netzwerke“; gelegentlich kann ich mir den Begriff „sogenannte soziale Netzwerke“ in diesem Zusammenhang nicht verkneifen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Wenn man sieht, was dort alles transportiert wird, habe ich mit dieser vereinfachten Bezeichnung manchmal Probleme.

Bei der polizeiinternen Nachbereitung – Sie erinnern sich an das, was Untersuchungsausschüsse angeht, aber auch an das, was polizeiintern nachgearbeitet wurde – hat man sich auch mit diesem Thema entsprechend beschäftigt und geraten, dies bei zukünftigen Einsätzen besser zu nutzen, als es in der Vergangenheit geschah. Dies wurde im Zusammenhang mit Stuttgart 21 in der Folge gemacht.

Das heißt, das Polizeipräsidium Stuttgart hat die Präsenz in den Medien für polizeiliche Maßnahmen genutzt – Vorredner haben es richtigerweise gesagt –, um polizeiliche Maßnahmen soweit irgendwie vertretbar – das sage ich ausdrücklich – insgesamt transparenter zu machen, aber auch um Fehlinterpretationen, die gelegentlich mittels Internet in die Welt gesetzt werden, begegnen zu können, oder auch um dem einen oder anderen Gerücht etwas entgegenzusetzen.

Das hat sich, finde ich, auch bezahlt gemacht, als kurz vor den Sommerferien im letzten Jahr, quasi zum Ferienstart, zu einer erneuten Blockade im Schlossgarten aufgerufen wurde. Unsere Polizei hat dann darauf hingewiesen, was für Folgen dies hätte, was daran strafrechtlich nicht in Ordnung wäre, und hat insbesondere die Eltern informiert, um auf ihre Kinder einzuwirken. Der Erfolg war meiner Meinung nach phänomenal: Diesem Aufruf ist nämlich so gut wie niemand gefolgt.

(Minister Reinhold Gall)

Ich will deutlich sagen: Die Präsenz in den sozialen Medien hat sich bei schwierigen Einsätzen bewährt, weil die polizeilichen Botschaften, die Nachrichten, die unsere Polizei gesendet hat, weitestgehend wahrgenommen wurden und auch zu einer sachlichen Diskussion beigetragen haben.

Meine Damen und Herren, ich will dies an Zahlen, z. B. im Hinblick auf Twitter, deutlich machen. Das Polizeipräsidium Stuttgart hat 113 Tweeds – also Nachrichten – gesetzt und verfügt, wie gesagt, über rund 1 100 Follower – also Begleiter –, die die Nachrichten der Polizei unmittelbar auch erhalten. Kollege Sakellariou hat darauf hingewiesen, dass auch er dies inzwischen nutzt. Ich hoffe natürlich, dass darauf nicht nur Abgeordnete zugreifen, sondern auch die Menschen, die wir darüber hinaus ansprechen wollen.

Wir alle wissen, dass die Reichweite dieser Mitteilungen – auch von Mitteilungen, die vielleicht nicht so gewaltig aussehen – zum Teil beachtlich ist. Es wurde bereits darauf hingewiesen: Wenn wir z. B. auf Facebook 100 Mitteilungen posten, dann nehmen das 3 200 Fans zur Kenntnis. Diese wiederum verbreiten das über ihre Freunde weiter, sodass wir Zugriffszahlen von über 50 000 Menschen haben, die davon Kenntnis nehmen. Ich finde, das sind schon beachtliche Zahlen.

Es wurde gefragt, ob auch andere Polizeidienststellen von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen. Nein, bisher machen keine anderen Polizeidienststellen von diesen Möglichkeiten Gebrauch. Deshalb lautet die Frage: Wie geht es jetzt weiter? Herr Dr. Bullinger und Herr Blenke, was machen wir da weiter?

Das Polizeipräsidium Stuttgart hat nach Abschluss der Stuttgart-21-Einsätze – ich lasse die, die gegenwärtig noch stattfinden, außen vor – das Medium allgemein beibehalten und hat es benutzt, um damit Informationen über weitere präventive Maßnahmen zu verbreiten.

Wir werden auswerten, welche Früchte dieser Modellversuch trägt und wo der Erkenntnisgewinn für die Polizei selbst liegt. Ich bin schon der Auffassung – da teile ich die Meinung der Vorredner, soweit ich sie verstanden habe; ich hoffe, ich habe sie richtig verstanden –, dass wir diese neuen Möglichkeiten auch in den neuen Polizeiorganisationen nutzen sollten, insbesondere wenn es um präventive Maßnahmen und um das Thema Nachwuchsgewinnung geht. Ich denke, auch allgemeine Polizeithemen taugen dazu, über diese Medien verbreitet zu werden.

Im Moment denken wir über eine zentrale Variante nach. Im Laufe der Projektentwicklung haben wir noch Gelegenheit, darüber zu sprechen. Es ist durchaus denkbar, dass wir dies weiterhin dezentral in der Fläche anbieten.

Lieber Kollege Blenke, ich finde, bei diesem Thema kommt es nicht so sehr darauf an, Mut zu beweisen. Ich denke, wir sollten uns dem Thema mit Vernunft widmen,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rück CDU)

weil es Aspekte gibt, die abzuwägen sind. Die sollten wir auch nicht an die Seite stellen.

Ich will die Bemerkung, dass man sich dort hinter Bedenken verschanze, jetzt nicht einfach gelten lassen. Ich glaube, dass die Bedenken, die vorgebracht werden, es schon wert sind, dass man sich tatsächlich ernsthaft mit ihnen auseinandersetzt.

Im Übrigen ist der Kollege aus Niedersachsen auch bei diesem Thema wieder einmal relativ forsch vorangegangen; zwischenzeitlich musste er seine Position aber natürlich ändern. Sie haben bereits darauf hingewiesen: Die Art und Weise, wie die Fahndung in diesem Projekt ursprünglich angelegt war, musste korrigiert werden. Denn selbst der niedersächsische Justizminister hatte dagegen erhebliche Bedenken vorgebracht und dies sogar völkerrechtlich bedenklich genannt. Deshalb wird Facebook dort nur noch genutzt, um eine Verlinkung auf übliche, herkömmliche Fahndungsbereiche zu schaffen.

Ich habe ein Interesse daran; das ist überhaupt keine Frage. Unsere Polizei hat dies auch. Denn ich bin der Auffassung, wir sollten die Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, rechtskonform, auf dem Boden des geltenden Rechts nutzen. Ich habe daher tatsächlich ein Interesse daran, über dieses Thema zu diskutieren.

Anfang dieses Monats wurde auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe eingerichtet, und weil ich dieses Interesse habe, arbeitet auch ein Beamter unseres Hauses an diesem Projekt mit.

Herr Kollege Blenke, wir werden natürlich in der nächsten Woche auf der Innenministerkonferenz ebenfalls Gelegenheit haben, uns mit diesem Thema zu beschäftigen.

Ich finde, Eile ist nicht geboten; Sorgfalt geht in diesem Themenbereich vor – gerade unter dem Stichwort Datenschutz. Denn es ist tatsächlich so: Die Facebook-Server stehen in den USA, und unsere rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere bezüglich des Datenschutzes, haben dort keine Gültigkeit. Das möchte ich in der Tat nicht einfach übersehen oder übergehen.

Deshalb bitte ich darum, dass wir bei diesem Thema nicht vorrangig auf Eile, sondern auf Sorgfalt drängen.

In diesem Sinn herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Polizeireform: Auswirkungen der angekündigten Polizeireform auf die Bediensteten der Polizei – Drucksache 15/1408 (geänderte Fassung)

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Positionspapier der baden-württembergischen CDU zur Polizeireform – Drucksache 15/1452

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Polizeireform: Kosten der Umsetzung und Belastung des Landeshaushalts – Drucksache 15/1547

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und c fünf Minuten, für die Begründung zu b fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Zur Begründung der Anträge Drucksachen 15/1408 (geänderte Fassung) und 15/1547 erteile ich für die Fraktion der CDU Herrn Kollegen Blenke das Wort.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach so viel Übereinstimmung wird es jetzt vielleicht ein bisschen kritischer werden.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nur ein bisschen!)

Ich möchte zunächst zu den Kosten der Polizeireform sprechen. Dabei möchte ich gleich vorab sagen, Herr Minister: Wir sind mit der Stellungnahme zu dem diesbezüglichen Antrag alles andere als zufrieden. Das gilt nicht nur inhaltlich – da sind wir sowieso nicht zufrieden –, sondern wir sind auch nicht zufrieden damit, wie wenig Sie uns an Informationen gegeben haben. Das, was Sie uns mit dieser Stellungnahme gegeben haben, grenzt schon an Nichtinformation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, worum geht es? Sie planen mit der Polizeireform die größte Umwälzung in der Geschichte der Polizei des Landes. Sie peitschen dieses Projekt mit einem Geheimzirkel im Schweinsgalopp durch.

(Zuruf von der FDP/DVP: Das ist ja unglaublich!)

Sie führen diese Reform in Basta-Manier ohne jegliche Beteiligung der betroffenen Städte, Gemeinden und Regionen durch.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zu Grünen und SPD: Sie machen vor Ort falsche Versprechungen!)

Sie haben uns von der CDU im vergangenen März in diesem Haus abgebügelt, als wir den naheliegenden Vorschlag gemacht haben, man möge sich doch erst einmal die Erfahrungen im Nachbarland Bayern anschauen. Sie taten das mit der Begründung, die dortigen Umsetzungskosten in Höhe von 100 Millionen € seien nicht mit den Kosten vergleichbar, die bei uns entstehen würden.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Das stimmt!)

Kurz darauf, wenige Tage später, sagten Sie, Sie schätzten die Kosten in Baden-Württemberg auf 120 bis 170 Millionen €. Wenigstens, Herr Minister Gall, wissen wir jetzt, was Sie damit meinten, als Sie sagten, dass es nicht vergleichbar sei.

Ich will einfach noch einmal den Zeitablauf in Erinnerung rufen: Im Januar hieß es, noch nicht einmal annähernde Kostenschätzungen – Schätzungen! – seien möglich. Im Februar hielten Sie Ihre Regionalkonferenzen ab. Ich habe einmal in die Protokolle, die es davon gab, hineingeblickt; man kann sie

einsehen. Sie sagten auf die Frage, was das Ganze denn koste – Zitat aus dem Protokollentwurf –:

Die Reform darf unter dem Strich nichts kosten. Damit ich nicht missverstanden werde: Sie wird eine Anschubfinanzierung erfordern.

Kurz darauf wird das Protokoll geändert. Nun heißt es:

Sie wird eine Anschubfinanzierung erfordern, die sich aber durch die Reform refinanziert.

Ein Protokoll gibt meines Erachtens gesprochenes Wort wieder. Was wurde jetzt gesagt? Sei's drum.

Ich frage Sie: Wie refinanzieren Sie 170 Millionen € durch diese Reform? Wundern Sie sich doch nicht, Herr Minister, dass bei uns alle Alarmglocken läuten. Wie sollen wir Ihnen „120 bis 170 Millionen €“ glauben? Sind es vielleicht bald 200, 250 Millionen € oder noch mehr? Sie machen es nicht wie die schwäbische Hausfrau. Vielmehr geht es bei Ihnen eher zu wie an der schwäbischen Wursttheke nach dem Motto: Darf es ein bisschen mehr sein?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir werfen Ihnen, Herr Minister, nicht vor, dass die Kosten nicht schon jetzt exakt bis zum letzten Euro berechnet werden können. Aber wir werfen Ihnen vor, dass die Kosten Sie offensichtlich überhaupt nicht interessieren. Sie wollen die Reform – koste es, was es wolle. Standorte und Bezirke wurden hektisch kurz vor knapp noch einmal durcheinandergewirbelt mit Ergebnissen, die kein Mensch nachvollziehen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nur zwei Beispiele: Wie sonst käme man auf die Idee, Freudenstadt im Nordschwarzwald Tuttlingen in Südbaden zuzuschlagen? Wie sonst käme man auf die Idee, fast ganz Oberschwaben Konstanz zuzuschlagen? Was steckt dahinter?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mangelnde Geografiekenntnisse!)

Auf Anfrage meiner oberschwäbischen Kollegen heißt es in der Stellungnahme, bei der Entscheidung für Konstanz als Präsidium für Oberschwaben sei „zwingend zu berücksichtigen, dass die Polizeidirektion Konstanz die mit Abstand personalstärkste Dienststelle“ sei. Okay. Aber warum dann ein Präsidium in Tuttlingen, obwohl die dortige PD die zweitkleinste im künftigen Bezirk ist? Warum dann ein Präsidium in Reutlingen, obwohl die PD Esslingen wesentlich größer ist und in Tübingen sämtliche räumlichen Voraussetzungen schon geschaffen sind?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Na, na! Da bin ich anderer Meinung!)

Hat vielleicht der Herr Finanzminister in Reutlingen selbst mit Hand angelegt?

Sie lassen in zig Projektgruppen en détail planen, haben aber keinen Plan über die Kosten

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

(Thomas Blenke)

und auch noch keinerlei Umsetzungs- oder Finanzierungsbeschlüsse. Fragen über Fragen und keine Antworten. Wir fürchten, dass hier ein riesiger ungedeckter Wechsel auf den Landeshaushalt eröffnet wird.

Ich möchte jetzt noch kurz zum zweiten Thema kommen, nämlich zur Rolle der Belange der Bediensteten. Sie spielen bei Ihnen – diesen Eindruck hat man manchmal – erst ab A 16 aufwärts eine Rolle.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ca. 4 000 Beschäftigte werden von der Reform unmittelbar betroffen sein, am stärksten die Kriminalbeamten und die Beschäftigten der Verwaltung. Deren Dienststellen werden alle aufgelöst. Der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ ist grundsätzlich nicht zu beanstanden. Das Problem ist: Sie zentralisieren die Aufgaben, die Arbeit in einer Art und Weise, dass ganze Landstriche von Kriminalpolizei und Polizeiverwaltung entleert werden. Dass es sich ausschließlich um den ländlichen Raum handelt, verwundert da schon nicht mehr.

Eine Ausnahme gibt es: In Ihrem – so muss man fast schon sagen – Zentralisierungswahn machen Sie selbst vor der Großstadt Pforzheim nicht Halt. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte ich als Calwer sagen: Ich freue mich, dass unser Oberzentrum Pforzheim künftig polizeilich auf Augenhöhe mit Calw ist. Aber diese Augenhöhe ist ziemlich weit unten. Man könnte fast sagen: auf Hühneraugenhöhe.

Die Mitarbeiter sollen mit ihren Stellen wechseln. Erwarten Sie im Ernst, dass die alleinerziehende Mutter, die bei der Polizeidirektion Freudenstadt teilzeitbeschäftigt ist, künftig für vier Stunden täglich nach Tuttlingen ins Präsidium fährt, weil ihre Stelle jetzt dort ist? Erwarten Sie im Ernst, dass die teilzeitbeschäftigte Kriminalbeamtin aus Tauberbischofsheim jeden Tag nach Heilbronn in die dortige Kriminalpolizeidirektion fährt?

(Zurufe)

Übrigens wird im Norden des Landes, im Main-Tauber-Kreis, die hoch erfolgreiche Akademie der Polizei in Wertheim ersatzlos gestrichen, geschlossen – in einem Gebiet, das so strukturschwach ist, dass dies dort ein bedeutender Arbeitgeber ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

4 000 Personen sind direkt betroffen. Kann sich der Rest entspannt zurücklehnen und sagen: „An mir wird der Kelch schon vorübergehen“? Überlegen wir uns einmal ein fiktives Beispiel. Wenn sich ein top bewerteter Hauptkommissar z. B. aus der Landespolizeidirektion Tübingen – die Landespolizeidirektionen werden bekanntlich ersatzlos aufgelöst – als Leiter eines kleinen Polizeipostens in der Umgebung bewirbt, weil er sagt: „Wenn mein Spezialwissen nicht mehr gefragt ist, dann brauche ich es mir nicht mehr anzutun, in meinen letzten Dienstjahren jeden Tag nach Ulm oder nach Friedrichshafen zu fahren“, muss dann vielleicht ein Polizeipostenchef für den hoch qualifizierten, altgedienten Hauptkommissar weichen?

In Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag heißt es in bestem Amtsdeutsch – ich zitiere –:

Der Wechsel einer Beamtin oder eines Beamten ... kann allerdings insbesondere im Führungsbereich aufgrund der hierarchischen Struktur im Einzelfall zu einem Veränderungseffekt führen.

Reden Sie doch einmal Deutsch. Sagen Sie Ihren Mitarbeitern endlich einmal, was auf sie zukommt. Sie warten darauf, endlich einmal Klartext zu hören.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, den dritten Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt haben Sie von der SPD eingebracht. Er klingt ein bisschen wie das Ergebnis einer Auftragsarbeit aus dem Innenministerium.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sie kennen sich da ja aus!)

Sie beschäftigen sich mit dem Positionspapier des CDU-Landesverbands. Ich nehme dazu in der zweiten Runde Stellung, weil ich erst einmal hören möchte, was Sie dazu zu sagen haben.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Sakellariou das Wort.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider Gottes gibt es von Ihnen, Herr Kollege Blenke, wieder nur Panikmache. Sie müssten es doch allmählich besser wissen.

(Abg. Georg Nelius SPD: Er weiß es eigentlich auch besser!)

Die Fragen, die Sie in Ihren Anträgen stellen, beziehen sich auf Auswirkungen, die Sie durch diese Reform erwarten. Sie blenden aber völlig aus, was auf uns zukäme, wenn wir nichts machen würden und das Ganze gerade so fortführen würden wie bisher.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Die erfolgreichste Polizei in ganz Deutschland!)

Die Polizei ist absolut unterfinanziert: Die Unterdeckung beim Digitalfunk, ausstehende Zahlungen und Personalabbau sind das Problem. Deswegen müssen wir die Reform durchführen. Es gibt auch keine – so etwas hat Herr Kollege Röhm heute Morgen schon angedeutet – grün-rote Wollust an der Durchführung von Veränderungsprozessen. Nein, das, was hier geplant wird, ist zwingend erforderlich und dringlich. Wir müssen es machen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Darf ich das am Sonntag dem SPD-OB Pelgrim vortragen?)

Sie hatten selbst Planungen in der Hinterhand, die Sie durchführen wollten, weil Sie wussten, dass wir hier Probleme ha-

(Nikolaos Sakellariou)

ben werden. Es ist klar: An der einen oder anderen Stelle wird es auch schmerzen. Aber wenn wir nichts machen, wird es richtig schmerzhaft.

Ich will noch einmal auf die Ausgangsvoraussetzungen eingehen, damit klar wird, worum es geht: In zehn Jahren sind 40 % der Polizeibeamten, die jetzt noch im Amt sind, in Pension. Diese müssen wir ersetzen. Wir müssen eine Struktur vorhalten, sodass wir die Menschen, die dann auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden, auch finden.

Wir haben eine Sondersituation, weil wir, anders als die anderen Bundesländer, keinen demografischen Vorteil haben. Vielmehr wird die Bevölkerungszahl im Land Baden-Württemberg in der gleichen Größenordnung wie bisher bleiben bzw. wird nicht so stark abnehmen. Das heißt, der Bedarf an Polizei wird wachsen bzw. zumindest genauso groß bleiben. Gleichzeitig gehen 40 % der Polizeibeamten innerhalb der nächsten zehn Jahre in den Ruhestand. Daher können wir mit den bisherigen Strukturen nicht weitermachen. Das wissen alle, die sich auskennen. Das, was Sie erzählen, kann man allmählich nicht mehr hören.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir konzentrieren und straffen die Leitungsstrukturen. Das System wird auf zwölf gleich große Einheiten angeglichen. Das ist vernünftig.

(Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Klaus Herrmann CDU)

Sie selbst hatten das so vorgeschlagen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Wenn Sie es damals, vor 15 Jahren, gemacht hätten, Herr Blenke, dann hätten womöglich 18 Kreise ausgereicht. Aber Sie haben 15 Jahre ins Land gehen lassen. Wir haben gesehen, wie sich die Gesellschaft und die Polizei sowie die Herausforderungen verändert haben. Jetzt reichen 18 Kreise, wie Sie es vorgesehen haben, eben nicht mehr. Die zwölf gleich großen regionalen Zuschnitte sind die Antwort auf die jetzige Herausforderung

(Zuruf von der CDU: Die sind doch gar nicht gleich groß!)

und nicht auf die vor 15 Jahren. Deswegen lassen Sie mich mit Ihrer Vergangenheitsbewältigung in Ruhe.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Kollege, Sie haben Ihr eigenes Papier wieder nicht gelesen!)

Jetzt kommen wir zum Thema Personal. Herr Kollege Blenke, wie oft haben wir schon erklärt – bei jeder Regionalversammlung, auch hier vor Ort – –

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Da kommt doch keiner hin!)

– 4 000 Polizeibeamte haben diese Regionalkonferenzen in Baden-Württemberg besucht. Wenn man weiß, dass wir 24 000 Polizeibeamte haben, dann muss man sagen: Das ist ein sehr guter Schnitt. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass es die Möglichkeit gab, direkt an den Minister zu mailen

oder ihm Fragen zu stellen oder sich an die Abgeordneten zu wenden, auch sonstige Veranstaltungen zu besuchen – –

(Zurufe von der CDU)

4 000 Beamtinnen und Beamte haben die Chance wahrgenommen, haben alle Fragen stellen können. Da wurde es klipp und klar zum x-ten Mal gesagt.

Unterschätzen Sie zunächst einmal nicht, wie viele Polizeibeamte auf diese Veränderungen warten, weil sie sich nämlich selbst Entwicklungsmöglichkeiten versprechen,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

die sie in der jetzigen Struktur nicht haben. Warten Sie es einmal ab! Wenn Sie mit den jungen Polizeibeamten sprechen, werden Sie merken, dass sie da Chancen sehen. Und Sie werden sich wundern, wie viele dies freiwillig in Anspruch nehmen werden. Dann werden Sie den Minister beim Wort nehmen können,

(Zuruf von der CDU: Machen wir!)

der gesagt hat, er macht ein Interessenbekundungsverfahren, damit jeder Betroffene die Möglichkeit bekommt, zu sagen, in welcher Reihenfolge er welche Veränderungen für sich selbst am besten in Einklang bringen kann.

Sie haben es ja selbst schon praktiziert. Sie waren auch einmal an der Regierung und mussten Veränderungsprozesse einleiten, die auch nicht immer leicht waren und die auch Schmerzen verursacht haben.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Darum geht es gar nicht! Es ist die Frage, ob es sinnvoll ist!)

Sie wissen doch viel besser, dass es Möglichkeiten gibt, die Menschen hier letztlich auch mitzunehmen. Warten Sie doch erst einmal ab, wie sich die Dinge entwickeln werden,

(Zuruf von der CDU: Dann ist es zu spät!)

wie viele Leute freiwillig diese neuen Herausforderungen annehmen werden und wie viele im Interessenbekundungsverfahren dabei sein werden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Kollege, wachen Sie auf!)

Ich sage Ihnen: Über das, was dann übrig bleibt, können wir uns gern unterhalten.

Zum Thema Kosten: Wir treiben eine solche Reform an, die, wie Sie selbst gesagt haben, eine Umwälzung darstellt, wie wir sie vorher nicht hatten. Die müssen wir aber deswegen so groß anlegen, weil Sie so lange nichts gemacht haben und das System haben laufen lassen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Um Gottes willen! – Weitere Zurufe von der CDU)

obwohl die Strukturen, die wir vorgefunden haben, nicht mehr den jetzigen Anforderungen genügen, und weil wir auch in zehn Jahren, wenn wir 40 % weniger Polizeibeamte haben, weil diese 40 % dann in den Ruhestand gegangen sein werden, diese Strukturen vorhalten müssen.

(Nikolaos Sakellariou)

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Märchenstunde nimmt kein Ende! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn Sie eine solche Veränderung vorhaben, dann können Sie die Kosten, die auch Immobilien betreffen, die auch die Fragen der Konzentration und der Kreativität der jeweiligen Projektverantwortlichen angehen – so sage ich einmal –, jetzt so nicht beziffern. Eine Zahlenangabe, wie Sie sie jetzt einfordern, wäre einfach unseriös.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Blindflug!)

Jede Zahlenangabe, wie viel Personal-, Raum- oder Spritkosten oder Ähnliches man auf der Strecke einsparen will oder wie viel Mehrkosten verursacht werden, wäre jetzt unseriös. Jede dieser Angaben wäre unseriös. Sie würden uns zu Recht beschimpfen, weil die Zahlen, die wir dann auf den Tisch legen, an dieser oder jener Stelle angreifbar wären. Auf dieses Spiel lassen wir uns gar nicht ein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie waren doch auch einmal in der Opposition! Hätten Sie das nicht kritisiert?)

Denn wenn man große Linien vorzeichnet und sagt, in diese Richtung müsse es gehen – natürlich werden wir Synergien herausziehen können. Aber verlangen Sie nicht, dass wir sie in diesem Stadium auf Heller und Pfennig berechnen können. Die Fachleute, die sich mit diesen Fragen befasst haben, haben die Synergien herausgerechnet und auch bestätigt.

(Zuruf von der CDU: Da genügt gesunder Menschenverstand!)

Insofern: Warten Sie einmal ab, und betreiben Sie hier keine Panikmache, wie Sie dies die ganze Zeit getan haben.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Vielmehr – in Kürze –: Wir haben trotz dieser Reform keinen Posten geschlossen und kein Revier geschlossen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte, dass Sie dies kapierten und noch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben es doch schon kapiert!)

– Sehr gut. Herr Röhm hat es kapiert. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Diese Arroganz!)

Wenn man keine Posten und kein Revier schließt, dann heißt das: Die Bürger haben nach dem Ende der Reform genau dieselben Ansprechpartner wie vorher.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Aber selbstverständlich. Sie wissen genau, wohin sie sich wenden müssen. Der Posten ist derselbe, das Revier ist dasselbe, die Türschilder sind dieselben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie wollten mehr Leute in der Fläche haben! – Abg. Helmut Walter

Rüeck CDU: Herr Kollege, erzählen Sie doch keinen Stuss!)

Es werden keine Veränderungen für die Bürger entstehen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Doch!)

Hören Sie jetzt endlich damit auf, immer wieder diesen Vergleich mit Bayern heranzuziehen. Sie disqualifizieren sich doch selbst. Es ist hier oft genug gesagt worden: Die Zuschnitte in Bayern sind um ein Vielfaches größer. Wenn wir die Reform übertragen würden,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

hätten wir in Baden-Württemberg nur fünf Polizeipräsidien. Wollen Sie jetzt wirklich den Leuten zum x-ten Mal verkaufen, dass hier irgendetwas miteinander verglichen werden könnte? Hören Sie auf, dieses gigantische Reformprojekt aufzurechnen mit Spritkosten, von denen Sie vermuten, dass sie künftig zusätzlich entstehen werden.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Das interessiert aber die Dienststellen vor Ort!)

Spritkosten gegen eine Strukturreform zum Erhalt der Polizei als System! Wissen Sie, wie das klingt?

(Zurufe von der CDU)

Das ist so, als ob jemand selbst verschuldet seinen Wagen in den Graben fährt, dann ein Landwirt kommt, der ihm hilft, den Wagen wieder herauszuziehen, der Betroffene währenddessen die Hände aber in den Hosentaschen hat und sich darüber beklagt, dass beim Herausziehen aus dem Graben Schmutz auf die Radkappen gelangt ist. So verhalten Sie sich.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh, mein Gott! Herr, schmeiß Hirn vom Himmel!)

Diese Reform ist notwendig, und zwar bitter notwendig. Die Spritkosten dürfen Sie nicht dagegenrechnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Die Reifen wechseln!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Sckerl das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Alles, was gesagt wird, kann jetzt nur noch besser werden!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn wir über eine Polizeireform in Baden-Württemberg diskutieren, habe ich das Gefühl, wir leben mittlerweile in zwei Welten. Draußen ist die reale Welt, die ich so erlebe: Erstens gibt es bei der Polizei des Landes große bis sehr große Unterstützung für diese Reform, und zwar aus einem ganz einfachen Grund:

(Unruhe bei der CDU)

weil über eine derartige Reform innerhalb der Polizei seit vielen Jahren diskutiert wird. Nur: Sie haben diese Reform niemals zugelassen. Das ist Fakt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Zweitens war natürlich der erste Aufschlag dieser Reform für viele überraschend, für manche auch bestürzend, und viele Menschen haben sich Fragen gestellt. Jetzt stellen wir jedoch fest: Durch gründliche, geduldige Aufklärungsarbeit und Argumentation in der Sache, Herr Blenke – Argumentation in der Sache! –,

(Zuruf: Das ist etwas Neues!)

setzen sich die zentralen Argumente durch.

Das erste Argument lautet: Wir brauchen in der heutigen Welt eine andere Aufstellung der Polizei. Die kleinteilige Organisation der Polizei in Baden-Württemberg mit 37 Direktionen und Präsidien ist historisch überholt und nicht geeignet, um einer modernen Aufgabenstellung gerecht zu werden. Die Stichworte sind in vielen Diskussionen genannt worden. Dieses Argument verstehen die Bürgerinnen und Bürger, und auch Bürgermeister und Landräte verstehen es, die vielleicht den Verlust einer sogenannten „eigenen Einrichtung“ in ihrem Landkreis oder in ihrer Stadt zu verkraften haben. Dieses Argument können sie nachvollziehen. Ich denke, man kann auch von Ihnen erwarten, dass Sie dieses Argument endlich nachvollziehen und ihm zustimmen.

Zweites zentrales Argument: Entwicklung der Polizei und vor allem der Kosten. Da kommen Sie um Ihre Verantwortung nicht herum; da werden Sie sich auch nicht davonstehlen. Wir müssen die Polizeistrukturreform auf der Basis machen, die Sie uns hinterlassen haben.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Beste Aufklärungsquote!)

– Beste Aufklärungsquote, toll motivierte Polizistinnen und Polizisten, aber hoffnungslos unterfinanzierte Strukturen in der Polizei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe bei der CDU)

Das ist der entscheidende Punkt.

Herr Blenke, Sie wissen genau – in mancher Diskussion, auch im Innenausschuss in der vergangenen Legislaturperiode, ist es deutlich geworden –, wie problematisch es war. Sie wissen genau, wie eng und auf Kante genäht die Haushaltspläne des Innenministeriums für die Polizei über viele Jahre waren.

(Abg. Karl Klein CDU: Was ist jetzt?)

Sie wissen auch genau, dass es unverantwortlich war, diesen drastischen Stellenabbau – in der Summe 1 000 Stellen weniger als vorher – tatsächlich durchzuführen. Das hat in der Summe die Probleme der Jahre 2012 ff. geschaffen. Wir werden das jetzt mit einem intelligenten, wohl durchdachten Reformkonzept lösen, wozu Sie nicht im Stande waren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben doch bestenfalls notdürftig irgendwelche Lücken gestopft.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Schlagen Sie doch die Erbschaft aus! – Heiterkeit bei der CDU)

– Zu der Erbschaft sage ich gleich noch etwas; warten Sie einmal ab.

Sie haben nur notdürftig irgendwelche Lücken gestopft, aber Sie haben sich niemals an wirkliche Strukturmaßnahmen herangetraut. Dafür gibt es viele Beispiele: das Organisationsgutachten von Mummert + Partner und viele andere. Da haben Sie Knieschlottern bekommen. Sie haben keine Reform vorgenommen. Sie haben die Strukturen so belassen, wie sie sind. Die grün-rote Polizeireform hingegen orientiert sich am langfristigen neuen strategischen Bedarf und versucht nicht nur, irgendwelche entstandenen Lücken zu stopfen. Das ist der zentrale große Unterschied zwischen Ihrer Polizeipolitik und unserer Polizeipolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Reden wir noch einmal über Tatsachen. Der Polizei fehlen aktuell 500 Millionen €. Das weiß Herr Blenke genauso, wie ich es weiß. Ein Posten davon: Wir würden 1 000 Stellen unten an der Polizeibasis brauchen, um bei Beibehaltung ihrer Struktur mit 37 Direktionen und Präsidien die notwendige Man- und Womanpower an die Basis zu bringen. 1 000 Stellen brauchen wir.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Pro Gemeinde 0,3 Stellen, oder?)

Das sind mindestens 50 Millionen € im Jahr. Sie wie wir wissen, dass unsere Haushaltslage mit dem strukturellen Defizit von 2,5 Milliarden €, der Schuldenbremse und mit allem, was wir machen müssen, das nicht hergibt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Mehreinnahmen!)

Sie haben einen Investitionsstau beim Digitalfunk und anderem mehr hinterlassen – allein beim Digitalfunk liegt er in einer Größenordnung von über 300 Millionen € –,

(Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

die allgemeine Technikausrüstung sei gar nicht erwähnt. Alles das sind Altlasten, die jetzt eine moderne Organisation der Polizei erfordern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir lösen das.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Altlasten erfordern das?)

– Das sind Altlasten; die erfordern jetzt eine mutige Reform. Wir haben diesen Mut im Gegensatz zu Ihnen. Jetzt warten Sie einmal ab, was dabei herauskommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Draußen im Land arbeiten jetzt Hunderte von engagierten Polizistinnen und Polizisten an der Sache

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die nicht verstehen, was ihr vorhabt! – Abg. Matthias Pröfrock CDU: Sie ärgern sich darüber!)

sehr sachlich in den Projektgruppen. Es gibt selbstverständlich noch zu klärende Fragen. Es gibt auch Menschen, Wür-

(Hans-Ulrich Sckerl)

den Träger, politisch Verantwortliche, vielleicht auch den einen oder anderen Polizisten, die sich als Verlierer der Reform fühlen,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Die meisten! – Gegenruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist jetzt Quatsch!)

weil in ihrer Stadt, in ihrer PD keine Aufwertung erfolgt ist. Mit denen muss man vernünftig, konstruktiv diskutieren, Vorschläge machen, bis sie in diesem künftigen Prozess ihren Fähigkeiten entsprechend eingebunden werden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wer sind die Gewinner? Das können Sie nachlesen!)

Das tun wir. Wir betreiben keine Panikpolitik und treiben die Leute nicht ständig auf die Bäume,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das habt doch ihr gemacht! Das mit den Bäumen kommt nicht von uns!)

sondern wir arbeiten mit ihnen. Wir überzeugen sie und versuchen, sie als Partner für diese Reform zu gewinnen. Hohe Fachlichkeit, viele Sachargumente auf unserer Seite, reine Panikmache und verantwortungsloses politisches Handeln auf Ihrer Seite, das ist der zentrale Unterschied in diesem Haus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Andreas Glück FDP/DVP und Matthias Präfrock CDU)

Jetzt regen Sie sich künstlich über Kosten auf, die die Polizeireform vielleicht als Anschubfinanzierung verursacht. Der Minister kann Ihnen das in einer vernünftigen, seriösen Größenordnung zum heutigen Zeitpunkt gar nicht sagen,

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Wer hat denn gerade von Schulden gesprochen?)

weil der Prozess mitten in der Umsetzung ist.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Blindflug ist das!)

Aber in einigen Monaten werden Sie darüber lückenlos Bescheid bekommen. Doch eines darf Ihnen auch vorausgesagt werden: Selbstverständlich wird diese Anschubfinanzierung durch die Synergieeffekte dieser Polizeireform mittelfristig refinanziert. Darauf können Sie bauen. Daran und auch an dem Ziel „Es wird unten nicht gerüttelt; kein Revier, kein Posten wird dichtgemacht“ lassen wir uns messen.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Schauen wir einmal!)

Auch das unterscheidet diese Reform sehr wohltuend von Ihren Flickschustereien der letzten Jahre.

Beim Personal wird es einen sozial verträglichen Übergang geben. Wir werden uns darum bemühen, dass alle Beschäftigten der Polizei einen ihnen angemessenen und für sie erträglichen neuen Arbeitsplatz finden. Wir sprechen uns spätestens in einem Jahr über die erste Bilanz der Polizeireform wieder, und spätestens dann werden Sie uns zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort – –

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Entschuldigung. Für die Fraktion der FDP/DVP

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Noch gibt es die FDP!)

erteile ich Herrn Kollegen Dr. Goll das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie müssen zwischen Qualität und Quantität unterscheiden, Frau Präsidentin! – Abg. Thomas Blenke CDU: Schön, dass Sie da sind, Herr Dr. Goll!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, dafür bekomme ich jetzt zwei Minuten mehr Redezeit. Das dürfte klar sein.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Sckerl, ich glaube, dass der Argumentation „Wir sind die mutigen Reformer zum Segen aller“ demnächst ganz schön der Schwung ausgeht,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Davon träumen Sie!)

weil jeden Tag deutlicher wird – und zwar auch bei Leuten, die wie ich dieser Reform nicht a priori feindlich gesonnen sind –, dass die Ergebnisse unsinnig sind; Verzeihung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Diskutieren wir über die Auswirkungen auf die Bediensteten. Da möchte ich einen offenkundigen und einen vielleicht weniger offenkundigen Punkt, der es aber in sich hat, ansprechen.

Ich spreche zunächst den offenkundigen Punkt an. Die offenkundige Folge ist: Die Polizei kommt auf die Straße, allerdings nicht so, wie es die Reform versprochen hat, sondern auf dem Weg zu ihrer Dienststelle – also nicht, um auf der Straße Dienst zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Das ist unübersehbar. Das wird die erste Folge sein. Beispiele könnte man beliebig aneinanderreihen. So können bei der Polizeidirektion Sigmaringen nicht alle Kriminalbeamten im dortigen Kommissariat unterkommen. Diejenigen, die dort nicht unterkommen, fahren nach Friedrichshafen – 65 km, eine Stunde und 20 Minuten Fahrzeit. Ähnliches gilt für die Mitarbeiter der Kriminalpolizei der Polizeidirektion Tauberbischofsheim; sie müssen künftig nach Heilbronn.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wie war es denn mit den Schulämtern?)

Da muss man schon einmal sagen: Diese sehr, sehr langen Wege wären genau halb so lang, wenn Sie unserem Vorschlag ge-

(Dr. Ulrich Goll)

folgt wären und statt einem Drittel der bisherigen Standorte der Direktionen zwei Drittel genommen hätten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Bei dieser Reform hätte man immer noch gespart und dazu noch vernünftige Entfernungen.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Herr Kollege Sakellariou hat vorhin gesagt, es ginge nicht um grün-rote Wollust an der Reform. Aber Sie nehmen es mir nicht übel: In Ihrem Fall ist mir schon das Wort „Masochismus“ eingefallen bei dem, was Sie im Moment in Schwäbisch Hall erleben. Ich muss umgekehrt sagen: Respekt, dass Sie diese Reform nach wie vor so tapfer verteidigen. Der Kollege Sakellariou hatte in Schwäbisch Hall bereits verlauten lassen, dass die Verkehrspolizeidirektion nach Schwäbisch Hall kommen solle.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sogar in der Gemeinderatssitzung!)

Jetzt soll diese aber nach Kirchberg an der Jagst kommen, was den Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Hall, der meines Wissens Ihrer Partei angehört,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Noch!)

dazu gebracht hat, in einer Pressemitteilung wörtlich zu erklären:

(Unruhe bei der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört!)

Angesichts dieser Tatsache stellt sich die Frage nach dem Gewicht und der Glaubwürdigkeit des polizeipolitischen Sprechers der SPD-Fraktion.

(Zurufe von der CDU: Oi! – Oh!)

Ich stelle nicht die Frage, aber Ihr Parteifreund stellt sie.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer war das? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wer hat das gesagt? Das ist ja ungeheuerlich! Da gibt es eine Panne unter Sozialdemokraten!)

In der Tat! Ich habe vorher von „unsinnigen Ergebnissen“ gesprochen. Man möchte dies fast für Realsatire halten, wenn es nicht so ernst wäre.

Für den großen Bereich, in dem ich wohne, wird das Präsidium künftig in Aalen sein. Die Verkehrspolizeidirektion wird in Kirchberg an der Jagst sein,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Vorschlag ist ja nicht neu!)

und die Kriminalpolizeidirektion wird in Waiblingen sein. Also, lieber Herr Sckerl, das können Sie auch nicht mit der demografischen Entwicklung erklären. Das ist schlicht und einfach Unsinn.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haben Sie

schon einmal etwas von Polizeipräsenz in der Fläche gehört?)

Ich glaube, man darf und sollte auch nicht sagen, dass das eine Reform der Polizei in dem Sinn ist, dass sie aus der Polizei kommt. Ich finde, dass man das schon nicht mehr sagen darf, wenn von zwei einflussreichen Gewerkschaften der Polizei eine sagt: „Wir halten diese Reform für schlecht.“ Noch einen draufgesetzt hat in diesen Tagen in nicht zu überbietender Deutlichkeit der bekannte frühere Polizeifunktionär Dieter Berberich, der die Polizeireform als „irrwitzig“ bezeichnet hat. Ich will nicht in Einzelheiten gehen, aber wenn wir z. B. den Rhein-Neckar-Kreis betrachten – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sieben Jahre weg von der Polizei und glänzender Kenner? Das sind Ihre Kronzeugen?)

– Ich mache nichts anderes als – –

(Zuruf des Ministers Reinhold Gall – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zwischenrufe von der Regierungsbank! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin! – Abg. Heribert Rech CDU: Seit wann sind Zwischenrufe von der Regierungsbank erlaubt?)

– Verzeihung! Ich lege Wert darauf, dass ich in dieser Debatte nichts anderes mache, als Leute zu zitieren, die eigentlich etwas davon verstehen – das wird niemand leugnen – und die eine völlig andere Meinung vertreten als Sie, wenn Sie sagen, es sei eine Reform der Polizei.

Übrigens, Herr Sckerl, Sie kommen ja auch aus diesem Bereich. Sie müssen doch einräumen, wie kläglich der Ertrag dieser Reform ist. Ich kann es Ihnen noch einmal für den Rhein-Neckar-Kreis sagen. Da sind es im Moment etwa 1 380 Beamte, und es werden vom personellen Ertrag 20 Stellen mehr, könnte man sagen. Für 20 Stellen findet diese gesamte Reform statt. Dafür würde ich doch nicht die gesamte Landschaft umschauflern.

(Zurufe von der SPD)

Ich komme zu einem zweiten Punkt.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Frau Präsidentin, gemessen an der Redezeit des Herrn Vorredners, der auch fünf Minuten hatte,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Toleranz!)

und gemessen daran, dass ich jetzt einige Male gestört wurde, würde ich den zweiten Teil gern auch noch ausführen, es sei denn, Sie wollten es halt nicht hören.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Doch, doch!)

Der Punkt, den ich jetzt anspreche, wird unterschätzt. Sie wollen aus der Führungsspitze der Polizei, aus den Präsidien die Juristen eliminieren.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! – Abg. Martin Rivoir SPD: Was ist das für eine Wortwahl?)

(Dr. Ulrich Goll)

Das halten Sie für einen Fortschritt. Ich halte das für einen Riesennachteil,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Und die Frauen!)

zunächst deswegen, weil die einzigen weiblichen Kandidaten

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da haben Sie die Zeitung heute ganz falsch gelesen!)

auf der Strecke bleiben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Beide Präsidentinnen!)

Sie werden auch künftig, wenn Sie diese Linie fortsetzen, die offenkundig ist – dass Sie sagen: „Wir wollen da keine Juristen mehr“ –, dieses Problem konservieren. Denn Sie haben natürlich mit den Juristinnen von den Universitäten ein viel, viel größeres Reservoir für Ihre Führungskräfte, als Sie es bei denen haben, die über die Polizeiaufbahn kommen. Das heißt, Sie schaffen strukturell ein Frauenführungsproblem.

Ein letzter Punkt – dazu kann Herr Stichelberger manches sagen –: In der Justiz ist es z. B. wichtig, dass die Strafverfolgungsbehörden nicht schlechter behandelt werden als die Gerichte, weil man auf gleiche Augenhöhe achtet. Daher halte ich es für einen Riesenvorteil, dass man bei der Polizeiführung in der Vergangenheit zum Teil gar nicht gewusst hat: Ist er jetzt Jurist, oder kommt er über die Laufbahn der Polizei? Das halte ich für einen ausgezeichneten Zustand, den wir da haben.

Diesen Zustand gefährden Sie bei gleichzeitiger Degradierung der Polizeifachhochschule. Denn was dort stattfindet, sollte man sich zumindest doch noch einmal anschauen. Können Sie sich vorstellen, dass ein Polizeipräsident Rektor einer Hochschule ist? Das habe ich für einen schlechten Scherz gehalten. Dann dürften Sie an dieser Hochschule das Schild „Hochschule“ abhängen, denn die Hochschule genügt den Ansprüchen nicht mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit um zweieinhalb Minuten überzogen.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Aber gleichzeitig wollen Sie auf die Juristen verzichten. Oder wollen Sie die Juristen im Ministerium haben und in den Präsidien dann die Nichtjuristen? Auch das wird sehr ungute Zustände zutage fördern.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Minister wird es Ihnen erklären!)

Frau Präsidentin, ich bedanke mich für den Zusatz. Er hat mir Gelegenheit gegeben, einen eher verdeckten Aspekt dieser Reform, der sich aber verhängnisvoll auswirken wird, zur Sprache zu bringen. Deswegen bin ich heute mehr denn je der Überzeugung, dass diese Reform nicht nur für die Fläche schädlich ist. Sie ist auch für die Spitze der Polizei schädlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich habe normalerweise einen Blutdruck von 110 : 70.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist aber gut!
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er ist viel zu niedrig!)

Davon träumen viele von Ihnen. Das ist schon deshalb gut, weil die Diskussion, die ich gerade erlebt habe, eigentlich eher dazu taugt, den Blutdruck erheblich nach oben zu treiben. Denn das muss ich nun wirklich einmal sagen: Wir diskutieren jetzt seit ein paar Wochen über das Thema Polizeireform. Wir haben viele Diskussionen vor Ort geführt, wirkliche Diskussionen, im Gegensatz zu den Veranstaltungen, die Sie vor Ort anbieten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da waren Sie gar nicht dabei!)

Wir haben strittig, wir haben heftig diskutiert. Aber so viel Unsinn, wie ich heute von Ihnen, der Opposition, gehört habe, habe ich wirklich selten gehört. Das will ich einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Dr. Goll, insbesondere eines nehme ich Ihnen wirklich übel: Wenn Sie Formulierungen verwenden wie „Da eliminiert man Juristen“ und Ähnliches, dann finde ich dies schlicht und ergreifend nicht in Ordnung. Denn da wird niemand eliminiert in dem Sinne, wie Sie es gesagt haben,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

sondern wir machen deutlich, dass wir Spitzenpositionen in der Polizei ausschließlich nach fachlichen Kriterien besetzen. Es soll mir doch niemand unterstellen, ich sei in dem Glauben, dass juristischer Sachverstand auch in den neuen Einheiten nicht mit an vorderster Stelle platziert sein müsse. Wir alle wissen doch – da sollten wir uns gegenseitig nichts Schlechtes unterstellen –, dass gerade auch in der Polizeiarbeit juristischer Sachverstand natürlich von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Ich sage Ihnen, was wir machen werden – das haben Sie bisher, in Ihrer Regierungszeit, nämlich nicht gemacht –: Wir werden dafür sorgen, Grün-Rot wird dafür sorgen, dass zukünftig Juristinnen und Juristen – gerade auch Frauen – innerhalb der Polizei viel schneller als bisher in entsprechende Führungsfunktionen gelangen können.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Denn ich werde die Option eröffnen, dass zukünftig auch Juristinnen und Juristen über eine Zusatzausbildung in Hilstrup in entsprechende Führungsfunktionen der Polizei gelangen können. Das haben Sie nämlich bisher nicht gemacht – um das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Reinhold Gall)

Meine Damen und Herren, ich habe von Ihnen bis heute und auch am heutigen Tag keine Antworten auf die Fragen gehört, ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Innenminister – –

Innenminister Reinhold Gall: ... die sich der Polizei gegenwärtig und in der Vergangenheit gestellt haben, nämlich: Wie begegnen wir z. B. dem Sachverhalt, dass sich die Kriminalität immer stärker ins Internet verlagert? Welche Antworten geben Sie darauf? Wie werden wir dem Trend gerecht, dass sich z. B. Kinderpornografie,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

dass sich Pädophilie ins Internet verlagert? Wie reagieren Sie darauf? Welche Vorschläge haben Sie dazu? Bis heute habe ich keinen einzigen gehört.

Ich habe keine Antwort auf die Frage gehört, wie wir zukünftig flächendeckend die gleiche Qualität von Polizeiarbeit gewährleisten sollen. Fehlanzeige, bisher keine Antwort darauf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

Innenminister Reinhold Gall: Gern.

(Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Minister, Sie haben ja auch nette Seiten!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Minister, meine Zwischenfrage gestattet es Ihnen, auch einmal ein bisschen durchzuatmen und wieder etwas herunterzukommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit dem Blutdruck!)

– Blutdruck, genau, 110 : 70.

Herr Minister, erfüllen die beiden einzigen Polizeipräsidentinnen in Baden-Württemberg, die wir haben – die in Karlsruhe

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Danke schön!)

und die von Ihnen selbst eingesetzte in Mannheim –, nachdem sie im neuen Personaltableau nicht mehr erscheinen, Ihrer Ansicht nach nicht die Qualifikationsanforderungen, die Sie eben selbst genannt haben?

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Innenminister Reinhold Gall: Was das Thema „Frauen in Führungspositionen“ anbelangt, so kommt es ein bisschen albern daher, wenn sich da gerade die CDU zu Wort meldet. Das will ich einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Zählt doch einmal bei euch durch!)

Das kommt richtig albern daher. Insbesondere betrifft dieses Thema nicht nur Frauen. Das Thema betrifft vielmehr alle bis-

herigen Präsidentinnen und Präsidenten in den Landespolizeidirektionen, und zwar schlicht und ergreifend deshalb, weil wir der Auffassung sind, dass die zukünftige Spitze dieser neuen Präsidien ausschließlich von Polizeibeamtinnen und -beamten besetzt sein muss, weil diese ganz andere, auch weiter gehende Aufgaben als bislang haben werden. Das ist also kein Frauenthema an sich. Vielmehr sind von dem Thema natürlich die bisherigen Präsidentinnen und Präsidenten – davon gibt es nämlich auch zwei; die sollten Sie da vielleicht auch, und zwar nicht nur nebenbei, erwähnen – betroffen.

Jetzt fahre ich da fort, wo ich aufgehört habe. Herr Blenke, Sie haben auch keine Antwort darauf gegeben, wie wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen wollen. Sie bewegen sich immer im Heute und Hier, aber nicht im Morgen und im Übermorgen.

(Zuruf von der SPD: Vergangenheit!)

Bisher gab es dazu keine Aussage von Ihnen. Wie gesagt: Sie haben auch keine Antworten darauf, wie wir ob der Altersabgänge, die wir gegenwärtig haben, die Sie über Jahre hinweg ignoriert haben, das Wissen und die Erfahrungen dieser Beamtinnen und Beamten innerhalb der Polizei in die Zukunft transportieren wollen.

(Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Bisher alles Fehlanzeige bei Ihren entsprechenden Wortmeldungen.

(Abg. Heribert Rech CDU: Wer so schreit, macht sich verdächtig! – Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Meine Damen und Herren, morgen wird es einen Monat her sein – vier Wochen, 31 oder 30 Tage –, dass der Ministerrat in einem Beschluss das Innenministerium beauftragt hat, die Polizei grundlegend zu reformieren. Vier Wochen sind, finde ich, nicht viel Zeit.

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle vielleicht doch einmal ganz kurz anreißen, was in dieser wirklich kurzen Zeit tatsächlich geschehen ist. Das Projekt ist vollständig eingerichtet. Jetzt laufen 16 Projektgruppen plus sechs Querschnittsprojekte. Die Projektleiter und die Stellvertreter haben wir entsprechend bestimmt. Die Geschäftsstellen sind vor Ort eingerichtet, und die Gespräche nach innen, das heißt mit den Betroffenen, laufen.

Herr Goll, wenn ausgerechnet die FDP/DVP in diesem Zusammenhang Gewerkschafter zitiert,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Seien Sie doch froh!)

dann kann darüber jeder denken, was er will. Gehen Sie einfach einmal davon aus,

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

dass wir mit den Interessenvertretungen der Polizei wesentlich intensiver im Gespräch sind, als Sie dies in Ihrer Regierungszeit je gewesen sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Reinhold Gall)

Meine Damen und Herren, diese Gespräche werden auch mit Vertretern von außerhalb, mit unseren Sicherheitspartnern geführt. Ich war wiederholt in Gremien des Landkreistags, ich war wiederholt in Gremien des Städtetags, und ich war

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

– Sie sollten sich einmal erkundigen, Herr Hillebrand – wiederholt in Gremien des Gemeindetags. Informieren Sie sich einfach einmal, bevor Sie dazwischenplappern.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Wir haben eine Anhörung zu dem Thema gemacht!)

In den zurückliegenden Gesprächen haben wir – das ist meine Einschätzung – in 80 bis 90 % der Punkte, über die ursprünglich strittig diskutiert wurde, Einvernehmen erzielt. Lesen Sie doch einfach das, was die Spitzen des Landkreistags, des Gemeindetags und des Städtetags zu diesem Thema sagen. Im Kern wird diese Reform von ihnen nämlich nicht infrage gestellt. Im Kern wird diese Reform von allen drei kommunalen Landesverbänden unterstützt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zumindest wird zur Kenntnis genommen, dass wir ausreichend Fachargumente für diese Reform haben.

(Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pröfrock?

Innenminister Reinhold Gall: Auch gern.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Minister, wie bringen Sie diese Aussage in Einklang mit der Aussage des Vertreters des Landkreistags, der bei einer Anhörung der FDP/DVP- und der CDU-Fraktion ausgeführt hat, dass er keine Reform in diesem Land kenne, bei der Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinanderklaffen würden wie bei dieser Reform?

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Innenminister Reinhold Gall: Die Person, die Sie ansprechen, ist der Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, ein Parteifreund von Ihnen. Dass er bei diesem Thema nicht nur außerordentlich unsachlich, sondern zum Teil polemisch argumentiert, sollte auch bekannt sein. Einen anderen haben Sie wahrscheinlich nicht gefunden, den Sie in Ihrer Anhörung anhören konnten. Ich habe deshalb von den Gremien gesprochen. Die Meinung der Gremien ist letzten Endes eine Verbandsmeinung. Das heißt nicht, dass grundsätzlich immer alle damit einverstanden sind, sondern innerhalb dieser Gremien gibt es auch differenzierte oder gar abweichende Meinungen. Das ist übrigens wie bei Ihnen in der CDU-Fraktion auch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Das müssen Sie den nicht fragen! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Minderheitsmeinung!)

Wenn ich ganz neu zur Kenntnis nehme, welche Position z. B. Ihr Fraktionsvorsitzender zum Thema Vorratsdatenspeicherung einnimmt, dann bin ich mir relativ sicher, dass nicht die ganze CDU-Fraktion dahintersteht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Blattschuss!)

Kollege Blenke, Sie haben heute wieder zwei Begriffe erwähnt, bei denen ich dachte, dass wir diese Art der Auseinandersetzung bei dem Thema längst überwunden hätten: Sie haben von „Schweinsgalopp“ und von „Geheimzirkeln“ gesprochen. Ich bin nahezu jeden Tag wieder davon beeindruckt und zum Teil auch überrascht, wie die Beteiligten bereits an der Umsetzung dieses Projekts arbeiten. Da geht es nicht um Geheimzirkel; da wird außerordentlich transparent gearbeitet. Das wird auch nicht im Schweinsgalopp gemacht. Sie diskreditieren diese Arbeit der Beamtinnen und Beamten, die mit einem außerordentlich hohen Einsatz daran arbeiten, diese Reform voranzubringen, zumindest die Grundlage dafür zu schaffen, dass am Ende des parlamentarischen Prozesses diese Reform auch umgesetzt werden kann. Ich bitte ausdrücklich darum, dies nicht als Schweinsgalopp zu bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, natürlich weiß ich und wissen alle, die in diesen Projekten arbeiten, dass dies ein langer Weg ist. Solch eine große Reform schüttelt man nicht einfach aus dem Ärmel; das sollten Sie nicht vergessen. Auf diesem Weg mag es – das will ich ausdrücklich sagen – auch Hindernisse geben; das ist überhaupt keine Frage. Dabei mag es vielleicht auch den einen oder anderen Rückschlag geben. Dass es auf diesem Weg auch Diskussionsbedarf gibt, weiß ich natürlich auch. Dass es an der einen oder anderen Stelle auch kritische Entscheidungen geben wird, die nicht allseits Zustimmung finden, aber mehrheitsfähig sein werden, ist klar. Wir arbeiten intensiv daran, die Ziele zu erreichen, die wir uns vorgenommen haben.

Meine Damen und Herren, worum geht es eigentlich bei dieser Reform? Ich will dies ausdrücklich noch einmal in Erinnerung rufen: Es geht in erster Linie darum, trotz einer, gelinde gesagt, ernüchternden Ausgangssituation, einer schwierigen Lage der Polizei, die wir im Mai des letzten Jahres, als wir die Regierung übernahmen, vorgefunden haben, das Niveau der Polizeiarbeit aufrechtzuerhalten und für die Zukunft entsprechend zu gewährleisten, und es geht, wie ich eingangs bereits gesagt habe, darum, uns den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Ich weigere mich, so, wie Sie es gemacht haben, einfach weiterzuwursteln und Löcher zu stopfen, wie es der Kollege Sckerl gerade in aller Deutlichkeit gesagt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Das hat er gut gesagt, der Kollege Sckerl!)

Meine Damen und Herren – das können Sie schlicht und ergreifend nicht beiseiteschieben –, die Polizei hat ihre Lage selbst analysiert; sie hat auch Lösungswege aufgezeigt und mir und meinem Haus sowie der Regierung insgesamt entsprechende Vorschläge unterbreitet. Die Polizei hat für ihre Vorschläge politische Rückendeckung erhalten; die Polizei hat sich auf den Weg in die Zukunft gemacht.

Meine Damen und Herren, wenn man die wortgewaltigen Ausführungen meiner Vorredner, zumindest der von CDU und FDP/DVP, gehört hat, könnte man tatsächlich den Eindruck gewinnen, dass Sie es sich in den zurückliegenden Wochen

(Minister Reinhold Gall)

zu einer Hauptaufgabe gemacht haben, sich um die Belange der Polizei zu kümmern.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir kümmern uns ums Land! – Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Sie haben, denke ich, wirklich Kraft und Anstrengung aufgewandt, um vor Ort zu diskutieren – aber, wie ich heute wieder einmal gemerkt habe und wie schon häufig deutlich festzustellen war, nicht entlang der Sache, sondern abseits von ihr. Sachargumente bringen Sie nämlich kaum vor. Es steckt viel Polemik hinter Ihren Argumenten, aber den Themen, derer wir uns annehmen müssen, haben Sie sich mit keinem Jota und nicht auch nur ansatzweise genähert.

Sie haben Besuche vor Ort absolviert, und Sie haben, wie ich finde, gelegentlich mit Mitteln gekämpft, die nicht ganz fair waren. Da werden Termine mit Projektverantwortlichen vereinbart, dann werden Journalisten mitgebracht, obwohl dies zuvor nicht abgesprochen war – da war z. B. Ihr Fraktionsvorsitzender dabei –, dann wird der Journalistin vor Beginn des Gesprächs eine vorbereitete Pressemitteilung zur Kenntnis gegeben.

(Abg. Walter Heiler SPD: Unglaublich!)

Was dies mit einer sachgerechten Diskussion und Auseinandersetzung zu tun hat, weiß ich nicht. Wenn das Ihr Stil sein sollte – – Unser Stil ist das jedenfalls nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben ebenso versucht, Solidaritätskundgebungen vor Ort zu organisieren – auch das, wie ich meine, mit bescheidenem Erfolg. Denn die Bürgerinnen und Bürger gehen Ihnen nicht auf den Leim.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: 13 000 Unterschriften im Rems-Murr-Kreis in drei Tagen!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, dass diese Reform auch ihnen zugutekommt. Sie sprechen immer so gern von Gewinnern und Verlierern. Das ist nicht gerade meine Sprachregelung. In der Politik sollte es nicht unbedingt immer nur Gewinner oder Verlierer geben. Aber wenn wir denn von Gewinnern reden, dann sind – das will ich Ihnen ganz einfach sagen – die Bürgerinnen und Bürger Gewinner dieser Reform. Denn deren Sicherheit werden wir mit dieser Reform auch in Zukunft sicherstellen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Minister, sind Sie denn bereit, sich auch mit diesen Themen mit der Öffentlichkeit und in der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen,

(Zuruf von der SPD: Natürlich!)

oder tun Sie dies wie bisher nur in Dienstbesprechungen, hinter verschlossenen Türen?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir haben öffentliche Veranstaltungen gemacht! Da hat man Ihren Minister früher nie gesehen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Ich frage doch. – Sind Sie des Weiteren bereit, Ihre Maulkorbpolitik gegenüber kritisch eingestellten Polizeibeamten zurückzunehmen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Innenminister Reinhold Gall: Herr Hauk, lassen Sie uns so verbleiben: Nennen Sie einfach einmal diejenigen, die da angeblich einen Maulkorb erhalten haben.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Das wird Ihnen helfen! – Zuruf von der CDU: Das werden wir tun!)

– Da bin ich wirklich gespannt; denn ich führe gelegentlich Gespräche mit denen, von denen Sie behaupten – natürlich immer nur hinter vorgehaltener Hand –, ich oder wer auch immer hätte ihnen einen Maulkorb verpasst. Da stellt sich dann die Situation völlig anders dar.

Herr Hauk, ja, natürlich; wir haben – das ist aber keine Neuigkeit – zwischenzeitlich – ich, weitere Projektverantwortliche, die Spitze meines Hauses – rund 120 Termine – 120 Termine! – vor Ort wahrgenommen, die meisten davon öffentlich.

(Abg. Walter Heiler SPD: So ist es!)

Das geschah z. B. in Veranstaltungen, die von einer Partei oder von der Polizei selbst organisiert waren. Wir waren in Sitzungen des Kreistags, wir waren in Gemeinderatssitzungen, und wir waren, wie gesagt, in anderen öffentlichen Diskussionen,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Beispiellose Offensiven waren das!)

veranstaltet von Zeitungen oder von Interessenverbänden.

Wir waren auch in nicht öffentlichen Sitzungen, etwa in Personalversammlungen. Dabei geht es nicht nur um die angesprochenen vier großen Regionalversammlungen. Ich selbst war z. B. in Schwäbisch Hall – um Ihnen das einmal ganz deutlich zu machen –, wo wir vor Ort diskutiert haben. Auch von dort kann ich Ihnen schlicht und ergreifend als Ergebnis mitbringen – obwohl die Sitzung nicht öffentlich war –, dass in weiten Bereichen die Kernreform nicht kritisiert wurde. Gerade in Personalversammlungen ging es – verständlicherweise; das sage ich ausdrücklich – um die Interessen der einzelnen Beschäftigten. Da habe ich zumindest den Eindruck, dass die Beschäftigten wissen, dass ihre Interessen bei uns besser aufgehoben sind als bei Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich finde auch – das will ich schon noch einmal sagen –,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

es wäre ganz gut gewesen, Sie hätten sich in den zurückliegenden 15 Jahren so um die Polizei gekümmert, wie Sie dies gegenwärtig tun. Innerhalb dieser 15 Jahre wurde nämlich

(Minister Reinhold Gall)

wiederholt von der Polizei selbst dargelegt – deshalb war es eigentlich schon hinlänglich bekannt –, wo von der Polizei selbst Veränderungsbedarf gesehen wird, was die strukturellen Probleme anbelangt, was die finanziellen Probleme anbelangt, was die technische Ausstattung anbelangt und, und, und. Das wussten Sie, meine Damen und Herren, und das wussten – da bin ich mir ganz sicher – meine Vorgänger im Amt auch ganz genau. Sie sollten sich einfach einmal die Mühe machen, all das, was dort an Papieren erstellt worden ist – im Innenministerium, im Staatsministerium –, entsprechend – –

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Schicken Sie es uns zu, dann gucken wir es uns an!)

– Die stammen doch zum Teil aus Ihrer Feder.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Meiner?)

Sie haben sie doch zur Kenntnis genommen. Der Polizeibeirat der CDU hat dies vorgelegt, die Fraktion hat dort entsprechende Informationen eingebracht,

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Ich lese die Papiere!)

die Polizei hat entsprechende Vorschläge gemacht. Das war Ihnen doch bekannt. Darüber wurde doch zumindest in den Facharbeitskreisen diskutiert. Da waren Sie natürlich noch nicht dabei; aber da Sie aus dem Haus des Innenministeriums kommen, sollten Sie es zumindest wissen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Aha!)

Meine Damen und Herren, führen Sie sich doch diese Papiere, die da auf den Tisch gelegt wurden, einfach noch einmal zu Gemüte. Sie beschreiben nämlich in einer, wie ich finde, nahezu unglaublichen Deutlichkeit und Genauigkeit die Probleme der Polizei, die damals tatsächlich zum Teil noch in die Zukunft gerichtet gesehen wurden. Heute sind sie aber Realität. Deshalb müssen wir jetzt reagieren. Es wäre vernünftiger, es wäre viel gescheiter gewesen, Sie hätten schon in der Vergangenheit die Weichen entsprechend gestellt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Genau!)

Meine Damen und Herren, wenn ich mir heute diese Vermerke, diese Gutachten mit den politischen Vermerken anschau, dann – das will ich gern sagen – kommt tatsächlich auch mein Blutdruck entsprechend in Wallung,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Noch mehr?)

weil darin nämlich mit einer Ignoranz all diese Vorschläge abgebügelt wurden, wie ich es mir gar nicht vorstellen kann. Denn dies waren im Prinzip Vorschläge der Fachebene. Diese sollte man politisch nicht immer einfach beiseitewischen.

Deshalb will ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, welchen Rucksack Sie eigentlich unserer Polizei und der grün-roten Landesregierung im Bereich der Polizei hinterlassen haben. Ich will es relativ kurz machen: Sie haben über viele Jahre hinweg überhaupt keine politische Reaktion gezeigt, was die Schieflage der Personalstruktur anbelangt. Die Vorredner haben darauf hingewiesen, wie sich diese in den kommenden Jahren entwickeln wird und dass wir jetzt im Prinzip mit

Hochdruck – z. B. mit der Maßnahme, die wir gemacht haben – daran arbeiten müssen,

(Abg. Matthias Präfrock CDU: 800er-Regelung?)

für dieses Haushaltsjahr 50 % mehr Anwärter einzustellen. Das haben Sie nämlich in dieser Form nicht gemacht,

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Aber die 800 gab es doch? – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

obwohl es dringend notwendig gewesen wäre, meine Damen und Herren.

300 Millionen € Investitionsstau und Investitionsdefizit – auch das will ich jetzt noch einmal in Erinnerung rufen, obwohl ich dies in der Vergangenheit immer sehr verhalten getan habe, Herr Kollege Blenke – waren das, was uns auf den Tisch gelegt wurde, als wir im vergangenen Mai in Regierungsverantwortung gekommen sind: 172 Millionen € an nicht finanzierten Projektkosten beim Digitalfunk, zudem eine mittelfristige Finanzplanung mit stetig sinkenden Personal- und Finanzbudgets. Ich habe die Zahlen dabei. Wenn Sie es wissen wollen, nenne ich Ihnen gern die Größenordnungen, in denen Sie die dezentralen Budgets in den Direktionen für die Dienststellen vor Ort in den zurückliegenden Jahren massiv heruntergekürzt haben: Für die dezentralen Budgets sanken die Beiträge von über 60 Millionen € auf jetzt knapp über 50 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Um 12 Millionen € haben Sie diese Budgets gekürzt und sie so auch in der mittelfristigen Finanzplanung entsprechend verortet.

(Zuruf des Abg. Konrad Epple CDU)

Das sind die Ausgangslagen, meine Damen und Herren, die uns u. a. veranlasst haben, diese Reform anzugehen. Von irgendwelchen Kleinigkeiten, etwa Finanzlücken bei der Umsetzung der Einführung der neuen Uniform, will ich da einmal gar nicht reden angesichts der Summen, die an anderer Stelle zu nennen sind.

Bei einer solchen Ausgangssituation, meine Damen und Herren, überhaupt nur daran zu denken, dass wir es beim Status quo belassen könnten, beim Stand, wie wir ihn heute haben, halte ich schlicht und ergreifend für abenteuerlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Matthias Präfrock CDU: Das will doch niemand! – Abg. Thomas Blenke CDU: Hat das jemand von uns gesagt?)

– Herr Präfrock, schön, dass Sie den Zwischenruf machen, dass Sie gar nicht beim Status quo stehen bleiben wollen.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: So ist es!)

Das gibt mir nämlich die Gelegenheit, auf den Versuch einzugehen, den Sie, die CDU-Fraktion, Mitte März dieses Jahres unternommen haben, um in der Öffentlichkeit das zu verkaufen, was Sie als Eckpunkte für eine zukünftige Polizeireform sehen würden. Als Kern war nämlich vorgesehen, dass Sie, wie wir im Prinzip auch, die Landespolizeidirektionen auflösen, dass Sie aber die Abteilung 3 aus dem Innenministerium

(Minister Reinhold Gall)

herauslösen wollen, quasi als eine Art Sonderbehörde – etwas, was Sie in anderen Bereichen mit Ihrer Verwaltungsreform längst abgeschafft haben. Dort hätten Sie wieder eine Sonderbehörde eingeführt, und dort wollten Sie im Prinzip den Unterbau der Polizei wieder andocken. Das war Ihre Reform, die Reform, die Sie vorgeschlagen haben.

Als ich davon gehört habe, habe ich mich gefreut, Herr Präfrock, dass auch Sie die grundsätzliche Notwendigkeit einer Polizeireform sehen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich habe mir dann aber die Frage gestellt: Warum haben Sie diese dann nicht längst auf den Weg gebracht? Sie haben sich schlicht und ergreifend politisch nicht getraut, obwohl es fachlich und sachlich dringend notwendig gewesen wäre.

Ich habe mein Haus nun in der Tat gebeten, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob ein solches Modell aus unserer Sicht, aus der Sicht der Polizei vielleicht doch denkbar wäre. Die Antwort aus meinem Haus habe ich relativ schnell erhalten; das hat mich ein bisschen gewundert, denn ich hatte eine sorgfältige Prüfung angeordnet.

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

Es ging aber deshalb so schnell, weil die Mitarbeiter sagten: Über das alles wurde bereits zu Zeiten der damaligen Landesregierung diskutiert. Man hatte sich also damit schon befasst.

Herr Kollege Rau, der damals, im Jahr 2010, im Staatsministerium war, wird es wissen: Sie sind damals im StaMi angetreten – am Innenministerium vorbei –, um für diese Vorschläge die entsprechende politische Unterstützung von der Spitze der Regierung zu erhalten.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Hört, hört! – Abg. Georg Nelius SPD: Ach!)

Dort hat man Sie schlicht und ergreifend auflaufen lassen. Es hat niemanden interessiert. Mir wurde bekannt, dass diesem Modell auf Geheiß des Ministerpräsidenten kein Erfolg bescheinigt wurde.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Deswegen weiß der Rech nichts davon!)

Sie haben nichts anderes getan, als alten Kaffee aufzuwärmen. Heute möchten Sie es als großartigen Reformgedanken verkaufen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, nach dieser Aktion war mir klar: Sie sind gar nicht gewillt, sich mit uns in der Diskussion hierüber halbwegs seriös auseinanderzusetzen. Sie wissen, warum Sie es nicht machen: Auf der sachlichen Ebene können Sie einfach schlicht und ergreifend nicht mithalten.

Sie, Herr Hauk, ziehen durch das Land – Sie an erster Stelle –, mit gelegentlicher Unterstützung durch die Bundesebene. Herr Binninger und Herr Kauder melden sich gelegentlich aus dem fernen Berlin zu Wort und meinen, Sie etwas auf Vordermann bringen zu müssen, weil Ihr Widerstand nach ihrem Ge-

schmack nicht groß genug ist. Das will ich aber gar nicht bewerten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und in der Zeit den Blutdruck runter!)

Abg. Peter Hauk CDU: Ich frage Sie, was Sie inhaltlich zu unserer Kritik bezüglich der Bewertung der Entfernung, zur zeitlichen Komponente – vor allem für die Kriminalbeamten – sagen. Ich gehe jetzt von meinem Landkreis aus: Im Prinzip ziehen zehn Posten aus dem Stab nach Heilbronn, aber aus dem operativen Geschäft der Verkehrspolizei, der Kriminalpolizei werden 40 Stellen abgezogen, die in der Fläche nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Polizeibeamten haben längere Anreisen.

(Abg. Georg Nelius SPD: Stimmt nicht! Nicht einmal das stimmt!)

Es wäre uns ganz recht, wenn Sie dazu etwas sagen und vielleicht auch manche Merkwürdigkeiten Ihrer Standortentscheidung begründen könnten. Warum wählen Sie beispielsweise Konstanz, obwohl kein Mensch diese Wahl begründen kann?

(Zuruf von den Grünen: Doch!)

Deshalb, Herr Minister, gibt es auch die Fragen zu manchen Standortentscheidungen.

Auch Ihre Mitarbeiter bei der Polizei – Sie haben ein gewaltiges Beförderungsprogramm; Beförderungen nach B 3 und höher –, die dieses Reformkonzept entworfen haben, finden auf die Frage nach mancher Merkwürdigkeit keine Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Innenminister Reinhold Gall: Herr Kollege Hauk, Sie bestätigen, was ich eigentlich gerade sagen wollte. Sie ziehen durchs Land – das tun Sie gerade aufmunitioniert wieder – und führen fachlich schlicht falsche, rein populistische Argumente ins Feld.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ach was!)

Wir haben versucht, Ihnen auf der sachlichen Ebene die Zuschnitte zu begründen, die Wahl für die neuen Standorte der Präsidien – das haben wir wiederholt getan – deutlich zu machen: Sie wollen diese Argumente aber einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Georg Nelius SPD: Er will es nicht!)

Ich bitte Sie: Laden Sie mich doch einfach noch einmal in Ihre Fraktion ein. Dann können wir in aller Ausführlichkeit –

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

– Herr Präfrock, wenn ich Sie wäre, würde ich mir die eine oder andere Zwischenbemerkung ersparen; denn diese spre-

(Minister Reinhold Gall)

chen nicht für Sie. Ich habe nämlich auch andere Äußerungen aus Ihrer Fraktion gehört.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Er blamiert sich halt!)

Nennen Sie mir ein einziges Beispiel dafür, dass die vorherige Landesregierung versucht hat, über ein Reformvorhaben überhaupt einmal mit einer Oppositionsfraktion zu argumentieren. Das haben Sie doch nie gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist doch eine Unverschämtheit, mir dann solche Vorwürfe zu machen. Sie leiden doch noch immer unter dem Dilemma, dass Sie bei den Reformvorhaben Ihrer eigenen Regierung niemals beteiligt worden sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wer hat Sie denn – um das einmal deutlich zu machen – an der Verwaltungsreform beteiligt? Wie sind Sie denn daran beteiligt worden?

Deshalb sage ich ausdrücklich – um auch dem Kollegen Hauk eine Antwort zu geben –: Ich bin bereit, alle zwölf Standorte zu nennen, aber ich denke, dafür ist jetzt gar keine Zeit mehr.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Doch! – Abg. Peter Hauk CDU: Die Frage war konkret! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ganz konkret!)

– Ja, soll ich denn alle zwölf Standorte – –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie antworten nicht auf unsere Fragen!)

– Okay. Ich habe Zeit; keine Frage.

Was die Zuschnitte und die Gebietszuständigkeiten der neuen Präsidien und die Standorte anbelangt – die Präsidien habe ich genannt –, haben wir das in erster Linie immer an der Kriminalstatistik entlang entwickelt. Wir haben Verkehrsstatistiken zugrunde gelegt, wir haben Kriminalitätsbeziehungen zugrunde gelegt. Kriminalgeografische Beziehungen lassen Sie immer völlig außer Acht. Sie denken immer nur in Landkreisen und in Regionen, in Regierungsbezirksgrenzen. Wir, die Polizei, denken aber in kriminalgeografischen Grenzen, und die haben mit den übrigen Grenzen meist nichts gemeinsam.

Nach diesen Festlegungen haben wir dann u. a. noch geschaut, welche Investitionen denn erforderlich wären, was bauliche Maßnahmen, was die Unterbringung dieser neuen Einheiten anbelangt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Polizeischule Wertheim? Freiburg?)

– Nicht alle Fragen auf einmal! Ich kann nur eine nach der anderen beantworten.

Dann haben wir darauf geschaut, durch welche Entscheidung wir wie viele Beschäftigte – die Ihnen offensichtlich doch auch am Herzen liegen – in Bewegung setzen müssten. Dies haben wir in einer Abwägung gemacht, zugegebenermaßen in

den unterschiedlichen Regionen auch mit unterschiedlicher Gewichtung. Aber Sie können uns jetzt nicht vorwerfen, wir würden die Interessen der Beschäftigten außer Acht lassen. Bei der einen oder anderen Entscheidung haben wir darauf geachtet, wie viele Personen denn eigentlich betroffen sind, und haben dann den Lösungen den Zuschlag gegeben, bei denen am wenigsten Betroffene bei der Polizei zu verzeichnen gewesen sind.

Dies ist also, wenn man so will, in einer Abwägung und nicht nur in einer statischen Vorgabe, die das Innenministerium gemacht haben soll – wie es gelegentlich unterstellt wird –, festgelegt worden.

Wissen Sie, Frau Gurr-Hirsch – jetzt ist sie nicht anwesend –, bei dem Hinweis, Konstanz hätte man den Grünen zuliebe gemacht, Ludwigsburg dem Schmiedel zuliebe,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl!)

frage ich mich einfach – –

(Zuruf von der CDU: Tuttlingen!)

– Ja, und Tuttlingen dem Landtagspräsidenten zuliebe. Super.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Solch ein Unfug! Dass diese Entscheidungen völlig abseits dieses „irgendjemandem zuliebe“ oder abseits politischer Verflechtungen getroffen wurden, das merkt man schlicht und ergreifend daran

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– ja; Sie haben es doch zitiert; Sie sind doch selbst Kronzeuge dafür, dass diese Argumentation Unfug ist –, dass die Zahl der Menschen, die das Parteibuch meiner Partei haben, mindestens so groß ist – das heißt, so klein in der Summe – wie die, die mit Ihrem Parteibuch diese Reform kritisieren. Es ist also schlicht und ergreifend Unfug, auf dieser Ebene zu diskutieren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da sind aber herausgehobene Persönlichkeiten dabei!)

Meine Damen und Herren, ich will einfach noch einmal Folgendes in Erinnerung rufen – weil Sie ja versuchen, Ängste zu schüren, was die Präsenz in der Fläche anbelangt –: Die Zusage gilt, dass 146 Polizeireviere im Land bleiben; diese werden wir personell verstärken.

Herr Dr. Goll, das Wort „unsinnig“ zu verwenden, was die Effizienzrendite anbelangt, halte ich auch nicht für angebracht. Ich kenne ausschließlich Revierleiterinnen und Revierleiter, die für jede Stelle, für jede Person, die wir ihnen vor Ort geben, außerordentlich dankbar sind.

Sie sollten auch wirklich nicht außer Acht lassen: Wenn wir „Effizienzgewinne“ rekrutieren können, um genau die Bereiche zu stärken, in denen wir bisher personell und technisch einfach nicht gut aufgestellt sind – ich habe den Themenbereich „Verlagerung von Kriminalität ins Internet“ deutlich gemacht –, dann blenden Sie das völlig aus. Es dann noch als „Unsinn“ zu bezeichnen, dies zum Ziel zu haben, finde ich nicht in Ordnung.

(Minister Reinhold Gall)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Peter Hauk CDU: Und was ist mit den Themen Zeitfaktor, Entfernungen? Keine Antwort!)

– Noch einmal, Herr Hauk: Ich bin dazu wirklich gern bereit, aber – wie gesagt – das haben wir bei anderen Diskussionen hier auch schon erlebt.

Worauf kommt es dem Bürger an? Der Bürger möchte – das ist der entscheidende Zeitfaktor bei der ganzen Diskussion –, wenn er den Notruf 110 wählt, dass die Polizei schnell zu Hilfe eilt. Das ist der Anspruch,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl! Das ist jetzt schon gut!)

den die Bürgerinnen und die Bürger haben, und das werden wir gewährleisten. Wir werden dies zukünftig noch besser gewährleisten können, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Weiter erwartet der Bürger, dass er dann qualifiziert Hilfe bekommt. Das heißt, z. B. mit der Einrichtung eines Kriminaldauerdienstes – –

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

– Herr Hillebrand, dann beschäftigten Sie sich doch einfach einmal mit der Frage: Was bedeutet Kriminaldauerdienst inhaltlich? Das haben wir nämlich bisher im Land nicht flächendeckend; wir haben es überhaupt nicht flächendeckend; das haben wir im Land nur vereinzelt. Deshalb werden wir gewährleisten, dass Sachverstand dann vor Ort kommt, wenn vor Ort dieser Sachverstand gebraucht wird. Das werden wir – da bin ich mir ganz sicher – in weiten Teilen des Landes mindestens im gleichen Zeitintervall erreichen, wie dies mit den bisherigen Bereitschaftsdiensten der Fall ist.

Zum Thema Effizienz, was Bereitschaftsdienste angeht: Fragen Sie doch einfach einmal meinen Vorgänger, was diese Bereitschaft uns tatsächlich an Personal bindet und welche Kosten sie verursacht. Denn diejenigen, die an bis zu 30 Wochenenden im Jahr Bereitschaftsdienst haben, haben einen Anspruch auf Freizeitausgleich und fehlen dann bei der täglichen Arbeit. Das ist übrigens auch mit Mehrkosten verbunden. Wir müssen auch die finanziellen Rahmenbedingungen – insbesondere Kollege Sckerl hat darauf hingewiesen – bei diesen Reformen berücksichtigen.

Letzte Bemerkung zu den Kosten, meine Damen und Herren, die ich veranschlagen möchte: Sie haben in den zurückliegenden Jahren rund 1 000 Stellen bei der Polizei abgebaut.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Diese Stellen bräuhete die Polizei heute wirklich außerordentlich dringend.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine Unwahrheit!)

Es steht außer Frage: Wir können diese Mitarbeiter nicht auf dem Markt rekrutieren; wir hätten auch Probleme, sie entsprechend zu bezahlen. Wenn wir diese 1 000 Menschen zusätzlich einstellen und entsprechende Stellen schaffen würden, müssten wir pro Jahr etwa 70 bis 80 Millionen € in die Hand

nehmen. Die haben wir schlicht und ergreifend nicht. Auch deshalb ist es erforderlich, diese Reform auf den Weg zu bringen.

Wir werden Anschubkosten finanzieren müssen. Das werden wir Ihnen so bald wie irgend möglich detailliert im Parlament deutlich machen, wenn der parlamentarische Prozess in Gang gesetzt wird. Das erfolgt über die Gesetzesfolgenabschätzung; das ist überhaupt keine Frage. Sie haben auch einen Anspruch darauf.

Wir werden in diesem Zusammenhang gegenüberstellen, wie wir durch diese Reform Investitionen vermeiden können, wie wir für eine sinnvolle Technikausstattung sorgen können, welche baulichen Investitionen wir bei der jetzigen Struktur tätigen müssten – Stichwort Ravensburg und, und, und. Das muss dann natürlich gegengerechnet werden. Dann werden Sie sehen, dass die Investitionskosten – da bin ich mir relativ sicher – weit, weit niedriger sind, als dies gegenwärtig einfach als Prognose in den Raum gestellt wurde. Wenn wir diese Prognose überschreiten würden, würden Sie dies auch wieder als Kritikpunkt hernehmen.

In diesem Sinn, meine Damen und Herren: Herr Hauk, ich nehme die Möglichkeit gern wahr, auch mit Ihrer Fraktion noch einmal inhaltlich sachlich zu diskutieren und dort, wo echter Informationsbedarf besteht, dem auch nachzukommen. Nehmen Sie mein Angebot einfach an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Herr Innenminister die Redezeit der Fraktionen um 50 % überschritten hat, bekommt jede Fraktion zusätzlich drei Minuten Redezeit.

(Unruhe)

Das Wort erhält Herr Abg. Blenke. Die CDU-Fraktion hat ohnehin noch viereinhalb Minuten Restredezeit.

(Zurufe der Abg. Walter Heiler SPD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn er während der Zeit, in der er die Redezeit der Fraktionen überschritten hat, wenigstens einmal konkret Fragen beantwortet hätte – aber das hat er nicht getan –,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

wäre uns das sehr recht gewesen.

Herr Minister und auch liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Sie haben ein Problem: Sie können mit Kritik nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau! So ist es! – Abg. Walter Heiler SPD: Mit Kritik schon!)

Sie müssen sich allmählich einmal daran gewöhnen, dass Sie Ihre Politik vor uns und auch vor den Bürgerinnen und Bür-

(Thomas Blenke)

gern begründen und auch rechtfertigen müssen. Sie sollten es nicht als persönlichen Angriff und als Beleidigung empfinden, wenn wir uns kritisch mit Ihren Vorhaben auseinandersetzen.

Wir möchten einfach einmal sagen: Es ist ja nicht so, dass sich nur die CDU und die FDP/DVP hier im Landtag kritisch mit Ihrer Reform auseinandersetzen, Herr Minister. Sie haben selbst gesagt, dass sich auch Ihre Parteifreunde im Land – in der Fläche, dort, wo welche vorhanden sind – zum Teil kritisch damit auseinandersetzen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich nenne z. B. den OB von Schwäbisch Hall. Ich kenne auch einen Brief des Oberbürgermeisters von Pforzheim. Das ist auch ein Parteifreund von Ihnen, der an den Ministerpräsidenten und, glaube ich, auch an Sie einen langen Brief geschrieben hat. Daraus will ich nur einen einzigen Satz zitieren: „Das lassen wir uns nicht gefallen.“ Das nehmen Sie nicht ernst? Sind Sie auch beleidigt, wenn Ihre eigenen Parteifreunde so etwas sagen?

Sie müssen die geäußerte Kritik zur Kenntnis nehmen und die berechtigten Fragen, die gestellt werden, bitte beantworten. Sie sollten nicht immer nur beleidigt reagieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Standardantwort ist erst einmal: „Erblast; das haben wir von Ihnen so übernommen“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ein Formular!)

– das ist ein Formular –, und bei der Polizeireform kommt von Ihnen, Herr Minister, noch hinzu – das weise ich nochmals von mir; ich habe es schon mehrfach gesagt –, wir würden die Arbeit der handelnden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizeiführung, die die Projekte bearbeiten, die in der Projektgruppe waren, die jetzt in den Umsetzungsgruppen sind, diskreditieren. Dies tun wir nicht.

(Minister Reinhold Gall: Wen meinen Sie denn mit „Geheimzirkel“? Ich leite doch keinen Zirkel! Wen meinen Sie denn mit „Mitglied in der Führungsmannschaft“, wie Herr Goll gesagt hat? Wen meinen Sie damit? – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Sie schreien da vorn herum! – Abg. Heribert Rech CDU: Oberpeinlich! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt komm runter, sonst bleibt der Blutdruck!)

– Das sage ich Ihnen doch gerade. Wir meinen damit: Die Arbeit, die geliefert wird, ist hervorragend. Es sind qualifizierte Leute, aber sie arbeiten in Ihrem Auftrag. Die Projektgruppe hat dieses Heft, das Sie am 25. Januar vorgestellt haben, mit einer Zeitvorgabe von drei Monaten – dann hat sie vier Monate gebraucht; auch das finde ich noch „brutal“ schnell – hinter verschlossenen Türen in irgendwelchen Klausurtagungen in Schwenningen mit 15 Leuten – oder wie viele darin waren, die heute Präsidenten werden – erarbeitet. Da ist nichts nach außen gedrungen, da durfte nichts hinein. Niemand durfte etwas sagen. Selbst der Minister hat die ganze Zeit behauptet, er wisse nichts. Das meine ich mit „Geheimzirkel“. Das hat nichts mit Ihrer selbst gewählten Kultur der Bürgerbeteiligung zu tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn ein Oberbürgermeister bei einer Podiumsdiskussion, bei der ich dabei war, gegenüber dem Vertreter des Ministeriums – Sie waren nicht selbst dort – sagt: „Wir sind es nicht gewohnt, dass wir bei solchen grundlegenden Reformen, die uns berühren, in keiner Weise einbezogen werden“, dann zur Antwort bekommt:

(Glocke der Präsidentin)

„Seien Sie ganz beruhigt, wir werden Sie schon informieren, wenn die Entscheidung gefallen ist“ – – So ist es geäußert worden; ich saß dabei.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Blenke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Thomas Blenke CDU: Von ihm besonders gern, denn er hat schon einen sehr weiterführenden Vorschlag gemacht, was Lörrach betrifft.

Bitte schön, Herr Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege Blenke, Sie haben „Geheimzirkel“ bei der Vorbereitung der Reform erwähnt. Das bringt mich auf eine Idee. Können Sie kurz erläutern, wie damals Herr Teufel seine Verwaltungsreform vorbereitet hat?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zumindest hat er es mit dem zuständigen Arbeitskreis und der Fraktion besprochen! Der AK-Vorsitzende der SPD hat ja bis zur Verkündung nichts davon gewusst!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Ich sage jedenfalls, Kollege Winkler: Wenn die Landesregierung für sich in Anspruch nimmt, eine Bürgerregierung zu sein – „Gehörtwerden“ und alle diese Phrasen, muss man mittlerweile sagen –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sprüche!)

– Sprüche –, hätten wir erwartet, dass Sie auch in der Konzeptionsphase externen Rat von Betroffenen, z. B. von den Bürgermeistern, den Landkreisen, den Regionen, einbeziehen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Haben wir doch!)

Dies hat nicht stattgefunden. Wenn dann ein Oberbürgermeister von einem Mitarbeiter von Ihnen so abgekanzelt wird, wie ich es eben zitiert habe – ich sage Ihnen dann unter vier Augen gern Näheres –, bleibe ich bei dem Wort „Geheimzirkel“.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ach was!)

Herr Kollege Winkler, Sie sind doch der Beste, der das gerade sagt. Sie haben in einem sehr frühen Stadium gesagt: „Die Reform finde ich ganz toll, aber bei uns in Lörrach funktioniert es nicht.“

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nein, nein! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

– Waldshut. Entschuldigung. Waldshut und Lörrach könnte man zusammentun, aber mehr geht auf keinen Fall. Sie waren der Erste. Dann kam Sakellariou, und dann kamen andere.

(Thomas Blenke)

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nein! Nicht gesagt! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber denken tust du es heute noch!)

Denken tun Sie es heute noch. Noch nicht einmal Sie wurden ge- oder erhört.

Meine Damen und Herren, interessanterweise hat Herr Kollege Sakellariou zu seinem Antrag kein Wort gesagt, dafür aber der Minister, der sich mit unseren Punkten auseinandergesetzt hat.

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen

(Abg. Georg Nelius SPD: Die drei Minuten sind vorbei!)

– ich habe noch Zeit –: Sie geben keine Antworten auf unsere Fragen. Wir bekommen keine Antwort, wenn wir Ihnen vorrechnen, wie viel Polizei in einem Landkreis abgezogen wird, und von Ihnen wird schriftlich bestätigt, dass pro Revier gerade einmal zwei Mann dazukommen. Wir bekommen keine Antwort, wenn wir Sie bitten, uns das zu erläutern und zu erklären.

Wir bekommen keine Antwort – Herr Kollege Hauk hat vorhin darauf hingewiesen –, wenn wir Sie bitten, uns einmal den Hintergrund Ihrer Entscheidungen für die Standorte und Bezirke zu erläutern. Wir bekommen keine Antwort, wenn wir zu Ihnen sagen: „Sie bluten den ländlichen Raum aus und unterstützen nur die Ballungsräume.“

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie geben uns keine Antwort oder sagen, über Fahrkilometer dürfe man schon gar nicht reden. Das von Roten und von Grünen zu hören ist interessant.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die Antworten passen Ihnen nicht!)

Sie geben uns keine Antworten, wenn wir fragen, welche Belastungen durch die Dienstfahrten kommen werden, die erforderlich sein werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Besprechungstourismus!)

– Besprechungstourismus. – Und schon gar keine Antwort geben Sie, wenn wir uns einmal erlauben, darauf hinzuweisen, dass etliche Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte künftig ein Riesenverkehrspensum zu bewältigen haben werden.

Mir hat ein Angestellter der Polizeidirektion Friedrichshafen gesagt:

(Abg. Georg Nelius SPD: Auch der kann irren!)

„Mein Arbeitsplatz als Verwaltungsangestellter wird in Konstanz sein. Ich weiß jetzt noch nicht, wie mich das belasten wird, wenn ich künftig jeden Tag nach Konstanz fahren muss.“

(Zuruf des Ministers Reinhold Gall)

Herr Minister, Sie haben uns Stilfragen vorgeworfen. Ich sage Ihnen eines: In vielen Bereichen der Polizei schwankt die Stimmung derzeit zwischen Resignation und Frustration.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ach was! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Das Thema Maulkorb werden wir aufarbeiten. Solange Sie uns Stilfragen vorwerfen, werden wir das Thema Maulkorb ganz genau aufarbeiten.

(Minister Reinhold Gall: Hör auf! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Beweise vorlegen!)

Beispielsweise geht es darum, dass Polizisten, die Mitglied der CDU sind und sich erlauben, sich privat kritisch zu äußern, sich dann dienstlich hierzu äußern müssen, oder die, wenn sie bei Anhörungen von uns auftreten, angefragt werden: „Was habt ihr denn da gemacht?“ Es geht um all diese Dinge.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was sind denn das für Methoden? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Blenke, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Thomas Blenke CDU: Wir werden das aufarbeiten. Wenn Sie hier so beleidigt reagieren, dann wollen wir es auch ganz genau wissen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was sind das für Methoden? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Polizeidirektoren als Brezelfresser beschimpfen! – Gegenruf des Ministers Reinhold Gall: Jetzt reicht es! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU, auf Abg. Nikolaos Sakellariou SPD zeigend: Dort steht er! Vor 100 Zeugen gesagt! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frag ihn! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das mache ich!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das nehmen Sie zurück, Herr Kollege Rüeck, weil ich niemals „ein Polizeidirektor und Brezelfresser“ gesagt habe. Ich weiß, in welchem Zusammenhang ich diese Formulierung gewählt habe. Aber da war sicher keine Polizei dabei. Deswegen: Nehmen Sie es zurück – Sie haben jetzt Gelegenheit –, oder belegen Sie es mir.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wenn ich falsch informiert wurde, nehme ich es jetzt präventiv zurück! Ich werde es aber noch einmal nachprüfen! – Gegenrufe von der SPD: Aha! – Abg. Martin Rivoir SPD: Aber drauflosplappern!)

– Die Zeit läuft. Ich will nicht, dass meine Redezeit abläuft.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mir haben drei anwesende Personen das bestätigt! Wenn das nicht zutrifft, dann nehme ich es gern zurück! – Gegenruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Besser wäre es, erst zu prüfen und dann zu reden! – Abg. Martin Rivoir SPD: Besser wäre es, erst zu prüfen und dann zu plappern! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Brezelfresser sind wir doch alle, oder? – Zuruf: Kein Niveau!)

– Das sind wir ja von bestimmten Stellen gewohnt.

(Nikolaos Sakellariou)

Jetzt komme ich zurück zum Thema. Wissen Sie, was mich ein bisschen empört hat? Empört hat mich, dass ausgerechnet das Thema Stil in dieser Frage eine Rolle spielt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich war zehn Jahre lang in der Opposition.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Ich habe in dieser Zeit nie erlebt, dass ein Regierungsmitglied zu uns in die Fraktion gekommen ist, um uns ein Reformprojekt vorzustellen

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie hätten ja einladen können!)

und sich den Diskussionen und den Fragen zu stellen. Da muss ich sagen: Es ist eine Ungeheuerlichkeit, dass genau dieser Umstand, dass ein Minister das macht, der die Zeit bei uns damals „abgeschnitten“ hat, damit er genug Zeit hat, um die Opposition zur selben Zeit zu informieren wie die Regierungsfractionen – –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! So ist es!)

Dieses Entgegenkommen mit einem hämischen „Das war ja alles nichts“ und „Das war lächerlich“ zu kommentieren, ist schlicht und einfach geschmacklos.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Volker Schebesta CDU: Wer hat denn das gesagt?)

– Sie haben gesagt, es hätte überhaupt nichts gebracht. Das finde ich nicht in Ordnung. Das war ein neuer Stil, und der war gut.

(Zuruf von der SPD)

Ich bin stolz darauf, dass der Minister das gemacht hat.

Ich sage Ihnen eines: So blöd und dümmlich die Bemerkungen hier in diesem Haus sind, was dieses Verfahren angeht,

(Zuruf von der CDU: He!)

bin ich stolz darauf, dass wir es gemacht haben, und ich würde ihm noch einmal empfehlen, sich so zu verhalten – trotz dieser dümmlichen Bemerkungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Zweiter Punkt: Nachdem ich gesagt hatte, wie es innerhalb des Landtags passiert ist, ist es auch unredlich, ständig noch davon zu reden, man sei im weiteren Verfahren nicht beteiligt worden. Es gab nicht nur diese Projektgruppe, sondern es gab daneben einen Lenkungskreis. Dieser Lenkungskreis war parteiübergreifend besetzt,

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

auch mit dem Kollegen, der dort hinten sitzt, dem Landrat Pauli.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Der gegen zahlreiche Dinge gestimmt hat!)

Auch der Rechnungshof war dabei. Die Personalvertretungen waren auch dabei. Es wurde – das will ich noch einmal sagen – bei jedem Einzelschritt gefragt: „Was sagt ihr als Lenkungskreis dazu?“

(Abg. Martin Rivoir SPD: Völlig neu für die!)

Muss ich da nachregeln, muss ich Veränderungen vornehmen oder nicht?“

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wie oft hat Herr Pauli dagegen gestimmt?)

– Ich will doch gar nicht sagen, dass er immer dafür gestimmt hat. Darum geht es gar nicht.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Es geht darum, dass man in diesem Verfahren, das Sie selbst als die größte Umwälzung bezeichnen, versucht hat, die maximalen Einbindungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Man hat nämlich eine Projektgruppe gebildet, die nicht öffentlich getagt hat, die aber regelmäßig ans Licht dieses Lenkungskreises gegangen ist, der so parteiübergreifend wie möglich gestaltet war, und dort über die Zwischenschritte diskutiert hat. Besser kann man es nicht machen, was Beteiligung angeht – tut mir leid.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Sakellariou, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja, bitte schön.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Sakellariou, ich frage Sie: Wenn es um Beteiligung geht, geht es dann um selbstbestimmte Beteiligung oder um ernannte Beteiligung? Wer hat denn die Projektgruppenmitglieder bestimmt, und wer hat die Mitglieder der Lenkungsgruppe am Ende bestimmt? Gab es dort eine Entscheidungsmöglichkeit von Gruppierungen und Vereinigungen, oder wurden diese vom Ministerium ernannt?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Die wurden vom Ministerium ernannt. Aber wenn Sie sich an den Prozess erinnern, dann wissen Sie, dass es bei der Benennung auch ganz viel Kritik gab. Warum? Weil sich das Ministerium – es war klar, wer da berufen wurde – von allen Seiten Kritik anhören musste und das Ministerium stur geblieben ist und gesagt hat: „Nein, wir haben die Leute nach fachlichen Kriterien ausgesucht.“ Was die Projektgruppe und was den Lenkungskreis angeht, gab es die Möglichkeit, dass alle gesellschaftlichen Gruppen über die Beteiligten, die Betroffenen Einfluss nehmen. Die CDU war dabei, Oberbürgermeister und Landräte waren dabei,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist mir ganz neu!)

der Personalrat war dabei, und der Rechnungshof war dabei. Was wollen wir denn noch mehr machen, wenn wir ohnehin zunächst nur ein Konzept auf diese Art und Weise erarbeitet haben? Ich sage Ihnen nochmals – Sie können mich gar nicht irritieren –: Dieses Verfahren ist für ein solches Projekt als Einstieg sehr gut. Denn es kommt darauf an, dass sich alle in das Verfahren einbringen konnten.

(Zuruf von der CDU: Alle?)

(Nikolaos Sakellariou)

Darauf kam es doch in erster Linie an. Es ging nicht darum, dass an dieser Stelle letztlich auch Entscheidungen getroffen werden sollen. Die müssen natürlich hier getroffen werden. Die abschließenden Entscheidungen müssen im Landtag getroffen werden, und die Prozesse mit den Beteiligten und den Betroffenen kommen in dem Prozess, den wir angestoßen haben, auch zum Tragen.

Jetzt noch zum Schluss eine Bemerkung, weil mich das wirklich aufregt. Bei aller Kritik an dem, was hier vorliegt, vergessen Sie bitte nicht: Die Alternative wäre gewesen, nichts zu machen.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Die Folgen sind verheerend, wenn man so lange Verantwortung gehabt hat und den Wagen so an die Wand fährt. Ich sage Ihnen: Sie waren gewarnt, wie Mappus gewarnt war, was den EnBW-Deal angeht. Er war gewarnt und stellt sich hin und erklärt, er habe nichts davon gehört.

(Beifall der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Volker Schebesta CDU)

Wir haben Ihnen nachgewiesen, dass alles im Ministerium lag. Sie kannten die Probleme, und Sie wussten aus dem eigenen Haus, was zu tun war. Und jetzt kritisieren Sie letztlich die Vorschläge, die Ihnen schon lange auf dem Tisch lagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er begründet jetzt alles! Also warum Konstanz? – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und nicht Heidelberg! – Abg. Thomas Blenke CDU: Warum nicht Münsingen?)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Zuschnitt der Präsidien ist Sache des Ministers, Herr Kollege Röhm. Ich werde mich nicht in die Kompetenz des Ministers einmischen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Der Landtag entscheidet auch noch etwas!)

Aber noch einmal zu Ihren zentralen politischen Vorwürfen: Uns in allem Ernst „Geheimzirkel“, abgeschottete Maßnahmen und Basta-Politik vorzuwerfen, Herr Hauk –

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, so war es doch!)

aus der Politikultur, aus der Sie kommen –, das ist der blanke Hohn.

(Zuruf des Abg. Heribert Rech CDU)

Mit dieser Reform weht zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten bei der Polizei ein frischer Wind durch die Amtsstuben.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei hatten zum ersten Mal das Gefühl, dass ihre Meinung gefragt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte? Welche? Die können Sie aber namentlich benennen! Das waren nicht viele!)

Es gab vier Regionalkonferenzen mit 4 000 Beteiligten. Sie wären in weiteren 50 Jahren nie auf die Idee gekommen, eine solche Beteiligungskultur einzuführen. Das ist Fakt. Wir haben uns genau angeguckt, wie „Polizeireformchen“ in Ihrer Regierungszeit funktioniert haben. Das waren Ministeriumsmaßnahmen und dann Ministerrat und fertig. Manchmal sind einen Tag vor der Verkündung die PD-Leiter einbestellt worden, und es wurde ihnen verkündet, was man zu tun denkt. Das war Beteiligungskultur à la CDU.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wann wurden die PD-Leiter diesmal informiert?)

Da sieht unsere Beteiligungskultur völlig anders aus.

Ich bitte auch darum, diese Projektgruppe, die sich wirklich Verdienste erworben hat, nicht weiter in dieser unsäglichen Weise zu diskreditieren. Da sind hervorragende Polizeiführer aus allen Ebenen des Landes dabei, auch solche, die Ihr Parteibuch haben. Das wissen Sie. Sie kennen sie, und Sie behandeln sie hier in einer Weise, als ob sie politisch indoktriniert und mit einem Sendungsauftrag versehen gewesen seien. Das ist schwer erträglich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Thomas Blenke CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Sckerl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Blenke?

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gern.

Abg. Thomas Blenke CDU: Wann wurden die PD-Leiter während der Arbeit der Projektgruppe über die Inhalte und über die sich abzeichnenden Ergebnisse informiert?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Als alles entschieden war!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die PD-Leiter wurden vor der öffentlichen Verkündung der Eckpunkte informiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Als entschieden war! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wann?)

– Als die Projektgruppe ihre Entscheidung getroffen hatte. Das war ihr Auftrag. Aber die Projektgruppe hat nicht politisch über die Polizeireform entschieden.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Nein, es ist keine Schizophrenie. Die Projektgruppe hat nicht über die Eckpunkte entschieden. Sie hat einen Vorschlag gemacht und den Vorschlag zur Diskussion gestellt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, informiert! – Abg. Thomas Blenke CDU: Informiert!)

Jetzt sind wir im Stadium der Umsetzung.

Abg. Thomas Blenke CDU: Uns haben zahlreiche PD-Leiter gesagt: „Wir erfahren nichts. Aus der Projektgruppe erfährt man nichts. Man weiß gar nichts, wir wissen überhaupt nichts.“

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Dann ist die große Runde der PD-Leiter ein oder zwei Tage, glaube ich, bevor Sie, Herr Minister, das Ganze verkündet haben, einbestellt worden, und dann hat man ihnen die Ergebnisse präsentiert.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Blenke, ist das eine Zwischenfrage?

Abg. Thomas Blenke CDU: Ich kritisiere das jetzt auch gar nicht, Herr Kollege Scerl. Aber Sie haben uns eben genau dieses Verhalten vorgeworfen.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Nein, wir hatten doch im Anschluss an die Vorstellung der Vorschläge der Projektgruppe zu den Eckpunkten wochenlange Diskussionen und eine wochenlange Beteiligung der Politik, der Bürgermeister und der Landräte. Daran gibt es doch überhaupt keinen Mangel.

Der einzige Unterschied zu früher ist, dass es tatsächlich keine „Geheimzirkel“ mehr gibt. Denn früher gab es einen „Geheimzirkel“, und der hieß „Arbeitskreis Polizei der CDU“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Beifall der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das war das Entscheidungszentrum für Polizeimaßnahmen in Baden-Württemberg, und das ist eben vorbei.

(Abg. Peter Hauk CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Ich kann verstehen, dass Sie sich vielleicht über diesen Verlust beklagen. Aber für die Polizei sind diese Öffnung und dieser Einzug von Beteiligung, die wir jetzt haben, tatsächlich ein Gewinn.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Der Innenminister und Vertreter des Innenministeriums hatten draußen über 100 Termine. Die beiden Koalitionsfraktionen hatten auch ganz viele Termine. Ich allein habe auch 20 Termine wahrgenommen und habe dabei mit besorgten Bürgern, mit allen möglichen Leuten gesprochen, die Fragen hatten.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Da sind wir keiner Kritik ausgewichen. Ihre Vorwürfe sind absurd. Wir diskutieren mitten in der Gesellschaft über diese Themen. Selbstverständlich hat Kritik auch Auswirkungen auf den weiteren Reformprozess. Das ist doch völlig klar.

Schauen Sie sich in den nächsten Wochen einmal in Ruhe an, wie die Verantwortlichen für die zwölf Präsidien das Ganze umsetzen, mit wem sie reden, welche Prozesse dort stattfinden.

den. Bewerten Sie dann das Ergebnis. Dann treten wir hier in Ruhe in die Beratung zur Änderung des Polizeigesetzes ein, die dann notwendig sein wird, und bewerten die Reform mit allen notwendigen Daten. Ich bin mir sicher, dass Ihre Kritik oder Ihre Bewertung dann eine andere sein wird als heute.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

(Zurufe, u. a. Abg. Walter Heiler SPD: Der hat zweieinhalb Minuten überzogen!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Innenminister, ich bin an einer Stelle ein bisschen überrascht. Da sind durchaus auch Fragen des Umgangs miteinander berührt, wenngleich der Anschein erzeugt wurde, als würde die Opposition unsachlich oder unredlich vorgehen.

Sie wissen genau, dass das nicht meine Absicht ist. Ich mache mir ein Bild von dieser Reform und sage dann meine Meinung dazu. Das ist der parlamentarische Ablauf.

Bevor ich Ihnen noch ein paar Fragen stelle, frage ich Sie jetzt aber als Erstes: Ist es eigentlich besonders sachlich und redlich, es als Erblast zu bezeichnen, wenn man – ausweislich entsprechender Ergebnisse – ein Land mit dem besten Bildungssystem und mit dem nahezu besten Polizeisystem übernimmt? Ist das eigentlich sachlich?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Beleidigung aller Polizisten! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zurufe von der SPD)

Das einzige Problem ist, dass Sie keine Gelddruckmaschine im Keller gefunden haben, weil es die nämlich nicht gab, wir es aber unter der vorherigen Landesregierung durchaus geschafft haben, mit knappen Mitteln optimale Ergebnisse zu erzielen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wie bitte?)

Zweite Frage: Ist es unsachlich oder unredlich – Sie haben den Ausdruck sogar moniert, was schon auf eine bestimmte Dünnhäutigkeit schließen lässt –, wenn ich es als unsinnig empfinde, wenn für den Bereich, in dem ich als Bürger wohne, künftig das Polizeipräsidium in Aalen und die Verkehrspolizeidirektion in Kirchberg an der Jagst sein wird?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie, wo Sie wohnen, damit es deutlich wird! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE)

– Verzeihung. Wenn ich mit den Bürgern rede, brauche ich das gar nicht zu kommentieren. Sie finden das spontan unsinnig. Ich kann es nicht anders sagen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So haben wir das mit der Förderung des ländlichen Raums nicht gemeint!)

(Dr. Ulrich Goll)

Dritte Frage: Ist es unsachlich oder auch unredlich, wenn ich darauf hinweise, dass in der Führungsspitze der Präsidien die Juristen – ich drücke mich jetzt so aus – ausgeschlossen sind? Sie kommen halt nicht mehr vor. Dadurch sind auch die beiden Frauen auf der Strecke geblieben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist doch die Wahrheit. Jetzt sagen Sie mit einiger Empörung, dass Juristinnen und Juristen künftig noch genommen werden, wenn sie eine Zusatzausbildung in Hilstrup gemacht haben. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das bedeutet, dass Sie künftig die Juristenausbildung an unseren fünf Fakultäten im besten Fall einer Ausbildung an einer Hochschule gleichsetzen, die Sie gerade degradieren,

(Abg. Walter Heiler SPD: Da haben Sie etwas falsch verstanden!)

indem Sie den Präsidenten zum Rektor erklären. Allein bei diesem Punkt werden Sie Schwierigkeiten bekommen. Da stimmt die Architektur dieser Reform nicht. Wenn man darauf hinweist, was für Folgen das hat, dann ist daran nichts Unsachliches, sondern umgekehrt.

Übrigens, wenn wir von Sachlichem reden: Ich habe vorhin von den Standorten gesprochen. Lieber Herr Gall, Sie haben gesagt, es sei alles kriminalgeografisch bedingt. Warum pfeifen die Spatzen dann von den Dächern, dass das auch eine Reform der Liegenschaftsverwaltung ist? Das ist doch überdeutlich. Dieses Element halte ich nicht für besonders sachlich.

Nächste Frage: Ist es eigentlich unsachlich oder unredlich, wenn wir nach den Kosten fragen? Nach meiner bisherigen Erfahrung müssen Sie in dem Gesetz, das Sie einbringen, die Kosten benennen. Ich nehme an, dass wir dieses Gesetz erst dann sehen, wenn die Kosten feststehen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Die letzte Frage noch einmal: Ist es unsachlich, auf die mangelnde Effizienz dieser Reform hinzuweisen? Sie streuen mit

Blick auf die Zahlen den Leuten Sand in die Augen, wenn Sie sagen: pro Revier zwei Beamte. Gemessen an dem gesamten Personalkörper der Polizei ist das nahezu nicht spürbar.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Besser als gar nichts! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Lieber Herr Rivoir, für „besser als gar nichts“ würde ich nicht die gesamte Polizeilandschaft Baden-Württembergs umbauen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Reform hat doch ohne Zweifel erhebliche Nachteile – da brauche ich nur die Standorte zu nennen –, bei denen Sie vorhin versucht haben, sie mit Sparzwängen zu begründen. Sie müssen auch dazusagen, dass die Erträge marginal sind. Kein Weg führt daran vorbei.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge Drucksachen 15/1408 (geänderte Fassung), 15/1452 und 15/1547. Diese drei Anträge sind reine Berichtsanträge und können für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 24. Mai, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:59 Uhr